



Niederschrift

**über die 52. öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 16. Wahlperiode
am Mittwoch, 17. Juni und Donnerstag, 18. Juni 2020, CCD Stadthalle SI-RAT/04/2020**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	12
2		Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.05.2020 (SI-RAT/03/2020)	17
3	RAT/234/2020	Wahl einer/eines Beigeordneten	zurück- gezogen
4		Bericht aus dem Krisenstab	17
5		Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie	22
6		Anfragen aus aktuellem Anlass	
6.1	RAT/237/2020	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Theatermuseum ohne Leitung und ohne Schaudepot?	211
6.2	RAT/242/2020	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Lichtshowpräsentation auf dem Rheinturm	212
6.3	RAT/245/2020	Anfrage aus aktuellem Anlass des Rats Herrn Grenda: Rheinturm nun eine Werbeplattform	213
6.4	RAT/244/2020	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Kinderbonus hat Verspätung	214
		Nachfrage zu einer Antwort auf eine Anfrage aus aktuellem Anlass der CDU-Ratsfraktion aus der Ratssitzung am 14.05.2020: Schule in Düsseldorf – Infokampagne oder Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten?	28
7		Anfragen	
7.1	RAT/199/2020	Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Taubenstachel	215
7.2	RAT/200/2020	Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Nutzung der Verkehrsmittel im Stadtgebiet Düsseldorf im Zeitraum 1. Juni 2019 bis 30. Mai 2020	216
7.3	HFA/009/2020	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Infokampagne „Schule in Düsseldorf“: Wer trägt Verantwortung und Kosten?	218

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
7.4	RAT/211/2020	Anfrage des Ratsherrn Maniera: Ausweitung der Sitzflächen für die Außengastronomie	219
7.5	RAT/212/2020	Anfrage des Ratsherrn Maniera: Anzahl und Kosten abgelehnter Asylbewerber	220
7.6	RAT/213/2020	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Enten und Küken im eingemauerten Stück der Düssel in der Altstadt	222
7.7	RAT/214/2020	Anfrage der Ratsfrau Mohaya: leerstehende Gebäude	224
7.8	RAT/216/2020	Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Ergebnisse der Ausschreibung zur Vermarktung des Gutshofs Niederheid	225
7.9	RAT/220/2020	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Städtische Räume – weiterhin offen für Hetze, Rassismus, Links- und Rechtsextremismus, Salafismus und Antisemitismus?	226
7.10	RAT/235/2020	Anfrage des Ratsherrn Grenda: Zukunftsstraße – Fürstenwall	227
7.11	RAT/236/2020	Anfrage des Ratsherrn Grenda: Breitbandkonzept/Breitbandbeauftragter	229
7.12	RAT/229/2020	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Anpassung der Stimmbezirke und Wahllokale zur Kommunalwahl 2020	231
7.13	RAT/230/2020	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Eishalle Benrath	232
7.14	RAT/227/2020	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Digitalen Schulunterricht auch für Kinder in Armut ermöglichen	233
7.15	RAT/228/2020	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Bäume als Faktor für das Stadtklima	234
8	RAT/201/2020	Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahnbau U81	237
9	RAT/202/2020	Bericht aus der Kleinen Kommission Rhein-Ruhr-Express (RRX)	238
10	RAT/203/2020	Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen	240
11	RAT/206/2020	Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus	241
12	RAT/080/2020	Einkünfte aus Nebentätigkeiten im Jahr 2019 für Oberbürgermeister Thomas Geisel	40
13	RAT/209/2020	Jahresabschluss 2019 der Stadtparkasse Düsseldorf	zurück- gezogen
14	RPAU/011/2020	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Überörtliche Prüfung der Stadt Düsseldorf im Jahr 2019	31
15	HFA/007/2020	Bekanntgabe der genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen aus dem Jahresabschluss 2019	31
16	HFA/008/2020	Gemeinsamer Controllingbericht der Stadtkämmerin und des Personaldezernenten zur haushalts- und personalwirtschaftlichen Lage nach dem 30.04.2020	31

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
17	HFA/014/2020	Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf für das Haushaltsjahr 2020 mit Anlagen	44
18	HFA/013/2020	Reduzierung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung und im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen für die Monate Juni und Juli im Zuge von Covid-19	32
19	KUA/094/2020/1	Erlass der Gebühren für einen Teil des Musikschulunterrichts der städtischen Clara-Schumann-Musikschule im Zuge von Covid-19 bis zur Beendigung der Einschränkungen	32
20	KUA/055/2020/1	Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für die Neue Schauspiel GmbH	32
21	KUA/088/2020/1	Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zur Einhaltung der Coronaschutzverordnung im Aquazoo – Löbbecke Museum	32
22	KUA/070/2020/1	Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur	77
22.1	RAT/247/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD	77
23	SPOA/021/2020	Sportanlagen Fleher Straße 224 b und 220 d – Qualifizierung der Gesamtanlage – Ausbau der Sportfreianlagen	32
24	KUA/054/2020	Ehrenhof 4-5, Stiftung Museum Kunstpalast – Sanierungen und Umbaumaßnahmen	46
25	AÖE/012/2020	An Sankt Swidbert/Niederrheinstraße, Feuerwache der freiwilligen Feuerwehr Kaiserswerth – Neubau, Bedarfsbeschluss	33
26	KUA/060/2020	Erkrather Straße 30, tanzhaus nrw e. V.	33
27	HFA/016/2020	Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen – Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze zur Deckung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz	79
28	SCHUA/016/2020	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses für die Sanierung von Fassaden an acht Schulen	33
29	RAT/207/2020	Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat zu wählenden Mitglieder (IRWahlO)	33
30	BR/001/2020	Neufassung der Satzung zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung	34
31	POA/011/2020	Prüfungsordnungen für Beschäftigte im kommunalen Verwaltungsdienst	34
32	AGS/022/2020	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Podologie in Nordrhein-Westfalen mit dem Kreis Mettmann	34

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
33	RAT/210/2020	Beschlusskontrolle des Rates	81
34	BAU/004/2020	Öffentliche Toilettenanlagen im Stadtgebiet Düsseldorf, Beschluss zur Konzeptvorstellung und weiteren Vorgehensweise sowie zur bedarfsgerechten Versorgung (Ausschreibung) – zweiter Bedarfsbeschluss	47
35	APS/035/2020	Rahmenplan Einzelhandel 2016, 1. Änderung (Entwurf) – Fachmarktstandort Nord	35
36	APS/042/2020	2. Förderphase/Fortschreibung Fördergebiet „Soziale Stadt Rath/Mörsenbroich“	49
37	APS/044/2020	Handlungsräume ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF – Weiteres Vorgehen	50
38	APS/037/2020	Evaluierungsergebnis zum Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt, Weiterentwicklung der Quotierungsregelung und weiteres Vorgehen	91
38.1	RAT/239/2020	Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	91
38.2	RAT/253/2020	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion	91
38.3	RAT/256/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	91
39	APS/079/2020	Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Erlass von Sozialen Erhaltungssatzungen in Düsseldorf	50
39.1	RAT/243/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke	50
40	KUA/020/2020	Verleihung der Förderpreise für bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik und Literatur der Landeshauptstadt Düsseldorf 2020	35
41	KUA/098/2020	Änderung des Gesellschaftervertrages der Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Opernehe	36
42	APS/062/2020	Blaugrüner Ring – Bestätigung des Wettbewerbsergebnisses – Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen	62
43	KUA/095/2020	Ergebnis zum Wettbewerb „Das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz“	82
44	KUA/099/2020	Deutsches Foto-Institut – Identifikation eines Standortes	109
44.1	RAT/250/2020	Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda	109
44.2	RAT/240/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	109
45	AUS/016/2020	Erster Bericht zum Ratsbeschluss „Saubere Luft für Düsseldorf: Reduzierung von NOx-Emissionen vorantreiben!“	36
46	RAT/146/2020/1	Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von Ökostrom für alle städtischen Gebäude	67;115
46.1	RAT/252/2020	Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda	67;115

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
46.2	RAT/241/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP	67;115
47	RAT/197/2020	Konzept 2035 – Methodik zum Pfad zur Erreichung der Klimaneutralität	68
48	AUS/007/2020	Erste Fortschreibung Handlungskonzept Elektromobilität der Landeshauptstadt Düsseldorf	37
48.1	RAT/232/2020	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion	37
49	OVA/009/2020	Berichterstattung Park+Ride in und um Düsseldorf	72
50	OVA/049/2020	Handlungskonzept zur Parkraumbewirtschaftung: Erweiterung des Bewohnerparkens	119
51	AUS/019/2020	Änderung der Entgeltordnung des Großmarktes und der Wochenmärkte der Landeshauptstadt Düsseldorf (Marktentgeltordnung)	131
52	SPOA/025/2020	Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath	132
52.1	RAT/233/2020	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion	132
52.2	RAT/249/2020	Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda	132
53	RAT/208/2020	Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl	38
54	OVA/001/2020	Wiederwahl einer Schiedsperson	38
55	SENR/003/2020	Bestellung von Seniorenratsmitgliedern als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in Ratsausschüsse	38
56	RPAU/010/2020	Bestellung und Abberufung von Prüferinnen	38
57	RAT/204/2020	Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien	38
58	APS/054/2020	Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 06/016 – Theodorstraße/A 52 – Aufhebung Einleitung, Einstellung des Verfahrens	38
59	APS/059/2020	Plan Nr. 06/019 Theodorstraße – zwischen A 52 und Wahlerstraße	39
60	APS/074/2020	Satzungsbeschluss B-Plan Nr. 03/033 – nordöstlich Halbinsel Kesselstraße	139
61	OVA/061/2020	Entwicklung Kesselstraße – Beauftragung einer externen Projektsteuerung	141
61.1	RAT/248/2020	Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda	141
62	AÖE/009/2020	4. Änderung des Landschaftsplanes der Landeshauptstadt Düsseldorf – Beschluss zur Offenlage	39
63		Anträge	
63.1	RAT/040/2020	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Verlegung Abstellbahnhof Restant Düsseldorf untersuchen	147
63.2	RAT/039/2020	Antrag der Ratsfraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen: Brand im Krefelder Zoo	169

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
63.2.1	RAT/257/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler	169
63.3	RAT/036/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Aufnahme alleinreisender geflüchteter Kinder aus Flüchtlingslagern in Griechenland	172
63.3.1	RAT/173/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke	172
63.4	RAT/037/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Ateliers und Atelierwohnungen	175
63.4.1	RAT/047/2020 Restant	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion	175
63.5	RAT/038/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Verkehrserschließung großer Gewerbebauprojekte	181
63.5.1	RAT/053/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	181
63.6	RAT/063/2020 Restant	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Wenn nicht jetzt, wann dann? Endlich mehr Sauberkeit in der Stadt!	183
63.7	RAT/076/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Förderung der Anschaffung von Lastenfahrrädern	187
63.7.1	RAT/190/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	187
63.8	RAT/086/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Verkauf von Gut Niederheid – Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Weiterführung und Ausbau der Angebote	188
63.9	RAT/126/2020 Restant	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Urban Gardening in KiTa, Schule und Jugendeinrichtungen	189
63.9.1	RAT/193/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	189
63.10	RAT/129/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Honorarauszahlung an selbständige MitarbeiterInnen der Volkshochschule	190
63.10.1	RAT/194/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	190
63.11	RAT/131/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Dringliche Änderung der Wohnraumschutzsatzung	193
63.12	RAT/141/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Planungen zur Erweiterung des Flughafens stoppen	193
63.13	RAT/144/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Neufassung von § 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten der Wohnraumschutzsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf	193
63.14	RAT/165/2020 Restant	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Summer School anbieten	zurück- gezogen
63.14.1	RAT/192/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	zurück- gezogen

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
63.15	RAT/154/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Solidarität der Städtepartnerschaften und -freundschaften in und nach der Corona-Pandemie	194
63.15.1	RAT/195/2020 Restant	Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion	194
63.16	RAT/156/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Kinder, Jugendliche und Familien entlasten: mehr Platz und Angebote im Sommer	196
63.16.1	RAT/187/2020 Restant	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke	196
63.17	RAT/157/2020 Restant	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Abstand halten – Begegnungen ermöglichen	zurück- gezogen
63.18	RAT/217/2020	Antrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Herabsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes und der Grundsteuer B ab dem 1. Januar 2021 auf 250 Punkte	zurück- gezogen
63.19	RAT/219/2020	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Platz für Kinder: temporäre Spielstraßen jetzt	199
63.19.1	RAT/254/2020	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion	199
63.20	RAT/222/2020	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch aus der Krise: Konjunkturpaket für Düsseldorf nutzen	202
63.21	RAT/223/2020	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Sicherung Ateliers für (ehemalige) Mieter*innen der Flurstraße	175
63.22	RAT/231/2020	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Sofortmaßnahmen zum Breitbandausbau jetzt umsetzen	203
63.23	RAT/224/2020	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Corona-Hotspots verhindern – Gemeinschaftsunterkünfte anpassen	206
63.24	RAT/225/2020	Antrag der Ratsfraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Planung auf Basis des Wettbewerbsergebnisses „Das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz“	82
63.25	RAT/226/2020	Antrag der Ratsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Clearingstelle zur Akutaufnahme von gewaltbetroffenen Frauen (und ihren Kindern) umsetzungsreif weiterplanen	207
64	RAT/238/2020	Bericht aus der Kleinen Kommission Smart City	30;243
65	RAT/218/2020	Zukunftsviertel	141
65.1	RAT/251/2020	Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda	141
66	KUA/067/2020	Neubau Annexbauten Malkastenpark	147
67	RAT/246/2020	Radwegeanlagen entlang der Rheinachse	152
67.1	RAT/259/2020	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke	152
67.2		mündlicher Antrag der CDU-Ratsfraktion	152

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	2
2		Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 14.05.2020 (SI-RAT/03/2020)	2
3	HFA/006/2020	Bericht der Stadtkämmerin zur wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften nach dem 1. Quartal 2020	2
4	RAT/205/2020	D.LIVE GmbH & Co. KG und Betriebsführungsobjekte – Mehrbedarf 2020	2
5	HFA/011/2020	Verschmelzung einer mittelbaren Beteiligung	2
6	KUA/081/2020	Annahme eines Kunstwerks im öffentlichen Raum „Sirenengesang“	3
7	RAT/198/2020	Bestellung einer Geschäftsführerin/eines Geschäftsführers	3
8		Grundstücksangelegenheiten	
8.1	APS/072/2020	Grundstücksangelegenheit	3
8.2	APS/073/2020	Grundstücksangelegenheit	3
8.3	APS/075/2020	Grundstücksangelegenheit	3
8.4	HFA/012/2020	Grundstücksangelegenheit	4

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Geisel	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsherr	Blanchard	Die Linke
Ratsherr	Blumenrath	CDU
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Bohrmann	SPD
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Eßer	CDU
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Grenda	Piraten
Ratsherr	Gutt	CDU
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Herz	SPD
Ratsherr	Knäpper	SPD
Ratsfrau	Kraft-Dlangamandla	Die Linke
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz Freie Wähler
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsfrau	Leibauer	SPD
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsherr	Maaßen	CDU
Ratsherr	Maniera	REP
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsfrau	Mohaya	Tierschutz Freie Wähler
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Müller	SPD
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsfrau	Ott	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsfrau	Reidt-Schmidt	SPD
Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsfrau	Schadewaldt	SPD
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schulte	CDU

Ratsherr	Simon	CDU
Ratsherr	Spielmann	SPD
Ratsfrau	Steinheider	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Tacer	SPD
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Tussing	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU
Ratsherr	Wiedon	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD
Ratsherr	Dr. Wlecke	Tierschutz Freie Wähler
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:
Stadtdirektor Hintzsche
Beigeordneter Lohe
Beigeordnete Stulgies
Beigeordneter Prof. Dr. Meyer-Falcke
Beigeordnete Zuschke

Entschuldigt:

Beigeordneter	Zaum	(17.+18.06.2020)
Ratsfrau	Bellstedt	Bündnis 90/Die Grünen (17.06.2020)
Bürgermeister	Conzen	CDU (17.+18.06.2020)
Ratsfrau	von Dahlen	CDU (17.06.2020)
Ratsherr	Figge	SPD (18.06.2020)
Ratsfrau	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen (17.06.2020)
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD (18.06.2020)
Ratsherr	Madzirov	CDU (18.06.2020)
Ratsherr	Pfundner	Die Linke (18.06.2020)
Ratsherr	Reinold	CDU (17.06.2020)
Bürgermeister	Scheffler	Bündnis 90/Die Grünen (17.+18.06.2020)
Ratsherr	Schreiber	SPD (17.06.2020)
Ratsfrau	Dr. Strack-Zimmermann	FDP (17.06.2020)
Ratsherr	Volkenrath	SPD (18.06.2020)
Ratsfrau	Wiechert	CDU (17.+18.06.2020)

I. Öffentlicher Teil

Beginn der öffentlichen Sitzung am 17.06.2020: 14.10 Uhr

Oberbürgermeister Geisel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich bitten, Platz zu nehmen. Ich sehe noch einige Plätze, die nicht besetzt sind. Ich nehme an, wir dürfen trotzdem anfangen. Ich darf Sie herzlich zur 52. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 16. Wahlperiode begrüßen; heute aus bekanntem Anlass wieder in der Düsseldorfer Stadthalle.

Besonders herzlich begrüßen darf ich unseren Personal- und Gesundheitsdezernenten Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, der heute und morgen zum letzten Mal an einer Ratssitzung teilnimmt. Lieber Andreas, um dir den Abschied leichter zu machen, haben wir die Ratssitzung auf zwei Tage gelegt, damit du es noch einmal richtig genießen kannst. Von mir aus herzlichen Dank für das, was du in den letzten Jahren geleistet hast. Von meiner Seite – ich glaube, ich spreche für alle Mitglieder des Rates – alles Gute bei allem, was du dir in deiner neuen Tätigkeit vorgenommen hat.

(Beifall von SPD, CDU, FDP und vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Wie immer laufen seit der Eröffnung der Sitzung die Live-Übertragung und die Aufzeichnung, und wie immer wird die Aufzeichnung ab kommendem Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereitstehen, und zwar so lange, bis wir die Niederschrift über diese Sitzung genehmigt haben. Es ist auch bekannt, dass der Speicherung die Ratsmitglieder Reinold, Sültenfuß, Wien-Mroß, Leibauer und Tussing nicht zugestimmt haben.

Ebenfalls herzlich begrüßen darf ich die Zuschauer, die im hinteren Teil der Stadthalle sind, die Gebärdensprachdolmetscherinnen, die Gaststenografin der SD Steno Deutschland GmbH und natürlich ganz besonders herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Ich darf auch noch darauf hinweisen, dass Sie an den Ausgängen zur Stadthalle Verkehrszeichen sehen, und zwar Einbahnstraße und den blauen Pfeil. Wir sollten diese immer beachten; es sei denn, es tritt ein Notfall ein – etwa im Falle eines Brandes. Dann dürfen Sie ausnahmsweise auch durch die Einbahnstraße diesen Raum verlassen. Heute haben wir zwei Redepulte. Das ist nicht dem Umstand geschuldet, dass wir hier in Stereo beschallt werden können, sondern vielmehr dem Umstand, dass nach jedem Redebeitrag das Redepult desinfiziert werden soll. Um die Sitzung nicht jedes Mal zu unterbrechen, stehen uns zwei Pulte zur Verfügung.

Geburtstag gefeiert seit der letzten Ratssitzung am 14.05. haben folgende Ratsmitglieder: Herr Madzirov – –

(Zuruf von der CDU wegen der Betonung des Namens „Madzirov“)

– Herr Madzirov.

(Beifall von der CDU)

Wieso hat es so lange gedauert, bis ich einen Hinweis darauf bekommen habe? Ansonsten sage ich zu ihm sowieso Pavle.

Also: Jedenfalls hatte Herr Madzirov am 15. Mai Geburtstag, Herr Rütz am 18. Mai, Herr Vatalis am 20. Mai, Bürgermeister Conzen am 22. Mai, Ratsherr Müller am 23. Mai, Herr Figge am 25. Mai, Frau Fleckner-Olbermann ebenfalls am 25. Mai, Herr Schreiber am 8. Juni, Herr Eßer am 12. Juni und zuletzt Herr Auler am 16. Juni, also gestern. Allen Geburtstagskindern von mir aus – ich nehme an, in unser aller Namen – alles Gute, vor allem aus gegebenem Anlass allzeit gute Gesundheit für das neue Lebensjahr.

An der heutigen und morgigen Sitzung können folgende Ratsmitglieder nicht teilnehmen und sind entschuldigt: Herr Schreiber, der für heute ganztägig entschuldigt ist, Frau Dr. Strack-Zimmermann ist für heute ganztägig entschuldigt, Herr Bürgermeister Conzen und Herr Bürgermeister Scheffler sind an beiden Tagen ganztägig entschuldigt und werden miteinander pairen; das darf ich gleich vorwegnehmen.

Ansonsten sind folgende Pairings vereinbart: Heute pairen ganztägig Frau Wiechert und Herr Schreiber, Frau von Dahlen und Frau Reidt-Schmidt, Herr Schulte und Herr Herz, Herr Reinold und Herr Vatalis sowie – wie bereits erwähnt – Bürgermeister Conzen und Bürgermeister Scheffler. Ab 17 Uhr pairen Herr Rütz und Frau Goldberg-Hammon sowie Herr Kretschmann und Frau Bednarski. Morgen pairen ganztägig Frau Wiechert und Herr Knäpper, Herr Madzirov und Herr Volkenrath und Bürgermeister Conzen und Bürgermeister Scheffler. Bis 13.30 Uhr pairt Herr Raub mit wem? – Da fehlt noch ein Name. Das darf ich morgen noch bekannt geben. Bis 14 Uhr bedarf es noch eines Pairingpartners für Frau Holtmann-Schnieder, und ab 18 Uhr pairen Herr Wiedon und Herr Tacer sowie Herr Herz und Herr Maaßen.

1

Anerkennung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe es erwähnt, die Sitzung erstreckt sich wegen der sehr umfangreichen Tagesordnung auf zwei Tage. Am heutigen Mittwoch wollen wir uns gemäß der Absprache, wie sie im Ältestenrat getroffen wurde, eine zeitliche Grenze bis 18 Uhr auferlegen. Am morgigen Donnerstag beginnen wir um 12 Uhr und werden die zeitliche Beschränkung aufheben, um die ganze Tagesordnung abzuarbeiten. Findet das Ihre Zustimmung? – Ich würde darüber hinaus noch darum bitten und fragen, ob es möglich ist, dass wir heute nach 18 Uhr noch den NÖ-Teil abarbeiten. – Ich sehe beifälliges Nicken. Das dauert erfahrungsgemäß nicht ganz so lange, dann haben wir das schon einmal für heute geschafft.

Außerdem hatten wir vereinbart, dass wir aus Zeitersparnisgründen sämtliche Anfragen – einschließlich der aktuellen – schriftlich beantworten. Das ist nach § 16 der Geschäftsordnung möglich. Ich nehme an, das ist für Sie in Ordnung.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Aber Nachfragen zum letzten Mal sind möglich?)

Wenn das so gewünscht wird, dann ist das in Ordnung.

Wir würden gern vorschlagen, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 – TOP 6 sind dann die Nachfragen –, in denen es um die Corona-Berichte aus dem Krisenstab und um die finanziellen Auswirkungen von Corona geht, auf 45 Minuten zu begrenzen. Ist das möglich, oder erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sehen wir dann mal!)

Wir müssten es jetzt vereinbaren.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Sie können doch nicht vereinbaren, wie viel Redebedarf es gibt!)

Üblicherweise haben wir gesagt, wir wollen es auf 45 Minuten begrenzen. Wenn Sie sagen, wir wollen es nicht begrenzen, dann würden wir es nicht begrenzen. Es gibt also Widerspruch bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, somit gibt es keine zeitliche Begrenzung.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

Dann darf ich Folgendes mitteilen: Zur Tagesordnung gab es eine erste Nachlieferung, die am Mittwoch in der letzten Woche zugestellt wurde. Dabei wurde der Tagesordnungspunkt 3, Wahl eines Beigeordneten, zurückgezogen und die Vorlage zu TOP 53 – da geht es um eine Ersatzwahl in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse – nachgereicht.

Gestern wurde eine zweite Nachlieferung zugestellt. Diese enthält vier Anfragen aus aktuellem Anlass: eine von Bündnis 90/Die Grünen zum Theatermuseum, eine von der Fraktion Tierschutz Freie Wähler zur Lichtshowpräsentation auf dem Rheinturm, eine vom Ratspiraten ebenfalls zum Rheinturm, und Die Linke hat eine Anfrage zum Kinderbonus aus aktuellem Anlass gestellt.

Die Vorlage zu TOP 13 wurde zurückgezogen; das ist die Vorlage zum Jahresabschluss der Stadtparkasse. Die Vorlage zu TOP 16, zum gemeinsamen Controlling-Bericht, wurde nachgereicht. Die Vorlage zu TOP 18 – da geht es um die Reduzierung der Elternbeiträge in der Kita und im Rahmen des Offenen Ganztags – wurde nachgereicht, außerdem die Vorlage zu TOP 20, bei der es um zusätzliche Mittel für die Neue Schauspiel GmbH geht. Zu TOP 22 kommt die angekündigte Neufassung heute als Tischvorlage.

Ebenfalls in der zweiten Nachlieferung wurde die Vorlage zur Beschlusskontrolle des Rates unter TOP 33 übersandt. Zu TOP 38 wurde von Bündnis 90/Die Grünen ein Ergänzungsantrag zum Handlungskonzept Wohnen vorgelegt, und zum Tagesordnungspunkt 39, zu den Sozialen Erhaltungssatzungen, wurde ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nachgereicht. Zu TOP 46 – da geht es um die Beschaffung von Ökostrom – wurde eine Neufassung der Vorlage nachgereicht und zu TOP 52, zum Hallenbad Unterrath, ein Änderungsantrag der CDU.

Außerdem liegen heute der Bericht der Kleinen Kommission Smart City als Tischvorlage vor und zudem eine Vorlage zum Thema Zukunftsviertel, die unter Tagesordnungspunkt 65 läuft.

Tischvorlagen liegen heute vor beziehungsweise werden im Laufe des Tages seitens der Verwaltung noch vorlegt: zum einen ein Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen, dann eine Beschlussvorlage zu Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur, dann eine Beschlussvorlage über den Neubau und die Finanzierung der Annexbauten am Malkastenpark sowie eine Vorlage über die Radwegeanlagen entlang der Radachse.

Von den Fraktionen sind bislang folgende Tischvorlagen eingegangen: ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über temporäre Spielstraßen, ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Evaluierung des Handlungskonzepts Wohnen zu TOP 38, ein Änderungsantrag des Ratspiraten zum Deutschen Foto-Institut sowie ein weiterer Änderungsantrag des Ratspiraten zum Tagesordnungspunkt 46 – das ist, glaube ich, die Ökostrombeschaffung –, dann noch ein Änderungsantrag zum Bäderkonzept sowie zu TOP 61, zur Kesselstraße, und TOP 65, zum Zukunftsviertel. Zu den Radwegen – das ist das Thema „Pop-up-Radweg“ – wurde die Vorlage noch nicht verteilt.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Zu welchem Tagesordnungspunkt?)

Die Verwaltungsvorlagen schließen sich chronologisch oder nummerisch an die vorhandenen Verwaltungsvorlagen an. Ich würde mich freuen, wenn wir sie vor die Behandlung der Anträge vorziehen könnten, wie es der Üblichkeit entspricht.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja, aber wir müssen sie erst einmal haben!)

– Ja, sie ist gerade im Druck, wenn ich es recht sehe.

Dann darf ich darauf hinweisen, dass seitens der CDU-Fraktion – ich darf hinzufügen: abweichend vom Protokoll – dankenswerterweise insgesamt neun Antragsrestanten zurückgezogen wurden. Ich glaube, der Fraktionsvorsitzende, Herr Tups, möchte dazu noch einige Bemerkungen machen. Können wir das machen, wenn ich hiermit durch bin?

(Ratsherr Tups [CDU] nickt.)

Dann schlagen wir vor, dass wir den Antrag zum Reeser Platz thematisch zusammen mit TOP 43 behandeln. Das sollten wir zusammen machen. Der Bericht der Kleinen Kommission Smart City wurde als TOP 65 nachgereicht. Ich denke, wir sollten ihn an der üblichen Stelle, wo die Berichte aus den Kleinen Kommissionen behandelt werden, zuordnen.

Das wäre es von meiner Seite zur Tagesordnung. – Herr Tups wollte, glaube ich, etwas sagen, und anschließend Herr Raub.

Ratsherr Tups (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Könnten wir uns bei den vielen Änderungsanträgen, die, wie wir jetzt gerade erfahren haben, als Tischvorlage kommen sollen oder noch im Druck sind – entgegen unserer Absicht –, also die Tagesordnungspunkte 38, 48 und 63.19, die in Teilen erst heute Morgen ab 10.30 Uhr vorgelegt haben oder auch erst ab 11 Uhr im Netz eingestellt waren, darauf einigen, diese morgen zu behandeln? Denn ich denke, es macht wohl kaum Sinn, Tischvorlagen noch in der heutigen Sitzung durchzulesen, sondern wir sollten dort, wo es insgesamt jetzt Änderungsanträge zur bestehenden Tagesordnung heute gibt, diese morgen behandeln.

Der Tagesordnungspunkt 27 zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen war auch erst heute Morgen um 10.30 Uhr im Netz eingestellt, wobei wir allerdings sagen, dass das eigentlich Dinge sind, die wir in der Fraktion noch intensiver besprechen müssten. Auch hier wäre es vielleicht ratsam, sie in den nächsten Sitzungszyklus zu verschieben. Auch nach den Sommerferien wäre das möglich, sodass die Ausschüsse noch daran beteiligt werden können.

Wie der Herr Oberbürgermeister schon sagte: Wir sind in der CDU natürlich sehr progressiv und modern unterwegs. Wir haben uns bereit erklärt, zehn Anträge der CDU-Fraktion herunterzunehmen. Nur, Herr Oberbürgermeister, es wäre natürlich schon richtig gewesen, auch die Tagesordnung entsprechend so zu behandeln, dass sie sichtbar gewesen wären. Sie hätten die ganze Tagesordnung neu machen müssen. Wir sind da aber eben sehr zuvorkommend und akzeptieren natürlich, dass Sie die Anträge schon heruntergenommen haben und ich nachträglich die Abnahme beantrage. – Das zur Tagesordnung.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Raub.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte zunächst auf das eingehen, was der Kollege Tups gerade gesagt hat. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, den Tagesordnungspunkt 27 zu vertagen, weil auch weiterhin kurzfristig die AuF-Beschlüsse kommen sollen. Deswegen bitten wir, diesen Tagesordnungspunkt heute draufzulassen, gegebenenfalls morgen zu behandeln, wenn es noch Notwendigkeiten gibt, das zu besprechen.

Im Übrigen bitten wir auch darum, den Tagesordnungspunkt 39 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 63.24 zu behandeln. Da das aber auch eine Neufassung eines Antrages werden wird, sollten wir TOP 39 bitte auch morgen behandeln, auf jeden Fall jetzt nicht vorziehen. Wir bitten auch darum, die Tagesordnungspunkte 63.4 und 63.21 zusammen aufzurufen, also sowohl 39 und 63.24 als auch 63.4 und 63.21 zusammen aufzurufen, aber mit getrennter Abstimmung. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich ziehe für die Ampel den Antrag 63.17 „Abstand halten – Begegnungen ermöglichen“ zurück, weil er sich erledigt hat.

Oberbürgermeister Geisel: Okay. – Herr Czerwinski und dann Herr Grenda.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich würde darum bitten, dass wir den TOP 48, die Fortschreibung des Handlungskonzepts Elektromobilität, noch einmal in die Kleine Kommission Elektromobilität geben, weil es da von verschiedenen Fraktionen Änderungswünsche gab. Ich befürchte, dass wir hier dann eine sehr detaillierte Fachdiskussion bekommen, die wir zielführender in der Kleinen Kommission noch einmal führen. Ich glaube, dass es zeitlich auch nicht schädlich ist. Wir können ja im Sommer tagen.

Das Zweite ist eine Frage – vielleicht ist mir das jetzt durchgegangen –: Es war noch eine Vorlage zum Thema Malkasten angekündigt. Ist die jetzt drauf oder nicht? Habe ich das überhört?

Oberbürgermeister Geisel: Das war das Thema Annexbauten. Das hatte ich erwähnt. Die ist dabei.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Okay. Gut, danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Es geht um den Tagesordnungspunkt 65, der mit der zweiten Nachlieferung erst vorgestern eingereicht worden ist. Ich bitte die Verwaltung – das hatte ich schon schriftlich gefragt –, dazu Stellung zu nehmen; denn ich bezweifle, dass es nur eine reine Informationsvorlage ist. Die Begründung wurde in der Kleinen Kommission Smart City geliefert. Dort wurde es kurz erwähnt. Wir sprechen hier von einem Komplettumbau des Fürstenwalls inklusive eines komplett neuen Beleuchtungssystems. Die alte Beleuchtung wird komplett entfernt und nicht als Probe gesehen. Ich schätze – wenn ich mir die Ratsatzung oder überhaupt unsere Geschäftsordnung anschau –, dass das keine Informationsvorlage ist, sondern eine Beschlussvorlage. Es ist nicht so, dass ich gegen dieses neue Straßenkonzept bin und auch nicht gegen die Zukunftsstraße, aber die Ausführung ist so, wie sie aktuell geplant ist, ein bisschen fragwürdig. Darüber kann man diskutieren.

Als Hinweis für alle, denn auf der Sitzung der Kleinen Kommission waren tatsächlich drei Leute anwesend, obwohl es einen sehr wichtigen Punkt betraf, nämlich den gesamten Netzausbau inklusive dieser Sachen. Deswegen sind die Informationen vielleicht nicht so gemacht worden wie mit dieser Ratsinformationsvorlage, die seit zwei Tagen da ist. Die Verwaltung kann mit Sicherheit bestätigen, dass es ein Bauvolumen in Höhe von mehr als 500.000 Euro ist, wenn man alle vier Gesamtrechnungen, die im Moment geteilt sind, zusammenzieht, weil sie alle von Philips geliefert werden. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Raub. – Gab es sonst noch Wortmeldungen? – Das ist nicht ganz leicht zu sehen.

Ratsherr Raub (SPD): Entschuldigung, ich bin einem Freudschen Versprecher oder einer Freudschen Verwechslung aufgesessen. Es handelt sich nicht um den Tagesordnungspunkt 39, sondern um den Tagesordnungspunkt 43, der das 39er-Denkmal betrifft. Deswegen zur Klarstellung: TOP 43 zusammen mit 63.24 bitte.

Oberbürgermeister Geisel: Ich fragte mich schon, was das soll. – Gut. Ich darf jetzt einmal bitten, dass Sie bestätigen, ob ich das alles richtig verstanden habe.

Die erste Frage betrifft Tagesordnungspunkt 27; das ist der Grundsatzbeschluss zum Kita-Bau. Dort war der ursprüngliche Vorschlag, das zu vertagen. Der Kompromissvorschlag war, das in die morgige Sitzung zu schieben. Kann die CDU-Fraktion damit leben, wenn wir das in der morgigen Sitzung besprechen? – Dann können wir so, glaube ich, verfahren.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 43: das 39er-Denkmal unter Tagesordnungspunkt 43.

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist eine Verwirrung!)

– Das ist eine Verwirrung, aber es betrifft nun einmal das 39er-Denkmal.

Ist es okay, dass wir das morgen besprechen? – Dazu gibt es auch die eine oder andere Äußerung.

Ich glaube, unproblematisch ist, dass wir die Tagesordnungspunkte 63.4 und 63.21 gemeinsam behandeln. Da gibt es einen engen Sachzusammenhang. Ich glaube, das können wir machen. Dann der Punkt 63.17: Dieser kommt hinaus, er muss nicht mehr behandelt werden, sondern wird zurückgezogen. Dann die Bitte, den Tagesordnungspunkt 48 noch einmal in die Kleine Kommission Elektromobilität zu geben, um es dort zu behandeln, bevor es im Rat besprochen wird. Gibt es da ebenfalls einen Konsens? – Darüber brauchen wir nicht abzustimmen, sondern das können wir ebenfalls so machen.

Herr Grenda, jetzt weiß ich nicht, was Sie zu TOP 45 meinten.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: 65!)

– 65, meine ich, ja. Ich nehme Ihre Einschätzung zur Kenntnis, aber Sie wollen das nicht von der Tagesordnung nehmen, habe ich verstanden.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Nein! Beschlussvorlage!)

– Gut. Ich würde nun darum bitten, dass wir mit diesen Änderungen die Tagesordnung anerkennen. Gibt es Gegenstimmen? – Entschuldigung! Herr Münter.

(Ratsherr Münter [CDU]: Nur eine ganz kurze Frage: Auch zu TOP 22 gibt es einen Änderungsantrag – wie im Sinne des Fraktionsvorsitzenden Herrn Tups. Das bedeutet, dass wir das morgen behandeln?)

– Ja. Ich glaube, das, was verwaltungsseitig als Tischvorlage heute vorgelegt wird, sollte morgen behandelt werden.

(Zuruf von der SPD: Und Änderungen!)

Und die Änderungen, also die Vorlagen, zu denen heute als Tischvorlage Änderungsanträge gebracht worden sind. Sollte mir passieren, dass ich bei Aufruf von Tagesordnungspunkten das übersehe, bitte ich um einen freundlichen Hinweis. Können wir so verfahren?

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann verfahren wir nach dieser Tagesordnung.

2

Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.05.2020 (SI-RAT/03/2020)

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es dazu Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir das Protokoll genehmigen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so genehmigt.

TOP 3, Wahl eines Beigeordneten, ist zurückgezogen.

4

Bericht aus dem Krisenstab

Oberbürgermeister Geisel: Ich weiß nicht, wer anfängt. Vielleicht zunächst der Leiter des Gesundheitsamts, Herr Dr. Göbels, zum aktuellen Stand des Infektionsgeschehens und vor allem die damit zusammenhängenden medizinischen Fragen.

Dr. Göbels (Gesundheitsamt Düsseldorf): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich war, ehrlich gesagt, davon ausgegangen, dass wir keinen Beamer haben, deswegen mache ich das jetzt mündlich. Ich mache es aber langsam, wenn es um die Zahlen geht, weil es sonst natürlich sehr schwierig ist, das zu erfassen.

Wir haben in Düsseldorf aktuell 134 mit Covid Infizierte. Das sind 21 mehr als vor 24 Stunden. Das schwankt immer mal so zwischen 5, 10, 20 – zuletzt hatten wir 27. Das ist schwer vorauszusagen. Insgesamt stehen demgegenüber 1.410 Bürgerinnen und Bürger, die von Covid genesen sind. Auf der anderen Seite sind drei weitere Düsseldorfer verstorben, sodass wir insgesamt 36 Tote zu beklagen haben.

Die Situation in den Kliniken ist für uns sehr günstig. Wir haben immer noch erhebliche freie Kapazitäten im Intensivbereich. Das sind immer so um die 40 Betten, die wir akut belegen können. Wir haben einen Erlass vom Gesundheitsministerium, der vorsieht, dass wir 10 Prozent der Betten in Düsseldorf für Covid-Fälle freihalten müssen. Da uns – Herrn von der Lieth und mir – das nicht so ganz geheuer war, haben wir eine Telefonkonferenz mit den Klinikdirektorinnen und -direktoren etabliert, in der wir uns alle zwei Wochen das Infektionsgeschehen ganz genau anschauen, um für Düsseldorf eine lokale Empfehlung abgeben zu können. Darüber hinaus haben wir eine Prognosegruppe – so nennen wir das ein bisschen umgangssprachlich – etabliert, die anhand von Prognose-Tools erarbeitet, mit wie vielen Infektionsfällen und mit wie vielen schweren Verläufen zu rechnen ist.

Insgesamt ist es so, dass wir in NRW eine sehr gespaltene Situation haben. Wir haben in den größeren Städten leicht steigende 7-Tages-Inzidenzen. Das ist auch für Düsseldorf der Fall. Wir hatten minimal 6,8 Fälle pro 100.000 Einwohner, wir sind jetzt bei 9,7 Fällen pro 100.000 Einwohner. Das ist in Köln ganz genauso und auch in anderen größeren Städten. Im ländlichen Raum haben wir kaum noch Fälle. Das mag daran liegen, dass dort die Testzentren ihren Betrieb eingestellt haben, sodass man mit der Interpretation der Zahlen sehr vorsichtig sein muss. Auf der anderen Seite gibt es momentan in Gütersloh einen größeren Ausbruch in der fleischverarbeitenden Industrie. Dort sieht man, dass die 7-Tages-Inzidenz auf mehr als 30 Fälle angestiegen ist.

Der RKI-Lagebericht ist mehr oder minder ähnlich. Wir haben in Deutschland weniger als 400 Neuinfektionen in den letzten 24 Stunden gehabt, wobei man da auch immer sehen muss, dass die Testungen sehr, sehr heterogen verteilt sind. Wenn das in NRW schon so ist, dann ist es auf Bundesebene noch viel heterogener. Die Netto-Reproduktionszahl ist unter 1 gefallen, wobei man auch sagen muss, dass bei den kleinen Fallzahlen das sehr, sehr schwierig in der Interpretation ist.

Wir machen im Grunde genommen so weiter wie bisher, was die aktive Fallfindung angeht, insbesondere in den WTG-Einrichtungen. Wir hatten – wie Sie alle wissen – einen größeren Ausbruch im Joachim-Neander-Haus. Der hat dazu geführt, dass wir allen WTG-Einrichtungen im Bereich Altenpflege empfohlen haben, nur noch mit FFP2-Masken zu pflegen. Das ist auch, denke ich, gut umgesetzt worden; zumindest sind das die Rückmeldungen, die ich bekommen habe.

Wir haben dann, weil es ein bisschen schleppend verlief, mit den Einrichtungen eine Frist gesetzt. Denn das Ziel muss schon sein, dass wir jede Einrichtung einmal untersuchen. Das läuft jetzt sehr gut an. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind so etwas wie gewisse Indikatoren für ein Infektionsgeschehen, weil sie natürlich nicht so mobil sind. Das ist etwas, was wir unbedingt weiter beobachten müssen. Darüber hinaus hat es Begehungen in den Einrichtungen gegeben, zum Teil auch unangekündigte – dort, wo wir den Eindruck hatten, dass die Hygienemaßnahmen nicht in dem Maße umgesetzt wurden.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Schulen. Es gibt jetzt auch ein Team, das die Situation in den Schulen enger monitort. Wir hatten seit dem 28. April in Düsseldorfer Schulen 30 Fälle. Das waren aber immer einzelne Schüler, die betroffen waren. Gott sei Dank ist es nicht zu einem größeren Ausbruch gekommen. Seit Anfang Juni haben wir neun Fälle gehabt. Wir sind diesbezüglich auch in enger Abstimmung mit dem Schulverwaltungsamt und natürlich immer mit den individuellen Schulen.

Für die Kitas sieht das genauso aus. Im Juni hatten wir insgesamt sechs Fälle in den Kitas; bisher einen Fall, den wir durch die Studie identifizieren konnten. Bei der Studie ist es so, dass über einen Zeitraum von zwei Tagen 5.000 Proben genommen werden. Das ist so ein Zyklus. So muss man sich das vorstellen: Acht Zyklen werden sozusagen durchbepröbt. Bisher ein Positiver. Außerhalb der Studie hat man zwei positive Befunde identifizieren können, die dann natürlich nach einem Standardverfahren abgearbeitet werden: Man identifiziert die Kontaktpersonen, macht das sehr individuell; denn man muss ein bisschen aufpassen mit solchen brachialen Methoden. Dass man direkt ganze Schulen schließt, das macht wenig Sinn. Wenn das nötig ist, wird das natürlich auch hier gemacht.

Im Bereich Asyl gibt es auch ein Team, das sich nur mit dieser Thematik beschäftigt, bestehend aus Amt 37, 53 und 54. Es ist so, dass wir dort aktuell sieben neue Fälle haben. Wir haben in den Quarantäneeinrichtungen bisher nur noch Kontaktpersonen gehabt – noch einmal ein großer Dank an das Lindner-Hotel, das uns dort wirklich ausgeholfen hat – und machen auch dort in diesem Kontext weiter mit der aktiven Fallsuche.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Gestern habe ich einen Termin im Gesundheitsministerium wahrgenommen. Es geht nun darum, dass man durchaus auch dort eingesehen hat, dass der Infektionsschutz in NRW nicht zum Besten bestellt ist, und wir jetzt Teil einer Arbeitsgruppe sind – Köln und Düsseldorf sowie einige Landkreise sind daran beteiligt –, um Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, damit wir bei einer nächsten Welle besser aufgestellt sind. Ich glaube, das ist etwas, worauf wir uns zumindest gedanklich vorbereiten müssen. Ob das eintritt, weiß kein Mensch, aber wir können es nur mit Disziplin beherrschen. Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir mehr Fälle erreichen.

Das, was mich persönlich sehr besorgt, ist die Situation in der Altstadt. Die Altstadt läuft noch nicht unter Vollast. Die ganzen Diskotheken haben noch nicht geöffnet. Das ist so ähnlich wie in Ischgl oder in Gangelst: Wenn das wieder läuft, dann müssen wir durch verschiedene Maßnahmen sicherstellen – wir sind da in enger Abstimmung im Krisenstab –, dass wir hier die üblichen Hygienemaßnahmen, Abstandsgebot, soweit es geht, irgendwie einhalten, damit wir einfach wieder zu unserem normalen Leben zurückkehren können, was uns natürlich allen sehr, sehr lieb ist. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Dr. Göbels. Vielen Dank für die Arbeit in den letzten Wochen. Sie haben viel um die Ohren gehabt. Ich hoffe, Sie hatten am Samstag ein bisschen Zeit, Ihren runden Geburtstag zu feiern, zu dem ich Ihnen im Namen aller herzlich gratulieren möchte.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Göbels (Gesundheitsamt Düsseldorf): Das ist sehr nett. Vielen Dank. Es war eine sehr schöne Feier. Das Wetter hat gehalten. Wir haben es draußen gemacht – coronakonform. Es konnte nichts passieren.

Oberbürgermeister Geisel: Wunderbar. – Jetzt der Feuerwehr-Chef, Herr von der Lieth.

Herr von der Lieth (Feuerwehr Düsseldorf): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich übernehme den nichtgesundheitlichen Teil, gehe, wie üblich, durch die Themen und beginne mit der Hotline.

Wir haben weiterhin 300 bis 400 Anrufe pro Tag. Das Abfrage- und Informationsniveau bleibt eigentlich ziemlich gleich. Wir professionalisieren es weiterhin, indem jetzt der Umzug in die Kasernenstraße stattfindet. Wir bleiben weiterhin dabei, dass wir jederzeit die Kapazität wieder hochfahren können, falls der Informationsbedarf durch irgendwelche geänderten Sichtweisen, vielleicht durch steigende Infektionszahlen, wieder größer wird. Wir stehen auf jeden Fall sofort Gewehr bei Fuß.

Die Hotline ist thematisch gestern noch erweitert worden. Sie haben es alle mitbekommen: Der Bund hat eine App veröffentlicht, diese Corona-Warn-App. Leider wurden wir als Behörde genauso schnell informiert wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, wir haben uns gestern diese App anschauen müssen, um zu sehen, wo die Behörde andockt. Daraufhin haben wir uns überlegt, wie das Abfrageschema in der Hotline sein muss. Das ist seit – ich schaue mich einmal um – heute Mittag schon aktiv, –

(Dr. Göbels [Gesundheitsamt Düsseldorf] nickt.)

– sodass Menschen, die eine Alarmmeldung bekommen haben, jetzt auch beim Gesundheitsamt jemanden erreichen und dann ein Prozedere dahintersteckt, wie es weitergeht.

Zu den Abstrichzentren: Im Moment – ich hatte es beim letzten Mal angekündigt – findet ein Wechsel statt. Immer mehr städtisches Personal, das fachfremd eingesetzt war, wird wieder in den originären Bereichen gebraucht. Wir satteln auf Dienstleister um und überprüfen noch einmal die Struktur, ob wir es ein bisschen effizienter machen können; denn wir sehen schon, dass diese Strukturen noch ein bisschen länger aktiv sein müssen. Im Moment sind wir bei etwa 300 Tests pro Tag. Ich hatte eine Zeit lang über etwa 120 bis 150 Tests pro Tag berichtet. Wir sind jetzt bei über 300 Tests pro Tag – Tendenz steigend. Es gibt auch aus der Bevölkerung mehr Anfragen. Das heißt, es gibt dort wieder eine neue oder eine veränderte Sensibilität, was das Thema Testung angeht. Wir bleiben dabei: Wir können weiterhin die Kapazität erweitern. Die 300 Tests sind aber schon sehr gut. Wir stehen auch in Vorbereitungen zum mobilen Service. Das heißt, wir sind dabei, die Interventionsteams weiter aufzubauen. Warum? – Weil die Kontaktpersonen der Kategorie 1 jetzt auch Anspruch auf einen Test haben und es ungünstig ist, wenn sie weiterhin mit der U-Bahn fahren. Die sind ja in Quarantäne, deshalb liegt der Fokus im Moment stärker auf dem aufsuchenden Service.

Zur Quarantäne an sich: Wir haben im Moment noch etwa 40 Personen in Quarantäneeinrichtungen. Das schwankt sehr stark. Immer dann, wenn es einen Ausbruch in einem Gemeinschaftssystem gibt, sind natürlich mehr Personen betroffen. Wir bereiten uns aber trotz Rückgang der verfügbaren Hotelkapazität darauf vor, dass wir weiterhin eine hohe

Quarantänefähigkeit haben, also Kapazität in der Stadt haben, weil wir davon ausgehen, dass es jederzeit in einer Gemeinschaftsunterkunft wieder zu Infektionsfällen kommen kann, und wir für den Fall gerüstet sein wollen.

Weiterhin bleibt die Blanckertzstraße als Einrichtung für die Stadt. Wir prüfen aber gerade auch die Option eines Hotelschiffes. Die Hotelschiffe sind im Moment durch Messen nicht belegt, die normalen Hotels werden aber in der Kapazität wieder gebraucht. Da prüfen wir gerade die Optionen.

Bei der Versorgung der Risikogruppen, also derjenigen, die sich gern selbst zu Hause isolieren wollen, läuft die Betreuung weiterhin, ob Einkaufsservice, was auch immer. Die Hotline bleibt weiterhin geschaltet, der Service wird weiterhin genutzt, und wir stehen auch noch mit mehr bereit.

Zum Thema Personal: Es ging um potenzielle Personalmängel im WTG-Bereich. Da ist das Job-Center mit im Krisenstab. Ich hatte das letzte Mal, glaube ich, von knapp 40 Arbeitsvermittlungen berichtet. Wir sind jetzt bei 62 dauerhaften Arbeitsverhältnissen, die nur über die Vermittlung im Krisenstab zustande gekommen sind. Wir werden dieses System auch auf die Stadt erweitern, weil es in einigen Bereichen Personalbedarfe gibt, die durchaus temporär mit Fördermaßnahmen des Job-Centers gedeckt werden können. Wir bauen zudem gerade eine Gesprächsplattform auf, in der das Job-Center auch mit den Krankenhäusern vernetzt wird, da es dort auch Personalprobleme gibt. Offenbar gibt es da manchmal Kommunikationsprobleme mit dem Anforderungsprofil. Wir wollen dort eine schlanke Vermittlung haben, wie jetzt im WTG-Bereich; das klappt aus meiner Sicht sehr, sehr gut.

Die Unternehmen werden von der Wirtschaftsförderung betreut. Das läuft alles sehr, sehr gut. In der Verwaltung selbst gibt es immer mehr Öffnungskonzepte. Wir hatten heute Morgen im Krisenstab beispielsweise die Öffnung eines Stadtteilbüros, dann das Kinderhilfezentrum, die Jugendsozialarbeit und OGS-Angebote. Wir prüfen immer im Schritt 1: Was sind die personellen Auswirkungen auf die Corona-Infrastruktur? Können wir dann, wenn dort Personal abgezogen würde, das kompensieren? Schritt 2 ist immer: Passt der Arbeitsschutz, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sicher eingesetzt werden können? – Immer dann, wenn beides okay ist, geben wir grünes Licht. Ich glaube, wir öffnen in einem ziemlich hohen Tempo. Das ist aber auch gerechtfertigt, weil die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf diese Leistungen haben. Bei einigen Leistungen ist das längere Schließen wirklich hinderlich. Es geht zum Beispiel um das Melderegister, Personalausweise. Da haben sich mittlerweile ordentlich hohe Wartezeiten angestaut – nicht nur, weil die Düsseldorfer Behörden geschlossen hatten, sondern auch, weil in Teilen Behörden, die zuliefern und auf deren Dokumente die Stadt angewiesen ist, noch geschlossen haben. Da wird die nächste Zeit noch ordentlich herausfordernd.

Zum Thema Arbeitsschutz, den wir auch immer diskutieren: Wir sind der Auffassung, dass wir einen richtigen Arbeitsschutz für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Düsseldorf bieten. Sollten sich Änderungen ergeben, sind wir jederzeit sofort handlungsfähig. Der zentrale Einkauf hat Vorräte in allen Bereichen angelegt, sodass wir jederzeit auf eine veränderte Betrachtung des Arbeitsschutzes reagieren können.

Zum Thema öffentliches Leben: Sie haben es, glaube ich, wie wir alle, wahrgenommen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sehr häufig nicht mehr so gern an diese Abstandsgebote und Schutzgebote halten wollen. Wir sind deshalb in einer Gesprächsrunde mit dem DEHOGA und Vertretern der Altstadtwirte, um dort einen Gleichklang hinzubekommen; denn wir alle haben ein Interesse daran, dass die Lockerungen nicht zu einer neuen Restriktion führen, sondern dass die Lockerungen weitergelebt werden können. Wir entwickeln gerade auch Ideen, wie wir mit Ansammlungen von Menschen an den Rheinwiesen umgehen, wie wir dort noch besser auf das Abstandsgebot hinweisen können. Sie haben die Kreise gesehen: So lächerlich diese Kreise von der Idee her wirken, so wirksam sind sie. Wir waren heute Morgen, glaube ich, auch im „SPIEGEL-

Online“ mit einem Bild, weil die Menschen dann schon verstehen, wie das mit dem Abstand zu machen ist.

Zum Thema Heimatsommer: Die Veranstaltungsplanung läuft.

Ich hatte gerade einen Punkt bei der Verwaltung vergessen: Selbstverständlich gibt es für die Kinder, die dann in Düsseldorf sind, auch wieder ein breites Ferienangebot, organisiert durch das Jugendamt.

Zum Thema ÖPNV: Wir hatten zwischenzeitlich ein Problem, dass die Maskenpflicht in den Bahnen und Bussen selbst akzeptiert wurde, nicht aber mehr auf den Verteilerebenen. Die Rheinbahn hat an der Stelle mit Durchsagen nachgesteuert, aber auch mit einer sensibilisierenden Ansprache.

Zum Thema Flughafen: Wir brauchen ein geordnetes Verfahren, um Rückreisende oder Reisende hier in Düsseldorf zu empfangen und auch richtig mit Verdachtsfällen umzugehen, wenn aus dem Flugzeug gemeldet wird: Hier sitzt jemand und hustet. Dafür gibt es ein internationales Verfahren. Das ist aber eher auf ganz starke Einzelfälle abgestellt. Wir brauchen ein massentaugliches Verfahren. Jetzt können wir nicht einfach eines für Düsseldorf etablieren, sondern daran hängen auch andere Flughäfen. Man darf dabei auch nicht vergessen: Frankfurt hat ein anderes Massenproblem als Düsseldorf. Wir stehen dazu aber im Austausch. Herr Dr. Göbels ist dazu in der Telefonkonferenz mit dem RKI. Es sieht so aus, dass wir ein geordnetes, gemeinsames Verfahren in Kürze etablieren können; entwickelt ist es bereits.

Die Kindernotbetreuung ist eigentlich fast eine reguläre Kinderbetreuung. Das läuft. Herr Horn passt das Angebot laufend an. Das Angebot der offenen Ganztagschulbetreuung ist jetzt freigegeben. Wie gesagt, das Ferienprogramm wird weiterentwickelt.

In den Schulen ist es natürlich ein bisschen komplizierter: Erst durften die Kinder keinen Kontakt haben, mussten Abstand halten, jetzt gilt in den Klassen das Abstandsgebot nicht mehr, dafür Maskenpflicht auf dem Pausenhof. Das ist alles sehr schwierig in der Kommunikation. Wir versuchen immer, schnellstmöglich die Vorgaben der Ministerien umzusetzen, stehen auch Gewehr bei Fuß wie das Gesundheitsamt in der Beratung. Zudem verfolgen wir auch die Infektionsfälle, die wir haben, sehr genau.

Zum Thema Krankenhäuser – Herr Dr. Göbels hat es erwähnt –: Die Steuerungsgruppe Behandlungskapazität schaut sich das Infektionsgeschehen an. Im Moment sind wir der Überzeugung: Wenn für die nächsten zwei Wochen die 10-Prozent-Regel eingehalten wird – das heißt, dass 10 Prozent der Intensivkapazität für Covid-Erkrankungen freigehalten werden muss –, dann ist es vollkommen ausreichend. Das sind um die 20 Betten. Wir haben jetzt allerdings insgesamt über 30 Betten, glaube ich, frei, ohne dass das weiter reguliert werden muss.

Zum Thema Schutzmaterial – das ist auch immer eine große Frage –: Wir bekommen vom Land Schutzmaterial ausgeliefert, das wir weiterreichen dürfen. Wir dürfen auch selbst etwas davon behalten. Das brauchen wir aber nicht, weil wir als Stadt gut aufgestellt sind. Wir reichen also fast alles sofort durch nach einem Verteilerschlüssel an alle Pflegeeinrichtungen. Bisher haben wir etwa 950.000 FFP-Masken verteilt und 1 Million Stück Mund-Nasen-Schutz.

Jetzt muss man einschränkend sagen, dass die Materialien des Landes häufig nicht den normalen Normen entsprechen, die wir hier als Arbeitsschutz anerkennen, sondern Behelfsnormen, Normen, die aus dem asiatischen Raum kommen, oder aber auch Ad-hoc-Zertifizierungen sind. Deshalb sind wir manchmal nicht ganz so begeistert von dem Schutzmaterial. Die Einrichtungen beurteilen das für sich selbst. Wir verteilen aber natürlich sehr gern weiter.

Der Ausblick: Wir bereiten uns in allen Überlegungen darauf vor, im Herbst eine stabile Struktur zu haben, falls es zu einer Überlagerung mit Erkältungsfällen kommen sollte. Im Moment halten sich

alle gern draußen auf, stehen auch vor der Bäckerei gern draußen in der Schlange, sitzen auch gern in der Außengastronomie. Mal sehen, ob das auch noch so ist, wenn es kühler wird und regnet. Wenn die normalen Erkältungserkrankungen dazukommen, müssen wir schnell in der Lage sein, dann auch die Covid-Erkrankungen zu finden. So viel aus dem Rest der Verwaltung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr von der Lieth. – Wollen wir jetzt gleich die finanziellen Auswirkungen hören?

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Schneider steht ja schon so lange dort!)

– Genau, das dachte ich nämlich auch. Dann würde ich zunächst die Kämmerin bitten, ihren Bericht abzugeben. Anschließend können wir alle Berichte in Gänze diskutieren.

5

Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie

Oberbürgermeister Geisel: Frau Stadtkämmerin.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In aller Kürze ein Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Haushalt der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Auswirkungen werden auch unter TOP 16 und in der Folge auch unter TOP 17 diesen Rat beschäftigen, aber ich möchte jetzt bei dem aktuellen Bericht die neuesten Zahlen berichten.

Zum Thema Gewerbesteuer – eine unserer wichtigsten Ertragsquellen, das wissen Sie –: Seit dem 16.06.2020 haben sich insgesamt 3.160 Betriebe als zahlende Gewersteuerbetriebe abgemeldet. Bis zum 16.06.2020 gab es 2.391 Herabsetzungsanträge für die Gewerbesteuer auf null, und die machen in der Summe einen Betrag in Höhe von 147,1 Millionen Euro aus. Im gleichen Zeitraum gab es insgesamt 766 Stundungsanträge für die Gewerbesteuer, die einen Betrag in Höhe von 33,1 Millionen Euro ausmachen.

Dazu kommt der Bereich der Wettbüro- und Vergnügungssteuer. Im Gegensatz zu der immer noch recht dynamischen Entwicklung bei der Gewerbesteuer ist diese auf einem konstanten Sockel angekommen: 33 Anträge für 0,7 Millionen Euro. Die Liquiditätsauswirkungen der Ausfälle bei den Steuern belaufen sich auf 180,2 Millionen Euro.

Ich möchte es aber jetzt nicht mit den negativen Botschaften bewenden lassen, sondern ich habe beim letzten Bericht angekündigt, dass ich diesmal versuchen werde, eine Prognose abzugeben, wie es weitergeht. Es ist so, dass zwar immer noch Fälle dazukommen, aber die finanziellen Auswirkungen sind nicht mehr ganz so groß, sodass ich mich trauen würde, nach drei Wochen ähnlicher Entwicklung zu sagen: Wenn es nicht noch eine zweite Welle gibt, sind wir bei der Gewerbesteuer auf einem negativen Sockel angekommen. Von exponentiellen Steigerungen der Ausfälle kann man also nicht mehr reden, aber die Beträge sind ja auch groß genug.

Sie wissen, wir haben die Möglichkeit, alle Buchungen innerhalb der Verwaltung mit einem Corona-Signet zu versehen, sofern sie durch die Corona-Pandemie veranlasst worden sind. Der Aufwand, der so gekennzeichnet ist, beläuft sich auf rund 15 Millionen Euro im konsumtiven Bereich und 283,4 Tausend Euro im investiven Bereich. Das sind Zahlen, die wir – das wiederhole ich noch einmal – im Düsseldorfer Haushalt durchaus bewältigen können. Allerdings muss man sagen: In den Ausführungen von Herrn von der Lieth haben Sie gehört, dass wir die Einrichtungen hochfahren, sodass jetzt auch Schritt für Schritt der Aufwand für das Hochfahren und für die Sicherungsmaßnahmen der Beschäftigten steigt. Das werden wir in diesem Bereich merken. Unter

TOP 16 gibt es den Controlling-Bericht, der normalerweise in den HFA gehen würde. Darin steht auch eine Prognose dieser Kostenentwicklung bis zum Jahresende. Dort gehen wir von rund 25 Millionen Euro aus. Aber da hat es in diesem Rat schon unterjährig ganz andere Veränderungen gegeben. Das, was Sorgen macht, ist das Wegbrechen der Erträge.

Bei den konsumtiven Zahlungen ist ein Betrag von 545.000 Euro aus dem Corona-Soforthilfeprogramm Wirtschaft enthalten. Das war das erste Programm, das der Rat und die Verwaltung gemeinsam aufgelegt haben. Die Antragsteller können sich jetzt über die Bundes- und Landesprogramme bedienen, sodass dort kein weiterer Mittelabfluss stattfindet.

Mittlerweile haben sich die gesetzlichen Veränderungen durch Land und Bund zur Bewältigung der Corona-Lasten konkretisiert, aber leider noch nicht in dem Maße, dass ich Ihnen jetzt vorrechnen könnte, wie sich diese Weniger-Erträge wunderbar kompensieren lassen durch Maßnahmen aus Bund und Land. Die Vielzahl von Maßnahmen – wir analysieren sie sehr intensiv – kommt selbstverständlich auch dieser Stadt zugute. Die Zielrichtung geht in die richtige Richtung. Was wir aus ausfallenden Gewerbesteuern coronabedingt erstattet bekommen, dafür sind die Informationen noch nicht hart genug. Das, was wir als harte Informationen sehr gut gebrauchen können und auch schon darstellen können, ist die Aussage des Bundes, sich stärker an den Kosten für die Unterkunft zu beteiligen. Das ist eine Maßnahme, die uns unmittelbar sehr hilft und auch in einer Corona-Situation sehr hilft. Denn wenn wir unter der Überschrift „Corona“ mit mehr Fällen und mit mehr Unterstützungsbedarf rechnen, steigt automatisch auch die Quote, die der Bund uns erstattet. Also eine echte, ganz handfeste Hilfe.

Andere Maßnahmen – ich nenne jetzt nur einmal beispielhaft einige –: Die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge, Deckelung der EEG-Umlage und ein erleichterter Zugang zur Grundsicherung helfen direkt den Bürgerinnen und Bürgern und indirekt natürlich auch der Landeshauptstadt. Deshalb werden Sie sich bis zum nächsten Bericht gedulden müssen, bis ich diese Seite auch aufrechnen kann. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Schneider. – Jetzt darf ich fragen: Gibt es Fragen? – Frau Hebler und dann Herr Hartnigk.

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Vielen Dank, Frau Schneider. Vielen Dank, Herr Dr. Göbels und Herr von der Lieth. – Ich gehe jetzt einmal mit meinen Fragen chronologisch entlang der Berichte vor.

An die beiden Herren habe ich folgende Frage: Sie haben berichtet, dass Sie nach wie vor viel zu tun haben, obwohl sich die Lage auf der einen Seite entspannt, auf der anderen Seite weiß man aber nicht, was aufgrund der Lockerungen noch auf uns zukommen kann. Herr von der Lieth, Sie haben den Herbst ins Auge gefasst. Bis dahin haben Sie mindestens noch gut zu tun. Deswegen meine Rückfrage, ob sich am Sitzungsrhythmus des Krisenstabs irgendetwas ändern wird über den Sommer. Wenn ja, wie und aufgrund welcher Überlegungen?

An Sie, Frau Schneider, habe ich folgende Nachfrage: Sie haben gesagt, bezüglich des Ausgleichs der weggefallenen Gewerbesteuer gebe es noch keine belastbaren Aussagen vom Bund oder auch vom Land. Ich habe irgendwo die Behauptung gelesen, die Bundesregierung würde den Städten und Gemeinden die Gewerbesteuerausfälle komplett kompensieren. Können Sie diese Behauptung irgendwie für mich einordnen? – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Herr von der Lieth und dann Frau Schneider.

Herr von der Lieth (Feuerwehr Düsseldorf): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sitzungszyklus des Krisenstabs ändert sich im Moment noch nicht.

Wir haben eine Grenze festgelegt: Ab einer 7-Tages-Inzidenz auf 100.000 Einwohner von unter 2 würden wir die Sitzung aussetzen. Der Begriff „Krisenstab“ impliziert aber auch so ein bisschen: Da besteht jetzt wahnsinnig viel Handlungsdruck. Dieses Gremium bewährt sich einfach darin, dass wir ressortübergreifend und ämterübergreifend schnell Dinge entscheiden können. Das heißt, den Inhalt einer neuen Plakatkampagne oder von Info-Screens können wir einfach innerhalb einer einstündigen oder zweistündigen Sitzung besprechen oder allein auch die Frage, ob eine Änderung des Arbeitsschutzes im Kita-Bereich auch Auswirkungen in einem anderen Bereich hat. Das heißt, wir sind im Moment bei einer Sitzungsdauer von einer halben bis Dreiviertelstunde. Wir haben aber vereinbart, dass wir dann herunterfahren, wenn sich die Infektionsanzahl wirklich noch mehr reduziert.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Schneider.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Frau Hebler, ich war mit Absicht – ich denke, das steht Finanzern ganz gut – sehr vorsichtig mit der Aussage, aber ich konkretisiere es gern noch einmal.

Der Vorschlag des Bundes sieht eine vollständige Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen vor, die hälftig über Bund und Land finanziert wird. Der Beratungsstand ist der, dass sich der Bund eindeutig committet hat, was wirklich toll ist und auch in der kommunalen Familie ausdrücklich begrüßt worden ist. Das Land hat sich noch nicht in dieser Eindeutigkeit committet – auch vor dem Hintergrund, dass der Bund mit dieser Entscheidung gleichzeitig die Entscheidung über die Altschuldenregelung der stark verschuldeten Kommunen dem Land sozusagen als Hausaufgabe mitgegeben hat. Jetzt ist es eine Frage der Einschätzung: Werden die Länder darauf eingehen und tatsächlich 50 Prozent der Gewerbesteuererstattung – so, wie der Bund es vorgeschlagen hat – übernehmen, oder werden die Länder Wege suchen, um die Altschuldenproblematik auf der einen Seite und die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle auf der anderen Seite miteinander zu verbinden?

Ganz klar, Düsseldorf hat sehr viel davon, wenn wir die Gewerbesteuer erstattet bekommen. Die Altschuldenregelung – so richtig, wie ich sie inhaltlich finde – würde uns nichts bringen. Das muss man ganz klar so sagen. Aber da ist schlichtweg die Entscheidung des Landes noch nicht gefallen.

Außerdem gibt es noch einen Punkt, der etwas Sorge bereitet, und zwar ist das der Begriff eines pauschalierten Ausgleichs. Bei Pauschalen ist es so, dass es uns im Verhältnis zum Durchschnitt der Städte in Nordrhein-Westfalen – es fällt mir schwer, das zu sagen in Anbetracht des Controlling-Berichts mit den Mindereinnahmen – einfach noch zu gut geht, sodass wir bei den Pauschalen sehr oft den Kürzeren ziehen und deutlich weniger bekommen. Unterm Strich muss man aber sagen, dass sich sowohl die Bundes- als auch die Landesebene bisher sehr bemüht haben, die unterschiedlichsten Bedürfnisse und die unterschiedlichsten Problemlagen zum Thema der Corona-Pandemie auch durch finanzielle Hilfen zu unterstützen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Hartnigk. – Ihm folgt Herr Stieber.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Schneider, meine beiden Herren, herzlichen Dank für den Bericht. – Ich frage einmal etwas zu Finanzen, Frau Schneider, weil Sie schon so lange hier stehen. Gerade gab es eine interessante Nachfrage hinsichtlich der Altschulden. Meine erste Frage lautet: Was wäre eigentlich passiert, wenn der Kanal-Deal im zentralen Haushalt gelaufen wäre? Hätten wir dann eine Chance, unter die Fördermaßnahmen und Erstattungsmaßnahmen vom Bund oder gegebenenfalls vom Land von Altschulden zu fallen? – Das interessiert mich einfach mal aus Neugier.

Die zweite Frage lautet: Frau Schneider, wir haben gleich noch den Controlling-Bericht und den Beteiligungsbericht. Der eine oder andere kennt auch die Situation in der Holding. Mich würde gern einmal interessieren, wie Sie das generell einschätzen, wenn wir uns die heutige Tagesordnung

anschauen, was darauf alles an Beschlüssen steht: Haben Sie aus Ihrer Sicht als Kämmerin Tagesordnungspunkte identifiziert, die insbesondere unter Berücksichtigung der Verfügung vom 27. Mai, nämlich den Bewirtschaftungsregeln für den Haushalt 2020, wenig Aussicht auf Umsetzung haben? – Das ist eine Menge Geld, was heute und morgen hier vom Rat möglicherweise beschlossen wird. Nach dem, was Sie eben gesagt haben, und nach dem, was möglicherweise noch auf uns zukommt, sollten wir einmal unabhängig von parteipolitischen Interessen eine Sekunde innehalten und schauen, was geht und was nicht geht. Ich glaube, es gibt niemanden, der dazu hier an dieser Stelle eine bessere Auskunft erteilen kann als Sie, Frau Schneider. Deswegen würde ich mich an der Stelle für eine klare Aussage bereits jetzt bedanken. – Vielen Dank.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Hartnigk, die Frage ist eine steile Vorlage. Was wäre, wenn wir den Kanal-Deal nicht gemacht hätten? Würden wir dann schon in den Genuss der Altschuldenregelung kommen? – Ich glaube nicht. Denn selbst wenn wir den Kanal-Deal nicht gemacht hätten und wir unterstellen würden – was ich nicht tue –, dass wir dann eins zu eins mit diesen Mitteln Gelder hätten aufnehmen müssen, wären wir noch um den Faktor 20 oder 30 entfernt von den Städten, die sich mit der Altschuldenproblematik herumplagen. Wenn Sie in unseren – ich weiß, dass Sie das tun, deshalb kann ich das hier auch ansprechen – Jahresabschluss und in unseren Gesamtabschluss schauen, dann sehen Sie, auf welcher Seite das Eigenkapital steht. Eine Stadt wie Duisburg hat das Eigenkapital auf der falschen Seite. Das heißt, die sind überschuldet. Eine Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage ist bei denen überhaupt nicht möglich. Also eine ganz klare Aussage: Auch ohne Kanal-Deal würden wir nicht in den Genuss einer Altschuldenregelung kommen.

Zu der zweiten, geschickten Frage: Herr Hartnigk, Sie wissen, dass die Vorlagen, die heute von der Verwaltung auf der Tagesordnung stehen, die einheitliche Verwaltungsmeinung darstellen. Das heißt, diese Diskussion, die Sie jetzt mit mir führen wollen, ist sehr intensiv innerhalb der Verwaltung unter den Kollegen geführt worden. Auch die Finanzaspekte sind mit den fachlichen Aspekten abgewogen worden. Das, was wir Ihnen vorlegen, halten wir für wichtig und für umsetzungsfähig. Deshalb stehen die Vorlagen so auf der Tagesordnung.

Zum Zweiten: Mit Bewirtschaftungsregeln regeln wir intern, wie wir mit neuen Dingen, die wir nicht im Haushalt haben, künftig umgehen wollen. Das höchste Gut auch für mich als Stadtkämmerin – das ist jetzt nicht Rhetorik oder Gerede, sondern das lebe ich – ist das Budgetrecht des Rates. Selbstverständlich steht es dem Rat in einer Sitzung wie dieser frei, Entscheidungen, die er für politisch wichtig hält, zu treffen, auch wenn sie aus der reinen finanziellen Betrachtung unterschiedliche Priorität genießen würden. Aber die Anträge der Verwaltung unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen, das steht uns nicht an, und innerhalb der Verwaltung sind wir uns einig, was wir machen wollen und was wir nicht machen wollen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Stieber.

Ratsherr Stieber (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt heute keine Presseschau von mir. Ich trage allerdings, weil Sie so oft nach dem Herbst gefragt haben, eine Menge Optimismus in mir, was diese Corona-Welle angeht. Denn – Sie haben es gehört – die britischen Forscher haben mittlerweile ein Medikament gefunden, das erstmals wirksam gegen den Virus sein soll, dieses Dexamethason.

Das, was mir aber im Zusammenhang mit den Berichten, für die ich Ihnen, meine Herren, auch wieder sehr herzlich danke, gefehlt hat, ist Folgendes: Lieber Herr Dr. Göbels, Sie haben erwähnt, dass es ein Studien-Setting mit Kindern gibt. Nun haben wir bei der letzten Sitzung verschiedene Studien-Settings mit der Universität Düsseldorf angekündigt bekommen, und zwischenzeitlich war auch zu lesen, dass es eine repräsentative Studie geben soll. Mir und – ich bin mir dessen sicher – auch einigen hier im Raum ist nicht klar, wie viel Studien es nun in Kooperation mit der Universität Düsseldorf gibt und wie die einzelnen Settings sind.

Das Zweite, was ich anmerken möchte, lautet: Herr von der Lieth, Sie haben die Kapazitätsauslastungen in Höhe von 300 Testungen erwähnt, was schon einmal eine Steigerung ist von dem Niveau, von dem wir kommen. Das, was ich allerdings vermisse, ist, dass es – ganz im Gegensatz zu der jetzt anlaufenden Werbekampagne oder den verschiedenen Werbekampagnen zu der sinnvollen Corona-App, die es seit heute gibt – in dieser Stadt nicht ansatzweise eine Kampagne für mehr Testungen gibt. Das gab es nie, und bedauerlicherweise wird es wahrscheinlich auch nie eine geben. Wir wissen, dass wir die Menschen nicht zwingen können, zum Test zu gehen, aber mittlerweile wissen wir alle, dass die Durchführung von Tests auch bei symptomlosen Bürgerinnen und Bürgern großen Sinn macht, weil wir Infektionsketten so schneller stoppen können.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, über eine Kampagne nachzudenken. Wir haben so viele Wesselmänner mit Corona-Hinweisen auf das Händewaschen bedruckt, da kann es den städtischen Etat nicht sprengen, wenn wir das eine oder andere auch mit dem Aufruf zur freiwilligen Testung im Sinne der Nächstenliebe für den nächsten Bürger oder die nächste Bürgerin bedrucken. Herr Oberbürgermeister, geben Sie sich einen Ruck. Machen Sie das.

(Ratsherr Figge [SPD]: Das ist doch nur eine Momentaufnahme!)

– Du hast doch keine Ahnung.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Göbels, welche Untersuchungen laufen, und was ist mit der Testkampagne?

Dr. Göbels (Gesundheitsamt Düsseldorf): Ich habe alles mitgeschrieben, denn als Mann kann ich mir natürlich so viele Sachen nicht merken.

Ich fange am besten mit den Testungen an. Ich persönlich glaube, dass wir in Düsseldorf im Vergleich zu anderen Kommunen sehr viel testen. Wir haben am 24. Juni ein Treffen mit der KV Nordrhein, und zwar mit dem stellvertretenden KV-Vorsitzenden, den Sie zum Teil kennen, Herrn Dr. König, und dem Kreisstellenvorsitzenden Dr. Schumacher, in dem wir genau diese Thematik diskutieren wollen; denn ich sehe eher die niedergelassene Ärzteschaft hier in der Pflicht. Wenn man noch einmal zurückschaut in den Februar/März, dann sind wir als Stadt beziehungsweise als Kommune in die Bresche gesprungen, weil sich die Patientinnen und Patienten zum Teil an das Gesundheitsamt gewendet haben, zum Teil in die Uniklinik geschickt wurden und der Privatdozent Dr. Bernhard sich an uns gewandt und gesagt hat, dass ihm die Notaufnahme aus allen Nähten platzt, sodass wir gehandelt haben. Ich finde das richtig, und wir haben das sehr gut gemacht. Wir haben das auch mit Hilfe der Feuerwehr jetzt auf ein wirklich sehr professionelles Niveau gehoben.

Gleichwohl müssen wir uns auf die Situation vorbereiten, dass wir vielleicht den einen oder anderen Ausbruch sehen. Ich bin ein großer Freund dieser Lockerungen, sehe aber, dass diese Lockerungen nur mit Disziplin funktionieren. Manchmal vermisst man sie so ein bisschen, wenn man durch die Stadt geht, sodass wir uns auch hier aufstellen müssen, damit wir agil bleiben können, damit wir vor die Lage kommen, damit wir testen können.

Die niedergelassenen Kollegen wurden von der KV mit Schutzmaterial ausgestattet. Ich erwarte am 24. Juni, dass wir vielleicht so etwas wie ein Corona-Testnetzwerk Düsseldorf etablieren, dass auch die niedergelassenen Praxen sich dazu bekennen, dass man ganz klar sagen kann: In folgenden Stadtvierteln sind folgende Kollegen bereit, diese Tests durchzuführen. Eigentlich müsste es jeder Internist, Allgemeinmediziner, HNO-Arzt machen können. Ich werde auch gern darüber berichten, was bei diesem Treffen herausgekommen ist.

Was die Frage nach der Studie angeht, so ist die Kita-Studie in vollem Gange und das, wie ich finde, sehr erfolgreich. Die serologische Studie, in der wir schauen wollen, wie hoch der Prozentsatz derer ist, die schon infiziert waren, liegt momentan der Ethikkommission vor. Es gibt zurzeit eine

Machbarkeitsstudie in einem ganz kleinen Kontext, der uniintern abläuft. Es gab gestern eine Telefonkonferenz dazu mit Prof. Dragano und Prof. Boege vom UKD. Da sind wir, glaube ich, auf einem ganz guten Weg. Manche Dinge brauchen einfach, weil man eine Studie nicht einfach ohne ein Votum der Ethikkommission durchführen kann. Das nimmt eine gewisse Zeit in Anspruch. Ich meine auch, dass das Studiendesign einfach sauber sein muss. Es bringt nichts, wahllos irgendwelche Leute zu untersuchen. Sodass mir, der Uni und uns allen daran gelegen sein sollte, dass wir nicht irgendwelche Daten produzieren, die nachher angreifbar sind.

Eine letzte Bemerkung: Ja, Dexamethason wird als Durchbruch gefeiert. Ich bin da ein bisschen vorsichtig. Dexamethason ist Cortison. Es ist immer mal wieder so, dass man sagt, man muss eine Sepsis mit Cortison behandeln, was in der Tat stimmt. Es gibt im Rahmen von Covid-19-Infektionen einen sogenannten Zytokinsturm, sodass man auch hier Patienten mit verschiedenen Immunsuppressiva behandelt hat, damit sie nicht in diese Situation kommen. Ich wäre aber sehr vorsichtig, zu sagen, dass Dexamethason jetzt der Durchbruch ist. Das ist sicherlich ein Add-on. Ich glaube aber, viel wichtiger sind direkt wirksame antivirale Medikamente, wie wir das im Bereich HIV oder HCV sehen. Solche sind zum Teil noch in Studien. Das Remdesivir hat sich auch als sehr, sehr positiv erwiesen. Daher: Man wird im Verlauf sicherlich mehr Erfahrung in der Behandlung bekommen, aber noch viel, viel wichtiger als die Behandlung ist natürlich die Prävention. Jetzt wissen wir alle: There is no glory in prevention, aber wir müssen einfach schauen, dass wir die Krankheit verhindern. Das ist viel, viel wichtiger. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Dr. Göbels. – Herr Wiedon hat sich gemeldet. Ich sehe ansonsten keine weiteren Wortmeldungen, aber vielleicht habe ich auch jemanden übersehen. – Das ist nicht der Fall.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Dr. Göbels, ich habe eine Nachfrage zum Thema Diskothekenöffnung und zu der Aussage, dass man dort auch mit Abstandsregelungen agiert. Ich möchte jetzt nur einmal fragen, ob das der Lebenswirklichkeit entspricht. In Diskotheken kommt der Alkohol dazu. Irgendwie sollen sich dort am Wochenende auch mal Menschen, die sich vorher noch nicht kannten, plötzlich kennenlernen und näherkommen. Ich stelle mir das, wie gesagt, ein wenig lebensfern vor, gerade in dem Umfeld und an einem Samstagabend um 3 Uhr noch 1,50 Meter Abstand einzuhalten, wenn ich vielleicht auch den einen oder anderen alkoholischen Drink intus habe. Deshalb wäre ich diesbezüglich für eine zusätzliche Erklärung dankbar. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Göbels, zum Alkoholgeschehen in Diskotheken.

Dr. Göbels (Gesundheitsamt Düsseldorf): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist in der Tat ein wirkliches Problem. Ich glaube aber auch da, wir müssen da abwägen. Irgendwann müssen wir natürlich auch wieder zu einem normalen Leben zurückkehren, sodass es extrem wichtig ist, dass wir die Infektionszahlen in der Bevölkerung Schritt für Schritt senken, sodass man dann auch guten Gewissens solche Dinge wieder machen kann. Ich glaube auch, dass es durchaus wichtig ist, dass man gewisse Hygienekonzepte vorhält, wozu die Veranstalter ja angehalten sind. Aber ich stimme Ihnen absolut zu: Natürlich, nachts um 3 Uhr mit einem entsprechenden Alkoholpegel wird es sehr komplex, diese Hygienekonzepte wirklich umzusetzen. Aber das ist nun einmal die Lebenswirklichkeit.

Ich glaube, wir müssen es auf dem Schirm haben und können jetzt nicht so tun, als ob das Problem weg ist, sondern müssen uns da ein Stück weit herantasten. Wir brauchen im Grunde genommen ein engmaschiges Monitoring und müssen das eben auch versuchen, soweit es geht. Es gibt Lüftungskonzepte, die man dort etablieren kann, aber das ist in der Tat ein Problem, ja.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Fragen dazu. Dann darf ich Herrn Dr. Göbels, Herrn von der Lieth sowie der Kämmerin herzlich für ihre Berichte und Beiträge danken.

6

Anfragen aus aktuellem Anlass

Oberbürgermeister Geisel: Ich glaube, wir beantworten jetzt mündliche Nachfragen zu aktuellen Anfragen vom letzten Mal. Ansonsten haben wir, glaube ich, fünf aktuelle Anfragen, die freilich schriftlich beantwortet werden, wie ich vorher schon angekündigt habe. Die Nachfragen von Herrn Grenda konnten ebenfalls schriftlich beantwortet werden.

Nachfrage zu einer Antwort auf eine Anfrage aus aktuellem Anlass der CDU-Ratsfraktion aus der Ratssitzung am 14.05.2020: Schule in Düsseldorf – Infokampagne oder Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten?

Oberbürgermeister Geisel: Es gibt aber jetzt noch mündliche Nachfragen zu der Anfrage „Schule in Düsseldorf – Infokampagne oder Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten?“. War es das?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: That's it!)

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte? – Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für die schriftliche Beantwortung unserer Anfrage aus aktuellem Anlass. Hieraus resultieren allerdings zwei weitere Nachfragen.

Wir haben festgestellt, dass es sich seinerzeit bei der Sonderbeilage zum Thema Schule in der „Rheinischen Post“ Online um eine Anzeige handelte. Diese ist auch entsprechend so gekennzeichnet gewesen. Daher muss die Stadt redaktionell für den Inhalt insgesamt verantwortlich sein und die hierfür entstandenen Kosten übernehmen.

Jetzt kommen unsere zwei Nachfragen dazu: Die Verwaltung hat in ihrer schriftlichen Antwort erklärt, ihr sei nicht bekannt, auf welche Gesamtkosten sich die Anzeige beläuft und welche Unternehmen zur Finanzierung ohne Gegenleistung herangezogen wurden. Das hätten wir gern beantwortet.

Die zweite Nachfrage lautet: In der Anzeige der Stadt war auch ein Beitrag einer städtischen Tochtergesellschaft enthalten. Hier ist die Frage, ob die Stadt die anteiligen Kosten, die hierfür angefallen sind, der städtischen Tochter in Rechnung gestellt hat oder die entsprechenden Kosten auch übernommen hat.

Oberbürgermeister Geisel: Der Herr Stadtdirektor kann diese Fragen natürlich beantworten.

(Zuruf: Aber ob er das will?)

– Er scheint dazu nicht nur in der Lage, sondern auch willens zu sein, ja.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Hartnigk, zu den beiden Fragen: Die Ausgangsthese, die Sie hier vorgetragen haben, stimmt schon nicht, weil das in Rede stehende Produkt eine andere Entstehungsgeschichte hat. Das Produkt hat nämlich die Entstehungsgeschichte, dass die Stadt im Jahr 2019 – im Übrigen sehr transparent – damals in einer Grundschule gemeinsam mit dem Chef von Düsseldorf Marketing dargestellt hat, wie sie ihre Infokampagne zum Thema Schulbau gestalten will.

Daraufhin ist eine Zeitung, deren Namen Sie gerade genannt haben – ich werde das hier natürlich nicht tun –, auf uns zugekommen und hat gesagt, sie würde das gern an der Stelle durch eine Sonderbeilage begleiten. Die Gesamtkosten der Sonderbeilage kann ich Ihnen aus diesem Grunde nicht nennen. Das Ganze ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Thema Sonderbeilagen

in einer Zeitung nicht zum ersten Mal vorgekommen ist, denn wenn Sie sich in Düsseldorf über die letzten zehn Jahre das anschauen, dann werden Sie viele Sonderbeilagen zu ganz unterschiedlichen Themen sehen, die auf diesem Weg entstanden sind. Es gab sie zur Gesundheit, es gab sie zum Verkehr, es gab sie zum Thema Bäume, es gab sie auch zu diversen sportlichen Veranstaltungen, und es gab sie immer auch mit Beteiligungen von städtischen Unternehmen. Ich kann mich daran erinnern, es hat eine Sonderbeilage zum Thema Albrecht-Dürer-Berufskolleg gegeben. Da war nicht die IPM, sondern die IDR die Beteiligte.

Wir haben mit der entsprechenden Zeitung eine vertragliche Vereinbarung getroffen über den Betrag, den wir auch in der schriftlichen Antwort mitgeteilt haben. Natürlich haben wir, als darüber gesprochen worden ist, wie die Beilage entsteht, darüber gesprochen, wer Partner einer solchen Beilage sein könnte – so, wie das in anderen Sonderbeilagen, die von dieser Zeitung herausgegeben worden sind, auch der Fall war. Da war mal die Messe mit dabei. Die IDR hatte ich an der Stelle schon genannt. Da war die D.LIVE mal mit dabei. Insofern kann ich Ihnen die Gesamtkosten nicht sagen. Wir haben unseren Vertrag an der Stelle bezahlt. Wir haben der IPM dafür kein Geld gegeben, und den Vertragsrahmen, in dem sich die IPM mit der Zeitung committet hat, den kenne ich nicht.

Ich will jetzt an der Stelle auch noch einmal aus meiner Sicht Folgendes sagen: Wenn man das vom Grundsatz her nicht will – man fragt sich ja als Verwaltung immer, was man mit etwas auslöst –, dann sage ich: Das Besondere an dieser Sonderbeilage war mit Sicherheit, dass wir zum ersten Mal das Thema Cross-Medienarbeit hatten. Sonst war es immer ein reines Print-Produkt. Von der Grundkonstruktion war es immer das Gleiche. Wir haben keinen Einfluss darauf genommen, was cross-medial an der Stelle erschien. Wenn man das vom Grundsatz her nicht will, dann sollte man sich committieren, dass man das in Zukunft gar nicht mehr macht. Das kann man ja an der Stelle. Wenn ich mir ansehe, wer in einer Broschüre genannt worden ist: Also in unseren normalen Informationsbroschüren der Stadt tauchen in der Regel der Oberbürgermeister, der Dezernent, die Amtsleitung und Partner auf. Nichts anderes ist an dieser Stelle auch passiert. Wenn man das aber in Zukunft nicht mehr will, dann sollte man das an der Stelle auch sagen und sollte das auch machen. Man sollte sich aber die Geschichte in dieser Stadt auch anschauen, denn jeder hier – nicht jede Person, aber jede Gruppierung – hat schon einmal Verantwortung getragen in einer Zeit, wo Sonderbeilagen erschienen sind.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Neuenhaus, ich muss auf die Geschäftsordnung verweisen, dass Nachfragen zu einer in der letzten Sitzung gestellten Anfrage eigentlich nur der nachfragenden Fraktion obliegen. Ist das okay? – Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden.

(Zuruf von Ratsherrn Neuenhaus [FDP])

Damit hätten wir diesen Punkt erledigt.

Zu den Anfragen aus aktuellem Anlass liegt Ihnen die schriftliche Beantwortung vor. Gegebenenfalls kann man in der nächsten Sitzung so verfahren wie heute mit der entsprechenden Anfrage aus der letzten Sitzung.

7 Anfragen

Oberbürgermeister Geisel: Alle regulären Anfragen sind ebenfalls schriftlich beantwortet worden.

8

Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahnbau U81

RAT/201/2020

9

Bericht aus der Kleinen Kommission Rhein-Ruhr-Express (RRX)

RAT/202/2020

10

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

RAT/203/2020

11

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

RAT/206/2020

64

Bericht aus der Kleinen Kommission Smart City

RAT/238/2020

Oberbürgermeister Geisel: Auch bei den Berichten aus den Kleinen Kommissionen gilt das übliche Verfahren: Sie wurden verteilt, sie sollten nicht verlesen werden. Sollte es Rückfragen geben, können die freilich jetzt gestellt werden. – Ich sehe Herrn Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich habe eine Nachfrage zu dem Bericht der eigenen Kleinen Kommission. Ich weiß nicht, ob jemand dazu Stellung nehmen kann, und zwar: Es liegt in der Zwischenzeit die gesamte Liste der Breitbandversorgung von Schulstandorten vor. Diese ist dem Rat nicht zur Verfügung gestellt worden, auch nicht den Fraktionen. Wann erfolgt das?

Da auch noch eine weitere Anfrage dazu vorliegt, möchte ich die Verwaltung darauf hinweisen, weil sie ein komplett neues Konzept während der Sommerferien baut: Es ist kein Mathefehler gewesen, sondern die Zahlen zwischen Einwohnermeldeamt, Wahlamt und den Geopunkten des Breitbandbeauftragten weisen diese Differenz auf. Das heißt, es gibt Häuser, in denen Menschen wohnen, die aber in Ihrer Auflistung überhaupt nicht angefragt worden sind. Es ist kein Mathefehler. Deswegen, wenn diese Planung jetzt wirklich vorliegt: Wurde das wirklich nur falsch verstanden, oder ist dieser Fehler in der Zwischenzeit festgestellt worden, dass wir nicht bei 81.978 Wohnpunkten, sondern bei ungefähr 82.900 Wohnpunkten liegen? Denn die kommen noch zu den 1.300 fehlenden Anschlüssen hinzu. Die Fragen hätte ich gern beantwortet, sodass das auch korrekt bearbeitet wird während der Pause. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Die Antwort werde ich Ihnen nachliefern. Ich kann sie aus dem Stand nicht beurteilen. – Gibt es weitere Nachfragen? – Bitte schön, Herr Simon.

Ratsherr Simon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachfrage zur KK Smart City: Die Ausschreibungslücke ist damals mit 15 Millionen Euro festgestellt worden. Dort hat man ein Beratungsunternehmen hinzugezogen, und die Telekom hat ein Angebot über 17 Millionen Euro gemacht. Hier noch einmal die Nachfrage zu den festgestellten 15 Millionen Euro über dieses beratende Unternehmen und die Bitte, dass der Dezernent einmal dazu Stellung nimmt, wie die zusammengesetzt waren. Oder kann man vielleicht davon ausgehen, dass es einfach eine zu geringe Annahme gewesen ist, dass man das hätte bei der Telekom beauftragen können?

Oberbürgermeister Geisel: Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke, können Sie dazu etwas sagen? – Herr Simon, ich bitte um Verständnis, wir gehen der Sache nach, wie das genau aufgeteilt war. Offenbar hat den Vertrag gerade niemand zur Hand.

Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall, wenn ich das richtig sehe. – Herr Dr. Wlecke, Sie heben jetzt einfach so die Hand, das ist aber keine Wortmeldung? – Gut. Dann sind wir mit den Punkten durch.

Ich würde vorschlagen, dass ich jetzt den Schnelldurchlauf mache, wie es der Üblichkeit zu diesem Punkt entspricht. Das Verfahren ist Ihnen bekannt: Ich nenne den Tagesordnungspunkt, Sie signalisieren, ob Sie eine Debatte dazu wünschen.

12

Einkünfte aus Nebentätigkeiten im Jahr 2019 für Oberbürgermeister Thomas Geisel RAT/080/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

TOP 13, Jahresabschluss 2019 der Stadtparkasse Düsseldorf, ist zurückgezogen.

14

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Überörtliche Prüfung der Stadt Düsseldorf im Jahr 2019

RPAU/011/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Dann können wir das beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

15

Bekanntgabe der genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen aus dem Jahresabschluss 2019

HFA/007/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

16

Gemeinsamer Controllingbericht der Stadtkämmerin und des Personaldezernenten zur haushalts- und personalwirtschaftlichen Lage nach dem 30.04.2020

HFA/008/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht über das hinaus, was wir bereits zum Thema Corona hatten? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber ebenfalls beschließen. Ist das überhaupt ein Beschluss? – Das ist eine Kenntnisnahme, würde ich sagen. Das ist etwas irreführend. Das nehmen wir so zur Kenntnis.

17

Nachtragsatzung zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf für das Haushaltsjahr 2020 mit Anlagen

HFA/014/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

18

Reduzierung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung und im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen für die Monate Juni und Juli im Zuge von Covid-19

HFA/013/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir das beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

19

Erlass der Gebühren für einen Teil des Musikschulunterrichts der städtischen Clara-Schumann-Musikschule im Zuge von Covid-19 bis zur Beendigung der Einschränkungen

KUA/094/2020/1

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das können wir so beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

20

Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für die Neue Schauspiel GmbH

KUA/055/2020/1

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir das so beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

21

Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zur Einhaltung der Coronaschutzverordnung im Aquazoo – Löbbecke Museum

KUA/088/2020/1

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Das können wir ebenfalls beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

TOP 22, Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur, behandeln wir morgen.

23

Sportanlagen Fleher Straße 224 b und 220 d – Qualifizierung der Gesamtanlage – Ausbau der Sportfreianlagen

SPOA/021/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das können wir ebenfalls beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

24

Ehrenhof 4-5, Stiftung Museum Kunstpalast – Sanierungen und Umbaumaßnahmen

KUA/054/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Ja.

25

**An Sankt Swibert/Niederrheinstraße, Feuerwache der freiwilligen Feuerwehr
Kaiserswerth – Neubau, Bedarfsbeschluss**

AÖE/012/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir das beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

26

Erkrather Straße 30, tanzhaus nrw e. V.

KUA/060/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit so beschlossen.

TOP 27, Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen – Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze zur Deckung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz, wollen wir morgen machen, hatten wir gesagt.

28

**Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses für die Sanierung von
Fassaden an acht Schulen**

SCHUA/016/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber ebenfalls abstimmen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

29

**Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat zu wählenden Mitglieder
(IRWahlO)**

RAT/207/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ich darf darauf hinweisen: In der Vorlage wird noch auf den HFA referiert. Selbstverständlich beschließt der Rat. Insofern müssten Sie sich die Vorlage mit dieser Modifikation denken. – Herr Grenda, Sie wollen eine Debatte?

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Ich habe eine Nachfrage!)

– Dann ist es eine Debatte. Dann können wir es nicht beschließen. Aber eigentlich waren wir schon durch. Ich glaube, das war zu spät, Herr Grenda. Da muss man schon aufpassen. Ich sehe manchmal auch schlecht, aber Sie haben sich wirklich erst gemeldet, nachdem ich die Frage gestellt habe und bereits Erläuterungen zum Inhalt gegeben habe. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

30

Neufassung der Satzung zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung

BR/001/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Insoweit muss ich ebenfalls darauf hinweisen, dass die Fassung noch den HFA vorsieht. Es muss richtig heißen, dass der Rat die Vorlage beschließt. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

31

Prüfungsordnungen für Beschäftigte im kommunalen Verwaltungsdienst

POA/011/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

32

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Podologie in Nordrhein-Westfalen mit dem Kreis Mettmann

AGS/022/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht?

(Zuruf: Eine fachliche!)

– Eine fachliche Diskussion?

Ich bitte um Handzeichen: Wer weiß, was Podologie ist? – Immerhin. Das ist doch eine solide Mehrheit.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Die anderen dürfen nicht abstimmen!)

– Doch, die dürfen auch abstimmen. Die anderen stimmen einfach ab im Vertrauen in die Verwaltung, dass hier etwas Vernünftiges gemacht wird – worum es auch immer gehen mag.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig mit Begeisterung so beschlossen.

33

Beschlusskontrolle des Rates

RAT/210/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht?

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Tischvorlage!)

– Ach so, das ist eine Tischvorlage. Die machen wir morgen, ja. Das ist richtig, sorry.

34

Öffentliche Toilettenanlagen im Stadtgebiet Düsseldorfs, Beschluss zur Konzeptvorstellung und weiteren Vorgehensweise sowie zur bedarfsgerechten Versorgung (Ausschreibung) – zweiter Bedarfsbeschluss

BAU/004/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

35

Rahmenplan Einzelhandel 2016, 1. Änderung (Entwurf) – Fachmarktstandort Nord

APS/035/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

36

2. Förderphase/Fortschreibung Fördergebiet „Soziale Stadt Rath/Mörsenbroich

APS/042/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja, es wird eine Debatte gewünscht.

37

Handlungsräume ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF – Weiteres Vorgehen

APS/044/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

TOP 38, Evaluierungsergebnis zum Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt, Weiterentwicklung der Quotierungsregelung und weiteres Vorgehen, machen wir morgen.

39

Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Erlass von Sozialen Erhaltungssatzungen in Düsseldorf

APS/079/2020

39.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/243/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

40

Verleihung der Förderpreise für bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik und Literatur der Landeshauptstadt Düsseldorf 2020

KUA/020/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

41

Änderung des Gesellschaftervertrages der Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Opernehe
KUA/098/2020

Oberbürgermeister Geisel: Hier geht es um eine Fristverschiebung. Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

42

Blaugrüner Ring – Bestätigung des Wettbewerbsergebnisses – Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen

APS/062/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Ja.

TOP 43, Ergebnis zum Wettbewerb „Das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz“, hatten wir gesagt, nehmen wir uns morgen vor.

TOP 44, Deutsches Foto-Institut – Identifikation eines Standortes, machen wir auch morgen.

45

Erster Bericht zum Ratsbeschluss „Saubere Luft für Düsseldorf: Reduzierung von NOx-Emissionen vorantreiben!“

AUS/016/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? – Das ist eine Infovorlage. Dann können wir die zur Kenntnis nehmen.

46

Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von Ökostrom für alle städtischen Gebäude

RAT/146/2020/1

46.1

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda

RAT/252/2020

46.2

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP

RAT/241/2020

Oberbürgermeister Geisel: Dazu wird eine Debatte wünscht.

47

Konzept 2035 – Methodik zum Pfad zur Erreichung der Klimaneutralität

RAT/197/2020

Oberbürgermeister Geisel: Debatte? – Ja.

48

Erste Fortschreibung Handlungskonzept Elektromobilität der Landeshauptstadt Düsseldorf

AUS/007/2020

48.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

RAT/232/2020

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der ist doch weg! – Bürgermeisterin Zepunkte [SPD]: Kleine Kommission!)

Oberbürgermeister Geisel: Richtig, das haben wir in der KK, einschließlich des Änderungsantrags.

49

Berichterstattung Park+Ride in und um Düsseldorf

OVA/009/2020

(Zurufe: Ja!)

Oberbürgermeister Geisel: Debatte.

50

Handlungskonzept zur Parkraumbewirtschaftung: Erweiterung des Bewohnerparkens

OVA/049/2020

(Zuruf: Ja!)

Oberbürgermeister Geisel: Ebenfalls eine Debatte.

51

Änderung der Entgeltordnung des Großmarktes und der Wochenmärkte der Landeshauptstadt Düsseldorf (Marktentgeltordnung)

AUS/019/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht? Ja oder nein?

(Zuruf: Ja! – Zuruf: Nein! – Zuruf: Was denn jetzt?)

Möchte jemand eine Debatte?

(Zuruf: Ja!)

Okay.

Zu TOP 52, Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath, gibt es einen Änderungsantrag.

53

Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl

RAT/208/2020

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es dazu einen Debattenwunsch? – Nein. Ich darf erneut darauf hinweisen: Das war auch für den HFA bestimmt. Da wird jetzt HFA durch den Rat ersetzt. Gibt es Gegenstimmen zum Beschlussvorschlag? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

54

Wiederwahl einer Schiedsperson

OVA/001/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ich sehe keinen Debattenwunsch. Auch hier muss es natürlich heißen: Der Rat beschließt die Wiederwahl. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

55

Bestellung von Seniorenratsmitgliedern als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in Ratsausschüsse

SENR/003/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Dann können wir das ebenfalls beschließen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

56

Bestellung und Abberufung von Prüferinnen

RPAU/010/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ebenfalls kein Debattenwunsch. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

57

Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

RAT/204/2020

Oberbürgermeister Geisel: Bei mir steht, die Vorlage wird noch nachgereicht. Die ist aber zugegangen. Ich nehme an, das brauchen wir nicht auf morgen zu vertagen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

58

Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 06/016 – Theodorstraße/A 52 – Aufhebung Einleitung, Einstellung des Verfahrens

APS/054/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir das machen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

59

Plan Nr. 06/019 Theodorstraße – zwischen A 52 und Wahlerstraße

APS/059/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Das können wir ebenfalls beschließen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

60

Satzungsbeschluss B-Plan Nr. 03/033 – nordöstlich Halbinsel Kesselstraße

APS/074/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Doch!)

– Herr Grenda, gut. Was meinen Sie denn? Das gibt es zweimal. Sie möchten zu beidem reden?

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Ja!)

Okay.

61

Entwicklung Kesselstraße – Beauftragung einer externen Projektsteuerung

OVA/061/2020

61.1

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda

RAT/248/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht?

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Änderung!)

– 60 oder 61 oder beide?

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Beide!)

Okay. Wir haben ja zwei Tage Zeit.

62

4. Änderung des Landschaftsplanes der Landeshauptstadt Düsseldorf – Beschluss zur Offenlage

AÖE/009/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Das können wir abstimmen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Was war denn TOP 64?

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Kleine Kommission Smart City!)

Das haben wir, genau.

65

Zukunftsviertel

RAT/218/2020

65.1

Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda

RAT/251/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu eine Debatte gewünscht?

(Rats Herr Grenda [Piraten]: Ja!)

– Ja. Gut, dann sind wir mit dem Schnelldurchlauf durch.

12

Einkünfte aus Nebentätigkeiten im Jahr 2019 für Oberbürgermeister Thomas Geisel

RAT/080/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski.

Rats Herr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, das Gesetz sieht vor, dass der Oberbürgermeister einer Stadt dem Rat die Einnahmen aus Nebeneinkünften vorlegt. Es ist gesetzlich geregelt, bis zu welchem Schwellenwert das geht. Aus dieser Transparenz sieht man jetzt auch, in welchen Gremien Oberbürgermeister Geisel war. Zwei Punkte sind dort sehr interessant. Das ist zum einen der Beirat der RWE AG und zum anderen die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat des Verbands der kommunalen RWE Aktionäre GmbH.

Ich erinnere daran, dass ich in der Ratssitzung im November gesagt hatte, dass der Herr Oberbürgermeister – ich weiß nicht mehr, ob gegenüber der Presse oder so – zum Thema RWE-Aktienverkauf die FDP und die Grünen als Stümper bezeichnet hat. Er sei der Experte bei diesem Punkt, deshalb sei der Verkauf so erfolgreich gewesen. Ich habe damals gesagt:

„Sie sitzen im Beirat von RWE; ich nicht. Ihre Kompetenz ist denen mehr als 1.000 Euro pro Sitzung wert. Das können wir so mal festhalten.“

Herr Oberbürgermeister, Sie haben damals gesagt:

„Nein, es gibt keinen einzigen Pfennig. Ich sitze nicht in bezahlten Beiräten, um das klar zu sagen.“

Darüber war ich sehr erstaunt, weil ich das noch wusste aus dem Jahr 2018. Dann haben Sie noch weiter ausgeführt:

„Ich sitze nicht in bezahlten Beiräten von RWE. Nein, schon lange nicht mehr. Mit Verlaub. Also keine unchristliche Geschichtsfälschung bitte.“

Meine Damen und Herren, ich habe mich lange gefragt, was eine christliche Geschichtsfälschung wäre und ob die dann besser wäre. Ich halte aber nur einmal fest: Nach Nachfragen im Ältestenrat im September oder Oktober haben Sie die Tätigkeit dort aufgegeben. Zum Zeitpunkt, als Sie diese Aussage tätigten, haben Sie nicht die Wahrheit gesagt gegenüber dem Rat. Sie haben hier Leute beschimpft, die das behauptet haben. Ich stelle jetzt fest: Es waren im letzten Jahr 6.916 Euro für RWE. Das ist deutlich mehr, als Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen GmbH bekommen. Das ist deutlich mehr – fast das Doppelte –, als Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der IDR bekommen, und auch deutlich mehr, als Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messe Düsseldorf GmbH bekommen.

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie souverän wären, würden Sie das auch klarstellen. Stattdessen haben wir im Ältestenrat die Vorlage als Dringlichkeitsvorlage gehabt, weil die Frist 31. März ist. Das ist in Ordnung. Bis zum 31. März konnten Sie den Rat nicht informieren, aber wir mussten noch einmal nachhaken, damit diese Vorlage jetzt auch den Rat erreicht. Da hatten Sie auch erst gedacht: Na ja, das braucht nicht auf die Tagesordnung. Ich finde es für einen Oberbürgermeister kein gutes Auftreten gegenüber dem Rat, so mit den Dingen umzugehen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Bürgermeisterin Zepuntke, vielleicht gehen Sie kurz zum Präsidium.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] übernimmt um 15.51 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski, ich weise die Unterstellung von mir, dass ich hier nicht die Wahrheit gesagt habe. Ich glaube, aus dieser Infovorlage ergibt sich eindeutig, dass ich alles abgeführt habe jenseits der Dinge, die ich einbehalten darf, von denen noch andere Abzüge heruntergehen. Es gibt einen – darum ging es beim Thema RWE – sogenannten Business Council. Das war damals die Firma Innogy. Da war ich Mitglied, da bin ich irgendwann Anfang letzten Jahres ausgeschieden. Das weiß ich nicht mehr hundertprozentig. Es gibt dort Mitglieder, es gibt dort Hauptverwaltungsbeamte, die sagen: Ich behalte das Geld, weil ich diese Tätigkeit nicht ausübe in meiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter. – Ich habe immer gesagt: Alle Aufgaben, alle Beiräte, Aufsichtsräte, sonstigen Räte, in denen ich sitze, übe ich aus in meiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter, und deswegen wird alles eingerechnet in den Maximalbetrag, den ich behalten darf, und der Rest wird an die Stadt abgeführt. So habe ich das immer gehandhabt. Etwas anderes zu behaupten, dass ich mich persönlich bereichern würde an diesen Dingen, das wäre in der Tat eine unchristliche Geschichtsfälschung. So war es aber auch nicht.

(Zuruf: Darum geht es doch gar nicht!)

– Genau darum geht es.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsfrau Leibauer.

Ratsfrau Leibauer (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf hinweisen: Auf der Vorlage steht eindeutig, dass sie ursprünglich geplant war für die Ratssitzung am 26.03. Insofern ist es unredlich, Herrn Oberbürgermeister Geisel zu unterstellen, er hätte das nur auf besonderes Drängen hier in den Rat geschoben.

Ich darf daran erinnern, dass einer seiner Vorgänger zumindest in Rechtsanwaltsmanier im nichtöffentlichen Teil diese Beträge heruntergeschelt hat. Das hier ist insofern eine deutliche Verbesserung der Transparenz der Einkünfte des Oberbürgermeisters.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsherr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Ich darf noch einmal zitieren aus dem Protokoll vom 28.11.:

„**Oberbürgermeister Geisel:** Nein, es gibt keinen einzigen Pfennig. Ich sitze nicht in bezahlten Beiräten, um das klar zu sagen.

(Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Bitte?

Oberbürgermeister Geisel: Ich sitze nicht in bezahlten Beiräten von RWE. Nein, schon lange nicht mehr. Mit Verlaub. Also keine unchristliche Geschichtsfälschung bitte.“

Aus der Vorlage geht hervor, dass Sie in den Beiräten gesessen haben, aber zu dem Zeitpunkt gesagt haben, Sie säßen da schon lange nicht. Das ist nicht die Wahrheit. Ich habe nicht gesagt: Sie haben Pfennige eingesteckt.

(Ratsherr Raub [SPD]: Dort steht „nicht mehr“!)

– „[...] schon lange nicht mehr.“

Ich habe nachgefragt, da war das keinen Monat her. Entschuldigung, Herr Raub, das wäre doch mit einer Entschuldigung jetzt klarzustellen. Aber jetzt so zu tun, als wäre das in Ordnung, so mit dem Rat umzugehen, das ist nicht in Ordnung. Dagegen wehre ich mich. Und für den Vorwurf der unchristlichen Geschichtsfälschung könnte man sich auch entschuldigen.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch einmal etwas zu dem Geld: Natürlich sitzen Sie dort nicht als Thomas Geisel, Presbyter von der Kirchengemeinde, oder als Fan von Fortuna, sondern Sie sitzen dort als Hauptverwaltungsbeamter. Ja, Sie führen auch ab – natürlich –, wie das Gesetz es vorsieht. Da kann man doch mal sagen: Von den 60.000 Euro führen Sie 35.000 Euro ab. Die Frage, von welchem Beirat das stammt, kann man sehen, wie man will. 25.000 Euro dürfen Sie behalten, das ist auch völlig in Ordnung. Aber dann tun Sie nicht so, als hätte es diese RWE-Gremien und die Gelder nicht gegeben. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Oberbürgermeister Geisel.

Oberbürgermeister Geisel: Lieber Herr Czerwinski, hier wird insgeheim der Vorwurf erhoben, ich wäre irgendwie manipuliert aufgrund bezahlter Gremiensitzungen bei RWE.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben mir Fälschung vorgeworfen!)

Das ist unsäglich. Ich darf vielleicht noch auf Folgendes hinweisen: Wenn es um das Thema geht, was behalten werden darf und was nicht –

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Darum geht es nicht!)

– ich sage es trotzdem –, wissen kundige Thebaner: Der Löwenanteil dessen, was man behalten darf, wird bezahlt für Verwaltungsratsmandate der Stadtparkasse. Dieses Mandat habe ich abgegeben. Mittlerweile werde ich einen noch wesentlich größeren Anteil der Tantiemen, die ich bekomme als Ratsmitglied, als Aufsichtsrat, als Beirat – und was ich sonst noch bin; das sind in der Tat eine Menge Funktionen – abführen. Also mir hier unterstellen lassen zu müssen, ich sei in irgendeiner Weise käuflich, das ist ein – –

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, Sie haben mir Fälschung vorgeworfen!)

Der Beirat RWE ist ein Rat, darin sitzen sämtliche Bürgermeister der Kommunen, die RWE-Aktien halten. Darin sitzt jeder. Dort findet nichts statt. Dort wird man einmal unterrichtet. Ich muss wirklich sagen: Das ist lächerlich.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein! Wo habe ich gefälscht? – Sie haben mir Fälschung vorgeworfen!)

Es wurde in dem Beitrag seinerzeit insinuiert, dass ich aufgrund von Mitgliedschaften in RWE-Beiräten bezahlt würde. Das ist einfach falsch.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein! – Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Der Zusammenhang ist absolut irrtümlich.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht vorgeworfen!)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsherr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. – Ich verstehe die Aufregung nicht. Der Kollege Czerwinski hat ganz eindeutig, ganz ruhig etwas klargestellt, wo Sie ihm damals in die Parade gefahren sind, dass das nicht so wäre. Keiner hat gesagt, dass Sie bestechlich sind. Wie Sie darauf kommen, weiß ich überhaupt nicht.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

So böse ist in diesem Rat nun wirklich niemand, dass wir einen Grund hätten – –

(Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung! Nein, nein, nein.

Sie lenken damit von etwas anderem ab, –

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

– und das ärgert mich gerade. Der Rat hat ein Recht auf Auskunft, und Sie haben eine Auskunftspflicht. Ob Sie das Geld behalten dürfen oder nicht, legt das Gesetz fest. Aber dass es ein bezahlter Beirat war und dass Sie darin waren, das ist gesagt worden. Dann haben Sie gesagt, das wäre nicht so.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe nicht gesagt, dass ich dort nicht drin bin.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Doch, Herr Oberbürgermeister. Nur darum geht es. Nur darum geht es!

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau darum geht es! Es sei lange her!)

Deshalb: Alles, was Sie jetzt sagen, steht überhaupt nicht zur Debatte, sondern es war einfach nur zu klären, weil Sie damals nicht sehr freundlich den Kollegen Czerwinski abgebügelt haben – daran erinnere ich mich sehr deutlich –, und es wäre jetzt die Chance, einfach ganz freundlich zu sagen: Sorry, das habe ich vergessen. – Das war alles. Um mehr ging es nicht.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski, um die Sache abzuschließen: Es könnte möglich – –

(Lachen von der CDU)

– Vielleicht lassen Sie es mich einfach mal erklären, meine Damen und Herren. Der Beirat RWE ist ein Gremium, darin sitzen überwiegend Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften, die Aktien von RWE halten. Die VKA ist ein Zusammenschluss von Kommunen, die sich gemeinsam den Willen bilden, wie sie mit ihrem Aktienbesitz bei RWE umgehen. Darüber hinaus war ich eine Zeit lang Mitglied in einem sogenannten Business Council. Das war bei der Firma Innogy. Dafür wurde Geld bezahlt, das manche tatsächlich behalten haben, weil sie sagen: Dort bin ich nicht als Hauptverwaltungsbeamter benannt worden, sondern als wie auch immer gearteter Fachmann.

(Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie mich doch ausreden. Gut, ich komme aus der Energiewirtschaft. Dem einen oder anderen ist das bekannt. Ich nehme an, das war der Grund, weshalb ich dort hineinberufen wurde. Ich habe damals ganz ehrlich gedacht, das ist das, worauf Sie Bezug nehmen. Das war in der Tat eine bezahlte Beiratstätigkeit, wobei ich damals auch schon sagte: Ich werde keine Diskussionen dazu führen, ob ich das Geld mit abführen muss, also gewissermaßen in die Gesamtsumme der abführungspflichtigen Tantieme mit aufnehme, oder ob ich das für mich behalte. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sagen – –

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Entschuldigung!

(Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

– Gut, dann muss ich gestehen: Ich bin selbst überrascht, dass so viel Geld für den RWE-Beirat bezahlt wird. Das muss ich ehrlich sagen. Ich habe das nie nachverfolgt. Ich ging davon aus, dass das relativ hoch dotierte Business-Council-Mandat gemeint sei. Dann war es in der Tat ein Missverständnis. Ich nehme es zurück: Sie wollten mir nicht unterstellen, ich wäre käuflich. Ich dachte, Sie sagten, ich sitze in Beiräten des RWE-Konzerns, wo letztlich Geld bei mir hängen bleibt. Das ist nicht der Fall. Okay?

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Gut, vielleicht nicht okay. Aber habe ich es dann zumindest aufgeklärt? Ob es für Sie okay ist, kann ich jetzt nicht beurteilen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Habe ich jetzt laut „Entschuldigung“ gehört?)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Wir nehmen diesen Tagesordnungspunkt 12 zur Kenntnis.

Oberbürgermeister Geisel: Dann mache ich weiter.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Genau.

(Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 16.01 Uhr wieder den Vorsitz.)

17

Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf für das Haushaltsjahr 2020 mit Anlagen

HFA/014/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen? – Herr Neuenhaus, bitte.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir stimmen der Vorlage jetzt zu, aber ich will sagen, dass es uns ein bisschen schwerfällt, den Kreditrahmen an der Stelle,

Frau Kämmerin, zu erhöhen. Das kann man nicht einfach so nebenbei machen, weil es von unserer bisherigen Politik abweicht. Wir sollten es aber tun. Wir werden das Geld brauchen. Wir sollten aber bitte gerade als Rat gleichzeitig bedenken, dass das nicht der Spielraum ist, den wir ausgeben wollen, sondern – so, wie ich die Kämmerin kenne aus den letzten Jahren und wie ich sie hier in der Vorlage verstanden habe – es ist das, was sie braucht, damit sie liquide bleibt. Das ist kein Überziehungskredit, womit wir uns jetzt Wünsche erfüllen, die wir schon seit Jahren haben. Es ist mir ganz, ganz wichtig, dass wir die Haushaltsdisziplin an der Stelle – so, wie Sie es innerhalb der Verwaltung geschrieben haben Ende Mai – bitte hier nicht beenden. Das Signal sollte weder nach draußen noch in die Verwaltung gehen. Deshalb ist mir das so wichtig, das hier zu sagen: Wir stimmen dafür, aber es ist eine schwierige Position.

Wir sollten vielleicht über die Sommerpause, Frau Schneider, auch überlegen, wie wir – wenn wir vom Land und Bund das Geld für den Gewerbesteuerausfall bekommen – mit dem, was wir an Mehrausgaben haben aufgrund Corona, relativ schnell wieder zu einem geordneten Haushalt zurückkommen. Das wäre extrem wichtig. Denn wenn wir von den Städten mit Altschulden reden, wissen wir, dass es denen nicht gut geht. Das tut mir leid, aber das sind natürlich Städte, die sich über die letzten 20 Jahre wesentlich weniger geleistet haben als Düsseldorf. Deshalb ist mir diese Haushaltsdisziplin – nach innen, nach außen – so wichtig für diesen Rat, dass es keiner missversteht, wenn wir hier heute zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Manfred Neuenhaus, ja, all das stimmt, und darauf sollten wir gemeinsam achten. Ich würde die Kämmerin auch bitten, uns einen Vorschlag zu unterbreiten, in welchen Zeiträumen tatsächlich in Anspruch genommene Liquiditätskredite wieder zurückgeführt werden können. Es muss unser vordringlichstes Ziel sein, ausgeglichene Haushalte wieder herzustellen, möglicherweise Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften. Die werden dann aber, meine Damen und Herren Kollegen, nicht dazu genutzt, weiter „nice to have“ hier auf den Weg zu bringen, sondern die brauchen wir dann, um diese Liquiditätskredite zurückzuführen. In der Frage sollten wir uns tatsächlich auch alle einig sein.

Ich habe die Vorlage der Verwaltung und die Kämmerin so verstanden, dass 500 Millionen Euro die maximale Obergrenze sein sollen und wir davon ausgehen dürfen, dass die nicht in Anspruch genommen wird. Ich würde mich auch freuen, wenn uns die Kämmerin künftig regelmäßig einen aktualisierten Bericht in der Ratssitzung gibt, wie die Inanspruchnahme ist und wie insbesondere auch der Plan ist, die Liquiditätskredite zeitnah wieder zurückzuführen zu können, wobei wir unter „zeitnah“ von Jahren reden und eher nicht von Monaten. – Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir die Vorlage abstimmen. Wer der Beschlussvorlage zustimmen möchte – wir fragen einmal positiv ab –, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Gegenstimme oder Enthaltung?

(Ratsfrau Mohaya [Tierschutz Freie Wähler]: Gegenstimme!)

Zwei Gegenstimmen von Tierschutz Freie Wähler. Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen ansonsten mit breiter Mehrheit so beschlossen.

(Zurufe: Drei Gegenstimmen!)

– Entschuldigung! Ich habe Frau Krüger nicht gesehen. Bei drei Gegenstimmen der Fraktion Tierschutz Freie Wähler ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

24

Ehrenhof 4-5, Stiftung Museum Kunstpalast – Sanierungen und Umbaumaßnahmen
KUA/054/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Grenda war der Erste und dann Herr Neuenhaus.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich habe eine Nachfrage zu der Vorlage – nicht, dass wir das Ding endlich anfangen zu sanieren, sondern wir haben auf der zweiten Seite den schönen Text, was wir eigentlich vor einigen Jahren mal beschlossen haben. Dort steht ausdrücklich:

„Der Gebäudekomplex steht seit 1982 unter Denkmalschutz.“

Danach gibt es eine kostenlose Nutzung, dann war eine Stiftung eingetreten, die nur für Kleinreparaturen zuständig ist. 2019 haben wir hier im Rat beauftragt, dass die Gesamtverantwortung für den Gebäudeerhalt und die Instandhaltung auch übertragen wird.

Ich habe mir die beiden Verträge, sowohl diesen als auch vom tanzhaus, angeschaut und wollte eigentlich nur gern wissen, warum wir bei der Stiftung Museum Kunstpalast, wo wir auch das gesamte Gebäude abgegeben haben, den Betrag als Komplettsomme bezahlen müssen und bei dem tanzhaus, das eine andere Vorlage ist, einfach nur gesagt wird, dass wir einen Zuschuss an die Betriebsgesellschaft geben. Bitte erklären Sie das. Denn ich sehe, es sind beides Zuschüsse, weil beides rechtlich selbstständige Firmen sind, die das Ding selbst betreiben. Nicht, dass wir für Altlasten plötzlich komplett zahlen.

Wenn es so ist, dass die Verträge damals anders geschlossen wurden, als in der Ratsvorlage stand: Wie hoch ist denn dann noch das Risiko, was wir noch alles bezahlen müssen? Denn sie müssten eigentlich ihren Betrieb selbst gewährleisten. Wenn Herr Lohe dazu vielleicht Auskunft geben könnte. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe, vielleicht leisten Sie da Aufklärung.

Beigeordneter Lohe: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grenda, es ist in der Tat so, dass an die Stiftung Museum Kunstpalast ein Zuschuss gewährt wird, damit die Stiftung selbstständig den Umbau und auch die gesamte Sanierung des Museums Kunstpalast vornehmen kann. Sie haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass die Zuständigkeit für dieses Gebäude auf die Stiftung übergehen soll. Das ist auch richtig so, denn die Stiftung hat wirklich entsprechendes Personal, um eben mit der Abteilung Infrastruktur genau diesen Umbau sachgerecht vornehmen zu können.

Beim tanzhaus nrw ist es ebenfalls ein Zuschuss, der an den e. V. geleistet wird. Der e. V. ist nicht Eigentümer des Grundstücks und des Gebäudes, sondern nur Erbpachträger. Die Sanierung wird durch Mittel des Landes noch unterstützt. Das Land wird 50 Prozent der Kosten für den Neubau im Bereich tanzhaus übernehmen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin bekanntermaßen der Letzte, der für Kultur kein Geld ausgeben will. Wir sind aber mal bei 15 Millionen Euro gestartet, die für die Sanierung Museum Kunstpalast vorgesehen waren. Jetzt sind wir bei 37 Millionen Euro. Wir ahnen mit der Steigerung über die Jahre, was das bedeutet. Das bedeutet, dass dann aber auch Schluss sein muss. Das ist ein denkmalgeschützter Bau, und der Rat sollte wissen, ob er heute 100 Millionen Euro oder 50 Millionen Euro ausgibt. Deshalb möchte ich von der Verwaltung gern Folgendes wissen: Wie groß ist die Chance, dass Sie bei diesem

Beschluss bei der Finanzierung bleiben können? Wie viel Einfluss haben wir denn auf die Projektsteuerung? An anderer Stelle im Rat werden wir für viel Geld einen Projektsteuerer einstellen. Wie habe ich Zugriffsmöglichkeiten, dass mir das Gebäude und die Sanierung nicht völlig entgleiten?

So gut das ist – das ist, glaube ich, allen klar –, da musste man herangehen, das wollen wir, das wird eine tolle Sache, aber zur Klarheit und Wahrheit gehört die Antwort auf die Frage: Kommen wir mit dem Geld aus, oder ist das sozusagen der Sockel für die weiteren 60 Millionen Euro? Das sollte der Rat wissen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe.

Beigeordneter Lohe: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Neuenhaus, die 40 Millionen Euro, die jetzt im Raum stehen, sind der Betrag, der jetzt beschlossen werden muss. Da sind noch mögliche Kostensteigerungen enthalten, weil wir hier diese 30-Prozent-Klausel normalerweise immer noch drin haben. Ich gehe aber fest davon aus, dass diese Mittel ausreichen werden und nicht erhöht werden müssen. Fakt ist, dass wir beim Bedarfsbeschluss seinerzeit noch nicht die Baukostensteigerungen drin hatten. Das ist beim Bedarfsbeschluss auch unüblich. Die sind jetzt hineingenommen worden, und wir werden ein striktes Controlling aufbauen. Darüber besteht auch Einvernehmen in der Verwaltungsspitze, dass das erforderlich ist. Wir haben eine Kleine Kommission Kunstpalast eingerichtet. Zudem lassen wir uns auch monatlich von der Geschäftsführung des Museums Kunstpalast berichten, wie sich die Baumaßnahme und die Kosten entwickeln.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde die Vorlage dann zur Abstimmung stellen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind AfD und Tierschutz Freie Wähler. Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

34

Öffentliche Toilettenanlagen im Stadtgebiet Düsseldorf, Beschluss zur Konzeptvorstellung und weiteren Vorgehensweise sowie zur bedarfsgerechten Versorgung (Ausschreibung) – zweiter Bedarfsbeschluss

BAU/004/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte sich dazu äußern? – Herr Rütz.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr schöne Vorlage, deswegen Lob an die Verwaltung und an die vielen Beteiligten. Ich glaube, es ist eine gute Entscheidung, dass es mehr öffentliche Toiletten im öffentlichen Raum gibt, dass auch das Konzept „Nette Toilette“ mit berücksichtigt wird. Das ist in vielen Parks, an vielen Spielplätzen und in vielen Stadtteilen ein wichtiges Thema.

Unsere Anregung als CDU-Fraktion ist eher eine verfahrensmäßige. Diese Vorlage war noch nicht in den Bezirksvertretungen. Auf Nachfrage hat die Fachverwaltung gesagt: Ja, die Bezirke sind über die Bezirksverwaltungsstellenleiter eingebunden worden. Nun sind aber die Bezirksverwaltungsstellenleiter Teil der Verwaltung und nicht der Politik. Es hat in vielen Bezirken keine Diskussion dieses Papiers und auch keine Diskussion der Vorschläge mit der Ortspolitik gegeben. Beispielhaft in der Bezirksvertretung 8: Dort steht es nach der Ratssitzung auf der Tagesordnung. Oder in der Bezirksvertretung 5: Da hat die Verwaltung heute noch mitgeteilt, die Bezirksvertretung könne noch nicht einmal Stellung zu dem Papier nehmen, sondern es lediglich zur Kenntnis nehmen.

Wir finden, das ist kein besonders guter partizipativer Ansatz. Wir würden deswegen empfehlen – so ähnlich, wie wir es in den Ausschüssen auch machen –, das heute zu beschließen mit der Maßgabe, dass Anregungen aus der Anhörung der Bezirksvertretungen, die im nächsten Zyklus kommen, noch mit berücksichtigt werden. Das wäre ein Vorschlag zur Vorgehensweise. Wenn das eine signifikante Überarbeitung notwendig machen würde, würde die Verwaltung es sehr wahrscheinlich ohnehin noch einmal hier einbringen. Wenn es nur um den einen oder anderen Standort geht, kann man, glaube ich, der Verwaltung einen Vorschuss geben. Wie gesagt: Stadtteile mit einbeziehen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Rütz. – Herr Albes oder Herr Volkenrath. Wer soll zuerst? – Herr Albes.

Ratsherr Albes (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Rütz, Sie haben vollkommen recht, die Bezirksvertretungen werden erst nach unserer Ratssitzung in das Thema involviert, aber die Bezirksverwaltungsstellenleitungen waren vorher schon mit in den Gremien. Es ist alles erarbeitet worden. Ich habe mich noch einmal rückgekoppelt. Sie haben gerade das Beispiel der Bezirksvertretung 8 gebracht – dort sind wir zum Glück beide selbst drin, zumindest ich beratend, Sie auch als Bezirksvertretungsmitglied –, da ist allerdings von Herrn Frymuth gesagt worden, er habe unsere Anregung beziehungsweise die Anregung der Bezirksvertretung mitgenommen zu den Gremiensitzungen und habe sie dort auch eingebracht. Nur als Beispiel: Der Nachbarschaftspark Am Hackenbruch/Schlesische Straße ist mit eingeflossen, und die Toilette, die wir haben, Am Stufstock, ist schon beschlossen für 190.000 Euro. Die kommt schon.

Ich gehe davon aus – ich habe eben noch einmal mit der Kämmerin gesprochen –, wenn alles in die Bezirksvertretung eingebracht wird, haben die Bezirksvertreter und -vertreterinnen das Recht, Vorschläge und Anregungen mit hineinzubringen. Also ist Ihre Ansage vollkommen wertlos.

(Ratsherr Rütz [CDU]: Das ist ja Quatsch!)

Oberbürgermeister Geisel: Gut. – Herr Volkenrath.

Ratsherr Volkenrath (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube auch, die Frage nach öffentlichen Toiletten ist ein ganz wesentlicher Bereich, auch für die Frage des barrierefreien Verhaltens in der Stadt, gerade für Bereiche oder für Stadtteile, in denen es einen hohen Seniorenanteil gibt. Vor dem Hintergrund halte ich es also für eine sehr gute Sache, das so systematisch anzugehen.

Ich habe nur noch eine kleine Nachfrage. Ich weiß, auch bei uns im Stadtbezirk 2 sind einige Bereiche, zum Beispiel Schillerplatz, worüber wir lange diskutiert haben. Es ist wunderbar, dass dort jetzt etwas hinkommt. Ich weiß aber auch, dass dazu noch Diskussionen laufen. In dieser Vorlage ist deutlich benannt worden, dass es auch zukünftige Bedarfe gibt; ich glaube, von 200 ist die Rede. Mir ist jetzt nicht so ganz klar: Wie sieht es denn konkret aus, wenn sich in bestimmten Stadtteilen herausstellt, dass dort eine Notwendigkeit besteht? Gibt es dann also noch die Chance, auch dort den Fuß hineinzubekommen, da zeitnah etwas zu organisieren? Wenn Sie vielleicht einmal kurz das Verfahren darstellen könnten; denn ich weiß auch um diese Diskussion über eine älter werdende Gesellschaft. Für viele Senioren ist es in der Tat so: Wenn keine öffentlichen Toiletten da sind, dann ist häufig der Gang nach draußen äußerst eingeschränkt. Deshalb vom Grundsatz her positiv, ich wollte nur so ein bisschen noch einmal die Perspektive nach vorn hinterfragen, wie da das Potenzial ist. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Vielleicht kann die Kämmerin dazu etwas sagen. Sorry für den weiten Weg.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gerade sehr gefreut, dass die Anmerkungen immer in einem positiven Begleitkontext kamen. Deshalb ist es mir auch wichtig, dass ich persönlich noch einmal etwas dazu sagen kann.

Wenn Sie sich das Deckblatt der Vorlage anschauen, dort steht: Wir haben das gemacht, weil wir es systematisch und strukturiert angehen wollen, weil wir alle Ansätze, die es gibt, untersucht und erfasst haben, auch die Anregungen von Bezirksstellenleitern aufgenommen haben und auch Anregungen Dritter, zum Teil Anregungen aus Unternehmen, die sich schon an der „Netten Toilette“ beteiligen, die uns Hinweise gegeben haben. Viele Verwaltungsdienststellen haben auch Hinweise gegeben, auch aus dem Bereich des Sports und aus der Kultur.

Das Ganze soll dazu dienen, am Ende die Versorgung zu verbessern. Es soll aber auch dazu dienen, eine komplexe Ausschreibung vorzubereiten, und zwar für die Systemtoiletten. Das Ganze hat das Ziel, eine barrierefreie, anständige, saubere Versorgung mit Toilettenanlagen im Stadtgebiet zu gewährleisten, und zwar dort, wo man sie braucht, und das Ganze möglichst noch wirtschaftlich, also zu einem guten Preis. Das mit Abstand teuerste Angebot ist eine einzelne Systemtoilette, die man außerhalb der Ausschreibung kauft und unterhält. Das müssen Sie mir jetzt glauben. Wenn es Sie interessiert, kann ich das auch belegen.

Wir möchten in diesem Verfahren die Wünsche bündeln und umsetzen. Selbstverständlich gibt es Gelegenheit, dass die Bezirke – wir wollen das gerade so, wie wir es bisher aufgesetzt haben – auch dazu Stellung nehmen können, auch gern die Bezirkspolitiker, wenn sie bereit sind, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Am Ende steht eine Ausschreibung, und die Ausschreibung muss erfolgreich abgeschlossen sein, wenn der alte Vertrag ausläuft. Das ist das begrenzende Element. Wenn wir in diesem Zeitfenster bleiben, nehme ich gern alle Anregungen, die aus den Bezirken kommen, auf.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich die Beschlussvorlage mit dem Verständnis, dass wir Anregungen, wenn das in den nächsten Tagen in die Bezirksvertretungen geht, gern aufnehmen, zur Abstimmung stellen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

36

2. Förderphase/Fortschreibung Fördergebiet „Soziale Stadt Rath/Mörsenbroich APS/042/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen? – Das ist Herr Sültenfuß.

Ratsherr Sültenfuß (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe noch einen Hinweis aus der Bezirksvertretung bekommen. Die bitten darum, die Anregungen und Anmerkungen, die wir als Bezirksvertretung gemacht haben, auch interfraktionell entsprechend zu berücksichtigen. Ich habe bei der kurzen Durchsicht der Unterlagen den Hinweis nicht gefunden. Da ging es um die 2. Förderphase 2021. Die Anregung der Bezirksregierung zu beiden Punkten war, dass ein Workshop veranstaltet werden soll mit Jugendamt und anderen Multiplikatoren inklusive der Einbeziehung der Bezirksvertretung für die Aufwertung der noch nicht berücksichtigten Sozialräume. Das will ich anmerken, und das soll bitte zu Protokoll gegeben werden. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Vorlage zur Abstimmung stellen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

37

Handlungsräume ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF – Weiteres Vorgehen

APS/044/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen?

(Ratsherr Sültenfuß [CDU]: Das war auch dazu!)

– Das war auch dazu?

(Ratsherr Sültenfuß [CDU]: Das waren dieselben Punkte!)

Gibt es sonst noch jemanden, der dazu etwas sagen möchte? – Dann können wir das ebenfalls beschließen. Wer dieser Vorlage folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen sehe ich keine. Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

39

Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Erlass von Sozialen Erhaltungssatzungen in Düsseldorf

APS/079/2020

39.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/243/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte sich dazu äußern? – Herr Pfundner, Herr Herz und Herr Warnecke.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der Beschlussvorlage ist von dem Bürgerbegehren „Wohnen bleiben im Viertel“ die Rede, und ich möchte etwas dazu sagen. Es ist problematisch, wenn während eines laufenden Bürgerbegehrens der Rat eine Entscheidung trifft, die eventuell im Widerspruch zu diesem Bürgerbegehren steht. Das könnte die Bedeutung erlangen, dass aus diesem initiierenden Bürgerbegehren plötzlich ein kassierendes werden muss. Das bedeutet, dass wir nur noch sechs Wochen Zeit hätten, um das Bürgerbegehren durchzusetzen.

Jetzt ist das mit Sicherheit umstritten, aber es ist klar: In dem Bürgerbegehren „Wohnen bleiben im Viertel“ verlangen die Initiatoren, dass in zwölf Wohngebieten in Düsseldorf eine Milieuschutzsatzung eingeführt wird. In der Beschlussvorlage ist nur von einem Stadtteil die Rede. Das bedeutet natürlich, dass dort ein Widerspruch entsteht. Es ist also rechtlich fraglich, ob das Bürgerbegehren durch diese Entscheidung des Rates nicht außer Kraft gesetzt wird. Deswegen bringen wir einen Änderungsantrag ein, damit wenigstens verhindert wird, dass über Jahre hinweg daran gebastelt wird. Wir wollen, dass die Verwaltung Entscheidungsgrundlagen erarbeitet, die sie spätestens in sechs Monaten vorlegt, um möglichst zeitnah dann in zahlreichen Wohngebieten Erhaltungssatzungen durchzusetzen. Das ist unser Begehren. Damit verhindern wir, dass über Jahre hinweg an einer Satzung gebastelt wird. Wir wollen das jetzt hier im Stadtrat zur Entscheidung bringen. Ich bitte all diejenigen, denen wirklich daran gelegen ist, dass wir Erhaltungssatzungen bekommen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Herz. – Ihm folgt Herr Warnecke.

Ratsherr Herz (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das würde im Umkehrschluss heißen, lieber Herr Pfundner, lieber Lutz, dass all diejenigen, die dem Antrag der Linken jetzt nicht folgen, keine Milieuschutzsatzung wollen.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das weise ich für die Sozialdemokratie schon einmal zurück.

Wir werden trotzdem diesem Antrag nicht zustimmen. Wir haben im Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung das Thema Bürgerbegehren und diese Vorlage ausführlich diskutiert. Es gibt die Aussage der Verwaltung, von Christian Zaum, dass dieser Beschluss in keiner Weise rechtsschädlich für das Bürgerbegehren ist. Insofern verstehe ich die Kritik hier nicht. Wir verlassen uns darauf.

Es ist auch überhaupt nicht schädlich, jetzt erst einmal mit einem Gebiet anzufangen. Das Bürgerbegehren wird seine Wirkung entfalten, hat es auch schon entfaltet; sonst hätten wir diese Vorlage nicht hier vorliegen, für die ich mich noch einmal bedanken möchte. Ich finde es gut, dass die Verwaltung sich auf den Weg macht. Man muss dabei auch die Zeitabläufe berücksichtigen, die eine solche Erhaltungssatzung braucht. Wer glaubt, dass das innerhalb von sechs Monaten für diese Stadtteile mal eben so zu erledigen ist, der schadet sogar der Sache, denn wir wollen sie doch rechtssicher haben. Wir wollen sie so haben, dass sie funktionieren und nicht bei der ersten Klage wieder über die Wupper gehen und wir damit überhaupt nichts in der Hand haben. Hier gilt wirklich Sorgfalt vor Schnelligkeit, damit diese Satzungen ihre Wirkungen, die wir teilen und die wir wollen, auch wirklich entfalten können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Insofern können wir dem Antrag der Linken hier nicht folgen, aber wir freuen uns, dass wir heute für den Stadtbezirk 3 – und so, wie ich das sehe, auch mit einer Mehrheit – schon einmal probeweise die Arbeiten auf den Weg bringen können. Wir werden im weiteren Verlauf des Sommers sehen, wie wir mit dem Bürgerbegehren umgehen. Ich bin sicher, dass wir da auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Insofern: Glück auf für unsere Erhaltungssatzung, sage ich mal. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Warnecke. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Warnecke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst entnehme ich Ihrem Änderungsantrag, dass Sie offensichtlich grundsätzlich dem Vorgehen der Verwaltung zustimmen. Sie haben gerade lobend erwähnt: Historisch ist diese Vorlage gewachsen aus dem Bürgerbegehren. Das Bürgerbegehren ist sehr breit aufgestellt. Hier hat es also die Stadtgesellschaft geschafft, dass die verfasste Politik sich mit dem Thema „soziale Erhaltungssatzung“ intensiv beschäftigt. Es gab eben zwei Vorlagen, sowohl in der Bezirksvertretung 3 als auch in der Bezirksvertretung 9, wo man gesagt hat, dass hier etwas passieren muss. Das hat die Politik zum Anlass genommen – das ergibt sich aus der Vorlage, die wir hier haben –, weil das ein sehr komplexer Bereich ist, dass sie sich hier auf die Hufe machen möchte, das zu beackern.

Sie schreibt selbst in ihrer Beschlussvorlage beziehungsweise im Beschluss: Es soll zeitnah hier eine Satzung vorgelegt werden. Sie setzen in Ihrem Änderungsantrag einen Zeitrahmen von sechs Monaten. So, wie ich die Vorlage sehe, können wir doch erkennen, dass sich die Verwaltung sehr intensiv und auch sehr positiv mit diesem Gedanken, hier etwas auf den Weg zu bringen, auseinandersetzt. Insofern müssen wir ihr jetzt nicht noch einmal vorschreiben, dass sie in sechs Monaten das schon vorlegen soll. Denn die Verwaltung macht es auf der letzten Seite ganz

deutlich, wie sie vorhat, jetzt vorzugehen, und zwar, dass sie dort auch ein besonderes Gremium einrichten will und dass die Mitarbeiter in den verschiedenen Ämtern schon zusammenarbeiten. Das zeigt doch, dass wirklich etwas positiv begleitet wird.

Ich finde, gerade diese Vorlage zeigt, wie Politik in dieser Stadt funktioniert. Wir haben eine sehr kompetente Stadtgesellschaft, die über die verfasste Politik hinaus etwas entwickelt hat. Dem waren auch mehrere Veranstaltungen zugrunde gelegt. Ich erinnere mich, dass Prof. Dr. Knopp auch Entsprechendes in dem Bündnis vorgelegt hatte, was auch zum Diskurs geführt hat. Letztlich haben sich dort mehrere Gruppen – das geht über karitative Verbände, auch verschiedenste Parteien machen dort mit – im Vorfeld zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen, die diese Satzungsentwürfe befördern will. Ich finde, wir sollten dieser Vorlage so, wie sie hier vorliegt, zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Danke schön. – Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Herr Lukaschewski. Anschließend kommt noch Herr Pfundner.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zeit, Herr Pfundner, haben wir in der Tat nicht zu verlieren. Da haben Sie völlig recht. Wir wollen auch als Freie Demokraten, dass niemand aus seiner Wohnung vertrieben wird. Aber wir halten den hier vorgeschlagenen Weg schlichtweg für falsch. Wenn Sie Druck vom Markt nehmen wollen, wenn Sie wieder paritätische Verhältnisse herstellen wollen zwischen Mieter und Vermieter, dann müssen Sie bauen, und dann müssen Sie über die Genossenschaften bauen für die Menschen, die jetzt schon in dieser Stadt leben. Dann rede ich von einem Wohnraum, der 7,50 Euro kostet. Das gibt es in der Welt.

(Zuruf von Ratsfrau Vorspel [Die Linke])

Liebe Frau Kollegin, das kommt mir jetzt gerade recht. Ich habe das vor zwei Jahren auch nicht gewusst, aber wenn Sie mal nach Frankfurt schauen, wenn Sie mal nach Amsterdam schauen: Sie können heute preiswerten Wohnraum richtig gut bauen mit einer guten Qualität, der viel besser ist als das, was wir hier anbieten. Man muss sich dann aber mal die Arbeit machen und sich auf die Socken machen, zu prüfen, welche Konzepte es gibt. Da sagen wir Ihnen nach zwei Jahren Prüfung: Man kann sehr zügig unter den unterschiedlichsten Voraussetzungen und mit unterschiedlichsten Materialien hier preiswerten Wohnraum in dieser Stadt schaffen. Dafür muss man nur Geld in die Hand nehmen. Die Satzung allein nützt Ihnen nichts. Wissen Sie, was ich meine? – Sie müssen den Druck vom Markt nehmen, Sie müssen zusätzliche Wohnungen bauen, und dann müssen Sie als Stadt auch bereit sein, das so zu subventionieren, dass Sie auf die 7,50 Euro kommen. Das kann man über die Grundstückspreise. Ich weiß nicht, warum das hier noch nicht angekommen und diskutiert worden ist. Das geht. Über die Genossenschaften kann man dann auch dafür sorgen, wer diese Wohnungen bekommt.

Wenn Sie jetzt eine solche Satzung beschließen, dann – so sage ich es Ihnen – wird es zwei Jahre dauern und sie wird so wirksam sein wie die Mietpreisbremse, nämlich gar nicht. Glauben Sie denn, dass es irgendeinen Sinn macht, wenn Sie jetzt den älteren Menschen sagen: „Ihr kriegt keinen Aufzug mehr in euren Altbau“, oder wenn bei Klimakrise und Corona keine Balkone mehr angebaut werden? All das steht hier in der Vorlage, was angedacht wird. Da sagen wir: Nein, auch das ist der falsche Weg. Wenn Sie Menschen mit weniger Einkommen neue Wohnungen bauen, werden diejenigen, die jetzt in ihren Wohnungen sind, auch nicht vertrieben. Davon sind wir überzeugt. Wir meinen, dass wir 5.000 Wohnungen für 7,50 Euro bauen können in fünf Jahren und 10.000 dieser guten Wohnungen in zehn Jahren. Das kann man. Wir werden dazu noch einen Kongress veranstalten in den nächsten Wochen, weil ich mich frage, warum wir nicht mal einen Schritt weitergehen und warum wir nicht einmal schauen, was der Rest Europas macht. Denn Wohnungen brauchen wir. Das HKW ist eine gute Begleitung für den Markt. Aber ich brauche auch Wohnraum

für 7,50 Euro, wenn ich da neu einziehe. Das wollen wir als Freie Demokraten schaffen. Sie machen eine Satzung, das Ihr gutes Recht; wir werden bauen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lukaschewski. – Ihm folgt Herr Pfundner.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich sehr ambitioniert, für 7,50 Euro zu bauen. Ich hätte gern mal gehört, wie Sie auf diesen Betrag kommen und wie Sie das in der Form planen.

Wir können das an der Stelle kurz machen: Die CDU-Fraktion wird der Verwaltungsvorlage zustimmen. Ich habe immer den Eindruck, Sie reden mehr hinein, als in dieser Verwaltungsvorlage steht. Es werden Handlungsgrundlagen erarbeitet. Das, was eigentlich fehlt, ist der Halbsatz: für ein Pilotprojekt im Stadtbezirk 3. Klar freuen wir uns, wenn das bald auf den Weg gebracht wird. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Lukaschewski. – Herr Pfundner. – Ihm folgt Herr Raub.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Herr Neuenhaus, ich glaube, Sie haben die Situation in Düsseldorf nicht verstanden. In Düsseldorf gibt es für 640.000 Bewohner 360.000 Wohneinheiten, davon 45 Quadratmeter pro Person. Wir haben aber gleichzeitig 13.000 Wohnungen leer stehen. Das liegt daran, dass die Wohnungen zu teuer sind, dass die Grundstücke zu teuer sind. Das liegt auch daran, dass alles privatisiert wurde. Sie waren maßgeblich daran beteiligt, dass die LEG an eine US-Heuschrecke verkauft wurde.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: So ist es!)

Das muss man zunächst einmal hier festhalten.

Ich habe aber eine Frage an Herrn Zaum. Herr Zaum, Sie haben erklärt, dass das Bürgerbegehren nicht berührt wird von dieser Beschlussvorlage. Ein Bürgerbegehren, wenn das fortgesetzt wird – wir haben etwa 16.000 Unterschriften zusammen –, mündet in einem Bürgerentscheid, und der Bürgerentscheid ersetzt den Ratsbeschluss. Wenn wir also meinetwegen in einigen Monaten 16.000 Unterschriften gesammelt haben und es zu einem Bürgerentscheid kommt über diese 12 Wohngebiete, tritt das Ihrer Meinung nach dann in Kraft, oder sind Sie der Auffassung, dass diese Beschlussvorlage dann Vorrang hat?

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner, Herr Zaum ist heute entschuldigt. Er ist nicht da. Frau Stulgies ist seine Vertretung. – Helga, bist du dazu auskunftsfähig? – Ja. Dann würde ich Frau Stulgies an das Pult bitten.

Beigeordnete Stulgies: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorlage hat auf jeden Fall Vorrang und Bestand. Das Bürgerbegehren wird gerade ausgewertet und natürlich auch berücksichtigt. Aber zunächst einmal hat die Vorlage Bestand. – Danke sehr.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner direkt dazu. – Frau Stulgies, bleiben Sie einfach hier. Frau Malcherrek könnte assistieren – nur, um diese Fragen endgültig zu klären.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Frau Stulgies, das, was Sie gesagt haben, bedeutet praktisch, dass das Bürgerbegehren in seiner Wirkung sinnlos ist und dass das einfach nur berücksichtigt wird in der Argumentation, aber nicht den Ratsbeschluss ersetzen kann. Das bedeutet, dass Herr Zaum Unrecht hatte bei der SPD-Fraktion, als er sagte: Das Bürgerbegehren ist davon nicht berührt.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Stulgies.

Beigeordnete Stulgies: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bürgerbegehren wird zurzeit noch ausgewertet. Es geht um eine Konzeption, und aus diesem Grunde ist es nicht widersprüchlich. Es wird also berücksichtigt. Es wird berücksichtigt, und deswegen ist es auch nicht nachrangig. Wir berücksichtigen es.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Nein, es gibt einen Bürgerentscheid, und der entscheidet!)

– Nein, der Bürgerbescheid entscheidet noch keinesfalls. Das wird ja geprüft.

Oberbürgermeister Geisel: Vielleicht kann Herr Raub zu dieser Frage auch noch etwas Klärendes beitragen. Ihm folgt Frau Frey, ebenfalls eine sachkundige Wohnungspolitikerin.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Herr Pfundner, bitte erst einmal unterscheiden zwischen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Mit einem Bürgerbegehren wird erst einmal der Bürgerentscheid initiiert. Der selbst muss dann aber noch eine entsprechende Mehrheit haben. Das heißt, mit einem erfolgreichen Bürgerbegehren haben wir noch lange keinen erfolgreichen Bürgerentscheid. Erstens.

Zweitens. Warum nicht das eine tun und das andere nicht lassen? Wir haben die Möglichkeit, hier jetzt schnell einen ersten – so, wie Herr Lukaszewski das auch gesagt hat – Piloten auf den Weg zu bringen, indem wir im Stadtbezirk 3 einen Stadtteil oder einen Kiez oder ein Viertel suchen, wo wir eine soziale Erhaltungssatzung machen können. Das schließt nicht aus, dass es nicht auch andere Gebiete, andere Kieze, andere Stadtviertel gibt, in denen wir das auch machen können, unabhängig davon, ob das Bürgerbegehren und dann ein Bürgerentscheid zum Erfolg führen oder nicht.

Wenn man sich die Rechtsprechung zu den sozialen Erhaltungssatzungen anschaut, dann warne ich davor, diese Satzungen jetzt einfach mal über das Knie zu brechen und zu sagen: In sechs Monaten machen wir für zwölf Stadtgebiete hier irgendetwas. So steht es in dem Antrag: In sechs Monaten soll das vorgelegt werden. Ich kann mir ja nicht irgendeinen Stadtteil herausuchen und sagen: „Dort passt es mir, dann nehme ich den mal“, ohne zumindest einmal im Ansatz überprüft zu haben, ob der sich überhaupt dafür eignet. Deswegen kann diesem Antrag schon aus diesem Grunde nicht zugestimmt werden.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Herr Raub, Entscheidungsgrundlagen!)

– Nein, wir beschließen heute, dass Entscheidungsgrundlagen getroffen werden, und dann wird die Verwaltung in der gebotenen Zeit und mit der gebotenen Gründlichkeit daran arbeiten. Da setzen wir keine Fristen, weil es auch in diesem Falle – wie ich eben gerade gesagt habe – schädlich ist, wenn wir hier jetzt etwas über das Knie brechen. Das gilt auch für die Entscheidungsgrundlagen.

Noch einen letzten Satz zu Manfred Neuenhaus beziehungsweise zu den 7,50 Euro und zu dem genossenschaftlichen Wohnen: Es wäre schön, wenn das so einfach wäre. Ich glaube, wir haben mit unserem Beschluss, den wir Ende letzten Jahres getroffen haben, schon einen guten Schritt getan, nämlich zu sagen, dass die städtischen Grundstücke zum Beispiel nur für bestimmte Wohnzwecke oder für öffentlich geförderten Wohnungsbau reserviert werden. Ich glaube leider nicht, dass es so einfach ist, für 7,50 Euro zu bauen – jedenfalls nicht in einer Stadt wie Düsseldorf. Ich bin gern bereit, mich mit dir daran zu beteiligen, dass wir das zusammen auf den Weg bringen. Das fände ich sehr gut. Nur sollten wir hier keine Erwartungen wecken, die wir nachher nicht erfüllen können. Aber, wie gesagt, ich bin gern dabei. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Frey habe ich jetzt noch auf der Redeliste.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Erst einmal vielen Dank, dass Sie immer so toll desinfizieren. Ich bewundere diese Stetigkeit hier. Vielen, vielen Dank dafür, dass wir hier so unbeschwert sprechen können.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Ratsleute! Ich begrüße als Allererstes, dass wir heute hier eine Mehrheit für dieses Vorhaben haben werden. Das war nicht immer so, und ich freue mich sehr, dass uns das heute gelingt – sozusagen auf den letzten Metern dieser Ratsperiode. Ich freue mich auch, dass die CDU-Fraktion an dieser Stelle mitmacht. Ich bedaure es sehr, liebe FDP-Fraktion, dass es Ihnen nicht gelingt, hier mitzumachen.

Mit dem Verweis auf Frankfurt: Ich finde das spannend. Frankfurt übt übrigens die Milieuschutzsatzung in bestimmten Bezirken aus. Das zeigt also, dass es doch mehr als einen Baustein braucht. Bauen ist das eine. Da sind wir, denke ich, gemeinschaftlich dran. Wir als Grüne sagen: Bauen ist aber auch nicht mit Mengenrabatt zu haben. Insofern finden wir es toll, wenn wir hier einen weiteren Baustein schaffen, um das, was wir im Bestand haben, auch zu schützen. Wir können nicht alles auf diesem Terrain neu machen. Wir müssen den Bestand schützen. Hier ist ein erster Baustein gelegt.

Liebe Linke, ich finde, es verschlägt nichts, wenn man heute hier dies tut und dann im Weiteren, wenn die Unterschriften alle da sind, schaut, was man mit dem macht, was die Bürgerinnen und Bürger wollen. Wenn sie es denn wirklich in Düsseldorf so wollen, wie Sie das jetzt vorschlagen, dann werden wir damit Entsprechendes zu tun haben. Aber hier und heute ist es, finde ich, höchste Zeit, dass wir einen Schritt in Richtung Milieuschutz gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Grenda. – Ihm folgt Herr Rohloff.

Ratsherr Grenda (Piraten): Wir als Piraten finden es auch zunächst einmal gut, dass dies jetzt überhaupt startet, da wir schon seit mehr als einem Jahr die Daten für den kleinteiligen Wohnungsraum beobachten, auswerten und analysieren. Es steht ja immer noch in der Vorlage: Wir suchen mal etwas aus. Wir hatten schon öfter gesagt: Wir müssen die Daten ergänzen. Auch diese Daten liegen der Stadtverwaltung problemlos vor. Gibt es denn einen Zeitpunkt, wann ungefähr diese Daten auf dem aktuellen Stand akkreditiert sind? Werden wir uns noch im alten Rat mit dem Gebiet, das wir auswählen, beschäftigen? Denn es wird leider nicht der gesamte Stadtbezirk 3 kommen, was ich gut gefunden hätte, weil wir so die unterschiedlichsten Niveaus, die unterschiedlichen Mieterstrukturen hätten. Diese Zahlen liegen auch komplett als Open Data vor. Wann ist dieser Tag X, an dem die Verwaltung sagt: „Wir haben jetzt eine Entscheidung getroffen für diese drei oder vier Straßen oder Blöcke“?

Oberbürgermeister Geisel: Das fällt in die Zuständigkeit der Planungsdezernentin. – Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Irgendwann stehen wir mit vier Frauen hier vorn, wenn das so weitergeht.

Vielen Dank, dass ich dazu etwas sagen darf. Herr Grenda, Sie haben die Frage gestellt, wann der Tag X sein wird. Ihre Frage enthielt aber schon die Antwort. Denn Sie haben gesagt: Es werden immer wieder Daten ausgewertet. Die Daten, von denen Sie sprechen, beziehen sich nicht auf die Grundlage, die man benötigt, um eine soziale Erhaltungssatzung aufzustellen. Das ist viel mehr. Da gehört viel mehr hinein außer den Daten, die Sie eben angesprochen haben. Darin liegt auch die Begründung. Die paar Straßen, wie Sie das eben genannt haben, muss man durch eine begründete inhaltliche Situation belegen, warum genau dort ein Milieu ist, was in einer Satzung dann mündet

und beschlossen werden kann. Dazu ist eine Menge Recherchearbeit erforderlich. Die Recherchearbeit bezieht sich nicht allein auf die Wohnungsstatistiken, von denen Sie sprechen, sondern auf die Milieus, auf die Mischungen, die es in einem Gebiet gibt, auf die Altersklassen, auf die Familienstrukturen, auf Durchmischungen mit anderen Nutzungen. Das muss aufgearbeitet werden.

Deswegen kann ich Ihnen sagen: Wir glaube nicht, dass der alte Rat sich mit den Ergebnissen dieser Recherche noch beschäftigen wird; denn es braucht dazu ganz einfach sehr viel Sorgfalt.

Sie winken ab, Herr Grenda, aber nichtsdestotrotz möchte ich mich hier noch einmal auf den Satz von Herrn Raub beziehen. Wir brauchen diese Sorgfalt; denn wenn wir diese Rechtsmittel in dieser Stadt einrichten wollen, dann wollen wir das nicht als plakative Show-Veranstaltung machen, sondern wir wollen, dass das Hand und Fuß hat und auch rechtssicher ist. Glauben Sie mir, Erhaltungssatzungen oder auch andere Satzungen nach § 172 BauGB werden auch gern beklagt. Das wollen wir natürlich nicht riskieren. Dennoch wollen wir, wenn ein Stadtbezirk wie die BV 3 sagt, sie meinen, dass sie Gebiete haben, die prädestiniert sind, diesem Anliegen gern folgen.

Interessanterweise beziehen Sie sich auf Frankfurt; es gibt auch noch andere Städte, die Erfahrungen haben. Wir haben in unserer Vorlage ausführlich beschrieben, dass wir mit diesen Städten bereits in Kontakt sind und mit ihnen einfach mal „workshopen“ wollen: Was hat bei euch dazu geführt, dass ihr schnell zu Ergebnissen gekommen seid? Wie seid ihr damit umgegangen, es in eine Satzung zu gießen? Wie habt ihr Rechtssicherheit gehalten? Denn in einigen Städten sind die Satzungen auch wieder abgeschafft worden beziehungsweise weggeklagt worden. Das wollen wir Ihnen gern so schnell wie möglich vorlegen, aber parallel dazu natürlich auch die Recherche machen. – Das zu den Inhalten.

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt Herr Rohloff. – Ihm folgt Herr Pfundner.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Bürgerbegehren wurde jetzt schon mehrfach von der linken Seite angesprochen. Ich sehe es nur in den Social-Media-Geschichten und in den Presseberichterstattungen. Mich persönlich wundert das, ehrlich gesagt, ein bisschen, denn wenn man hineinschaut: Die Initiatoren sind Bezirksvertreter der Linken im Stadtbezirk 3 und ein ehemaliger Ratsherr der SPD. Gleichzeitig sammelt dann der Oberbürgermeister in Eller Unterschriften für dieses Bürgerbegehren, bringt aber heute diese Verwaltungsvorlage ein. So ganz konsistent ist für mich das Ganze, ehrlich gesagt, nicht. Im Gegenteil. Es spielt meiner Meinung nach mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger, dass man ihnen vorwirft, alle Wohnungen landauf und landab hier in Düsseldorf würden in Kürze luxussaniert und preislich verdoppelt und verdreifacht. Das ist wirklich der falsche Weg.

Verwundert bin ich auch über die Kollegen der CDU-Fraktion, die heute dem Ganzen zustimmen wollen. Ich sage Ihnen: Damit öffnen Sie Tür und Tor. Es ist nicht nur ein Pilotprojekt. Es hat keine Stadt gegeben, wo nicht nach der ersten Milieuschutzsatzung auch weitere folgten. Sie hören ja die Wünsche: Dort sind es schon neun. Rechtlich ist es zum Glück nicht möglich, über die ganze Kommune eine Milieuschutzsatzung zu legen, sonst würde man das hier wahrscheinlich auch tun. Aber ich sage Ihnen, Herr Tups, Sie öffnen damit hier Tür und Tor für diese Möglichkeit. Das ist ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte. Ich glaube, das steht außer Frage.

Milieuschutz bedeutet Stillstand. Für Familien, die entstehen und vielleicht die Nachbarwohnung zusammenführen wollen, um sich innerhalb des Hauses zu vergrößern, ist so etwas nicht mehr möglich.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht!)

– Okay, aber es muss genehmigt werden. Das ist richtig.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Die Seniorin, die seit 30 Jahren in ihrer Wohnung wohnt und jetzt einen Aufzug in die dritte Etage braucht, muss es sich genehmigen lassen.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wir haben energetische Sanierungen, die müssen genehmigt werden.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wenn die Bauverwaltung die Genehmigung erteilt – das wissen Sie auch aus den Beispielen, die eben genannt wurden –, kann diese gegebenenfalls von den anderen Mietern beklagt werden. Und die Stadt macht sich im Zweifel schadenersatzpflichtig.

Ich frage mich auch, was die Bauverwaltung angeht, wie sie das überhaupt schaffen will – logistisch, personell –, wo Bauanträge heute schon in der Tat sehr, sehr lange brauchen, auch im Vergleich zu anderen Kommunen. Da stellt sich mir schon die Frage, ob das der richtige Weg ist, die Bauverwaltung mit solchen Fragestellungen zu beschäftigen, oder ob es nicht besser wäre, nachzuverdichten, die Bauverwaltung damit zu beschäftigen, nicht den Mangel zu verwalten, sondern neuen Wohnraum in dieser Stadt zu schaffen.

Aus meiner Sicht geht diese Initiative an den Interessen Düsseldorfs vorbei. Das zeigt wieder einmal: Sie verstehen diese Stadt nicht.

(Lachen von SPD und den Linken)

Deswegen ist es gut, dass wir bald Wahl haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner. – Ihm folgt Herr Herz.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Herr Rohloff, ich hatte ja gesagt, die FDP versteht die Situation in Düsseldorf nicht. Der Unterschied zwischen Ihrer Partei und meiner Partei ist: Sie vertreten die Interessen der Spekulanten, wir vertreten die Interessen der Menschen hier in Düsseldorf.

(Vereinzelt Beifall von der Linken und SPD – Zurufe von der FDP)

Ich hatte mich aber aus einem anderen Grund gemeldet. Denn die Rechtslage ist so: Egal, wie die Entscheidung hier getroffen wird, ob die Beschlussvorlage abgelehnt wird oder angenommen wird, wenn sie Auswirkungen auf das Bürgerbegehren hat, ist das völlig wurscht. Deswegen werden wir diese Beschlussvorlage nicht ablehnen, denn das bringt nichts. Auch eine Ablehnung hätte Auswirkungen auf das Bürgerbegehren. Wir werden also zunächst einmal unserem Änderungsantrag zustimmen und notfalls auch der Beschlussvorlage. Denn wenn diese abgelehnt wird und das Bürgerbegehren dadurch weg ist – –

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist es nicht!)

– Das ist rechtlich völlig unklar, Kollege Raub. Das ist völlig unklar.

Deswegen werden wir der Beschlussvorlage trotzdem zustimmen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Herz.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht so schreien!)

Ratsherr Herz (SPD): Nein, ich schreie nicht. Ich bin fast ruhig. Ich bin fast ruhig, weil dann doch der Wortbeitrag von Herrn Rohloff meinen Widerspruch noch einmal hervorgerufen hat. Ich wollte es eigentlich nicht so weit treiben. Das ist eine schöne Fachdebatte für den Wohnungsausschuss. Dort hat sich die FDP-Fraktion fein herausgehalten. Dann müssen wir es jetzt hier machen, wenn Sie es denn unbedingt wollen.

Lieber Herr Rohloff, hier wird nicht mit den Ängsten der Menschen gespielt. Die Menschen haben diese Ängste.

(Beifall von der SPD sowie vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Das ist sind ganz reale Ängste von Menschen hier in Düsseldorf, die wir aufnehmen. Die sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen. Punkt 1.

Punkt 2: Zwei Drittel Ihrer Behauptungen sind schlicht und einfach falsch.

Punkt 3 – da bin ich dann wirklich hochgegangen –: Dass ausgerechnet die FDP-Fraktion sich hier hinstellt und nach Verdichtungen ruft, das ist wirklich ein Treppenwitz, wenn man sich ansieht, wie Sie und Ihre Bezirksvertreter in den einzelnen Stadtteilen gegen ganz viele Bauprojekte Sturm laufen, und zwar massiv Sturm laufen –

(Beifall von der SPD)

– und so Sturm laufen, dass der Baufortschritt hier in Düsseldorf nicht so weit ist, wie wir ihn gern hätten. Ich kann Ihnen an jeder Stelle in der Stadt Projekte zeigen, wo zumindest die FDP-Fraktion beteiligt ist, einen ordentlichen Bürgerprotest zu organisieren.

(Zuruf von der FDP)

– Lügen Sie uns doch nicht an! Sie erzählen doch die Geschichte, dass der Oberbürgermeister hier die Stadt zubaut. Die haben Sie doch erzählt.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Ja, das stimmt!)

Und dann haben Sie die Frechheit, sich hier hinzustellen und zu sagen, wir würden verdichten. Wenn Sie mir sagen, wo Sie Ihre 10.000 Genossenschaftswohnungen in fünf Jahren bauen wollen, dann bin ich darauf sehr gespannt. Ich freue mich auf den Kongress. Ich freue mich darauf!

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe jetzt keine weiteren – – Entschuldigung! Herr Neuenhaus. Sie sind verdammt weit weg von mir – natürlich nur räumlich. Natürlich nur räumlich, das ist ja klar.

(Heiterkeit)

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht genau um die Ängste der Menschen, das ist uns klar. Die Menschen haben Angst, dass ihre Kinder keine Wohnung bekommen. Sie haben Angst, dass sie, wenn sie älter sind, keine kleinere Wohnung finden. Das alles wissen wir. Darum geht es uns. Wie Sie uns beschimpft haben, nehme ich mal hin. Das ist, glaube ich, ein unparlamentarischer Ausdruck, Herr Oberbürgermeister, aber von der Linken verkrafte ich das. Da merkt man, wie weit das demokratische Verständnis in dem Moment geht, in dem man nicht Ihrer Meinung ist.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Oh!)

– Ja, sorry, bei Ihnen bin ich an der Stelle empfindlich.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das ist eine Unverschämtheit! Unverschämtheit!)

– Entschuldigung! Das hätten Sie bei Ihrem Kollegen hineinrufen können.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Nein! Warum?)

Uns trennen so viele Welten – wir werden nie zusammenkommen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ratsherrn Pfundner [Die Linke])

– Ich weiß, ich weiß. Ich habe 1989 noch sehr gut in Erinnerung, wie das Ende der DDR war, als Sie zu uns gekommen sind.

(Beifall von der FDP – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Oh!)

Sorry, das sind die Erben und die gleichen Ideen. Das, was Sie gerade machen, sind die gleichen Ideen.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Herz, schauen Sie mal, wir haben auf der Kesselstraße ganz viele Grundstücke. Ich frage Sie jetzt einmal, wenn Sie das ernst meinen, wenn Sie fragen, wo wir denn eigentlich bauen: Warum machen wir denn in dem alten Trott weiter? Warum gehen wir denn nicht dort hin und nehmen davon Grundstücke? Warum darf man nicht für 7,50 Euro auch auf der Kesselstraße im Hafen wohnen? Wo ist denn da die Antwort der Sozialdemokraten? – Sie müssen sich mal ein Herz nehmen und wirklich auf die Bedürfnisse der Leute eingehen. Man kann hier etwas ganz anderes machen.

In der Tat haben Sie recht, wir wollen nicht, dass diese Stadt zersiedelt wird. Wir sind auch nicht gegen Bauvorhaben bei preiswertem Wohnraum, sondern wir sind dagegen, dass Sie mit Einfamilienhäusern Leute von draußen hereinlocken und damit die Landschaft zersiedeln. Das ist doch das Entscheidende.

(Zurufe von der SPD)

Das ist das Entscheidende! Dann müssen Sie verdichten. Aber das, was Sie machen, ist keine Wohnungspolitik, das ist keine Planungspolitik, Herr Herz, sondern nach dem Motto: Ich gebe mal jedem ein Schüppchen, und das mache ich mit netten Worten, dann kommen wir wieder zwei Jahre weiter.

(Zurufe von der SPD)

– Sorry, nein, das ist falsch. Die Zersiedlung ist falsch. Das steht auch im Plan der Stadtverwaltung: Wir gehen von der Stadtmitte bis an die Ränder.

Meine Damen und Herren, so bekommen Sie wenig Wohnraum. Damit schaffen Sie nur viel Wohnfläche, aber wenig Wohnraum für Familien oder für Menschen in dieser Stadt, die wenig Geld haben. Das sage ich Ihnen. Wenn Sie denn verdichten wollen, wenn neue dazukommen, dann müssen Sie sich Gebiete suchen, wo Sie das auch urban machen. Darüber kann man reden, dazu haben wir auch Vorschläge gemacht. Aber das bisherige System, was dazu führt, dass wir bauen, bauen, bauen, aber ganz viele Leute von draußen mit viel Geld die Ersten sind, die die neuen Wohnungen bekommen – das kann nicht sein. Wir müssen auch an die Menschen denken, die schon hier in dieser Stadt wohnen, und genau die will ich nicht länger abspeisen –

(Zurufe von der SPD)

– mit irgendetwas, was wir langsam mal irgendwo entwickeln müssen, sondern man kann bauen, und das werden wir tun.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Neuenhaus, jetzt haben Sie mich doch provoziert. Es ist völlig in Ordnung, dass wir auch unterschiedliche Akzente setzen. Trotzdem haben wir es geschafft, beim Handlungskonzept Wohnen uns auf etwas zu einigen, weil wir wussten: Wir müssen nach vorn kommen.

Aber – das dürfte jedem klar sein – mit Bauen, Bauen, Bauen auf die Ängste der Menschen zu reagieren, die jetzt in ihren Wohnungen sitzen und merken: „Ups, der Vermieter hat gewechselt, der will eine Modernisierung, die mir nichts bringt“ – so viel kann man nicht bauen. So viel wollen Sie auch nicht bauen. So viel wollen wir auch nicht bauen. Daher muss man das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Noch einmal, Kollege Rohloff: Wenn eine energetische Sanierung kommt und die Nebenkosten gesenkt werden, weil die Heizkosten niedriger sind, dann hat der Mieter auch etwas davon. Dann ist es in Ordnung, wenn Vermieter und Mieter sagen: Ja, das wollen wir. Da wird nichts unterbunden. Es gibt aber auch Sanierungen, die dazu dienen, eine andere Klientel in die Wohnungen zu holen. Das ist die Sorge, die wir ernst nehmen, und darauf reagieren wir. Das sind die Leute, von denen Sie, Kollege Neuenhaus, gerade gesprochen haben, die von außen mit viel Geld kommen und genau in diese Wohnungen gehen können. Deshalb müssen wir auf die Wohnungen im Bestand reagieren. Das ist eigentlich das Thema.

Jetzt haben Sie aber gerade gesagt, wo man bauen könnte, und zwar in der Kesselstraße. Also: Hafen – das wissen wir – geht nicht wegen Immissionsschutzrecht. Tun Sie also nicht so, als könnte man auf der Kesselstraße wohnen. Sagen Sie uns konkret, wo!

Zur Aussage: Wir wollten Einfamilienhäuser hier bauen, Sie nicht. – Wow, da habe ich jetzt gerade gestutzt, –

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

– denn wir haben immer wieder gesagt: Das Düsseldorfer Wohnland ist zu kostbar, um hier mit Eigenheimsiedlungen zu agieren – so, wie es bei der Reitzenstein-Kaserne unter Schwarz-Gelb gemacht worden ist, wo große urbane Verdichtungen nicht passiert sind, sondern anders gebaut worden ist. Daher freue ich mich, wenn Sie das jetzt gerade ernst gemeint haben, dass wir das nicht tun sollten. Ich kann mich daran erinnern, wie wir bei der Verweyenstraße mit Ihnen bei der Frage, ob dort noch ein Geschoss oder nur ein Halbgeschoss oben draufkommt, um jede Wohnung kämpfen mussten. Daher: Ja, wir haben gesagt, wir wollen bauen, wir wollen aber auch nicht alles zersiedeln, und wir wollen nicht die Frischluftschneisen zumachen. Deshalb muss man genau hinschauen, was man erreichen kann und wie man das auch schützen kann, aber nicht nur in einem Stadtbezirk, sondern das muss für alle Stadtbezirke gelten. Das Bauen entbindet uns nicht von der Verpflichtung, eine Antwort zu geben auf die Ängste von Menschen, die im Bestand wohnen. Das sind diejenigen, die hier sind, und das sind diejenigen, die Angst haben, vertrieben zu werden. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt habe ich Herrn Blumenrath und Herrn Auler auf der Redeliste. Die wollen beide noch etwas sagen.

Ratsherr Blumenrath (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine solche Milieuschutzsatzung ist ganz sicher kein Allheilmittel, weil wir genau wissen, dass es sehr viele Städte gibt, die eine solche Satzung haben, aber das Problem nicht wirklich akkurat gelöst haben. Das ist völlig klar. Das Einzige, was sie macht, ist: Sie schützt ein Stück weit vor Spekulationen und gibt in vielen Teilen ein Mitspracherecht bei Maßnahmen, die gemacht werden, und wenn sie umgesetzt werden, dann werden sie im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten korrekt umgesetzt.

Mit einem kleinen Märchen muss man an der Stelle auch mal aufräumen: Sie erzählen hier von Aufzügen und vom Abbau von Barrieren. Ich erinnere Sie gern daran, dass die FDP-Fraktion in diesem Hause die Fördermaßnahmen für Privathaushalte gestrichen hat. Sie haben aktiv verhindert, dass die Stadt solche Maßnahmen fördert, um Mieterhöhungen zu vermeiden, sondern Sie haben gesagt, dass Sie das nur noch für städtische Töchter oder für Wohnungsbaugesellschaften machen. Das war Ihr Ratsbeschluss. Sie regieren hier seit sechs Jahren mit und erzählen uns heute etwas von 7,50 Euro pro Quadratmeter. Wir beschließen gleich im preisgedämpften Wohnungsbau deutlich höhere Sätze. Es sind also alles schöne Phantasien, aber am Ende ist in den letzten sechs Jahren eigentlich gar nichts davon umgesetzt worden.

Ich will ganz offen sagen: Es ist schon ein Ding, wenn man sich dann hier hinstellt und sagt: Wir bauen einfach mehr. Da sage ich Ihnen auch ganz ehrlich: Wir wollen nicht überall immer nur mehr bauen. Das ist überhaupt nicht unser System. Dabei unterscheiden wir uns auch von anderen Parteien. Als wir aber im AWM gefragt haben, ob wir ein Modell entwickeln können, in dem ein Düsseldorfer Kind, das hier geboren und hier aufgewachsen ist und hier eine Wohnung sucht, in irgendeinem Kriterium ein Stück bevorzugt wird – nicht grundsätzlich, aber im Detail –, da haben Sie mit Nein gestimmt. Also hören Sie doch auf, so zu tun, als ob Sie den Düsseldorfer immer nur retten. Die Wahrheit ist: Sie verhindern es, Sie blockieren es.

Wir öffnen jetzt den Weg für einen Entwurf der Verwaltung, und wir werden sehr genau prüfen, ob es die Stadt in die richtige Richtung bringt oder nicht. Wir werden nicht blindlings alles mitstimmen, aber wir wollen ein Werkzeug haben, um auf diesem Wohnungsmarkt aktiv als Verwaltung einzugreifen; denn das gehört auch zur sozialen Marktwirtschaft, dass nicht alles nur nach den Kriterien der Marktwirtschaft läuft. Deswegen stimmen wir heute zu, diesen Weg zu überprüfen, und dann werden wir sehr genau schauen, was dabei herauskommt. Dann werden wir schauen, dass wir nichts verhindern, sondern vieles ermöglichen – vor allem das Wohnen für Menschen in dieser Stadt. Das ist uns sehr wichtig. Deswegen ist es vernünftig, dass wir diesen Weg prüfen. Es ist aber völlig falsch, so zu tun, als ob Sie in den letzten sechs Jahren alles getan hätten für den super preiswerten Wohnraum. Das können wir so tatsächlich so nicht feststellen.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Danke. – Herr Auler.

(Ratsherr Auler [CDU]: Es wurde alles gesagt!)

– Alles gesagt.

Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich darf den drei Damen herzlich danken, dass sie zumindest zur Verfügung standen, allfällige Fragen beantworten zu können. – Vielen Dank.

Ich schlage vor, wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag ab und dann über den Grundantrag, da der Änderungsantrag etwas weitergehend ist. Es mussten zwei Kollegen der Fraktion Die Linke bereits den Sitzungssaal verlassen; ich glaube, sie müssen auf eine wichtige

Delegiertenversammlung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Eine satte Mehrheit!)

– Selbst wenn wir uns, Frau Kraft-Dlangamandla, noch zwei hinzudächten, wäre es noch nicht die Mehrheit; ich hoffe, Sie stimmen mir zu.

Herr Grenda und Herr Maniera stimmen ebenfalls zu. Gibt es Gegenstimmen? – Das scheint die Mehrheit zu sein. Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung von Tierschutz Freie Wähler mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann darf ich den Grundantrag, die Verwaltungsvorlage, zur Abstimmung stellen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme von Herrn Dr. Wlecke von Tierschutz Freie Wähler. Gibt es Enthaltungen?

(Zurufe: FDP!)

– Entschuldigung! Ich blicke gegen das Licht, und Sie sitzen so weit rechts außen.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist allenfalls aus meiner Perspektive. Also: Herr Dr. Wlecke und die Fraktion FDP. Ich bitte um Entschuldigung, dass ich das übersehen habe, aber man hat Licht von oben, und es ist ohnehin ein sehr weit gestreuter Saal. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung von Frau Böcker. Dann ist es aber richtig: mit breiter Mehrheit gegen eine Stimme von Tierschutz Freie Wähler und die Stimmen der FDP-Fraktion so beschlossen.

42

Blaugrüner Ring – Bestätigung des Wettbewerbsergebnisses – Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen

APS/062/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich glaube, Herr Dr. Fils war der Erste. Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Der Blaugrüne Ring war ein ungewöhnlicher Wettbewerb mit einem absurden Ergebnis. Absurd deshalb, denn wenn wir heute wirklich beschließen sollten, irgendetwas von den Preisträgern umzusetzen, dann kann man nur ganz deutlich sagen: Das geht so nicht – zumindest nicht beim ersten und zweiten Preisträger. Der dritte Preisträger war ein bisschen realistischer. Hinterher, als die Namen offengelegt wurden, erfuhren wir auch, dass das ein alter Bekannter war, Herr Fritschi, der sich dann doch etwas mehr in die Stadt hier einfühlen konnte und auch seine eigenen alten Themen wieder auf den Tisch bringen konnte.

Aber erlauben Sie mir, doch zwei oder drei Worte zu den ersten beiden Preisträgern zu äußern; denn das muss einem einfach klar sein. Das waren wunderschöne Bilder; auch beim ersten Preisträger wunderschön in Blaugrün gemalt. Wenn es ein Studentenwettbewerb gewesen wäre, dann hätte man sagen können: Toll, ihr habt wirklich ein paar verrückte Ideen, darüber können wir mal diskutieren. Wenn man aber ernsthaft meinen sollte – deshalb sagen wir: Vorsicht heute mit der Überschrift „Bestätigung der Preisträger“ –, die Entwürfe dieser beiden Preisträger umzusetzen, dann muss einem klar sein, was das bedeuten würde.

Beim ersten Preisträger gäbe es einen Umbau des Hofgartens mit einem Flusslauf für eine von vier vorgesehenen offenzulegenden Düsselmündungen in den Rhein. Um den Einlauf zu machen, müsste der nördliche Teil des Hofgartens plötzlich ganz anders aussehen. Die drei anderen

Mündungen, die offengelegt werden sollen, gehen einfach schon deshalb technisch nicht, weil dort der Rheinufertunnel inzwischen davorliegt. Das heißt, dort müsste erst einmal das Wasser hochgeführt werden und dann als Wasserfall wieder in den Rhein fallen.

Dann ist ein Ring geplant – das passt natürlich zum Blaugrünen Ring –, ein schwebender Ring über dem Rhein. Dabei ist nur vergessen worden, dass das eine Bundeswasserstraße ist, dass dort Schiffe fahren, dass es Hoch- und Niedrigwasser gibt – einfach auch eine absurde Idee.

Der zweite Preisträger hat schönste Bilder präsentiert, alles ist grün. – Ach ja, wir haben die begrüneten Brücken vergessen. Die Oberkasseler Brücke ist beim ersten und zweiten Preis mit Bäumen besetzt, was weder statisch noch vom Wind her geht; über das Verkehrstechnische wollen wir gar nicht erst reden.

Der zweite Preisträger schließt also auch die Oberkasseler Brücke für den normalen Verkehr und schlägt Tunnelstrecken vor, Tunnel unterm Rhein. Die Einfahrt ist im Übrigen im Überflutungsbereich des Oberkasseler Deichvorlandes. Wahrscheinlich müsste dann der gesamte Hofgarten bei der Maßnahme mit vielen Abzweigungen von Tunnelstrecken, die es auf der rechtsrheinischen Seite geben sollte, 25 Jahre aufgerissen werden, und es müssten immer wieder neu Tunnelbereiche gebaut werden. Wenn man diesen Plan ernst nehmen würde, bliebe vom alten Hofgarten kein Baum, keine Wegeführung, nichts mehr übrig. Insofern absurd, undenkbar. Deshalb kann es keine Bestätigung geben für die Wettbewerbsergebnisse.

Die Vorlage hat aber im Inhalt dann einen anderen Text. Im Text ist definiert: Wir sollen vier städtebauliche Ziele weiterverfolgen. Das ist absolut richtig. Von den vier städtebaulichen Ziele ist unser Ziel, auch von der CDU-Fraktion lange gefordert, die Verlängerung der Rheinuferpromenade. Ein anderes der vier Ziele wird bereits jetzt in einem anderen Ablauf behandelt, nämlich der Heinrich-Heine-Platz, also der Bereich vor dem Wilhelm-Marx-Haus und Carsch-Haus. Trotzdem stehen wir natürlich zu diesen vier Zielen.

Deshalb ist es für uns jetzt sehr schwierig für die Abstimmung, entweder Ja oder Nein zu sagen, und Sie ahnen schon, was kommt: Die CDU-Fraktion wird sich enthalten, weil klipp und klar die Ziele richtig sind. Wir akzeptieren auch gern, dass die drei Büros, die sich dort schon einmal irgendwie eingedacht haben, neue Vorschläge machen. Diese müssen wir dann natürlich später, wenn sie kommen, abwägen, und dann müssen wir sehen, ob sie realistisch für die vier Projekte sind und ob sie umsetzbar sind. Das ist aber ein normales Verfahren, dazu stehen wir. Aber mit der Überschrift „Bestätigung des Wettbewerbs“ hätten wir große Schwierigkeiten. Deshalb weder Ja noch Nein. Wir werden mal sehen, was herauskommt.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Herr Raub.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Fils, was glauben Sie denn, was da herauskommt? Beim Blaugrünen Ring ist in der Vorlage so viel drin, dass Sie als Politik kaum abschichten können, was jetzt eigentlich gemacht wird und was nicht. Das ist wirklich schwierig, denn wir tragen die Verantwortung dafür, wenn wir heute mit Ja stimmen.

Für die vier Nahziele – also Rheinuferpromenade, Heinrich-Heine-Allee, Standortsuche Foto-Institut, Standortsuche Oper – brauche ich nicht den Blaugrünen Ring. Das, was wir seit vielen Jahren gern hätten als Freie Demokraten, wäre die Fortführung der Rheinuferpromenade – dort, wo wir jetzt auch das Problem mit den Fahrradfahrern haben. Da haben wir von Fritschi einen Vorschlag, den wir gern umgesetzt hätten.

Ich fange jetzt nicht an, an den wichtigen Punkten, wo ich eigentlich alles habe, über den Blaugrünen Ring die nächsten fünf Jahre zu verhandeln. Wir haben in den Bereichen Konzepte erarbeitet, die mittlerweile einen Meter einnehmen. Wir haben aber relativ wenig umgesetzt für die

Anzahl der Konzeptseiten. Ich möchte die Rheinufersperrpromenade – also das, was für uns sozusagen vorrangig ist – überhaupt nicht hiermit verbinden. Ich will auch nicht den Entwurf, der den Wettbewerb gewonnen hat, bei der Rheinufersperrpromenade umsetzen, sondern ich möchte einfach die Weiterentwicklung, und zwar möglichst schnell. Deshalb stimmen wir heute dagegen. Man sollte über den Kulturausschuss oder den Planungsausschuss oder über eine Kommission die Ergebnisse nehmen, weiterentwickeln und weiter evaluieren, das ist gar kein Problem. Ich stimme Ihnen aber heute nicht zu, denn damit würde ich der Verwaltung eine so große Zustimmung geben, von der ich selbst gar nicht weiß, wo die Grenze ist. Das werden wir nicht machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Raub. – Ihm folgt Herr Czerwinski.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Lieber Manfred Neuenhaus, das ist mir eben schon in dem Beitrag zu den Milieuschutzsatzungen aufgefallen und jetzt wieder: Ich weiß gar nicht, woher dieser Pessimismus kommt, dass das angeblich alles nicht funktioniert oder nichts bringt. Ich sage einmal so: Wenn man etwas tut, dann kann es schiefgehen, aber wenn man nichts tut, dann passiert auch nichts. Das ist genau das, was wir nicht wollen.

Wir werden dieser Vorlage zustimmen. Wir sehen auch das etwas Kleinteilige, Herr Dr. Fils, mit der Sie hier diese Vorlage bewertet haben, nicht. Denn letztlich sollten wir uns doch damit auseinandersetzen, was in der Vorlage zum weiteren Vorgehen steht. Darin steht nicht, dass der Siegerentwurf 1 jetzt umgesetzt werden soll oder der Siegerentwurf 2 oder wie auch immer, sondern es steht darin, dass wir daran, was die ursprüngliche Idee dieses Wettbewerbs war, nämlich eine Vision zu finden für die Weiterentwicklung dieses Ringes oder dieser Achsen – je nachdem, wie man es bezeichnen will –, weiterarbeiten unter Berücksichtigung dieser vier Ziele, worüber wir uns offensichtlich einig sind – auch mit der FDP-Fraktion –, dass wir genau das dann in diesem Zusammenhang machen wollen. Genau das sagt die Vorlage. Deswegen ist dieser Weg genau der richtige, dass versucht wird, die Ergebnisse, die es jetzt gegeben hat durch die drei ersten Preisträger, aber auch die weiteren Ideen – es hat ja auch noch weitere Anerkennungen gegeben – zusammenzuführen, um etwas wirklich Gutes und Sinnvolles daraus zu machen. Deswegen werden wir dieser Vorlage zustimmen. Den Pessimismus, aber auch die Kritik können wir nicht so richtig nachvollziehen. Tut mir leid. Wir stimmen zu.

Oberbürgermeister Geisel: Das braucht Ihnen nicht leidzutun. – Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt schon ein bisschen enttäuscht von den Debattenbeiträgen, denn das war so ein spannendes Format zum Blaugrünen Ring. Wir haben uns getraut, zu sagen: Wir laden Leute aus aller Welt ein, sich einmal anzusehen, was wir eigentlich für einen Schatz hier haben. Wir haben den Rhein, wir haben den Grüngürtel um die Innenstadt, wir haben kulturelle Highlights. Zeigt uns mal, wie man das im Gesamten sehen kann.

Es haben sich sehr viele Büros gemeldet, das war eine spannende Aufgabe. Das gibt es nicht überall, dass man nicht nur sagt, wir schauen uns mal die Briefmarke oder die einzelne Baumaßnahme an, sondern man darf auch Visionär sein. Ja, man darf auch absurd sein. Man darf einfach mal mit einem anderen Blick darauf sehen. Zur Beteiligung muss ich sagen: Respekt, das war eine klasse Leistung, Frau Dezernentin, dass sich dort – wie es gesagt worden ist – sehr viele beteiligen, die sich vielleicht sonst nicht an solchen Maßnahmen beteiligen. Das hat eine enorme Diskussion in der Stadt ausgelöst, wenn die Leute vor den Tafeln gestanden und darüber diskutiert haben. Das ist etwas, was in dem Prozess wichtig ist und was für uns sehr wertvoll war. Ich bin dankbar für die Diskussion und den anderen Blick, den man bekommt. Denn wenn man auf eine Karte schaut, wo auf einmal auf der Oberkasseler Brücke Bäume stehen und man sagt, das geht doch gar nicht, dann kommt man vielleicht auch mal zu Fragen jenseits der Statik, ob das geht, und mit welchem Blick man auf diese Stadt schaut.

Jetzt kommt die Aufgabe: Was wird denn aus diesem Verfahren? Ist das alles nur irgendwie schön geträumt? – Nein, man geht noch einen Schritt weiter und muss schauen, ob man daraus Dinge definieren kann, die im Kurzfristigen sind, im Konkreten sind, wie die Verlängerung der Rheinufersperrpromenade. Wie sähe das denn konkret aus, was wäre zu bedenken bei Denkmalschutz et cetera? Kann so eine Rampe vor der Bezirksregierung herauskommen? Das sind Sachen, die man jetzt aufarbeiten muss. Die Verwaltung hat in dieser Vorlage geschrieben, dass es dazu schon einige konkrete Punkte gibt, aber dabei bleibt es nicht stehen, sondern es wird auch geschaut, was man denn von den weiteren Punkten machen kann, zum Beispiel, dass fast alle Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer gesagt haben, dass wir mehr Platz für die Fußgängerinnen und Fußgänger brauchen. Man muss schauen, wie man denn vom Hofgarten zur Kunstakademie die Verbindung schaffen kann, dass man nicht ein Taxi nehmen muss, sondern eine schöne Verbindung hat. Solche Sachen sind jetzt aufzuarbeiten. Das soll das Siegerbüro unter Berücksichtigung dessen, was die Jury auch noch an guten Ideen aus den anderen Teams mitgenommen hat, jetzt vorlegen.

Wir haben noch nichts beschlossen. Natürlich schaut jetzt jeder mit seiner Brille darauf. Wenn ich dort lese: Konzeption „zur Stärkung der nicht motorisierten Verkehre und des ÖPNV unter Beibehaltung eines leistungsfähigen Gesamtverkehrsnetzes“, dann würde ich sagen: Gesamtverkehrsnetz. Andere sagen: Man darf nichts dem Auto wegnehmen. Darüber werden wir noch konkret diskutieren müssen. Aber das sind genau die Fragen, die sich Städte auch in Zukunft stellen müssen: Wie gehen wir damit um, und wie können wir auch Dinge neu in den Blick nehmen und auch zusammen sehen?

Dass man Kunst, Natur und Urbanität in einem Verfahren zusammen hat, ist eine tolle Sache. Ich möchte, dass das weitergetragen wird und dass wir auch daran anknüpfen. Wir stimmen frohen Herzens zu. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt würde ich doch einmal die zuständige Dezernentin um eine Stellungnahme zu den diskutierten Themen bitten. – Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Vorsitzender des Planungsausschusses – ich spreche Sie jetzt gleich einmal als Ersten an –, die Absurditäten und Visionen, das vermeintlich Nichtmögliche haben die Baumeister aller Generationen dazu verleitet und auch angespornt, Großartiges zu leisten. Wenn eine Stadt das schafft, dann Düsseldorf, denn sie hat die Kraft für Innovationen und auch dazu, mit den Potenzialen, die sie hat, weiterzukommen. Das ist der Blaugrüne Ring. Der hat nämlich gesagt: Wir trauen dieser Stadt zu, eine Vision zu beschreiben und die auch mit der gesamten Stadtgesellschaft ohne Tabus zu diskutieren, um einfach zu schauen, welche Kraft und Potenziale wir haben – das ist sehr viel – und was wir daraus machen können.

Ich glaube nicht, dass dieser Wettbewerb in einer Absurdität geendet hat, sondern er hat in der Lust geendet, zum einen die Veränderung als etwas Positives anzunehmen und zum anderen aber auch ganz behutsam mit dem umzugehen, was wir haben, um das auch immer wieder für die Menschen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Das finde ganz besonders wichtig und ganz besonders wertvoll.

Wenn Sie sich überlegen, dass wir eine fast sechsstellige Zahl an Klicks, an Äußerungen, an Zuwendungen und an Beteiligungsaspekten hatten, dann hat das die ganze Stadtgesellschaft lustvoll aufgerüttelt. Ich finde es gut, wenn stadtplanerische Prozesse nicht nur durch mögliche Verweigerungen oder Ängste, die damit einhergehen, bestimmt sind, sondern wenn man sich gemeinsam aufmacht und das Schönste an der Stadt, was man auch gemeinsam so sieht, weitentwickeln will. Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, und dieser Wettbewerb verkörpert das. Deswegen sehen Sie auch bei dieser Vorlage zum einen auf etwas reflektiert als

Beschlussfassung, von dem wir denken, dass wir darüber eine große Einigkeit sowohl in der Stadtbevölkerung als auch in der Politik haben. Das sind nämlich die vier Projekte, die wir gern unmittelbar befördern wollen. Sie sehen aber auch, dass wir bei diesem Wettbewerb – anders als bei anderen Wettbewerben – ganz deutlich gesagt haben: Wir wollen nicht ein Büro beauftragen, einen Rahmenplan oder eine Vorgabe zu machen. Wir haben auch nicht gesagt, wir wollen von allem irgendetwas nehmen. Wir haben gesagt, dass so viel Gehalt in den Entwürfen der Preisträger und auch in den Ankäufen ist, dass wir uns vorstellen können, einen modularen Teppich der Vernetzungsmöglichkeiten zu gestalten, wo die Ideen genau auf die Projekte treffen, die vielleicht auch danach schreien. Siehe zum Beispiel der Wettbewerb Harkortstraße, der gerade ausgelobt wird und auf Ideen wartet, die einen ganz wichtigen Baustein in dem südlichen Bereich gestalten. Dort hat man den Blaugrünen Ring gern mit in die Auslobung hineingenommen, weil man gesagt hat, dass genau dieser Vernetzungsgedanke zwischen halböffentlichen und öffentlichen Flächen, zwischen Schwanenspiegel und Rhein ein ganz besonderer Aspekt ist.

Deswegen sollte man nicht auf die symbolisierten Absurditäten reflektieren, sondern auf das, was auch zwischen den Zeilen geschrieben steht, was man uns mitgegeben hat und was wir weiterentwickeln können. Damit werden wir dem gerecht, was Sie eben eingeklagt haben. Wir sind sowohl ganz konkret als auch weiterentwickelnd mit all dem, was sich an Projekten zu Wort meldet. Ich glaube, das ist eine gute Vorgehensweise, dass wir Ihnen nicht abverlangen, auf einen Preisträger zu reflektieren, sondern dass wir uns das gesamte Know-how hereinholen und dass auch die Preisträger, die dort mitarbeiten werden, verpflichtet werden, mit unserer Dynamik mitzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Zuschke. – Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre schön, Frau Zuschke, wenn man mit Kultur eine ganze Stadt lustvoll aufwecken könnte. Das wird uns leider nicht gelingen. Ich habe gesagt: Wir möchten ab September/Oktobre die weiteren Ergebnisse gern beraten. Ich will aber zum jetzigen Zeitpunkt – das steht über der Vorlage – das Wettbewerbsergebnis nicht bestätigen. Das werde ich nicht tun. Der Aufbruch ist schön, alles gut. Wir haben aber auch nicht die gesamte Stadtgesellschaft erreicht. Machen wir uns nichts vor, denn wir haben nur ganz bestimmte Menschen erreicht. Mehr nicht. Das ist jetzt kein Aufbruch, als wenn wir Olympia durchführen würden oder so etwas, sondern das ist in einem ganz bestimmten Rahmen gewesen. Die Ergebnisse sollten wir nehmen. Es war sehr mutig, es war toll, das zu machen. Dagegen spricht überhaupt nichts. Aber ich werde als FDP-Fraktion heute diese Ergebnisse nicht bestätigen, weil ich damit anerkennen würde, was Dr. Fils eben „absurd“ genannt hat, was teilweise darin ist. Das können Sie gern weiterentwickeln. Und für die vier Punkte, die Sie als „zeitnah“ aufgeführt haben, brauche ich keinen Beschluss. Wirklich nicht.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Gut. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich die Vorlage abstimmen lassen. Wer der Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Vertreterin, der Ratspirat. Enthaltungen? – Das sind die CDU-Fraktion und zwei Vertreter von Tierschutz Freie Wähler.

(Ratsherr Maniera [REP]: Ich war dagegen!)

Republikaner war dagegen, der Ratspirat war dagegen, die AfD-Fraktion war dagegen, und die FDP-Fraktion war dagegen. Tierschutz Freie Wähler – soweit noch anwesend – hat sich enthalten, ebenso wie die CDU-Fraktion. Nur, dass wir es richtig im Protokoll haben. Dann hat diese Vorlage dennoch eine Mehrheit und ist damit beschlossen.

46

Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von Ökostrom für alle städtischen Gebäude

RAT/146/2020/1

46.1

Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda

RAT/252/2020

46.2

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP

RAT/241/2020

Oberbürgermeister Geisel: Es gibt noch den Änderungsantrag der Ampel, wenn ich das richtig sehe. Dann müssen wir das morgen machen. Wer hat ihn noch nicht, oder hat ihn jeder zur Kenntnis nehmen können? Der ist heute verteilt worden. – Frau Bellstedt, dann sagen Sie etwas zum Thema Ökostrom für alle städtischen Gebäude.

Ratsfrau Bellstedt (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir freuen uns sehr, dass diese wesentliche Maßnahme zum Klimaschutz nun auf den Weg gebracht werden soll, dass wir entsprechend diese Ausschreibung vorbereiten. Unser Anliegen ist es, hier noch das Thema Photovoltaik etwas prominenter unterzubringen. Wir haben in Düsseldorf dafür ein hohes Potenzial. Wir haben ein Potential von rund 12 Quadratkilometer Dachflächen und möchten – sofern das möglich ist – natürlich immer bei der europaweiten Ausschreibung mit einbeziehen, dieses Potenzial zu heben. Wir haben hier einen Anteil von 3 Prozent, die auch wissenschaftlich realistisch wären, für die Installation neuer Photovoltaik-Anlagen und die Möglichkeit, ein Pacht- oder Contracting-Modell mit der Stadt anzubieten, als Ergänzungsbeziehungweise Änderungsantrag für die Vorlage und bitten um Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe Herrn Simon und Herrn Grenda. Wer darf zuerst? – Wer zuerst am Redepult ist. Sie verlieren Zeit, Herr Simon, aber alles gut, Sicherheit geht vor.

Rats Herr Simon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beraten wir jetzt den Antrag und die Vorlage hier in Gänze, oder machen wir das morgen? Wir hatten eigentlich noch nicht die Gelegenheit, den Änderungsantrag vollständig zu lesen. Wir haben gesagt: Alles, was nachgereicht wird, werden wir morgen beraten. Wenn ihr damit einverstanden seid, können wir das auf morgen verschieben.

Oberbürgermeister Geisel: Was jetzt?

(Rats Herr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Antrag auf Verschiebung!)

Es liegt auch noch der Änderungsantrag von Herrn Grenda vor. Das war auch eine Tischvorlage, glaube ich. – Okay, ich würde sagen, dann kann es sich jeder in aller Ruhe zu Gemüte führen, wir vertagen den Punkt auf morgen. Herr Grenda, dann dürfen Sie morgen dazu etwas sagen.

Rats Herr Grenda (Piraten): Nein, ich möchte jetzt.

Oberbürgermeister Geisel: Nein, Entschuldigung! Wir haben gerade den Punkt verschoben.

Rats Herr Grenda (Piraten): Also bitte, wenn die anderen Parteien dazu reden dürfen, dann will ich das auch, damit die Leute wissen, worum es überhaupt geht.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, ganz ruhig. Wir haben das Thema morgen auf der Tagesordnung. Sie können sich morgen in epischer Breite zu dem Thema auslassen.

Ratsherr Grenda (Piraten): Als ob sich heute Abend jemand den Antrag durchlesen würde.

(Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Natürlich. Deswegen haben wir es doch auf morgen verschoben.

Ratsherr Grenda (Piraten): Nein, weil es hier einen komischen Änderungsantrag für den Öko-Cent gibt.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, wir haben jetzt gesagt, dass das Thema morgen in der gebührender Ausführlichkeit behandelt wird.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Hier werden unterschiedliche Qualitäten angesetzt!)

– Nicht gleich beleidigt sein.

47

Konzept 2035 – Methodik zum Pfad zur Erreichung der Klimaneutralität RAT/197/2020

Oberbürgermeister Geisel: Dazu liegen, glaube ich, keine Änderungsanträge vor. – Herr Blumenrath, dazu wollen Sie etwas sagen?

(Ratsherr Blumenrath [CDU]: Eine Wortmeldung!)

Den Punkt können wir behandeln. Ich glaube, das lag schon lange genug in den Unterlagen. – Herr Blumenrath.

Ratsherr Blumenrath (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg: Wir werden diesem Pfad auch hier weiter zustimmen. Wir haben es in der Kleinen Kommission diskutiert, aber weil es eben weder im Fachausschuss noch hier im Rat groß diskutiert wurde, sind einige Dinge, denke ich, schon sehr wichtig, die wir an dieser Stelle noch einmal erwähnen wollen.

Zum einen geht es um die Tatsache, dass die Sanierungsquote von 1 auf 3 Prozent angehoben werden soll, um die Klimaneutralität in Düsseldorf zu einreichen. Das ist grundsätzlich zunächst eine gute Sache. Allerdings muss man ehrlicherweise sagen: Wenn wir als Politik das beschließen, dann ist es sehr, sehr wichtig, dass in Zukunft auch die Handwerker sehr deutlich mit an diesem Tisch sitzen. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall. Wir haben vor Kurzem schon darüber gesprochen und gesagt, dass wir sie stärker mit einbinden wollen. Aber an dieser Stelle ist noch einmal ganz, ganz wichtig, zu erwähnen, dass alles, was wir in dieser Stadt erreichen wollen, wir nur schaffen, wenn wir es mit allen Beteiligten an einem Tisch machen. Deswegen gilt das nicht nur für die Kleine Kommission Klimahilfe, sondern grundsätzlich in der Frage: Wie gehe ich mit dieser Sache um? Ich muss eben immer alle Beteiligten mit an den Tisch holen.

Dazu gibt es noch eine wichtige Geschichte: Wir haben gesagt, wir wollen 245 Millionen Euro auf 7,4 Millionen Quadratmeter umlegen und sanieren. Das bedeutet, wenn wir diesen Klimapfad gehen, reden wir am Ende über eine höhere Warmmiete von fast 3 Euro pro Quadratmeter. Um das irgendwie sinnvoll leisten zu können, brauchen wir stärkere Fördertöpfe, also müssen wir uns hier als Rat auch in diese Richtung bewegen und die Fördertöpfe als Stadt deutlich erhöhen. Denn das Klimaziel der Bundesregierung ist nicht 2035, sondern erst 2050. Wenn wir sagen, wir wollen es bis

2035 vorziehen, dann müssen wir eben auch ganz stark dafür sorgen, dass wir deutlich mehr Geld in diese Mittel stecken.

Dann kommt hinzu, dass das alles ganz nett ist. Wir können also sehr viel beschließen, aber wir haben faktisch das Problem, dass die meisten Auftragsbücher selbst im Handwerk und auch trotz Corona nach wie vor recht gut gefüllt sind. Das heißt, wir reden eigentlich über eine theoretische Maßnahme und müssen uns zwingend überlegen, wie wir es denn schaffen, Düsseldorf auch für das Handwerk weiter attraktiv zu halten. Dann müssen wir uns darüber unterhalten, ob es sinnvoll ist, dass jeder Handwerker, der nach Düsseldorf hineinfährt oder auch aus dem Norden oder Süden von Düsseldorf kommt, erst einmal in der Umweltspur hängen bleibt. Das heißt, wir haben hier sehr viele Schnittstellen, die wir noch verbessern müssen. Der Weg stimmt, der Weg dahin ist sehr zäh.

Ich will nur eine Bitte an den Oberbürgermeister richten: Wir bekommen in der Kleinen Kommission sehr viele Zahlen – Herr Czerwinski hat es das letzte Mal hier schon ausgeführt –, die nicht zwingend immer stimmen. Wir haben dann gesagt: Wenn schon die Verwaltung mit sehr vielen Leuten an diesem Tau zieht, dann wäre es sehr schön, wenn alle in die gleiche Richtung ziehen würden, damit wir auch möglichst schnell zu einem Ergebnis kommen. Das wäre dann natürlich auch die Aufgabe des Oberbürgermeisters. Insofern ist an der Stelle noch sehr viel zu tun. Wir machen hier jetzt mit, aber es muss noch deutlich mehr passieren, als wir bis hierhin beschlossen haben. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Blumenrath. – Herr Tacer. – Ihm folgt Herr Czerwinski. Herrn Grenda habe ich auch auf der Liste.

Ratsherr Tacer (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blumenrath hat in einem Punkt in der Tat recht: Aus Zeitgründen konnte diese Vorlage nicht mehr im Umweltausschuss beraten werden. Sie war aber Gegenstand in der vergangenen Woche in der Kleinen Kommission Klimahilfe.

Ich möchte an dieser Stelle auch für die SPD-Ratsfraktion erklären, dass diese Vorlage eine sehr, sehr gute und auch wichtige Vorlage ist, weil sie noch einmal bekräftigt, was uns als SPD-Fraktion, aber was auch dem Oberbürgermeister wichtig war, als wir im vergangenen Jahr das Vorziehen des Erreichens der Klimaneutralität 2035 beschlossen haben. Wir haben nämlich immer gesagt: Es geht dabei um konkrete Maßnahmen, die wir dann auch auf den Weg bringen müssen. Dieser Beschluss aus dem letzten Jahr darf kein Symbolbeschluss gewesen sein, um eine Bewegung ruhigzustellen, sondern dieser Beschluss verpflichtet uns, tätig zu werden, und zwar in allen Sektoren.

Wir haben dann als Politik auch recht schnell nach diesem Beschluss weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir haben zusätzliche Fördergelder für die Gebäudesanierung eingestellt. Wir haben zusätzliche Gelder für die Energiesparberatung in einkommensschwachen Haushalten zur Verfügung gestellt. Wir haben gerade die Vorlage zum Ökostrom eingebracht, die wir morgen auch beschließen werden. Wir machen eine Ausbauinitiative für Photovoltaik. All diese Dinge machen wir als Maßnahmen. Die Verkehrswende kommt natürlich noch hinzu. All dies zählt auf Klimaschutz ein. Das muss jetzt auch so weitergehen.

Die Methodik, die hier präsentiert wurde, stellt für die Zukunft für jede einzelne Maßnahme dar, welche CO₂-Einsparungen eine Maßnahme bringt, welche Kosten diese Maßnahme beinhaltet, aber auch, welche Einspareffekte diese Maßnahmen haben. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die zukünftige CO₂-Bepreisung noch eine wichtige Rolle spielen. Diese Methodik nimmt uns dann alle in die Pflicht – uns alle als Fraktionen. Wenn wir sozusagen Maßnahmen auf den Weg bringen wollen, dann muss auch jede Fraktion, die gegen bestimmte Maßnahmen ist, erklären, wie sie denn dann trotzdem das Klimaziel erreichen will.

Ich erkläre das jetzt einmal am Beispiel der Fernwärme: Meine Fraktion ist durchaus der Meinung, dass wir insbesondere bei Neubauvorhaben in den Stadtteilen mit Fernwärmeleitungen auch ein Anschlussgebot brauchen. Diese Methodik wird uns zeigen, welche Einsparpotenziale damit für die Klimaneutralität verbunden sind. Wenn dann eine Fraktion sagt: Nein, ein Fernwärmeanschlussgebot ist keine Lösung – ich erinnere daran, dass die FDP-Fraktion immer sagt, das regelt der Markt. Vor 150 Jahren, als über den Anschluss an die Kanalisation in den Großstädten diskutiert wurde, hat man auch nicht gesagt: „Der Markt regelt das“, sondern da wurden Regulierungen gemacht, um Ziele zu erreichen. Wer gegen solche Maßnahmen ist, der wird in Zukunft beweisen müssen, wie er denn die Klimaneutralität trotzdem erreichen will, sonst verliert er nämlich seine klimapolitische Glaubwürdigkeit. Das ist das Gute an dieser Methodik. Sie zeigt, dass wir den Beschluss zur Klimaneutralität wirklich ernst nehmen. Deswegen danke ich der Verwaltung für die Erstellung dieser Methodik in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft. Deswegen herzlichen Dank an die Verwaltung und uns allen viel Erfolg bei der Umsetzung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Tacer. – Herr Czerwinski. – Ihm folgt Herr Grenda.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, Herr Tacer, wir müssen schauen, dass wir da auch in die Umsetzung kommen. Daher freuen wir uns über die Vorlage zur Methodik, weil das ein überzeugendes Modell ist mit der Merit-Order. Das ist alles gut. Es hat aber elf Monate gedauert von dem Beschluss des Klimanotstands, bis wir jetzt eine Vorlage dazu haben, wie die Methodik sein soll. Da muss eigentlich mehr Tempo rein. Es gibt die Ökostrom-Vorlage, die wir morgen behandeln werden. Auch das ist gut. Für die Vergabe bei der Beleuchtung beziehungsweise beim Beleuchtungsstrom kommt es schon zu spät. Das heißt, da müssen wir im Tempo deutlich zulegen.

Es wäre vielleicht auch gut, wenn wir in Zukunft wie von den anderen Kleinen Kommissionen – U81, Schauspielhaus, Kö-Bogen – auch von der Kleinen Kommission Klima einen Bericht bekommen, dann müssten sich jetzt nicht alle Mitglieder der Kleinen Kommission hier noch einmal zu Wort melden. Das würde vielleicht auch die Sache verbessern.

Herr Blumenrath hat die Frage der Datenverlässlichkeit schon angesprochen. Die beste Methodik nützt nichts, wenn sie mit Daten gefüttert wird, die nicht überzeugen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie auch auf Nachfrage erklären kann, wie die Daten, die sie benutzt, zustande kommen, insbesondere bei dem Punkt Verkehr. Das sind immerhin 27 Prozent, die dort beizutragen sind. Aus dem Bereich Verkehr haben wir bei der Übersicht in der letzten Ratssitzung festgestellt: Der Zeitraum, der angegeben war, war nicht überzeugend. Es wurde nicht erklärt, wieso da soundso viele Tonnen CO2 eingespart werden sollen. Die Kosten waren nicht nachvollziehbar. Das heißt, die Methodik ist null wert, wenn die Daten nicht auch verlässlich sind. Wir erwarten von der Politik, da wir uns darauf verlassen können müssen, dass die Datengrundlage auch gegengecheckt wird und nicht einfach von einem Amt zum anderen weitergereicht wird und dass sie auf Nachfrage auch transparent und nachvollziehbar nicht nur für die Politik, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger bleibt. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Czerwinski hat es eben schon gesagt: Austausch innerhalb der Verwaltung ist in diesem Bereich besonders wichtig. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir das in Zukunft machen. Deswegen finde ich es auch gut, dass es eine Informationsvorlage ist. Ich nenne aber mal ein Beispiel, das durch Zufall so herauskommt: Das Amt 19 von Frau Stulgies hat uns ein tolles Konzept schickt, in dem unter Maßnahme 2.3 die Fernwärme ist, und das Amt 66/3/21, was im anderen Dezernat ist, bekam ein Schreiben von der Geschäftsleitung und der Leitung der Stadtwerke Netzgesellschaft, worin ganz klar steht: Bei Ihren Ideen neben unseren

Verpflichtungen, jeden Kunden anzuschließen, sind wir bestrebt, die Netzentgelte, die jeder Angeschlossene bezahlen muss, niedrig zu halten. Dies geht nur über eine effiziente Netzstruktur mit geringen Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen. Da ist es für uns nicht sinnvoll, vorsorglich ein Netz zu bauen oder zu betreiben, wenn dort kein Bedarf für uns ist.

Es gab 864 Anträge für Fernwärme, die in den letzten zwei Jahren abgelehnt worden sind, weil die Netzgesellschaft keinen Bedarf sieht, denn es war nur ein Mehrfamilienhaus und kein Luxusapartmenthaus oder ein Großabnehmer. So geht es bei dem Konzept, was wir vorhaben, nicht. Ich würde mir, ehrlich gesagt, wünschen, wenn der nächste Rat in Zukunft jede Vorlage, die durch die einzelnen Ausschüsse oder intern verschickt wird, öffentlich macht. Denn es kann nicht sein, dass wir sagen, Fernwärme ist die Zukunft, aber die Leute, die es wollen, nicht angeschlossen werden können.

Wir werden morgen die Diskussion dazu führen, wie viel Strom hier verbraucht wird, was ganz anders zu handeln ist als das, was hier gemacht wird. Deswegen freue ich mich auf die morgige Diskussion, bei der wir uns mal locker über 104 Millionen Kilowatt unterhalten. Da bin ich gespannt, wie das die Verwaltung oder die Kollegen mit ihren Zertifikaten erklären möchten. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Grenda, ein Fernwärmeanschluss für ein einzelnes Haus lohnt sich tatsächlich nicht. Überlegen Sie mal, was Sie da auch an Tiefbauarbeiten haben, um das hinzukriegen. Das können Sie nie und nimmer bezahlen. Aber das nur am Rande.

Ich wollte noch einmal kurz auf das eingehen, was der Kollege Blumenrath bezüglich des Handwerks gesagt hat: Ja, wir brauchen die Vertreterinnen und Vertreter des Handwerks auch zur Umsetzung dieses Konzeptes, um gerade den Sanierungsbedarf hier abbilden zu können. Ich sehe es aber positiv. Sie haben es angemerkt: Im Moment sind die Auftragsbücher voll. Wenn wir diesen Weg gehen und die Sanierung beschleunigen wollen, dann bedeutet das, dass die Auftragsbücher auch die nächsten Jahre gut gefüllt sind. Daher freue ich mich, wenn das Handwerk dabei ist. Das ist auch eine gute Botschaft, die Sie an Ihre Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle auch gern weitergeben können.

Es ist das Thema Finanzierung angesprochen worden. Wir haben uns hier in der Stadt durchaus committet, finanziell unter anderem mit dem Programm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten“ zu unterstützen, das wir auch ausgeweitet und mit zusätzlichem Geld ausgestattet haben. An dieser Stelle ist aber auch noch einmal der Appell an Bund und Land, an die Kolleginnen und Kollegen sämtlicher Fraktionen, die in diesen Parlamenten vertreten sind, wichtig, dafür zu sorgen, dass eben auch weiteres Geld zur Verfügung gestellt wird zur Erreichung der Klimaziele. Wir brauchen dieses Geld, weil wir schnell sein wollen bis 2035. Aber auch diejenigen, die noch am Klimaziel 2050 festhalten, brauchen diese finanzielle Unterstützung. Wir brauchen sie aber schnell.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Holtmann-Schnieder. – Herr Hartnigk hat sich noch gemeldet.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte noch einmal nachfragen, da ich mir nicht sicher bin, ob ich den Kollegen Tacer richtig verstanden habe: Er hat etwas von Anschlusszwang gesagt.

(Ratsherr Tacer [SPD]: Nein, Anschlussgebot!)

Oder Anschlussgebot. Ich habe „Zwang“ verstanden, vielleicht ist „Gebot“ gemeint. Aber auch da wäre meine Frage, ob die Verwaltung der Auffassung ist, dass der in Düsseldorf ansässige

Produzent von Fernwärme überhaupt in der Lage ist, die künftigen Anschlüsse mit Fernwärme dauerhaft und sicher zu versorgen. Ich habe eher den Eindruck, dass man da eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legt, wenn ich auch sehe, wie schnell der Ausbau insgesamt dort vorangeht. Ich weiß nicht, ob die Verwaltung dazu einmal Stellung nehmen könnte.

(Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Geisel: In den erschlossenen Gebieten können die Stadtwerke natürlich jeden versorgen. Natürlich nicht stadtweit – das geht natürlich nicht –, aber es gibt Fernwärme-Verdichtungsgebiete. Reicht das als Antwort? – Ich bin ja auch kein Stadtwerker.

Herr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man merkt, dass der Wahlkampf so langsam beginnt, wenn ich mir jetzt nur die Rede von Herrn Tacer anhöre.

(Zurufe)

– Oder dass der Wahlkampf schon läuft, natürlich.

Ich muss Ihnen aber klipp und klar widersprechen: Die FDP-Fraktion hat sich grundsätzlich nie gegen die Fernwärme ausgesprochen. Es ist natürlich in jedem Stadtteil Fernwärme möglich. Des Weiteren weise ich darauf hin, dass wir natürlich auch in der Kleinen Kommission Klimahilfe vertreten sind. Das, was wir jetzt hier beschließen, ist auch alles mit den Stimmen der FDP-Fraktion durchgegangen. Das nur einmal als ganz klarer Hinweis. Zur Fernwärme muss man natürlich die Frage stellen, ob das überhaupt mit dem Programm, das wir momentan hier beschließen wollen, machbar ist. Das ist eine Frage, die wir stellen müssen. Da stimmt ja etwas mit den Zahlen nicht. Das bitte noch einmal überprüfen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt habe ich keine weiteren Fragen mehr. Nach der langen Diskussion hat, glaube ich, jeder die Vorlage hinreichend zur Kenntnis genommen.

49

Berichterstattung Park+Ride in und um Düsseldorf

OVA/009/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski, Herr Neuenhaus, Herr Hartnigk und Herr Volkenrath.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden der Vorlage zustimmen. Allerdings würden wir darum bitten, den Punkt Unterbacher See herauszunehmen, weil in der Vorlage steht, dass es vor allem für den Punkt drei oder mehr Mitfahrer interessant ist. Das ist jetzt vom Landesverkehrsminister sozusagen beendet worden. Daher ist die Grundlage für diesen Parkplatz hinfällig. Ich würde darum bitten, das herauszunehmen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich probiere es genauso kurz: Wir werden „Berichterstattung Park+Ride in und um Düsseldorf“ ablehnen. Wir haben einmal die Beantragung eines Linienverkehrs nach Personenförderungsgesetz mit Shuttleverkehr vom Messeparkplatz P2 über die Rotterdamer Straße bis zur Heinrich-Heine-Allee.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon raus!)

– Wie bitte?

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon raus!)

– Ich habe alles in der Vorlage noch stehen. Natürlich habe ich im OVA das schon einmal besprochen, deshalb wollte ich es ja auch kurz machen, aber in der Vorlage steht es immer noch drin. Das müsste dort herausgenommen werden.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das Zweite ist bei Punkt 2 die aufgeführten Standorte für Park+Ride, weitergehende Planung und Kostenberechnung. An der Stelle sind wir nicht der Auffassung der Verwaltung. Das sind uns viel zu wenig Park+Ride-Parkplätze. Der Kosten-Nutzen-Faktor für die aufgeführten stimmt für uns nicht überein. Wir möchten wesentlich mehr und größere Park+Ride-Plätze. Deshalb stimmen wir dem nicht zu.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Unterbacher See hätten wir als CDU-Fraktion auch gern herausgenommen. In der Tat hat der sich aus unserer Sicht sowieso erledigt.

Wir sind allerdings auch ein bisschen enttäuscht, weil wir von Anfang an über die Verkehrswende intensiv diskutiert und gesagt haben: Das geht nur mit entsprechenden Begleitmaßnahmen. Wir haben, glaube ich, vor einem Jahr angeregt und gefordert, beispielsweise am Parkplatz Am Südpark eine Mobilitätsstation zu bauen. Es ist bis heute, ehrlich gesagt, außer einer Ankündigung herzlich wenig passiert. So bekommt man die Verkehrswende nicht hin, so bringt man Pendler nicht auf den ÖPNV. Wir müssen an den Stellen, wo tatsächlich die Umsteigebeziehungen ideal sind – Herr Kollege Neuenhaus hat da völlig recht –, einfach schneller, besser und auch größer werden.

Es bringt nichts, wenn wir an einer Stelle wie der Ickerswarder Straße für 80 oder 90 Plätze knapp 1,5 Millionen Euro ausgeben, und das ist dort nur temporär wohlgemerkt, weil wir dort in vier Jahren etwas anderes machen wollen. Ehrlich gesagt, wir haben es ja geahnt. Die CDU-Fraktion hat es vorausgesehen, und es ist genauso eingetreten: Dieser Platz wird null angenommen. Dort stehen drei Autos. Das sind aber keine Pendler, sondern das sind Anwohner, die auf der Ickerswarder Straße keinen Parkplatz finden. Das erkennt man daran, weil die Fahrzeuge nicht etwa an der Haltestelle stehen, sondern ganz hinten an der Wohnbebauung. Ansonsten wird der Platz von Kindern fürs Skaten, für Rollhockey und für alle möglichen andere Dinge genutzt. Das ist wunderbar, aber der Zweck, den er eigentlich erfüllen soll, wird völlig verfehlt.

Herr Oberbürgermeister, ich sage das hier ganz deutlich: Das ist ein Projekt, womit Sie sich sonnen wollten, aber das ist völlig in die Hose gegangen. Ehrlich gesagt, das Geld, das wir dafür ausgeben, hätten wir besser in die Verbesserung von Radwegen in Düsseldorf gesteckt, anstatt dort einen Pseudo-Park+Ride-Parkplatz zu bauen, der nur temporär dort bleibt.

Ich appelliere noch einmal an die Verwaltung und auch an die Verkehrsverwaltung: Machen Sie vernünftige Vorschläge. Schauen Sie sich das an, wo es geht, und geben Sie endlich Gas. Sonst bekommen wir das zusammen hier nicht hin. Gleichwohl werden wir der Vorlage natürlich zustimmen, weil der Grundgedanke der ist, den wir im OVA als CDU-Fraktion mit vertreten haben.
– Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Hartnigk. – Herr Volkenrath.

Ratsherr Volkenrath (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Park+Ride ist in der Tat ein Baustein der Verkehrswende. Er ist nicht ohne Widerspruch. Klar, optimal wäre es natürlich, wenn man auf das Auto gerade im City-Bereich ganz verzichten würde. Das ist jetzt im Prinzip ein Weg, wo man schon von der Struktur her einen gewissen Kompromiss eingeht.

In bestimmten ländlichen Bereichen ist es in der Tat schwierig wegen der mangelnden Infrastruktur. Da ereilen uns wirklich Sünden aus der Vergangenheit, dass dort der ÖPNV, der Schienenverkehr und der SPNV sehr stark vernachlässigt, zum Teil zurückgebaut wurden. Das ist Fakt. Das weist aber auch darauf hin, dass wir diese Park+Ride-Plätze eigentlich möglichst weit draußen brauchen, eigentlich außerhalb von Düsseldorf, eigentlich in der Region. Das heißt, wir brauchen eine gute Kooperation in der Region. Es gab in der Tat mit einigen ehemaligen Oberbürgermeistern – das kann man, glaube ich, sagen – eine schwierige Historie, was atmosphärische Fragen der Kooperation betraf. Ich glaube, an der Stelle haben wir in den letzten sechs Jahren einen deutlichen Fortschritt gemacht.

(Lachen von der CDU)

– Ja, dass Sie da jetzt lächeln, das ist mir klar. Ich empfehle Ihnen aber, lesen Sie mal eine alte „Rheinische Post“ aus dem Niederrhein, wie darin über christdemokratische Oberbürgermeister hergezogen worden ist von christdemokratischen Bürgermeistern in der Region. Da haben wir in der Tat mittlerweile eine andere Qualität. Ich glaube, an der Stelle kann man unserem Oberbürgermeister „Danke“ sagen.

Das Interesse ist aber zum Teil unterschiedlich. Das ist klar. Das heißt, auch die kleineren Gemeinden haben spezifische Interessen, wollen nicht unbedingt ihre Filetgrundstücke für Düsseldorf hergeben. Da müssen wir in der Tat Win-win-Situationen schaffen, und zwar in einer gemeinsamen Verkehrsplanung und in einer gemeinsamen Regionalplanung. Da passiert viel. Kommunikation findet statt. Ich muss wirklich sagen: ein Dank auch an die Fachabteilung der Dezernentin. Es ist unheimlich viel passiert. Die Ergebnisse sind zwar noch nicht – da bin ich auch durchaus der Meinung – so optimal, aber es ist auch einfach schwierig. Vor dem Hintergrund musste man dann den Weg in unsere eigenen Grundstücke gehen, das heißt möglichst an der Stadtgrenze. Dabei ist dann so etwas wie Südpark, wie Messe, wie Gerresheim, Schönenkamp und so weiter herausgekommen. Zur Messe übrigens folgender Hinweis: Wir haben uns dazu im OVA auf die Herangehensweise mit der U78 kapriziert. Die anderen Bereiche fallen dort weg für die Beschlusslage.

Dass der Unterbacher See gestrichen werden soll, sehe ich auch so. Aber da muss man auch mal ein ehrliches Wort sagen. Das heißt, in unserem Konzept des Verkehrsversuchs haben die Fahrgemeinschaften eine wichtige Rolle gespielt. Nun ist die Straßenverkehrsordnung im Bundesrat nicht entsprechend dargestellt worden. Sie hätte aber für diesen Verkehrsversuch erhalten werden können. Da hat allerdings der Landesverkehrsminister nicht mitgespielt – übrigens wie in vielen anderen Bereichen auch nicht. Ich denke da an die A 46 oder an die A 52, wo wir ausdrücklich darum gebeten haben, das auch für Umweltpuren zur Verfügung zu stellen. Wir sind von der Landesregierung gedrängt worden, die Umweltpur zu machen, aber jegliche Hilfe war dann etwas, was man fast als Boykott bezeichnen könnte. Das ist in der Tat eine sehr unschöne Sache. Deshalb brauchen wir auch diesen Umsteigeparkplatz am Unterbacher See nicht. Ich hätte das lieber anders gesehen. Aber so ist der Fakt.

Wichtig ist, wie es auch in der Vorlage steht, die kontinuierliche Weiterarbeit. Das kann nur ein erster Ansatz sein. Daran muss weiter gearbeitet werden. Das wird allerdings schwierig, das ist völlig klar. Ich habe darauf hingewiesen: Kooperation mit der Region. Dass wir darüber hinaus nicht nachlassen dürfen in der Anstrengung für den ÖPNV, Radverkehr und so weiter, das versteht sich von selbst. Das sind alles wesentliche Bausteine der Verkehrswende. Wir stimmen selbstverständlich dafür. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Grenda, Entschuldigung! Ich habe Sie übersehen. Ich habe Sie wirklich nicht gesehen. Sie haben sich auch erst eben gemeldet.

(Zurufe von der CDU)

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, nach sechs Jahren müssten Sie doch wissen, dass ich zu vielen Themen irgendetwas sagen möchte, also einfach mal nach hinten schauen. Aber egal.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe in sechs Jahren die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es mal anders sein könnte.

(Beifall von der SPD)

Ratsherr Grenda (Piraten): Ja, hoffentlich sind es noch weitere sechs Jahre.

(Lachen von der CDU – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Du hast nicht verstanden, wie Kommunalpolitik funktioniert!)

– Ja, ja.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben demnächst wieder fünf Jahre!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, Sie haben das Wort. Es geht um Park+Ride.

Ratsherr Grenda (Piraten): Bei den Wortbeiträgen, die eben hier gefallen sind, merkt man einfach, dass gerade die Etablierten immer noch nicht verstanden haben, was beim öffentlichen Nahverkehr und bei Park+Ride, was schon seit Jahren geplant, aber nie umgesetzt beziehungsweise genutzt wurde, eigentlich das Problem ist. Ich kann das, ehrlich gesagt, nicht verstehen, da in der gesamten Stadtverwaltung alle Daten vorliegen.

Die „Rheinische Post“ hat es vor anderthalb Jahren vorgemacht und gefragt: Wer arbeitet eigentlich wo, und wie komme ich eigentlich dahin? Sie hat einfach mal die Real-Life-Zahlen genommen und gesagt, wo ein Autofahrer tatsächlich losfahren würde und wo er parken würde. Es bringt eben nichts, wenn ich in Gerresheim einsteige und in die Innenstadt fahren muss, obwohl ich eigentlich am Flughafen arbeite. Diesen Aufwand, den ich dann leisten muss, mit zigmaligem Umsteigen, mit Preisstufe B – das funktioniert nicht. Der VRR hat komplett Zugriff auf diese Daten. Also sollten Sie mal analysieren, wo die Leute hinfahren und welche Preismodelle man führen muss. All das wird immer nur diskutiert, aber nie umgesetzt.

Hier in Düsseldorf haben wir noch das Problem der Einpendler, die obendrauf kommen. Auch dazu kann man einfach sagen: Die „Rheinische Post“ hat es vorgemacht, die haben sogar die Daten für ganz NRW ausgewertet. Wenn wir wissen, dass wir eine Einpendlerstadt sind, kann ich nicht nachvollziehen, warum nicht mal anonymisiert diese Daten ausgewertet werden. Das geht heutzutage mit den Rechnern, die im Amt für Statistik vorhanden sind, innerhalb von fünf oder zehn Minuten. Dann sind die kompletten Pläne offen: Dort plane ich einen Park+Ride-Parkplatz, die Leute können umsteigen, die steigen in die richtige Straßenbahn und können das schnell und unkompliziert machen. Das würde ich mir echt von einer Verwaltung wünschen, anstatt immer irgendwelche Ideen einzubringen, wohin etwas muss, wo jeder sagt: Dort komme ich gar nicht hin, so brauche ich länger von dem Parkplatz mit Umsteigen, als wenn ich direkt im Auto sitzen bleibe. Das ist die Realität. Das würde ich mir für die Zukunft wünschen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Grenda. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, wurde darum gebeten, den Punkt 2.5 herauszunehmen, weil dafür die Geschäftsgrundlage entfallen ist, weil das Thema mit den

Fahrgemeinschaften insbesondere auf Umweltspuren – wo immer sie dann sein mögen – nicht erlaubt ist.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Und 4.a. ist entschieden! Dann können 4.b., c. und d. weg!)

– Richtig. Das ist die U78, das finde ich auch sehr vernünftig.

Mit diesen Änderungen darf ich dann die Vorlage zur Abstimmung stellen, also Wegfall von Punkt 2.5, Punkt 2.4 ist allein die Variante a., die Varianten b. bis e. fallen weg. Mit dieser Maßgabe darf ich fragen: Wer der Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die FDP-Fraktion. Ansonsten sehe ich niemanden. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ansonsten mit großer Mehrheit beschlossen.

So, jetzt ist es bereits nach 18 Uhr. Ich schlage vor, wir beenden damit den ersten Teil des öffentlichen Teils der Ratssitzung, die wir morgen fortsetzen.

Ich würde vorschlagen, wir machen fünf Minuten Pause. In der Zeit kann die Öffentlichkeit den Saal verlassen. Anschließend machen wir mit dem nichtöffentlichen Teil weiter.

Ende der öffentlichen Sitzung am 17.06.2020: 18.07 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Ratssitzung

Fortsetzung der öffentlichen Sitzung am 18.06.2020: 12.17 Uhr

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf Sie zur Fortsetzung der 52. Sitzung herzlich begrüßen. Ich glaube, ich spare mir heute die Präliminarien, die ich gestern bereits vorgelesen beziehungsweise erwähnt habe. Ich möchte darauf hinweisen, dass heute Bürgermeister Scheffler, Bürgermeister Conzen und Herr Pfundner nicht teilnehmen können. Folgende Pairing-Vereinbarungen wurden getroffen: Ganztägig pairen Frau Wiechert und Herr Knäpper, Herr Madzirov und Herr Volkenrath, Herr Bürgermeister Conzen und Herr Bürgermeister Scheffler sowie Herr Figge und Frau Wiedbrauk. Bis 13.30 Uhr pairen Herr Wiedon und Herr Raub, bis 14 Uhr Herr Maaßen und Frau Holtmann-Schnieder und ab 18 Uhr Herr Maaßen und Herr Herz sowie Herr Wiedon und Herr Tacer.

Wir haben gestern einiges abgearbeitet, etliches bleibt heute noch zu tun. Die Tagesordnung hatten wir natürlich schon anerkannt. Ich habe von den Verwaltungsvorlagen noch den Tagesordnungspunkt 22 auf der Agenda. Das sind die Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur. Der Änderungsantrag wurde noch nicht verteilt. Ich würde darum bitten, dass wir den Punkt nach hinten schieben. Ich würde vorschlagen, vielleicht nehmen wir den vor TOP 50.

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Der ist schon da!)

– Der ist schon da? Hatte auch jeder Gelegenheit, ihn zu lesen? – Dann können wir uns an die Reihenfolge halten. Zu TOP 22 gibt es einen Änderungsantrag von SPD und Grünen.

(Zuruf: Das ist der mit den 100.000 Euro?)

– Das ist der mit den 100.000, ganz genau.

Ich würde vorschlagen, vielleicht fangen wir trotzdem mit Tagesordnungspunkt 27 an. Frau Gerlach, vielleicht machen wir TOP 22 später. Ich glaube, den hat noch nicht jeder gelesen. Oder hat jeder den Änderungsantrag? Können wir also mit TOP 22 anfangen?

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

22

Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur

KUA/070/2020/1

22.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

RAT/247/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Gerlach.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es kurz zu halten: Es geht uns um die Vielfalt der Kultur in Düsseldorf. Die Verwaltung hat mit der Verwaltungsvorlage schon gehandelt und vorgeschlagen, die Privattheater und natürlich auch unsere städtischen Einrichtungen zu unterstützen, die durch Corona und die Maßnahmen, die daraus gefolgt sind, stark beeinträchtigt werden – eben auch finanziell. Das halten wir auch für absolut wichtig.

Das, was uns fehlt, sind die kleinen Kulturorte, von denen wir in der Stadt leider gar nicht mehr so viele haben, aber dennoch sind noch einige da. Bei diesen Kulturorten trifft genau das Gleiche ein wie bei den großen, aber wir können, glaube ich, mit einem relativ geringen Mittelaufwand relativ viel erreichen und relativ viele Kulturorte erhalten. Die Verwaltung hat dankenswerterweise schon den Beschluss, den die Ampel im Kulturausschuss gefasst hat, in die Verwaltungsvorlage eingearbeitet. Wir schlagen heute noch eine weitere Änderung dazu vor, weil das Geld ja noch fehlte, um das finanzieren zu können, und zwar möchten wir gern zur Deckung die nicht genutzten Mittel aus dem Beschluss „Integration Kreativräume und kultureller Raumbedarf in der Stadtplanung am Tag und in der Nacht“ nutzen. Das tut uns zwar im Herzen weh, weil wir wichtig finden, dass es diese Studie geben soll, aber wenn wir nachher nichts mehr haben, worüber diese Studie gemacht werden kann, dann ist, glaube ich, auch keinem geholfen. Insofern finden wir es wichtiger, die Mittel jetzt zur direkten Unterstützung einzusetzen.

Noch ganz kurz, aber auch sehr wichtig ist, glaube ich, Folgendes: Wir werden keine Sitzung mehr vor der Sommerpause haben. Auch eine Sondersitzung ist nicht mehr möglich. Die Mittel müssen aber schnell verteilt werden. Wir möchten gern, dass die Kulturverwaltung das eigenhändig machen kann und dass wir aber auf jeden Fall darüber informiert werden, wie die Kulturverwaltung das als Politik vorhat.

Letzter Punkt: Die Verwaltung hat mich noch einmal darauf hingewiesen, dass es schön wäre, wenn auch ein Festbetragszuschuss möglich wäre, der an die kleinen Kulturorte vergeben werden kann. Insofern würde ich hier zu Protokoll geben, dass es gut wäre, wenn wir das auch noch mit hineinnehmen könnten, weil es dann einfach in der Abrechnung leichter wird.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe Herrn Münter auf der Redeliste. Ihm folgen Herr Neuenhaus, Herr Grenda und Frau Mohrs.

Ratsherr Münter (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben die Vorlage der Kulturverwaltung, die zunächst einmal Mittel in Höhe von 630.000 Euro vorsieht, und den Antrag der Ampel, der eine Aufstockung um 120.000 Euro auf 750.000 Euro vorsieht. Zunächst einmal ist es so, dass wir als CDU-Fraktion die Initiative insgesamt sehr positiv bewerten. Wir hoffen natürlich sehr, dass die Zurverfügungstellung der Mittel für die meisten Kulturtreibenden noch rechtzeitig kommt, denn das ist eine Frage, die jetzt in der Tat sehr stark im Schwange ist. Viele mussten aufgeben, und das empfinden wir als Kulturpolitiker, glaube ich, parteiübergreifend als ausgesprochen bitter und schade.

Die Frage, die wir allerdings in dem Zusammenhang gern an die Verwaltung noch stellen wollen, ist zur Mittelherkunft, insbesondere zu diesen 100.000 Euro, die – wie Frau Gerlach das eben schon erläutert hat – aus einem anderen Dezernat kommen, ob diese Übertragung ohne weiteres möglich ist, also auch im Sinne der Kämmerin, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt machbar ist. Das wäre meine Bitte, dass uns das die Kulturverwaltung oder die Mittel abgebende Stelle hier noch einmal erklärt.

Dann habe ich noch eine weitere Frage. Ich habe zwar die Anlage beziehungsweise die unter c) neu aufgeführten Punkte der Beschlussvorlage der Kulturverwaltung gelesen, wichtig wäre mir oder uns als CDU-Fraktion die Frage, ob beispielsweise auch das Theater Takelgarn unter diese Bedingungen fällt, das heißt im Sinne des Antrags anspruchsberechtigt wäre. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Ich weiß nicht, wer dazu etwas sagen will. Ich glaube beide, Herr Lohe und Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ganz kurz nur zu dem Thema Haushaltsmittel: Es sind die 100.000 Euro, die zur Verfügung gestellt worden sind, für das Thema Nachtkultur. Wir werden im Stadtplanungsamt die Verifizierung der Aufgabenstellung mit den Protagonisten in Telefonkonferenz machen. Das können wir aus eigener Kraft machen. Die 100.000 Euro sind noch nicht gebunden in dem Auftrag, der damit dann ausgelöst worden wäre. Insofern sind sie übertragbar. Das hat Frau Schneider als Stadtkämmerin eben auch bestätigt.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe.

Beigeordneter Lohe: Vielen Dank, Cornelia Zuschke, dafür. – Dann kann ich nur noch bestätigen, dass das Theater Takelgarn natürlich auch über Buchstabe c) förderfähig ist. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe jetzt Herrn Neuenhaus auf der Redeliste.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen das selbstverständlich auch. Wir waren nur erst abstimmungsfähig, nachdem es gedruckt worden ist, und sind damit gern Antragsteller.

Vielen Dank, Frau Gerlach, es war eine gute Idee, dass wir dafür eine Finanzierung gefunden haben. Die Verwaltung hat bestätigt, dass wir das so machen können. Es ist ein Stück mehr Gerechtigkeit, was wir damit auf den Weg bringen. Mit kleinem Geld kann man an der Stelle extrem viel tun. Deshalb freue ich mich, dass das heute geklappt hat.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda. – Ihm folgt Frau Mohrs.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir erst einmal danke, dass es das Programm gibt. Es hat einige Tage gedauert.

Ich habe nur eine Frage an die Fachverwaltung. Jeder hat es gelesen: 1 Milliarde Euro für den Neustart der Kultur. Das wurde gerade ganz frisch beschlossen, ganz viele Programme, die auch für unsere Kultureinrichtungen zuständig sind, die auch beantragen können. Frage: Um welchen Betrag reduziert sich dann der Bedarf? Oder haben Sie jetzt den Antrag für alle Kultureinrichtungen gestellt? Sie haben ja schon alle Zahlen vorliegen und stellen dann zentral beim Bund den Antrag für Düsseldorf. In den Vorlagen steht nicht, dass es nachher mit den neuen Bundesmitteln verrechnet werden darf, sondern nur mit den alten, die aber bisher noch gar nicht geflossen sind. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe.

Beigeordneter Lohe: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Grenda, in der Vorlage ist explizit erwähnt, dass die städtischen Mittel subsidiär sind. Das heißt, dass zunächst Bundesmittel und Landesmittel in Anspruch genommen werden können und müssen. Das wird dann entsprechend verrechnet.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Mohrs.

Ratsfrau Mohrs (SPD): Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten seinerzeit im Kulturausschuss die Verwaltung beauftragt, uns bis zur Ratssitzung eine Vorlage zu erstellen, in der die Punkte, die sie inhaltlich für gestern eingearbeitet hat, vorkommen. Leider war diese Vorlage finanziell nicht unterfüttert. Das ist sehr bedauerlich.

Ich finde es auch sehr gut, dass wir als Politik jetzt das Geld gefunden haben und so den Institutionen und Einrichtungen helfen können. Aber eigentlich wäre es besser gewesen, die Verwaltung hätte von sich aus – sie weiß ja auch, wo die Haushaltsmittel noch sind, vermute ich mal – für uns die Arbeit gemacht, aber so mussten wir das noch machen. Trotzdem gute Sache.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schlage vor, wir stimmen zunächst den Änderungsantrag ab und dann den Grundantrag, also die Grundvorlage.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen von der AfD. Enthaltungen? – Das ist der Republikaner. Bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit angenommen.

Dann noch die Ausgangsvorlage: Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit so beschlossen.

27

Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen – Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze zur Deckung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz

HFA/016/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Elsholz und dann Herr Tussing.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen den Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von Kita-Baumaßnahmen und der damit verbundenen Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen. Ganz klar. Zugegeben, einen Grundsatzbeschluss mit diesem Volumen so kurzfristig zu beschließen, ist sicherlich nicht gewöhnlich, aber hier notwendig, damit die Planungen direkt jetzt beginnen können, und das müssen sie auch.

Grundsätzlich – das haben wir in den letzten Monaten verstärkt erfahren – sind Betreuungsplätze nicht nur für Kinder gut und wichtig, sondern sie leisten auch einen enormen Anteil bei einem selbstbestimmten, ökonomisch nicht von anderen abhängig sein müssenden Leben von Frauen, und damit tragen sie grundsätzlich zur Gleichberechtigung insgesamt bei. Darüber hinaus braucht es aber auch noch eine andere Facette von „zukunftsicher“. Es wird niemanden überraschen, dass ich hier ökologische Aspekte meine, sprich, dazu gehört ein sommerlicher Hitzeschutz für drinnen und draußen, der unbedingt mitgeplant werden muss. Dazu gehören Photovoltaik-Anlagen auf allen geeigneten Dächern sowie gesunde und nachhaltige Baumaterialien und Bauweisen; hier das Stichwort einmal an die Verwaltung: „Cradle to Cradle“.

Ich freue mich auf die Umsetzung der Baumaßnahmen und bitte darum, die von mir genannten Punkte mit einzuplanen und bei nicht möglicher Umsetzung in den Planungsunterlagen ausführlich zu begründen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Tussing. – Ihm folgt Frau Bednarski.

Ratsherr Tussing (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt die Überraschung nicht vorwegnehmen, aber ich tue es trotzdem: Grundsätzlich gibt es keine zwei Meinungen dazu, dass wir noch mehr Kita-Plätze gut gebrauchen können. Da sind wir völlig d'accord, das sehe ich genauso wie die Kollegin Elsholz; es gehört zwischenzeitlich dazu. Ich finde auch die Anregung, Hitzeschutz zu bedenken, sehr gut und richtig. Wir hatten dazu vor etwa einem Jahr einen Antrag eingebracht. Damit sind wir im Jugendhilfeausschuss allerdings abgeblitzt und etwas ausgelacht worden.

(Ratsfrau Elsholz [Bündnis 90/Die Grünen] macht eine verneinende Geste.)

– Ja, doch, da ging es nachher um Wortklaubereien: Ist das jetzt Klimaanpassung oder Klimaschutz?

Aber grundsätzlich freuen wir uns, dass wir in die gleiche Richtung denken.

Kollegin Elsholz hat es schon gesagt: 46 Millionen Euro am Tag der Sitzung, am späten Vormittag, fanden wir auch ein bisschen sportlich. Deshalb wollten wir auch noch einmal in Ruhe in die Vorlage hineinschauen. Grundsätzlich sind wir durchaus angetan. Wir sehen, es werden Kita-Plätze geschaffen, die sind wichtig. Wir sehen, es werden vor Ort Kita-Plätze geschaffen, auf viele Stadtbezirke verteilt, bis auf Stadtbezirk 5 und 10. Da müsste man schauen, ob man dort nicht in der zweiten Runde noch einmal etwas machen kann beziehungsweise ob man dort in den Randgebieten mithelfen kann. Vor Ort ist wichtig, man geht in die Fläche. Das Jugendamt geht in die Fläche, schafft dort ein Angebot. Es werden Bestandsgebäude der Stadt saniert; das ist auch wichtig. Insofern: Wir sind dabei.

Zur Begutachtung der Vorlage: Ich meine, wenn ich mir die Beschreibung anschau, dass es dort auch durchaus das eine oder andere Ausbaupotenzial gibt oder die Bausubstanz durchaus sanierungsbedürftig ist, das ist ja nicht erst seit gestern Vormittag so. Ich kann mir vorstellen, das geht auch schon etwas länger zurück. Da hätte ich mir gewünscht, wenn wir im Fachausschuss die Gelegenheit gehabt hätten, das zu besprechen. Dass wir darüber sprechen, dass es jetzt einen Paradigmenwechsel bei der Stadt gibt, die sich lange zurückgehalten hat, selbst wieder weiter im Bereich Kita auszubauen, stattdessen das an die freien Träger gegeben hat und die beim Ausbau unterstützt hat, darüber waren wir uns auch immer einig. Jetzt steigt die Stadt wieder selbst ein. Wahrscheinlich wären wir am Ende des Tages genau zu dem Ergebnis gekommen, dass es richtig ist, das zu tun. Aber im Gespräch mit allen Beteiligten aus dem Bereich der Jugendhilfe wäre das sicherlich auch eine Frage des Miteinanders gewesen.

Wir hätten uns auch gefreut, wenn wir die Gelegenheit gehabt hätten, darüber zu diskutieren, ob das wirklich die sinnvollste Lösung ist, über IPM und IDR zu bauen oder nicht doch auszuschreiben und Dritte mit hereinzuholen, um einen gewissen Wettbewerb auch mit den städtischen Töchtern nach vorn zu bringen. Möglicherweise hätten Sie uns auch da überzeugt; das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber man hätte zumindest die Gelegenheit haben können, darüber zu sprechen.

Man hätte vielleicht auch schauen müssen, ob es weitere Alternativen oder zusätzliches Potenzial gibt, ob man von hier nach da verschiebt. All diese Gelegenheiten hatten wir nicht. Am Ende können wir aber feststellen: Ja, Kita-Ausbau ist wichtig, mehr Plätze sind wichtig. Sie werden dort ausgebaut, wo sie gebraucht werden, wo zum Teil die Betreuungsquote noch nicht so ist, wie sie sein sollte. Alles Weitere hat Paula Elsholz gerade sehr schön dargestellt. Das ist eine gesamtgesellschaftliche und wichtige Aufgabe. Wir würden uns wünschen, wenn wir beim nächsten Mal mit einer solch großen Vorlage, mit so viel Geld nicht kurz vor der Sitzung überrascht werden,

sondern wenn man das in einem partizipativeren Verfahren nach den üblichen Gegebenheiten gemacht hätte. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Bednarski. – Ihr folgt Herr Auler.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch für uns kam diese Vorlage jetzt kurzfristig. Nichtsdestotrotz ist uns allen seit Langem bekannt, dass diese Kita-Plätze nicht nur wichtig sind, sondern auch notwendig. Das heißt, es ist wirklich unumgänglich, dass wir auch heute und nicht irgendwann später diese Maßnahmen beschließen. Sie sind nach dem Modell der erfolgreichen schulorganisatorischen Maßnahmen jetzt dargestellt, und wir erhoffen uns daraus natürlich – ich gehe einmal davon aus, das kommt auch so –, dass die Umsetzung deswegen auch schneller sein wird.

30 Gruppen mehr in der schnellen Umsetzung – davon können alle Eltern der Stadt profitieren, die Kinder in dem Alter haben. Herr Tussing hat es, glaube ich, gerade angesprochen: Es fehlen die Stadtbezirke 5 und 10. Zu Ihrer Beruhigung: Im Stadtbezirk 5 gibt es schon eine Bauvoranfrage, die auch schon die Bezirksvertretung durchlaufen hat. Auch dort wird eine größere Kindertageseinrichtung beziehungsweise ein Familienzentrum entstehen, wo sogar noch Azubi-Wohnen geplant ist. Also: Zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, auch der Stadtbezirk 5 wird dann eine neue Kita erhalten. Deswegen: Stimmen Sie alle zu. Etwas Besseres kann uns nicht passieren, als möglichst schnell viele weitere Kita-Plätze zu erhalten.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Auler.

(Ratsherr Auler [CDU]: Das hat sich erledigt!)

Das hat sich erledigt, gut. Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich stelle die Vorlage zur Abstimmung. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es einstimmig so beschlossen.

33

Beschlusskontrolle des Rates

RAT/210/2020

Oberbürgermeister Geisel: Das ist eine Informationsvorlage. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass die Vorlage in der Form, wie sie von der Verwaltung vorgelegt wurde, zur Kenntnis genommen wurde.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38. – Moment, ich höre, dazu gäbe es einen Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP, der im Moment noch in der Druckerei ist, wenn ich es recht sehe, also vielmehr im Kopierer. Wollen wir den Punkt zurückstellen?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Dann machen wir zunächst den Tagesordnungspunkt 43.

43

Ergebnis zum Wettbewerb „Das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz

KUA/095/2020

63.24

Antrag der Ratsfraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Planung auf Basis des Wettbewerbsergebnisses „Das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz“

RAT/225/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wir hatten uns darauf verständigt, TOP 43 gemeinsam mit dem Antrag unter TOP 63.24 zu behandeln. – Herr Blanchard, Sie eröffnen den Reigen.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema „Reeser Platz“ ist viel zu ernst, als dass man hier jetzt einen öffentlichen Disput daraus machen sollte. Ich gestehe eindeutig allen Beteiligten einen ernsthaften Umgang mit diesem Thema zu. Es soll hier nicht zu irgendwelchen – wehe sogar – wahlkampfähnlichen Dingen kommen.

Wenn ich beim Umgang mit diesem Thema in die Historie zurückgehe, erinnere ich mich an meinen alten Genossen Frank Werkmeister von der Bezirksvertretung. Wir kennen ihn noch gut; er war auch in der Bezirksvertretung. Er hat zusammen mit der Bezirksvertretung schon vor vielen Jahren immer wieder versucht, dieses Thema nach vorn zu bringen und vor allem eine Änderung zu finden. Wenn ich mich jetzt an ihn erinnere, würde er diesem mit dem ersten Preis besetzten Vorschlag nicht zustimmen können.

Ich will ganz klar sagen: Der Ideenwettbewerb ist ohne Zweifel völlig wettbewerbskonform durchgeführt worden. Dabei ist es durchaus normal, dass auch in der Jury unterschiedliche Auffassungen von der Gestaltung des Platzes bestanden. Ich möchte jetzt aus Zeitgründen nicht weiter auf die uns allen bekannten verschiedenen Auffassungen eingehen. Für uns kann ich aber ganz klar sagen: Der erstplatzierte Entwurf vermag eine Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht auszuräumen. Ja, er ermöglicht eventuell sogar einen Missbrauch durch rechte Nachfolgeparteien.

Die von den Ampelparteien vorgeschlagene Gedenktafel ist begrüßenswert, vermag aber auch unsere gerade geäußerten Bedenken gegen den Entwurf nicht auszuräumen. Deswegen können wir dem Antrag der Ampelparteien nicht zustimmen. Ich nenne mal die „Rheinische Post“, zitiere sie nicht, aber was ich darin gelesen habe – Sie werden gleich dazu Stellung nehmen. Wir appellieren aber an Sie, diesen Antrag zurückzuziehen. Der internationale Ruf Düsseldorfs als Stadt der Kunst ist gefährdet. Wir müssen einfach einen neuen Anlauf nehmen. Den Willen aller habe ich gerade zugestanden, und wenn wir uns dann neu zusammensetzen – vielleicht auch unter Einbeziehung der Bevölkerung –, habe ich die Hoffnung, dass sich diesbezüglich noch etwas Gutes entwickeln kann. – Danke schön.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Dr. Fils.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Zunächst einmal Respekt vor allen Künstlern, die sich an dem Wettbewerb beteiligt und Ideen eingebracht haben. Es waren sehr unterschiedliche Ideen, und das macht es eigentlich auch so interessant, sich weiter damit zu beschäftigen. Es war Aufgabe der Jury, als Hilfestellung für die politischen Gremien zu sagen, was ihr Favorit ist. Dieser Favorit ist bekannt: mit der großen halben Brücke, dem schwebenden Teil über dem Monument. Das ist philosophisch und künstlerisch auch zu begründen, warum man eine solche Lösung vorschlägt. Wir haben aber alle mitbekommen, wenn man weiter darüber nachdenkt, was damit passieren kann, welche Bedeutung es hat und – in Klammern – welchen Aufwand es inklusive Kosten bedeutet. Dann muss man die Frage stellen: Ist es das Richtige?

Die Künstlerschaft hat sogar inzwischen die Frage gestellt: Ist es überhaupt richtig, mit einem Antidenkmal zu arbeiten? Denn das ist eigentlich in Europa bisher noch nicht so richtig gelungen. Selbst der durchaus extrem kritische „Nazi-Uminterpretierer“ Hrdlicka, also der Kommunist Hrdlicka, um es ganz deutlich zu sagen, der als Künstler eine große Bedeutung hat und tolle Kunstwerke geschaffen hat, selbst sein Anti-Nazidenkmal hat nicht das erreicht, was sich diejenigen vorgestellt haben, dass man ein Nazidenkmal eben infrage stellen oder relativieren kann. Es ist eine ganz, ganz schwere Aufgabe.

Ob es wirklich notwendig ist, mehr zu machen als eine Tafel, darüber müssen wir auch noch einmal diskutieren. Wir sollten diesen Weg, der jetzt vorgeschlagen ist, gehen, dass wir eben die Entwürfe und mehrere Entwürfe, die es gibt und sehr Unterschiedliches formulieren, noch einmal als Politik durchgehen und dann sagen, was für die Stadtgesellschaft das Beste, auch für die Stadtgestaltung das Beste und für die Kultur das Beste ist, um dann eben zu einem überzeugenden Ergebnis zu kommen – sei es, dass es nur eine Tafel gibt, sei es, dass das Gitter entfernt wird und insofern das Denkmal entkernt wird, sei es, dass es einen Grabhügel gibt oder auch die Brücke noch einmal diskutiert wird.

Ganz klar darf ich für die CDU-Fraktion sagen: Wenn heute die Abstimmung nur über dieses eine Projekt gewesen wäre, hätten wir Nein gesagt, aber auf diesem Weg gehen wir gern mit, dass eben noch einmal alles diskutiert wird – auch mit der Bürgerschaft – und eben der Respekt nicht nur vor den Künstlern gilt, die sich an diesem Wettbewerb beteiligt haben, sondern auch vor den international anerkannten Künstlern aus Düsseldorf und sogar aus der südlichen Nachbarstadt, die gesagt haben: Bitte, bitte, liebe Leute, stoppt das erst einmal, setzt das nicht so um. Diesen Weg gehen wir von der CDU-Fraktion mit.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Maniera.

Ratsherr Maniera (REP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich lässt sich über Geschmack immer trefflich streiten. Nur, wenn man sich das einmal ansieht: In den letzten Monaten wurde in Düsseldorf über neue Denkmäler, über alte Denkmäler diskutiert. Da werden Denkmäler geschaffen, wo man sich dann die Frage stellt: Befinde ich mich noch in Deutschland oder in irgendeinem sozialistischen Land mit hochgestreckten Fäusten? Das ist irgendwo alles nicht mehr zeitgemäß. Bei der Darstellung muss man sich auch immer die Frage stellen: Wie sehen es die Menschen draußen und nicht die gut informierten Politiker hier drin? Die Außenwirkung ist zum Beispiel bei dem einen Modell, das wir alle kennen, äußerst fragwürdig. Da kann man dann interpretieren: Gut, Düsseldorf liegt am Rhein, wir mögen Brücken – natürlich. Auf der anderen Seite stellt man sich auch einfach die Frage: Waren noch Beton und Stahl übrig? Für mich ist dieses Modell einfach nichtssagend.

Zugegebenermaßen muss man – auch wenn es nicht jedem gefällt – den Zeitgeist berücksichtigen. Damals dachte man anders als heute. Es ist auch gut und richtig so, dass wir heute anders denken, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir hier vorgestellt bekommen haben, ist schlicht und ergreifend zu teuer und wird deshalb auch von mir abgelehnt.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht mir bei dem Beitrag für die FDP-Fraktion jetzt überhaupt nicht um die künstlerische Leistung, aber dieses Denkmal hat eine politische Aussage, von der wir als Ampelfraktionen gesagt haben: Das wollen wir so nicht stehen lassen.

Die Diskussion, die jetzt entstanden ist, hat wirklich, Herr Dr. Fils – völlig unabhängig von dem, was sich die Künstler des ersten Preises gedacht haben –, das Politische nicht erfüllt, sondern das

Gegenteil. Da wird es jetzt wirklich schwierig. Wenn wir etwas erklären wollen, wenn wir sagen, wir nehmen so ein Denkmal nicht weg, sondern lassen dieses Denkmal als Mahnmal stehen, um darauf hinzuweisen, wie früher gedacht wurde und was passieren kann, dann muss das als solches, was wir da machen, auch erkannt werden. Sonst kann das nicht funktionieren.

Wenn ich mir die Erstunterzeichner unter dem Aufruf ansehe: Wenn diese wirklich gut informierten Menschen an der Stelle Probleme haben, dann ist vom Politischen, also vom Erklärerischen – das, was wir da wollen – der erste Preis nicht mehr zu diskutieren. Das mag schade sein, aber wir sagen: Leute, wenn das die Reaktion von diesen Menschen darauf ist, dann kann ich nicht ernsthaft darüber weiter diskutieren – so schön der Entwurf auch ist.

Wir machen deshalb etwas relativ Seltenes: Wir stellen einen Änderungsantrag zum eigenen Antrag, auf dem wir stehen, und würden Sie bitten, Herr Oberbürgermeister – weil es der Weitestgehende ist –, darüber so abzustimmen, dass man unsere Änderungen abstimmen kann, zum Schluss aber der Gesamtantrag der Ampel dann wieder – egal, ob geändert oder nicht – zum Beschluss steht. Wir wollen natürlich an der Stelle weiterkommen, aber wir machen hier ganz deutlich: Schauen Sie sich den dritten Vorschlag an. Das ist das Labyrinth/Irrgarten. Wenn man das zum Beispiel – darüber habe ich mit dem Kollegen Montanus diskutiert; wir diskutieren ja gerade alle frei – mit Hecken machen würde, wäre das etwas sehr Entscheidendes, wie man zum Beispiel an dieses Denkmal herankommt oder nicht. Ein Labyrinth muss man nicht mit Steinen machen. Wir haben da eigene Entwürfe.

Wir würden jetzt zu dem Antrag der Ampel als FDP-Fraktion folgenden Änderungsvorschlag machen: in der zweiten Zeile „2. bis 4. Preis“. Zudem im letzten Satz: Gleichzeitig beauftragt der Rat die Stadtverwaltung, die Realisierbarkeit der prämierten Entwürfe 2 bis 4 zu prüfen.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben einen anderen Antrag!)

– Gut, aber vom Grundsatz.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Vom Grundsatz ist es klar!)

– Vom Grundsatz ist es klar.

Die Verwaltung sucht noch, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Geisel: Habe ich Sie richtig verstanden: Sie wollen, dass der Siegerentwurf nicht mehr Gegenstand der Diskussion sein darf?

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Genau, ja.

Oberbürgermeister Geisel: Bemerkenswert. – Frau Gerlach.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich eigentlich Herrn Fils und auch Nicky Blanchard anschließen. Ich möchte daran erinnern, dass sehr viele Beteiligte ausgehend von der Bezirksvertretung 1 gesagt haben: Wir wollen nicht, dass dieses kriegsverherrlichende Denkmal auf dem Reeser Platz, so lange es da schon steht, weiterhin dort so steht, sondern wir möchten diese Situation verändern. Wir haben auch in der Bezirksvertretung sehr lange darum gerungen, und ich sehe es schon so, dass das auch alle gemeinsam gemacht haben. Die Bezirksvertretung 1 war da sehr aktiv mit ihren Orten der Erinnerung, zu überlegen: Wie kann man eine so schwierige und komplexe Aufgabenstellung, auf dem Reeser Platz etwas zu verändern, aufsetzen? Glücklicherweise hat dann die Bezirksvertretung 1 den Antrag an die Kunstkommission gerichtet, sich damit zu beschäftigen, die zu dem Zeitpunkt gerade erst eingerichtet wurde.

Ich muss einmal sagen – das möchte ich auch hier sehr deutlich öffentlich sagen –, dass ohne die Kunstkommission, die besonders in der Kritik steht, diese Aufgabenstellung überhaupt nicht möglich gemacht hätte werden können, weil es zum damaligen Zeitpunkt überhaupt kein Gremium in der Stadt gab, was diese Aufgabenstellung hätte bewältigen können. Insofern gilt mein Dank auch denen, die sich in diesem Wettbewerbsverfahren mit diesen sehr unterschiedlichen und auch sehr komplexen Entwürfen beworben haben. 67 Einreichungen waren es übrigens. Es ist also ein sehr erfolgreicher, offener Wettbewerb gewesen. Aber der Dank gilt eben auch der Kunstkommission, die sich wahnsinnig viel Mühe gemacht hat, dieses Themas Herr zu werden. Man sieht auch an der jetzigen Diskussion, die sozusagen auch in der Öffentlichkeit tob, dass es komplex ist.

Ich möchte dazu sagen: Wir wollten immer diese Diskussion. Es ist nicht so, dass man der Diskussion aus dem Weg gehen wollte. Die Kunstkommission hat wahnsinnig viel Öffentlichkeitsarbeit in diesem Wettbewerb geleistet. Sie hat auch einen zweitägigen Workshop mit den Anwohnerinnen und Anwohnern durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen, waren auch Teil der Jury. Sie wurden als Sachverständige auf diesem Gebiet mit einbezogen. Es ist wahnsinnig viel über diesen Wettbewerb berichtet worden. Ich glaube, selten hat man sich so sehr darum bemüht, Öffentlichkeit herzustellen, wie in diesem Wettbewerb. Ich finde, das ist tatsächlich auch sehr gelungen.

Die Diskussionen – ich durfte im ersten Teil dabei sein, im zweiten Teil bin ich vertreten worden – dazu, welche Sieger man kürt, waren wahnsinnig schwer. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass es sehr knappe Entscheidungen gewesen sind. Das liegt, glaube ich, schon an der Komplexität dieses Themas, wobei kaum Städte – da hat Herr Dr. Fils recht – jemals so etwas gut bewältigt haben. Da kann man sich natürlich jetzt fragen: Ist die Herangehensweise die richtige? – Ich glaube, es ist das einzig Richtige, diesen Weg einzuschlagen. Dann müssen wir schauen, wie weit wir auf diesem Weg kommen.

Noch einmal ganz kurz zu der Fragestellung, wie Hamburg das gelöst hat, weil auch dazu in der Öffentlichkeit sehr viel Kritik gekommen ist: Diejenigen, die den Wettbewerb ausgerichtet haben, hätten anscheinend keine Ahnung davon, wie das in Hamburg gelaufen ist. – Das stimmt definitiv nicht. Ich habe selten einen Wettbewerb gesehen, bei dem so viel Hintergrundwissen aufbereitet und weitergegeben worden ist. Sehr wohl war Hamburg immer ein mahnendes Beispiel. Das Denkmal, das in Hamburg steht, ist dem unseren hier sehr ähnlich. Es heißt „76er-Denkmal“, unseres heißt „39er-Denkmal“. Es ist ebenfalls aus Muschelkalk, und auch da streben die Soldaten nach oben. Hamburg hat dazu einen Wettbewerb ausgerichtet und hat dann nach Kritik aus der Öffentlichkeit diesen Wettbewerb abrupt beendet, um einem Juror – wie eben schon gesagt worden ist –, einem sehr bekannten Künstler, die Möglichkeit zu geben, ohne Wettbewerbsverfahren seinen Entwurf zu realisieren. Über diesen Entwurf hat man sich dann aber auch, weil er teurer geworden ist als geplant, so sehr in die Haare bekommen, dass von diesem Entwurf nur die Hälfte realisiert worden ist.

Wenn man sich das Denkmal am Dammtor – ich habe mir die Mühe gemacht, mir das anzusehen – anschaut, stellt man fest, das ist wirklich misslungen und überhaupt nicht das, was man sich dort vorstellen könnte. Damit hat sich die Kunstkommission sehr ausführlich auseinandergesetzt. Ich finde, es lohnt aber, das noch einmal hier wiederzugeben, weil das genau der Weg ist, den ich hier nicht beschreiten möchte.

Wir haben ein wirklich richtig gutes Wettbewerbsverfahren mit vielen tollen Einreichungen gemacht. Wir haben vier Preise vergeben und eine Anerkennung. Ich meine, dass all diese jetzt in die Öffentlichkeitsbeteiligung hineingehen müssen – gerade bei einem solch komplexen Verfahren. Es wäre schöner gewesen, man hätte direkt etwas umsetzen können. Das ist, glaube ich, nicht möglich. Das zeigt diese Diskussion, die draußen geführt wird. Deswegen hatte aber auch die Kunstkommission von Anfang an gesagt, sie will keinen Realisierungswettbewerb, sondern einen Ideenwettbewerb machen. Deswegen haben wir auch ohne Probleme jetzt die Chance, die

Ergebnisse, die dabei herausgekommen sind, zu nehmen und – wie das in der Stadtplanung üblich ist – ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, wo Bürgerinnen und Bürger angehört werden, wo sie ihre Ideen mit hineingeben können, wo wir nachher eine Vielzahl von Rückmeldungen haben, und zwar nicht nur aus einer Richtung, sondern vielleicht auch aus unterschiedlichen Richtungen, und dann gemeinsam überlegen können: Okay, wie können wir damit weiter umgehen? Möchten wir hier etwas realisieren? Ist Kunst das Richtige dafür, oder muss es vielleicht doch anders sein?

Ich bin immer noch davon überzeugt, dass die Kunst das Richtige ist, weil sie ins Herz geht und deswegen eine andere Komponente auf diesen Platz bringen kann. Aber ich lasse mich auch belehren, wenn bei einer Öffentlichkeitsbeteiligung etwas anderes herauskommt.

Mein letzter Punkt ist: Ich möchte noch einmal auf die FDP-Fraktion eingehen. Ich werde dagegen stimmen, den ersten Platz herauszunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Es ist ein komplexer Entwurf, der sicherlich auch missdeutet werden kann. Das liegt in der Kunst selbst begründet, weil Kunst nicht immer eindeutig ist und eben Raum für Interpretationen liefert. Das ist sicherlich auch das Schwierige bei einer Gestaltung des Reeser Platzes mit Kunst. Darüber wird auch in der Künstler*innenschaft diskutiert – zu Recht, das kann man machen. Ich finde aber, wir haben als Stadt diesen Wettbewerb ausgelobt und haben deswegen auch eine Verantwortung für diesen Wettbewerb. Wir haben meines Erachtens auch eine Verantwortung für die Künstlerinnen und Künstler, die sich an diesem Wettbewerb beteiligt haben. Ich finde, es ist ein völlig falsches Signal, wegen dieser Diskussion draußen den Künstlerinnen und Künstlern von ULTRASTUDIO nicht die Chance zu geben, ihren Entwurf draußen auch noch einmal verteidigen zu können, was sie sich selbst darunter vorgestellt haben, und da in eine richtige Diskussion zu gehen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde das, ehrlich gesagt, verantwortungslos, diese Nummer eins herauszunehmen. Ich finde, wir werden damit unserer Aufgabe als Stadt und Politik nicht gerecht. Deswegen bin ich froh, dass unser Antrag hier vorliegt, der mit allen Entwürfen in eine Öffentlichkeitsbeteiligung gehen will. Natürlich wünsche ich mir, dass wir den Weg weitergehen und später auch etwas realisiert wird, was auch immer es dann genau sein wird. Aber ich möchte gern, dass dieser Platz nicht so bleibt, wie er jetzt die ganze Zeit geblieben ist, und dafür haben wir hier den Grundstein gelegt.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Münter. – Ihm folgt Herr Knäpper.

Ratsherr Münter (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt gerade gehört, dass wir ein gutes Wettbewerbsverfahren gesehen haben. Ich als Mitglied der Kunstkommission, der die zweifelhafte Freude hatte, auch an der Jury und an diesem Wettbewerb intensiv über viele quälende Stunden teilzunehmen, muss sagen, dass das unterschiedlich beurteilt werden kann.

Wenn ich auch die Rückmeldungen aus dem Gremium höre und bewerte, muss ich sagen, dass ich erhebliche Zweifel daran habe, dass die Kunstkommission in der Art und Weise, wie sie gestaltet war und ist, das richtige Instrument ist, um über solche Themen zu entscheiden. Das ist eine Frage, die hier heute, meine ich, intensiv mal erörtert werden sollte. Wir sehen jetzt innerhalb von einem halben Jahr die zweite Entscheidung der Kunstkommission, die sozusagen durch den Rat kassiert wird. Da müssen wir uns doch fragen, ob es strukturelle Fragen gibt, die dahinterstehen: Bringt es etwas, die Kunstkommission mit solch bewegenden und bedeutenden Themen an der Stelle zu belasten?

Die Kunstkommission hat in einigen Teilen aus meiner Sicht sehr vernünftig gearbeitet, aber an diesen Fällen sieht man, dass die Kunstkommission dazu nicht in der Lage ist. Ich muss jetzt einmal betrachten: Wie werden sich denn die Kollegen in der Kunstkommission, insbesondere die

Künstler, fühlen, wenn sie jetzt durch die Politik ein zweites Mal gebremst werden? Ich kann nur sagen: Nachdem wir die erste Diskussion mit dem Einheitsmahnmal hatten, gab es Kollegen in der Kunstkommission, die aufgegeben haben, die ihr Mandat zurückgegeben haben. Ich denke, es wird wieder zu Frustrationen kommen in diesem Bereich. Nun muss auch die Frage an die Ampel gestellt werden, ob dieses System der Kunstkommission, das nun einmal eine Erfindung der Ampel ist, an der Stelle wirklich ordentlich funktioniert. Ich muss Ihnen sagen, dass vom Ende her gedacht, wenn ich jetzt sehe, welches Ergebnis wir haben, ich eher den Eindruck habe, dass für die Kunst- und Kulturstadt Düsseldorf Porzellan zerschlagen, aber wenig gerettet wurde. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Knäpper. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Knäpper (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst eine formale Frage: Wir diskutieren hier schon über einen Änderungsantrag, der uns noch gar nicht schriftlich vorliegt.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Was?)

Zumindest uns nicht.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich wollte ihn gerade vorlesen!)

– Du wolltest ihn gleich vorlesen?

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

Wunderbar, dann kommt er gleich offiziell.

Herr Münter, ich glaube, wir haben genau den richtigen Weg beschritten. Wir haben nämlich in Düsseldorf ein Problem, wo sich jahrzehntelang nichts getan hat. Das Problem ist das 39er-Denkmal auf dem Reeser Platz. Die Bezirksvertretung 1 hat genau das Richtige gemacht. Sie hat sich nämlich an die Kunstkommission gewandt und hat gesagt: Wir suchen jetzt gemeinsam eine Lösung. Daraus ist ein Wettbewerb entstanden – darauf hat Frau Gerlach eben schon ausführlich hingewiesen –, der eine Vielzahl von Ideen gebracht hat. Von Ideen! Die Kunstkommission hat ganz bewusst gesagt: Wir machen keinen Realisierungsvorschlag, sondern wir bewerten Ideen.

Die Ideen wurden in der Kunstkommission sehr kontrovers diskutiert, und die Entscheidungen sind äußerst knapp ausgefallen. Die Kunstkommission hat aber keinen Realisierungsvorschlag gemacht. Deswegen haben Sie auch nur eine Informationsvorlage vorliegen, in der beschrieben wird, welche Ideen mit welchen Ergebnissen dort vorgestellt und entschieden worden sind. Die Verantwortung der Politik bleibt immer, und das weiß die Kunstkommission.

Es ist unsere Verantwortung, zu entscheiden, was tatsächlich realisiert wird. Aber ich bin dankbar, dass wir eine Vielzahl von Ideen haben. Es sind nicht alle gut; das ist völlig klar. Es sind Ideen dabei, die sich nicht realisieren lassen. Es sind Ideen dabei, die – selbst wenn sie eine äußerst knappe Mehrheit in der Kommission gefunden haben – möglicherweise nicht zur Lösung des Problems beitragen, sondern so empfunden werden, als würden sie das Problem nur vergrößern. Aber genau dieser Eindruck, dass bestimmte Lösungen möglicherweise nicht zur Lösung oder zur Verbesserung beitragen, sondern das Problem noch verschlimmern, ist für mich Teil des Problems. Deswegen kann ich solche Ideen nicht einfach unter den Tisch kehren, sondern ich muss auch solche Ideen diskutieren, um wirklich das Problem in aller Breite anzugehen. Deswegen würde ich wirklich darum bitten: Lassen Sie uns alles mit der Bevölkerung diskutieren, und dann werden wir als Politik entscheiden. Diese Aufgabe nimmt uns keine Kommission weg.

(Beifall von der SPD und vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Herr Tussing.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens vielen Dank, dass wir so ernsthaft darüber diskutieren.

Zweitens. Die Kunstkommission will ich überhaupt nicht infrage stellen, sonst hätten wir die Diskussion überhaupt nicht und wären überhaupt nicht weiter.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wenn Sie sich dort quälen, müssen Sie überlegen, ob Sie dort richtig sind. Das ist wohl wahr, aber ansonsten machen die eine Arbeit, die ich fantastisch finde.

Drittens. Frau Gerlach, ich gebe Ihnen recht bis zu Ihren letzten fünf Sätzen. Bei einem Nazidenkmal kann ich nichts Zweideutiges zulassen und will ich nichts Zweideutiges zulassen, sondern nur Eindeutiges diskutieren.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Tussing. – Ihm folgt Frau Gerlach.

Ratsherr Tussing (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will mich in die Methodendebatte der Kulturexperten gar nicht einmischen, um Gottes willen. Ich komme gerade aus der Schule – völlig anderer Kontext.

Ich habe nur gerade zwei Sachen aufgeschnappt. Die Leute dort draußen sind nicht so gut informiert, wie vielleicht der eine oder andere Politiker hier. Hier ist aber sicherlich auch nicht jeder gleich informiert – diejenigen, die sich nur am Rande mit Kultur beschäftigen, sicherlich anders als die Kulturexperten hier im Hause. Also nicht jeder hat das ganze Spektrum im Blick.

Dann habe ich gerade gehört, dass dieses Denkmal natürlich auch dem Zeitgeist geschuldet ist, und an dieser Stelle hatte ich doch noch einmal das dringende Bedürfnis, aus meiner persönlichen Sichtweise darauf hinzuweisen: Ja, es ist dem Zeitgeist geschuldet. Es ist einem Zeitgeist geschuldet, der aus Führerstaat, Volksgemeinschaft, Lebensraum, eliminatorischen Antisemitismus bestand. Wenn wir davon ausgehen, dass draußen vielleicht nicht alle so gut informiert sind, dann finde ich es gut und richtig, dass wir hier nicht darüber diskutieren, ob wir es kontextualisieren, sondern wie wir es kontextualisieren.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

So, wie es im Moment mit dieser kleinen Tafel, die danebensteht, gemacht wird, ist es nicht ausreichend. Die schafft es nicht, die steht in keinem Verhältnis zu dem, was dieses Denkmal dort mitbringt. Insofern verfolge ich gespannt die Diskussion und bin auf das Ergebnis gespannt. Ich persönlich bin aber der Meinung, dass es gut und richtig ist, dass wir diese Sache hier angehen, wobei ich nicht möchte, dass es weggeräumt wird. Denn es ist ein Zeitzeugnis, und über Zeitzeugnisse muss man auch reden. Sie müssen sozusagen auch als nervendes Denkmal erhalten bleiben, aber sie können nicht ohne Kontext stehen, erst recht nicht, wenn sie aus einem solch historischen Kontext kommen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Tussing. – Jetzt kommt Frau Gerlach. Ihr folgt Herr Blanchard.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich nur noch einmal gemeldet, damit ich den Antrag vorlesen kann, weil es hier offensichtlich Verwirrungen gibt.

Ich möchte aber zuvor noch einmal zu Herrn Münter sagen: Ich verstehe nicht, Herr Münter, warum wir das mit der Kunstkommission jetzt hier nicht weiterführen. Wir haben einen Ideenwettbewerb gemacht, wir haben Ergebnisse aus dem Ideenwettbewerb bekommen, und jetzt beauftragen wir – das werde ich gleich noch einmal vorlesen – die Stadtverwaltung, mit diesen Ideen in die Öffentlichkeit zu gehen und sie weiter zu diskutieren. Ich finde, das passt alles zusammen. Ich sehe nicht, wo dort das Problem ist. Dass diskutiert wird und dass man auch mal Gegenwind bekommt, ist okay, aber wir als Rat der Stadt stellen uns damit ja hinter den Wettbewerb und hinter die Ideen, die diskutiert werden sollen, und möchten das weiter fortführen.

Die antragstellenden Fraktionen – die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen – stellen folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, zu den Wettbewerbsergebnissen (1. bis 4. Preis sowie Anerkennungen) in Zusammenarbeit mit der Kunstkommission eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen für das zweite Halbjahr 2020 und/oder das erste Halbjahr 2021 zu planen. Dabei sind unterschiedliche Formate und Kommunikationswege – digital und analog – vorzusehen.“

Das ist der Änderungsantrag.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ich lege vor allem noch einmal Wert darauf, was Frau Gerlach zu diesem ersten Preis gesagt hat. Ich bin ganz genauso der Auffassung, dass dieser unbedingt Bestandteil bleiben muss. Das gehört zur Freiheit der Kunst und auch zur Legitimation der Künstler, die das entworfen haben. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass ich den allen eine Ernsthaftigkeit zugestehe, und die ist in diesem ersten Preis auch vorhanden. Darauf wollte ich wirklich noch einmal hinweisen, dass das Bestandteil sein muss.

Zum Hinweis eben zur Kunstkommission, dass sie überlastet wäre oder so: Es wurde gerade noch einmal vorgelesen. Da steht nicht nur, dass sich die Kunstkommission beteiligen soll, sondern die gesamte Bevölkerung. Und zur gesamten Bevölkerung gehören wiederum auch Künstler. Alle, die sich dafür interessieren, können sich beteiligen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Nur noch einmal, was die Vorlagen beziehungsweise Antragsituation angeht: Wir haben eine Informationsvorlage. Diese machen wir nicht zum Gegenstand von Abstimmungen. Aus der lebhaften Debatte entnehme ich, dass Sie die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen haben.

Jetzt gibt es den Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das ist die Ersetzung.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsfrau Elsholz [Bündnis 90/Die Grünen] nicken.)

Der ersetzt den ursprünglichen Antrag, so verstehe ich das.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Der Antrag sieht vor, dass „zu den Wettbewerbsergebnissen [...] in Zusammenarbeit mit der Kunstkommission eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen“ geplant wird und so weiter.

Der FDP-Antrag sieht vor, dass wir das tun, dabei aber den Siegerentwurf unberücksichtigt lassen. Habe ich das richtig verstanden?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Der Antrag liegt mir jetzt nicht schriftlich vor, aber der ist, glaube ich, hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

Ich schlage vor, wir stimmen zunächst über den weitergehenden Antrag der FDP-Fraktion ab und anschließend über den Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der den ursprünglichen Ampelantrag ersetzt. Ist das in Ihrem Sinne? – Dann darf ich den FDP-Antrag, den Änderungsantrag zu diesem Antrag, zur Abstimmung stellen, dieses Ganze zu tun ohne Berücksichtigung des Siegerentwurfs. Wer dies tun möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die CDU enthält sich, die FDP ist dafür. Es war natürlich dann die Mehrheit, die diesen Änderungsantrag abgelehnt hat.

Jetzt stelle ich den Ersetzungsantrag für den Ausgangsantrag zur Abstimmung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme des Republikaners. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir jetzt – ich hoffe, dass die entsprechenden Änderungsanträge verteilt worden sind – zum ursprünglichen Tagesordnungspunkt 38.

(Ratsfrau Leibauer [SPD] meldet sich zu Wort.)

Frau Leibauer. – Ihr folgt Herr Warnecke.

(Ratsfrau Leibauer [SPD]: Ich möchte Sitzungsunterbrechung beantragen!)

– Ach so, Entschuldigung! Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Ratsfrau Leibauer (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Uns ist jetzt gerade noch ein Änderungsantrag auf den Tisch geflattert. Wir hatten kaum Gelegenheit, ihn zu lesen, geschweige denn in der Fraktion zu besprechen. Deshalb würde ich um eine Sitzungsunterbrechung bitten.

Oberbürgermeister Geisel: Wie lange brauchen Sie? Viertelstunde?

(Ratsfrau Leibauer [SPD]: Ja!)

Okay. Dann treffen wir uns um 13.32 Uhr wieder, aber bitte pünktlich.

(Unterbrechung von 13.17 Uhr bis 13.39 Uhr)

Oberbürgermeister Geisel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie bitte wieder Platz nehmen wollen.

38

Evaluierungsergebnis zum Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt, Weiterentwicklung der Quotierungsregelung und weiteres Vorgehen

APS/037/2020

38.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/239/2020

38.2

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

RAT/253/2020

38.3

Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

RAT/256/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe Herrn Warnecke bereits auf der Liste, dann Herrn Lukaschewski und Herrn Herz. – Herr Warnecke.

Ratsherr Warnecke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern eigentlich schon den zweiten Teil dieser Vorlage beschlossen. Da ging es um den Wohnungsbestand. Als Vorsitzender des Wohnungsausschusses darf ich mich noch einmal für die Entscheidung bedanken, dass das mit so großer Mehrheit bearbeitet wurde.

Jetzt sind wir eigentlich im Teil B der Vorlage. Da geht es im Hinblick auf die Evaluierung des Handlungskonzepts Wohnen um Anpassungsvorschläge der Verwaltung. Die Verwaltung hat einige Sachen erkannt, die auf jeden Fall geändert werden sollten, und sie uns zur Diskussion gestellt. Es geht aus Sicht der Verwaltung zum einen darum, hier Sonderregeln für Wohnhäuser anzupassen, sodass auch dort das Feld für die Möglichkeit, preisreguliertes Wohnen zu schaffen, erweitert wird. Es gibt den Hinweis, dass auch die Bindungsfrist des preisgedämpften Wohnungsbaus verlängert werden soll. Hier hat die Verwaltung 25 Jahre angesetzt, und hat von zehn Jahren einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht.

Darüber hinaus geht es um den erkannten Fehler der reinen Orientierung an dem Baukostenindex im preisgedämpften Wohnungsbau. Das hat bekanntlich – das wird, glaube ich, von allen hier im Hause auch so gesehen – dazu geführt, dass der festgesetzte Preis für das preisgedämpfte Mieten mittlerweile in Richtung 11 Euro geht und so im Sinne des Erfinders eigentlich nicht akzeptabel ist. Darüber hinaus gibt es die Diskussion, die wir auch schon vor einigen Monaten hatten, den preisgedämpften Verkaufspreis anzupassen, weil sowohl von den Investoren als auch von der Verwaltung durchaus immer wieder gesagt wurde, es wäre sinnvoll, hier höher zu gehen. Aus den verschiedensten Lagern gab es immer Kritik daran beziehungsweise Überlegungen, wie man damit umgehen soll.

Wir hatten Ihnen gestern schon einen ursprünglichen Änderungsantrag meiner Fraktion vorgelegt. Der lag den Ampelpartnern schon einige Tage vorher vor, als wir in den Ausschüssen mit dem Konzept konfrontiert wurden. Wir konnten mit den Vorschlägen – das verdeutlicht noch einmal das, was wir Grüne für wichtig halten – die Bereiche Sonderregelung für Hochhäuser anpassen – das wollten wir so mitgehen – und Bindungsfrist für preisgedämpftes Wohnen auf 25 Jahre erhöhen; das hätten wir auch so in der Form als deutliches Zeichen unterstützt. Darüber hinaus haben wir bei der preisregulierten Quote deutlich gemacht, dass das eigentlich erhöht werden müsste. Wir hatten den Vorschlag in unserer ursprünglichen Fassung gemacht, insgesamt auf 60 Prozent zu erhöhen.

Darüber hinaus auch die Korrektur der Indexierung: Da ist die Verwaltung hingegangen und hat gesagt, es wäre ganz gut, wenn wir analog zu dieser Deckelung, wie wir sie im konkreten öffentlich geförderten Wohnraum haben, eine Begrenzung von jährlich 1,5 Prozent einführen. Da meinen wir aber, dass zusätzlich mit dem Einstiegspreis nicht nur mit einer zusätzlichen Bremse ein weiterer Bremsklotz eingeführt wird, sondern wir zunächst einmal mit dem Rückwärtsgang zurückgehen. Wir hatten in unserer Vorlage ursprünglich 9 Euro vorgeschlagen.

Darüber hinaus sollte man natürlich, wenn man schon überlegt und diese Hinweise der Verwaltung ernst nimmt, im Hinblick auf die Preisgestaltung der preisgedämpften Eigentumbildung eigentlich auch eher den Blick auf die Zielrichtung setzen. Zielgruppen sind hier Einkommenshaushalte, die nicht so viel Geld haben. Die sollten eigentlich in den Fokus kommen, sodass wir hier in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen hatten, dass man sich entsprechend auf diese Haushalte und Personen bezieht. Das würde auch dazu führen, dass die Verwaltung zunächst konkret prüft, ob die Haushalte sich das eigentlich wirtschaftlich leisten können. Denn nur die Haushalte, die auch fähig wären, hier entsprechend nach den städtischen Eigentumsförderungsrichtlinien Darlehen zu bekommen, wäre die Zielgruppe, die gefördert werden soll, in diesem Bereich ein Einkommen hat und die, wie sich das letztlich auch durch eine verwaltungstechnische Überlegung herausstellen würde, sich das dann auch leisten können wird. Das war für uns ein wichtiger Gedanke.

Wir haben der Presse entnommen, dass unsere Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie am liebsten die Vorlage heute überhaupt nicht beschlossen hätten. Wir haben selbst in der Verwaltungsvorlage schon leichte Entwicklungen in die richtige Richtung gesehen, die zu einer Verbesserung führen würden, und haben das eigentlich noch einmal toppen wollen. Ich war sehr enttäuscht –

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

– von Ihrem letzten Satz in der Presseerklärung. Sie haben gesagt, dass es im jetzigen Stadtrat wohl keine Mehrheit geben wird und Sie es daher dem neuen Rat überlassen wollen, hier die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts Wohnen durchzuführen und sich damit auseinanderzusetzen. Ich finde, das ist eigentlich Politikverweigerung. Man wird auch das, was man absolut haben möchte, nicht durchsetzen können. Demokratie ist doch kein Absolutismus. Daher bin ich eigentlich froh darüber, dass wir jetzt doch so auf der letzten Spur vor dieser Ratssitzung plötzlich Diskussionen hatten.

In diesem Sinne haben wir uns – das liegt Ihnen jetzt als Tischvorlage vor – gemeinsam mit der CDU und der FDP und deren Vorschlägen – die Kollegen der CDU hatten auch eine ursprüngliche Vorlage gemacht, die gestern vorlag; das werden sie sicherlich gleich noch einmal erläutern – überlegt, ob man das nicht irgendwie zusammenführen kann. Es ist eben in der Demokratie so, dass man seine Vorschläge einbringt, dass man sie diskutiert, dass man abwägt und dass man dann im Einzelfall vielleicht auch einen Schritt zurückgeht und bei dem anderen etwas zugibt. Ich habe den Eindruck: Das Ergebnis, das Ihnen jetzt hier vorliegt, ist eine erhebliche Erweiterung dessen, was wir eigentlich wollen, nämlich bezahlbares Wohnen schaffen. In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie durch Ihre Sitzungsunterbrechung, liebe Kollegen der SPD, vielleicht hierzu auch noch einen Input geben, um gemeinsam – ähnlich wie gestern – doch noch zu einer breiteren Mehrheit zu kommen. Das, was wir gemeinsam leisten können, sollten wir tun – auch in diesem Rat. Wir sind gewählt bis September plus X, wir haben noch eine Ratssitzung, und in diesem Sinne erhoffe ich mir, dass hier die Demokratie lebt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Lukaschewski. – Ihm folgen Herr Herz und Herr Blanchard.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als ich die Tagesordnung gesehen habe, auf der „Evaluierung Handlungskonzept Wohnen“ stand, habe ich mich gefragt, ob es Sinn macht, drei Monate vor der Kommunalwahl eine Evaluierung zu beraten. Denn jedem muss eigentlich bewusst sein: Das, was wir heute beschließen, hat ein Verfallsdatum, den 31.12., um es einmal so direkt zu sagen. Denn nach den Kommunalwahlen wird der neue Rat beziehungsweise die neue Koalition neu verhandeln, beraten und beschließen. Ich habe trotzdem gesagt: Ja, es macht Sinn. Wir können die eigene Position darstellen – denken Sie an unseren gestrigen Änderungsantrag –, zudem können wir auch signalisieren, wo wir kompromissbereit sind, wenn man überhaupt einen Kompromiss sucht.

Im Vorfeld haben wir deutlich Folgendes gemacht: Teil A und Teil C, also I. und III., stimmen wir zu. Den Teil B beziehungsweise II. lehnen wir in der von der Verwaltung vorgelegten Form ab. Teil B ist die Weiterentwicklung und die Quotierungsregelung. Hier haben wir gänzlich andere Vorstellungen als die Verwaltung. Wir wollen den preisgedämpften Wohnungsbau stärken, wir sind aber der Meinung, dass der Verwaltungsvorschlag ihn schwächt.

Nehmen wir den Punkt 7.1 der Synopse. Das ist auf Seite 30 von dem dicken Heftchen dort. Dort geht es um Hochhäuser mit mehr als sieben Etagen als Solitär. Dem Vorschlag, preisgedämpften Wohnungsbau von 20 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen, sind wir gern gefolgt. Aber die Öffnungsklausel „öffentlicher Wohnungsbau als Alternative zum preisgedämpften“ lehnen wir ab, denn das ist im Grunde genommen der Tod des preisgedämpften Wohnungsbaus. Denn jeder Investor weiß, dass er bei 40 Prozent preisgedämpften Wohnungsbau und 60 Prozent frei finanzierten quasi die nicht gedeckten Herstellungskosten auf die anderen Wohnungen, die frei finanzierten, umlegen muss. Dagegen bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau – nehmen wir die Standardwohnung mit 75 Quadratmetern –, da bekommt er über 150.000 Euro Förderung pro Wohnung und einen Tilgungsverzicht von 25 Prozent. Warum sollte er dieses Angebot nicht annehmen? Daher haben wir gesagt: Öffnungsklausel nein, die tragen wir nicht mit.

Dass die Bindungsfrist von zehn Jahren zu gering ist, darüber waren wir uns einig. 25 Jahre war uns zu lang. Wir selbst hätten 15 Jahre genommen, aber im Kompromiss sind wir jetzt auf 20 Jahre gegangen.

Zur Indexierung war uns eines wichtig: Stärkung des preisgedämpften Wohnungsbaus. Es gibt keine Landesförderung – weder damals bei Rot-Grün noch jetzt bei Schwarz-Gelb. So wollen wir dann hier genauso wie bei den anderen Förderprogrammen ein städtisches Programm ergänzen und mit auf den Weg bringen. Bisher tragen, wie gesagt, die nicht durch die Miete gedeckten Herstellungskosten die Mieter im frei finanzierten Wohnungsbau durch Quersubventionierung. Das zu dem Wichtigsten in Punkt 2.

Unser Änderungsantrag liegt allen vor. Ich will nicht tiefer dort hineingehen; Sie haben ihn alle gelesen. Aber eine kurze Bemerkung zu 7.4, dem Verkaufspreis für preisgedämpften Wohnungsbau: So sehr wir uns freuen, dass er ein solch großes Thema einnimmt, Frau Zuschke, meine Damen und Herren von der Verwaltung, aber wer selbst sagt, dass im öffentlich gefördertem Wohnungsbau – das ist kein Luxus – jeder Quadratmeter Wohnfläche 4.500 Euro kostet, muss bei einem Vorschlag von 3.500 Euro auch sagen, wie er ihn errechnet. An der Stelle erwarten wir von Ihnen, dass Sie noch nacharbeiten und sagen: Entweder ändern wir das Förderprogramm oder aber wir bringen als Stadt Düsseldorf Grundstücke ein oder weitere Lösungen, die wir heute noch gar nicht kennen.

Das, was mir im gestrigen Antrag von den Grünen aufgefallen ist: Eigentumswohnungen. Keiner von Ihnen spricht über Eigenheime. Wir haben immer deutlich gemacht: Für uns gehören Eigenheime für junge Familien genauso dazu wie Eigentumswohnungen.

(Beifall von der CDU)

Dass sich nicht jede junge Familie ein Eigenheim leisten kann und in der Übergangszeit vielleicht erst einmal mit einer Wohnung beginnt, ist vollkommen normal und ist seit Jahrzehnten so. Wir möchten aber genauso gut auch im preisgedämpften Wohnungsbau weiter Eigenheime bauen oder fördern. Wenn der Betrag 3.500 Euro das Ergebnis ist, weil die jetzigen Querberechnungen als Belastungsgrenze für Familien im Förderprogramm nicht ausreichen, dann müssen wir neue Wege suchen, meinetwegen verbilligt Grundstücke abgeben, über Erbpacht Grundstücke abgeben oder – ich sage das mal so als Stichwort – unser Förderprogramm entsprechend ergänzen.

Den Rest haben wir eigentlich gestern schon abgearbeitet, als es um die soziale Erhaltungssatzung ging. Das, was mir immer auffällt, auch bei Punkt C, den wir gerade diskutiert haben, ist, dass immer beispielhaft die Milieuschutzsatzung kommt: Darin stünde viel mehr. Das Beispiel Milieuschutzsatzung ist richtig, aber auch Brachflächen, Kataster, aktive Liegenschaftspolitik – genau das wollen wir haben.

Ich danke Ihnen und bitte um Unterstützung für den gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen.
– Danke.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Lukaschewski. – Herr Herz. – Ihm folgt Herr Blanchard.

Ratsherr Herz (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Lukaschewski, ich bin jetzt etwas verwirrt, weil das, was Sie gesagt haben, nicht so ganz damit übereinstimmt. Ich habe es aber richtig verstanden: Es gibt einen gemeinsamen Antrag von FDP, Grüne und CDU, der auch bestehen bleibt?

(Ratsfrau Penack-Bielor [CDU] nickt.)

Das ist ja schon einmal gut. Dann wissen wir das schon einmal.

Lieber Uwe Warnecke, uns Politikverweigerung vorzuwerfen, das ist dann schon der ganz große Hammer, der hier herausgeholt wird. Wir haben – das ist allgemein bekannt – mit dem Handlungskonzept Wohnen, insbesondere mit dem Instrument preisgedämpfter Wohnungsbau, von Anfang an systemisch unsere Probleme gehabt. Die bleiben auch bestehen. Deshalb können wir auch bestimmten Vorschlägen, die die Verwaltung gemacht hat, heute so nicht zustimmen, weil wir auch andere Vorstellungen entwickelt haben. Das hat überhaupt nichts mit – wie hast du das ausgedrückt? – Absolutismus zu tun und auch nicht damit, dass wir Kompromisse finden müssten. Ja, wir müssen Kompromisse finden, dennoch müssen diese auch etwas den Menschen bringen.

Wir sind davon überzeugt, dass das – so, wie es hier heute vorgelegt worden ist – nicht das bringt, was wir uns für den Wohnungsbau und für die Menschen in Düsseldorf und für diejenigen, die preiswerten Wohnraum in Düsseldorf suchen, vorstellen.

Deshalb haben wir von Anfang an gesagt, was ich auch richtig finde: Wir können im neuen Rat probieren – denn bis gestern war auch nicht deutlich, ob es hier überhaupt Mehrheiten für irgendetwas gibt –, hier neu zu verhandeln und neue Bedingungen auszuhandeln und insbesondere an dieses Segment preisgedämpfter Wohnungsbau heranzugehen. Wenn wir heute hier etwas beschließen, dann hat das erst einmal eine ziemlich lange Bindungs- und Wirkungskraft, die dann auch Auswirkungen auf den Markt hat. Wenn wir dann im neuen Rat gleich schon wieder etwas ändern, ist das für alle Beteiligten nicht sinnvoll und richtig. Deshalb haben wir gesagt: Nein, so wollen wir diesen Weg erst einmal nicht mitgehen.

Nun gab es diese überraschende Einigung zwischen CDU, FDP und Grüne auf ihren Änderungsantrag. Darin stehen in der Tat manche Punkte, wo wir sagen: Ja, das könnte man machen. Wir haben insbesondere zur Sonderregelung für Wohnhochhäuser – ich muss aber gleich noch einmal nachfragen, wie das gemeint ist – gesagt, dass das ein guter Vorschlag der Verwaltung ist. Jetzt steht hier in Ihrem Änderungsantrag:

„In der Sonderregelung für Wohnhochhäuser wird die Option, jede öffentlich geförderte Wohneinheit in doppelter Zahl [...] in Abzug zu bringen, gestrichen.“

Das heißt, Sie wollen den Verwaltungsvorschlag –

(Ratsherr Lukaschewski [CDU]: Ablehnen!)

– ablehnen und das wieder herausstreichen. Gut, dass wir das wissen. Danke schön.

(Zuruf von der CDU)

– Das steht dort, dass dieser Absatz gestrichen wird.

(Ratsherr Raub [SPD]: Die Frage ist: Gibt es öffentlichen?)

– Ja, gibt es öffentlichen.

Es geht ja darum, ob Sie öffentlich geförderten Wohnraum in Hochhäusern verhindern wollen. Das erscheint uns so. Das finden wir nicht richtig, denn wir sagen: Jawohl, auch in Wohnhochhäusern kann bis zu einem bestimmten Grad öffentlich geförderter Wohnraum entstehen. Das finden wir gut, und das wollen wir.

(Beifall von der SPD – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber neu!)

– Das ist überhaupt nicht neu, lieber Herr Czerwinski.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

– Das ist überhaupt nicht neu.

Zur Bindungsfrist: Im Gegensatz zu Ihnen würden wir bei dem Verwaltungsvorschlag bleiben wollen, nämlich 25 Jahre. Das ist ein richtiger und guter Vorschlag.

Dann kommen wir zum Kernproblem des Ganzen, nämlich zu dem Thema „Startwert der preisgedämpften Miete“. Das Problem, das wir haben – das löst sich auch durch Ihren Vorschlag nicht auf –, ist weiterhin eine Kopplung an den Baukostenindex. So, wie Sie es hier machen, würde das nämlich heißen, dass in zwei Jahren die Miete wieder über 10 Euro oder bei 11 oder 12 Euro läge, dann würde man wieder irgendwie einen politischen Preis festsetzen und dann wieder heruntergehen. Das ist systemisch nicht sinnvoll. Wir haben deshalb einen eigenen Vorschlag erarbeitet, den wir gern durchsetzen wollen. Das heißt, wir beantragen eine Bindung – nicht heute, sondern wir schlagen vor, eine Bindung an die Sozialmiete vorzunehmen und mit einem Startpreis von 8,50 Euro zu beginnen. Wenn man mit uns geredet hätte, hätten wir darüber ja noch diskutieren können, aber es wurde von vornherein signalisiert, dass das überhaupt nicht in die Tüte kommt. Deshalb werden wir Ihrem Punkt 3 auch nicht zustimmen

Dann kommt der Punkt 4:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen“.

Das ist uns zu wenig. Das ist uns zu wenig: zu prüfen, ob überhaupt eine Möglichkeit, auf 50 Prozent zu kommen, infrage kommt. Wir sagen ganz klar: Wir brauchen eine Erhöhung der Quoten für den geförderten Wohnungsraum im HKW.

(Beifall von der SPD)

Das ist unsere sozialdemokratische DNA. Das werden wir auch weiterhin so fordern. Wir haben mit den 40 Prozent immerhin erreicht, dass der Anteil an errichteten geförderten Wohnungen in Düsseldorf signifikant gestiegen ist und wir erstmals einen Turnaround geschafft haben. Das heißt, es sind mehr geförderte Wohnungen errichtet worden, als aus der Bindung herausfallen. Allerdings ist das bei dem Bedarf, den wir haben – es fallen weiterhin jedes Jahr mindestens 1.500 bis 2.000 Wohnungen aus der Bindung –, nicht ausreichend. Das ist schlicht und einfach nicht ausreichend. Deshalb werden wir dem hier – mit einer Prüfung sowieso – nicht zustimmen können.

Dann zum städtischen Förderprogramm: Es ist schon interessant. Ich habe Herrn Hartnigk gestern noch im Ohr: Wir müssen vorsichtig mit den Finanzen umgehen, wir müssen schauen, was wir machen können.

(Zuruf von Ratsherrn Hartnigk [CDU])

Die CDU fordert aber gleichzeitig ein rein kommunales Förderprogramm, von dem überhaupt nicht klar ist, welche Summen es denn eigentlich umfassen soll. Es ist eigentlich ein antikommunaler Vorschlag, den Sie da machen, denn Wohnraumförderung ist auch Landes- und Bundesaufgabe, und dafür steht auch Geld zur Verfügung. Das muss man dann auch mal verwenden. Da müssen wir nicht an unser eigenes Geld herangehen. Sie haben nicht quantifiziert, was das eigentlich bringen soll. Auch das ist ein systemischer Bruch. Deshalb werden wir dem so nicht zustimmen können.

Ihrem Punkt 5 werden wir unterstützen, weil das ein Vorschlag ist, den wir durchaus akzeptieren können. Insofern beantragen wir natürlich getrennte Abstimmung.

Lassen Sie mich Folgendes abschließend sagen: Ich will mich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Vorlage bedanken, weil sie im Teil A und im Teil C wirklich hervorragende Materialien, Daten und Argumentationen geliefert hat. Dass daraus Folgerungen geschlossen werden, die wir in der Form heute nicht mittragen können, liegt in unserer politischen DNA, in unserer politischen Programmatik. Das ist aber auch nichts Dramatisches und nichts, was man mit – wie war das? – Absolutismus bezeichnen müsste.

(Zuruf von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Wir sind nicht in der DDR. Ich glaube, es ist schon richtig, dass eine politische Partei sehr deutlich sagt, wofür sie steht, und die SPD steht dafür, dass ein Wohnraum für 9,80 Euro pro Quadratmeter nicht unbedingt preisgedämpft genannt werden kann. Das Gleiche gilt im Übrigen – das habe ich noch vergessen – für den Punkt: Den Verkaufspreis für Eigentum im preisgedämpften Wohnraum bei 3.500 Euro anzusetzen, auch das – aber die Diskussion hatten wir auch schon einmal – werden wir nicht als preisgedämpft bezeichnen können. An dieser Stelle werden wir nicht mitgehen. Da muss man sich andere Wege überlegen. Man kann doch beim besten Willen niemandem draußen erzählen, dass 3.500 Euro pro Quadratmeter eine preisgedämpfte Veranstaltung in Düsseldorf sind.

Ich denke, wir haben unsere Position hier deutlich gemacht. Wir beantragen getrennte Abstimmung. Und wir werden sicherlich über dieses wichtige Thema im Wahlkampf noch ganz intensiv streiten.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Ihre Vorschläge zum geförderten Wohnungsbau bringen nicht mehr Wohnungen im bezahlbaren Segment in Düsseldorf, deshalb können wir hier auch nicht mitgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Die getrennte Abstimmung – so verstehe ich das – bezieht sich auf den Änderungsantrag. Ich glaube, da kann man nicht so viel getrennt abstimmen. – Herr Blanchard. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Man merkt, der Wahlkampf rückt näher, und einige Parteien rücken auseinander. Das ist aber nicht gut für den bezahlbaren Wohnraum in Düsseldorf. Ich erinnere mich noch daran, als die Ampel, Norbert, mal 100 Prozent bezahlbaren Wohnraum angestrebt hatte. Ich weiß, ihr werdet euch daran erinnern. Wo sind wir jetzt gelandet? Ich finde das so interessant: Hier wird eine Sitzungsunterbrechung beantragt, und dann arbeitet man sich an Marginalien von einem Handlungskonzept ab, was von Grund auf falsch ist.

(Beifall von der Linken)

Der bezahlbare Wohnraum ist immer noch eines der größten Probleme in Düsseldorf, aber an dem Handlungskonzept wird nichts geändert, und die Gentrifizierung geht weiter voran. Letztlich kann ich mich nur noch an die Frankfurter Schule halten: Es gibt nichts Gutes im Falschen. Deswegen werden wir das nach wie vor ablehnen.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Frau Frey.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit ich es nicht vergesse: Wir beantragen, III. gleich getrennt abzustimmen. Darin steht das berühmte Wort „Milieuschutzsatzung“. Da der Rat gestern entschieden hat, plädiere ich heute noch einmal dafür, es herauszunehmen. Dem Gesamtantrag stimmen wir natürlich zu, vor allem, weil es hier auch eine Forderung des Prüfens ist.

Es sind die drei Fraktionen, die das HKW eingeführt haben, die heute probieren, es zu evaluieren – so, wie wir es 2013 vereinbart haben –, und wir kommen einen guten Schritt weiter. Das HKW ist ein super Begleiter für den Wohnungsbau. Herr Blanchard, was es nicht tut: Es ersetzt nicht die Wohnungen, die weggefallen sind. Dafür brauchen Sie ein Extra-Programm. Das sagen wir immer. 9,80 Euro ist nicht die Startermiete, die ich mir für Düsseldorf wünsche, das ist nichts für ältere Menschen, die ihre größere Wohnung freimachen wollen, sondern das ist etwas für die Mitte der Gesellschaft, was noch bezahlbar ist.

Ich wiederhole meine Ausführungen von gestern sehr gern: für 7,50 Euro. Herr Lukaschewski, natürlich will ich es so finanzieren, dass ich zum Kaufpreis des Grundstücks etwas dazugebe, was anschließend abgewohnt werden kann. Es ist klar, dass es kein Rechenbeispiel ist, dass wir plötzlich irgendwie ganz andere Baupreise haben als der Rest hier. Von uns aus können Sie auch 7 Euro theoretisch hier hineinschreiben. Nur, das gibt der Markt nicht her. Dann baut Ihnen keiner mehr etwas. Dann ist das ganze Verfahren zu Ende, wenn ich das dort hineinschreibe.

(Zuruf von Ratsherrn Schreiber [SPD])

– Entschuldigung, aber Sie machen gar nichts. Sie können jetzt sagen, was alles falsch ist. Sie sagen mir seit Jahren, was fehlt. Aber das, was mir bei Ihnen fehlt, ist, dass Sie die Alternative aufzeigen.

(Beifall von FDP, CDU und vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Das hier ist zumindest der richtige Weg. Dass Sie ein Zusatzprogramm für die Menschen in der Stadt brauchen, ist unbestritten, nur ich bin das Gerede leid. Ich möchte nach so vielen Jahren, in denen wir darüber gestritten haben, dass das HKW eben weitergeführt wird. Das tun wir jetzt. Und als FDP würden wir ein Sonderprogramm für preiswertes Wohnen machen. Das sind die 7,50 Euro. Die können Sie über das HKW nicht machen. Dann baut Ihnen keiner mehr eine einzige Wohnung. Das wissen Sie auch. Sie können jetzt gern damit in den Wahlkampf gehen, dass Jamaika gesagt hat, 9,80 Euro wären richtig, aber das hilft Ihnen nicht weiter. Es hilft vor allem den Menschen in dieser Stadt nicht weiter.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Milieuschutzsatzung – wir bleiben dabei –, das ist es nicht. Wir sind der Meinung: HKW ist gut. Vielen Dank, dass wir einen ganzen Punkt beim preisgedämpften Wohnraum weiterkommen. Ansonsten müssen Sie preiswerten Wohnraum extra schaffen. Viel Spaß! Wir sind bereit!

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Frey. – Ihr folgt Herr Schreiber.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das HKW existiert seit 2013. 2001 bin ich in den Rat gekommen, und ungefähr so lange haben wir im Übrigen darüber diskutiert, dass wir Handlungsbedarf haben. 2013 sind wir Grünen sozusagen über unseren Schatten gesprungen und haben uns mit CDU und FDP – nicht unbedingt die Gewohnheitskooperation – zusammengetan, um uns auf den Weg zu machen. Ja, ich weiß, das ist für die SPD nicht einfach. Ich bedauere es bis heute, dass wir damals keinen Konsens hinbekommen haben. Aber es scheint wie ein Trauma, das sich heute wiederholt. Das finde ich sehr, sehr schade.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von Ratsfrau Bednarski [SPD]: Das ist doch kein Trauma!)

– Was auch immer es für Sie ist. Meine Vermutung ist, dass es eines ist.

Ich halte das HKW für sehr gut, das im Übrigen mehr umfasst als eine Quotenregelung, mehr als geförderten Wohnraum, das auch Regelungen für Wohngruppen, Baugruppen umfasst, für Barrierefreiheit und viele andere Dinge, die wir heute sicherlich aufgrund der Zeitknappheit nicht erörtern können. Das HKW umfasst sehr viel, und ich freue mich sehr, dass die Verwaltung sich daran gehalten hat, da das HKW übrigens von Anfang an nach einer Evaluation gerufen hat. Wir haben damals gesagt: Es muss mindestens nach einem Jahr evaluiert werden. Daran haben wir uns auch gehalten. Wir haben 2016 im Grunde genommen auch schon einmal nachjustiert. Ich habe meine Unterlagen noch einmal alle sichten müssen, weil man im Laufe der Zeit, die ins Land geht, viel vergisst, was man alles schon gemacht, gedacht, überlegt und gemeinsam auf den Weg gebracht hat. Insofern sind wir heute, denke ich, an einem sehr, sehr wichtigen Punkt.

Die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Sie hat eine umfängliche Evaluation auf den Tisch gelegt.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Das begrüßen wir sehr. Man muss sich die Evaluation sicherlich noch mehrere Male ansehen, um weitere Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber uns war es wichtig: Wenn wir betonen, dass Bürgerinnen und Bürger darauf warten, dass Lösungen hier geschaffen werden, wenn wir sagen, es

ist immer noch nicht genug, dann können wir auch nicht so tun, als hätten wir unendlich viel Zeit. Ich persönlich habe sie nicht mehr, das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Zuruf von Ratsherrn Schreiber [SPD])

Ich habe mehr als zehn Jahre gebraucht, um an diesen Punkt zu kommen, und jetzt sind wir schon wieder sehr viele Jahre weiter. Im Grunde genommen sind wir jetzt an dem Punkt, wo wir nicht sagen können: Ja, dann warten wir mal eine neue Kooperation ab, dann warten wir mal ab, bis sich im nächsten Jahr alle wieder gefunden haben, und dann warten wir überhaupt mal wieder weiter. Insofern freue ich mich ausdrücklich darüber – mit jedem, der heute hier mitstimmt –, ein Stück vorwärtszukommen und die Dinge nach den heutigen Bedingungen weiterzuentwickeln.

Im Übrigen finde ich es auch sehr schade, dass einige hier wie Die Linke jetzt alles wieder herunterreden. Ich komme aus einer Zeit, in der wir zuletzt 411 Wohnungen im Jahr 2011 schufen und nur 88 gefördert waren. Mittlerweile – man muss sagen, dass diese Verwaltung viel dafür getan hat – sind es 450 geförderte Wohnungen im Jahr 2019, und zwischen 2.000 und 3.000 Wohnungen wurden überhaupt geschaffen. Insofern möchte ich, dass wir das auch mal zur Kenntnis nehmen. Wir sind hier einen deutlichen Schritt weitergegangen. Dass wir nicht alles ersetzen können, liegt daran, dass wir in der Tat zehn Jahre zu spät mit dem Handlungskonzept waren. Das ist so, aber das können wir auch nicht mehr ändern. Nun haben wir es aber, und wir sollten es heute auch zu schätzen wissen.

Ich freue mich sehr über die Veränderungen, die wir jetzt anstreben, und auf die nächste Evaluation, die vielleicht noch weitere schafft. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Schreiber. – Ihm folgt Herr Blumenrath.

Ratsherr Schreiber (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, dass wir uns in der Problemanalyse offenbar doch recht einig sind. Herr Neuenhaus sagt, er ist das Reden leid, er möchte jetzt bitte Entscheidungen und Aktionen sehen. Frau Frey sagt an der Stelle: Wir haben keine Zeit mehr, uns läuft die Zeit davon. – Ja, das sehen wir ganz genauso. Ich frage mich nur, warum Sie dann hier so ein völlig kompromisslerisches Papier mit Prüfaufträgen einbringen und eben nicht die notwendigen und auch harten Entscheidungen treffen.

Ich weiche deutlich von dem ab, was Herr Neuenhaus sagt, wenn er so tut, als sei in den vergangenen Jahren nichts passiert. Ich glaube ihm auch nicht, dass er das so meint, aber das kam so herüber. Ich glaube, wir haben eine sehr erfolgreiche Wohnungspolitik gemacht, und zwar immer dann, wenn wir in dieser Stadt deutlich gemacht haben, dass die Planungshoheit sehr selbstbewusst beim Rat dieser Stadt liegt und wir entscheiden wollen für die Menschen, was hier gebaut wird, und wir uns nicht von Investitionen abhängig machen, die in erster Linie profitorientiert sind, wenn wir also fragen, welches Wohnen denn die Menschen in dieser Stadt brauchen und welches Wohnen sie denn bezahlen können, und nicht, welches sich rechnet. Das haben wir gemacht, indem wir die SWD handlungsfähig gemacht haben, die endlich wieder städtische Wohnungen gebaut haben, indem wir eigene Grundstücke in die SWD einlegen, indem wir gesagt haben: „Wer auf städtischem Boden baut, baut 100 Prozent bezahlbares Wohnen“, indem wir uns mit den Genossenschaften zusammengetan haben, indem wir die Quote für den geförderten Wohnungsbau erhöht haben. All das, meine Damen und Herren, waren Schritte, wo wir gesagt haben: Es ist die demokratisch gewählte Politik, die bestimmt, was in dieser Stadt gebaut wird.

Doch was wir jetzt erleben – da bin ich ganz bei Ihnen –, ist, dass eine „Investitions-Bazooka“ auf diese Stadt abgeschossen wird – um mal im Corona-Sprech zu bleiben. Wenn wir im

Glasmacherviertel sehen, dass sich innerhalb von zwei Jahren ein Kaufpreis für dieses Grundstück verdreifacht, innerhalb von sieben Jahren verzehnfacht, wenn dort 360 Millionen Euro auf den Tisch gelegt werden, dann müssen wir doch sagen: Da sind offenbar Gewinnerwartungen im Spiel, die mit dem, was die Menschen in dieser Stadt bezahlen können, nicht mehr finanziert werden können. Dann reicht es nicht, darüber zu diskutieren, ob wir jetzt 9,60 Euro oder 9,80 Euro oder 9,30 Euro brauchen. Einen Prüfauftrag in die Welt zu setzen für 50 Prozent geförderten oder bezahlbaren Wohnungsbau – Entschuldigung, das ist das absolute Minimum! Wir reden hier über Bebauungspläne für die großen Entwicklungsflächen in dieser Stadt. Die 50 Prozent gelten nicht an jeder Ecke, sondern dort, wo wir kommunale Planungshoheit ausüben können, wo wir Bebauungsrecht schaffen. Sie alle wissen: Große Stadt auf engem Raum – wir haben nicht mehr besonders viele Reserveflächen. Und es ist in der Vergangenheit schon verdammt viel schiefgegangen. Es ist wesentlich Ihre Verantwortung, dass heute im Le Quartier Central nur 20 geförderte Wohnungen bei 3.000 Wohnungen herumstehen. Im Grafental sieht die Quote nicht viel besser aus.

Das heißt, es ist schon viel schiefgegangen an dieser Stelle. Wir müssen doch jetzt einen großen qualitativen Bruch schaffen, der sagt: Das, was noch in dieser Stadt gebaut werden kann, muss von den Menschen bezahlt werden. Jetzt kommen Sie und sagen: Das Preisgedämpfte sei für die Mittelschicht. Entschuldigung! Das durchschnittliche Haushaltseinkommen in dieser Stadt liegt bei 3.300 Euro netto. Haushaltseinkommen! Jetzt kommen Sie daher und sagen: Ja, preisgedämpft – da kann ich ja für eine 100-Quadratmeter-Wohnung als Familie mit zwei Kindern locker 1.000 Euro kalt und 1.400 Euro warm zahlen. Das ist dann die Mittelschicht, die sich da bedienen soll. So können wir aus meiner Sicht nicht vorgehen. 50 Prozent der Menschen in dieser Stadt haben einen Wohnberechtigungsschein. Dann lassen Sie es noch 20 oder 25 Prozent sein, die eine preisgedämpfte Miete zahlen können. Alle anderen – die 25 Prozent –, die können dann tatsächlich auch Eigentumswohnungen für 650.000 Euro kaufen.

Das sind die Forderungen, mit denen wir in den Wahlkampf gehen. Ich sage das auch ganz bewusst: Ich glaube, die Wohnungspolitik ist die entscheidende Zukunftsfrage für diese Stadt. Ich möchte auch bitte, dass das Gegenstand einer Wahlentscheidung wird. Wollen wir weiter eine Wohnungspolitik, die danach fragt, welchen Investor man braucht, damit sich Wohnungsbau zu Grundstückspreisen, die sonst nur in Oberkassel aufgerufen werden, in Gerresheim lohnt. Ist das die Frage? Oder fragen wir: Wollen wir, dass Wohnungen gebaut werden, die die Menschen wirklich brauchen und die sie auch bezahlen können?

Dann sagt Herr Neuenhaus: Dann werden keine Wohnungen mehr gebaut. Meinen Wählerinnen und Wählern, für die ich Verantwortung übernommen habe am Flinger Broich, ist das völlig egal, ob eine Eigentumswohnung für 700.000 Euro gebaut wird oder nicht gebaut wird. Die können dort nicht einziehen, das ist denen völlig wurscht. Ich will diese preisdämpfende Wirkung. Wer in Düsseldorf eine Fläche kauft wie das Glasmacherviertel, muss wissen, dass wir hohe politische Anforderungen daran stellen, was die Qualität und den Preis dieser Wohnungen angeht, und dass man dort nicht x-beliebige Fantasiepreise aufrufen kann, weil gerade zu viel Geld auf dem Markt ist.

Wenn wir nach Duisburg schauen, zehn Kilometer nördlich von Düsseldorf – oder fünf, je nachdem, von wo aus man es misst –: Dort werden selbstverständlich Wohnungen angeboten, frei finanziert, Neubau, Erstbezug für 9,50 Euro, weil der Markt nicht mehr hergibt. Und Sie glauben, dass das alles an den Baupreisunterschieden liegt? – Das liegt an Grundstücksspekulationen, die dort im Raum stehen.

Mit diesen Forderungen, meine Damen und Herren, mit einer preisreduzierten Miete, die an die Sozialmiete gekoppelt ist, die sagt, das ist ein sozialer Mietpreis für 50 Prozent der Menschen in dieser Stadt, da gehen wir noch einmal 25 Prozent drüber und kommen dann bei 8,50 Euro heraus und haben dann ein Angebot für 75 Prozent der Menschen in dieser Stadt, und mit einer Quote auf diesen wenigen Flächen, die wir noch haben, wo wir sagen: Macht es mit 20 Prozent Marge, aber in

80 Prozent der Fälle wird hier gebaut, was die Menschen brauchen – damit gehen wir in den Wahlkampf, und darüber möchten wir eine Wahlentscheidung herbeiführen. Das, was Sie vorlegen, ist halbbares, kompromisslerisches Zeug. Dafür haben wir nicht mehr die Zeit. Das ist nicht die Action, die wir brauchen. – Danke.

(Beifall von der SPD und Ratsfrau Frau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Schreiber. – Herr Blumenrath. – Ihm folgt Herr Czerwinski.

Ratsherr Blumenrath (CDU): Herr Kollege Schreiber, es ist schon interessant, wenn man von der erfolgreichen Wohnungspolitik der SPD spricht und dann auf das Glasmacherviertel verweist. Ich glaube, dass dieses Grundstück eigentlich explizit ein Beispiel für nicht besonders gelungene Wohnraumpolitik in unserer Stadt ist.

(Beifall von der CDU)

Aber das werden wir in Zukunft auch noch besser machen.

Es freut mich sehr, dass wir es mit den Grünen, der FDP und der CDU geschafft haben, hier einen extrem vernünftigen und guten Kompromiss herauszuarbeiten. Ich bin mir sehr sicher, dass diese drei Parteien auch nach der Kommunalwahl in diesem Rat eine sehr wichtige Rolle spielen werden und deswegen die Wohnungsraumpolitik hier eben einen Anfang findet und wir das gemeinsam weiterentwickeln wollen.

Ich finde es sehr schade, dass die SPD-Fraktion sich dem völlig verweigert. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Das, was Sie erzählen, ist schlicht Schwachsinn, wenn ich das einmal so sagen darf. Wir haben eine Mittelschicht, und wir haben einen preisgeförderten Wohnraum. Die Wahrheit ist schlicht und ergreifend: Sie wollen, dass jeder, der irgendwann diese unteren Einkommensgrenzen überschreitet, mit den extrem liquiden Menschen konkurrieren muss. Wir wollen das eben nicht. Wir wollen eine ganz bewusste Zone schaffen, in der es eben noch einmal einen Schutz gibt, der etwas über den von der Verfassung als Grundschutz definierten Bereich hinausgeht.

Dann sprechen Sie über Wohnhochhäuser. Bei aller Liebe, Wohnhochhäuser sind in Düsseldorf kein typisches Bauwerk. Ob wir das jetzt mit dieser 40er-Lösung machen oder mit einer anderen, das wird das Problem im Wohnungsmarkt nicht lösen. Aber es ist mit Sicherheit sehr vernünftig, wenn wir 40 Prozent im preisgedämpften Wohnraum bereithalten.

Ich glaube, die Mittelschicht ist in Düsseldorf sehr wohl bereit, eben genau dort einzuziehen. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir diese Schicht nicht aus dem Auge verlieren, sondern dass wir explizit auch hier ein sehr attraktives Angebot in Düsseldorf machen. Die Idee darüber hinaus ist, zu sagen: Ihr müsst die Quote für die Mittelschicht bei euren Bauvorhaben erfüllen, aber wir wollen euch belohnen, wenn ihr über das Minimum hinausgeht und noch etwas mehr macht. Das ist das, was bis jetzt im preisgedämpften Wohnraum gefehlt hat. Der Anreiz für den Investor war nicht da, weshalb wir nicht ausreichend Wohnraum in diesem Preissegment geschaffen haben. Deswegen entwickeln wir es weiter und machen es besser. Ich bin sehr davon überzeugt, dass diese Zusammenarbeit – ähnlich wie 2013 – zu einem guten Erfolg führt. Ich finde es schade, dass die SPD-Fraktion nicht mitmacht, bin aber sehr, sehr froh darüber, dass wir eine sehr breite Mehrheit in diesem Hause haben, die diesen sehr vernünftigen und guten Kompromiss für den Düsseldorfer Wohnungsmarkt mitträgt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski. – Ihm folgt Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ganz offensichtlich hat unser Antrag, den wir jetzt vorgelegt haben, die SPD-Fraktion um einiges ins Schleudern beziehungsweise ins Eiern gebracht. Das war auch der Rede von Herrn Herz anzumerken.

Das, was uns gefehlt bis dato hat, war die Antwort auf die Frage: Wofür steht die SPD? Wir haben als Grüne frühzeitig einen Änderungsantrag entworfen. Wir haben ihn den Ampelpartnern zugeleitet und gefragt: Macht ihr mit? – Da war die Antwort der SPD: Uns reicht die Kenntnisnahme der Evaluierung, wir wollen gar nichts ändern. – Also, die SPD wäre dafür gewesen, dass es hier bei 20 Prozent Quote im Hochhaus bleibt, dass es bei 40 Prozent bleibt, dass es bei 10,70 Euro bleibt. Das ist der Unterschied. Wir haben nach einer Mehrheit gesucht, wir haben eine Mehrheit organisiert, damit sich etwas ändert.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von Ratsherrn Schreiber [SPD])

Wir haben nicht das durchbekommen, wofür wir Grünen stehen. Wir stehen für noch mehr. Ja, das haben wir deutlich gemacht. Das werden wir auch im Wahlkampf deutlich machen. Aber wir können sagen: Mit der CDU und der FDP haben wir die Miete beim preisgedämpften Wohnungsbau von 10,70 Euro auf 9,80 Euro gesenkt, und die SPD war dafür, dass es bei 10,80 Euro bleibt. Das ist der Unterschied. Es kommt nicht darauf an, was in Ihrem Parteiprogramm steht, sondern die Wählerinnen und Wähler schauen auch, was Sie davon umsetzen können.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir haben aber mehr recht. – Nein, an der Realität sind Sie an dieser Stelle gescheitert. Das betrifft auch die Kritik am Baukostenindex. Ich bin froh, dass die Verwaltung in ihrer Evaluation gesagt hat: Das müssen wir deckeln. Da haben wir festgestellt: Das ist nicht gut. Auch da hatten Sie gesagt: Nein, nichts ändern, das soll so bleiben. – Diese Weigerung, nicht mal die Schritte der Verwaltung mitzugehen, war für uns der Anlass, zu fragen, wer zumindest in die gleiche Richtung geht. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir jetzt beim Hochhaus auf 40 Prozent kommen. Ja, wir sind den Kompromiss eingegangen, zu sagen: Das „öffentlich-gefördert“ nehmen wir heraus, der Vorschlag der Verwaltung, aber wenigstens bei der Verdopplung der Quote bei Hochhäusern haben wir eine Mehrheit organisiert. Wir haben dafür eine Mehrheit organisiert, Sie nicht!

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist Stillstand! Das ist wohnungspolitischer Stillstand!

(Ratsfrau Bednarski [SPD]: Das ist Wahlkampf!)

– Das, was Sie machen, ist Wahlkampf, und das ist es, was Ihnen schon 2014 auf die Füße gefallen ist. Warum haben Sie sich denn 2013 dem Handlungskonzept verweigert? Ich weiß noch, wie die „NRZ“ fragte: Warum macht die SPD das? Das geht doch alles in die Richtung. – Da habe ich gesagt: Weil sie Angst haben, dass sie im Wahlkampf nicht ihre Position herüberkriegt. – Damals haben Sie sich verweigert, das war ein Trauma. Jetzt wird es zum Schleudertrauma, weil Sie wieder meinen, Sie können mit Ihrer 80-Prozent-Quote in den Wahlkampf ziehen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Gehen Sie hin, wir stellen uns daneben! Ich kann mich noch erinnern, wie schwierig es war, durchzusetzen, dass städtische Grundstücke in Zukunft nur noch zu 100 Prozent öffentlich gefördert werden oder für Baugruppen waren. Da waren Sie nicht unser Partner, der das vorangebracht hat. Das haben wir sehr deutlich gegen Sie und den Oberbürgermeister betrieben. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt ist Frau Kraft-Dlangamandla an der Reihe. Ihr folgen Herr Grenda und Herr Rasp.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Danke, Herr Schreiber, für diese tolle Rede. Ich habe leider kein Aufnahmeexemplar für unsere Partei dabei.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Geisel: Er heißt ja auch Oliver Schreiber.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Ja, egal, das war ein Scherz. Aber die Rede hat mir sehr gut gefallen, wobei ich auch einen Kritikpunkt habe: Warum stimmt die SPD-Fraktion dann immer dem Verkauf von städtischen Grundstücken zu, die wir ganz dringend genau für den preiswerten Wohnungsbau bräuchten?

Man kann preiswerten Wohnungsbau tatsächlich für 5 Euro Miete machen. Es gibt Städte, die machen uns das vor. Man braucht natürlich die städtischen Grundstücke, und man braucht die städtische Wohnungsgesellschaft, und dann haut das auch hin. Das war nur so am Rande.

(Beifall von der Linken)

Aber wenn ich mir hier die ganzen Diskussionen anhöre und überlege: Dort sitzen Leute, die sich das im Livestream anschauen, die nicht so viel Geld haben. Die verstehen die Welt überhaupt nicht, wie hier diskutiert wird. Lesen Sie doch einmal die soziale Berichterstattung von unserem Amt für Statistik und Wahlen, die machen nämlich eine ganz hervorragende Dokumentation. Dann sehen Sie mal, wie viele Menschen in Düsseldorf wie viel Geld haben beziehungsweise nicht haben.

Herr Neuenhaus, wenn ich immer von dieser „Mitte“ höre, da stehen mir die Haare zu Berge. Diese Mitte sind Feuerwehrleute, Lehrerinnen und Lehrer – all diese Berufe. Wie viel Geld haben die denn? – Die haben immer weniger Geld. Die haben früher vielleicht mal mehr verdient als Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen, aber das ist heute auch nicht mehr so. Die brauchen einfach preiswerten Wohnungsbau, vor allem, wenn sie noch Kinder haben. Das ist unheimlich notwendig.

Ich mache es kurz, es ist schon so viel gesagt worden: Die Düsseldorfer brauchen keinen preisgedämpften Wohnungsbau. Es gibt so viel und vor allem so viel Leerstand in diesen ganzen Segmenten. Wir brauchen preiswerte Wohnungen, und dafür kämpfen wir – jetzt mache ich auch Wahlkampf –, weil die Menschen in Düsseldorf brauchen genau das. Aber hier wird nur von Leuten geredet, die mehr Geld haben, die sich andere Wohnungen leisten können und womöglich auch noch von außen kommen. Für die Düsseldorferinnen und Düsseldorf brauchen wir mehrheitlich bezahlbare, preiswerte Wohnungen und Sozialwohnungen. – Danke schön.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt kommt Herr Grenda. Ihm folgt Herr Rasp.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger am Stream! Ich kann mich noch genau daran erinnern, als der 4. Mai dieses Jahres war, als diese Vorlage von der Verwaltung aufkam und schon die erste Mail lautete: Wie kann man eine solche Vorlage vier Monate vor der Wahl vorlegen?

Zunächst einmal vielen Dank an denjenigen – egal, wer sie geschrieben hat –, der sich daran erinnert hat, dass dieser Evaluierungsbericht tatsächlich da sein muss. Dann sollte es durch die

Ausschüsse gehen. Überall: Ach, doch nicht so früh, wir haben dazu noch keine Meinung, wir müssen erst darüber diskutieren. Es wurde trotzdem auf der Tagesordnung gelassen. Richtig so! Obwohl man versucht hat, es abzusetzen. Was gab es? – Es gab einmal eine Birne von den Grünen, und es gab einmal eine Ananas von der CDU. Daran sieht man ganz deutlich: Beide Parteien liegen meilenweit auseinander. Die einzigen, die nichts geschrieben haben – da muss ich wirklich dem Pressebericht recht geben –, war die SPD. Sie haben gedacht, Sie kriegen das von der Tagesordnung runter. Die SPD hat geschrieben: Wir wollen es gar nicht, wir entscheiden das nach der Wahl.

Wir haben dieses Konzept seit dem 06.06.2013. Sechs Jahre lang hätten wir diskutieren können, Arbeitsgruppen bilden können und, und, und. Ja, dieses Konzept ist nicht perfekt, und ja, wir haben es bis heute nicht hingekommen, wie unsere Partner, wie eine IDR, die mit jeder Summe spielen darf, eine Wohnungsbaugesellschaft zu schaffen, die genauso spielen darf, dass sie einfach auf diesem Markt, den wir hier in Düsseldorf haben, mitbieten kann. Wir stehen noch am Anfang der Grundstücksspekulation. Ja, wir brauchen diese Grundstücke. Egal, wie teuer sie sind und was danach darauf gebaut wird, man kann es selbst machen, und wir bestimmen, ob wir damit Gewinn machen müssen oder nicht.

Ich weiß nicht, was passiert ist, aber ich finde es super, dass in einer Nacht-und-Nebel-Aktion oder auch heute am Tag, vielleicht auch wegen der Pressemitteilung der SPD, man hingegangen ist und gesagt hat: Wir schreiben jetzt diesen neuen Änderungsantrag, der sogar eine Unterbrechung hervorrief. Ich muss jetzt wirklich einmal sagen: Liebe SPD, dass dieses kleine Änderungsding, wo es wirklich genial ist, dass die Parteien es hingekommen haben, das Ding zumindest ein bisschen zu verändern, jetzt auch scheiße sein soll – sorry!

Das Wahlprogramm der Grünen können wir lesen, das Wahlprogramm der CDU haben wir gelesen. Das SPD-Wahlprogramm wurde leider noch nicht veröffentlicht, denn dafür braucht ihr den Online-Parteitag. Sorry, da hätte man sich aber mal hinsetzen können. Deswegen kann ich nur darum bitten, diesem Änderungsantrag zustimmen. Vielleicht kann man Sie doch noch überzeugen.

Die Verwaltungsvorlage war natürlich klar, denn wenn man sich das Benotungssystem wirklich anschaut, dann sieht man, dass es Schwierigkeiten gibt. Ja, ich sage noch einmal – das hatte ich schon einmal im Ausschuss gesagt –: Solange die Verwaltung sich nicht einmal die Zahlen ansieht, wie viel ein Immobilieninvestor gern verdienen möchte an dem Projekt, werden wir diese hohen Preise nicht wirklich wegbekommen. Auch die Genossenschaften und auch die SWD sollten intern in den Gremien sagen, mit welcher Eigenkapitalrendite sie gern arbeiten möchten. Wenn ich mit 7 bis 12 Prozent rechne, bekommen wir keinen bezahlbaren Wohnraum in Düsseldorf hin. Ob das jetzt sozial gefördert oder preisgedämpft ist – es wird die hohen Preise geben. Wir müssen also weg davon, zu sagen: Investoren gibt es genug; jeder, der 100.000 Euro auf dem Konto hat, zahlt ab sofort Negativzinsen. Wir haben hier in Düsseldorf Leute, die haben 2,8 Milliarden Euro auf den Konten liegen, die mit minus 0,5 Prozent verzinst werden. Ich glaube, dass es irgendwo jemanden geben wird, wenn ich sage: Für 1 Prozent kann er das Geld bei mir anlegen, und wir bauen daraus Wohnraum, nämlich Betongold. Das wäre die richtige Lösung, um auch die Häuser zu bauen. Danach können wir darüber diskutieren, für welchen Preis wir sie entsprechend vermieten können.

Deswegen noch einmal die Bitte an die SPD: Stimmen Sie wenigstens diesem kleinen Änderungsantrag zu. In vier Wochen werden wir sowieso die drei entsprechenden Wohnraumkonzepte im Wahlkampf hören. Und im Dezember werden wir dann sehen, wer Mehrheiten hat. Denn das sollte man dem Bürger auch sagen: Bisher ist dies immer daran gescheitert – das war auch in der Ampel so –, weil dahinten eine Partei gesessen hat, die gesagt hat: Nein, das darf nicht geändert werden, das muss so bleiben, wie es ist. Dass selbst diese kleine Änderung jetzt möglich war – Chapeau. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Rasp.

Ratsherr Rasp (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist immer schön, wenn man nach Herrn Grenda spricht, weil er einem die Welt erklärt hat und alles sehr einfach ist. Das haben wir gestern auch an verschiedenen Punkten erlebt, wo man sich dann fragt, warum wir alle so lange brauchen, das zu verstehen. Aber das jetzt einmal beiseite. Ich versuche auch, nicht zu schreien, weil eigentlich derjenige, der schreit, selten recht hat. Aber einfach einmal einige Ergänzungen.

Herr Grenda, lieber Frank, ob wir ein Parteiprogramm schon veröffentlichen oder nicht oder die demokratischen Spielregeln einhalten, lass das mal Sache der SPD sein. Wenn man aber daran interessiert ist, was die SPD zum Thema Wohnen sagt, kann man sich gern des 15-Punkte-Programms bedienen, das wir schon vor über einem Jahr veröffentlicht haben und das durch die Presse gegangen ist. Darin stehen all diese Dinge ganz deutlich. Es ist nicht so, dass es irgendwo ein Geheimnis gäbe.

Die Tatsachen zu verdrehen, wie Norbert Czerwinski das gemacht hat, ist einfach billig. Man hat eine Haltung zu irgendetwas, und wenn die nicht mit der von den anderen übereinstimmt, dann ist man Verweigerer. Ich muss doch mal sagen können, was ich will. Das ist doch etwas, was in der Politik oft fehlt, dass die Kompromisse schon als Meinung vertreten werden, sondern ich muss doch als Partei auch mal sagen können, wo ich denn wirklich hinwill.

Eines muss ich Ihnen allen einmal ganz deutlich sagen: Dieses ganze Papier, die ganze Vorgehensweise mit dem HKW ist ein Kampf gegen den geförderten Wohnungsbau in meinen Augen.

(Beifall von der SPD und der Linken)

Es rankt sich immer wieder darum: Wie kann ich es gestalten, den geförderten Wohnungsbau möglichst unattraktiv zu machen? Wenn sich Leute in der Bezirksvertretung hinstellen und bei jedem Wohnprojekt erst einmal fragen, ob die Wohnungen auch teuer genug sind, und mir hier erzählen wollen, man ist für günstige Wohnungen – das ist doch wohl schizophren. So viel einmal an der Stelle.

Außen vor ist auch die ganze Diskussion zu der Preistreiberei, die hier geschieht. Was passiert denn mit dem Mietspiegel? – Der Mietspiegel geht hoch und zieht damit auch die Bestandsmieten hoch. Auch das ist nicht hilfreich in dieser ganzen Diskussion. Nein, Leute, ihr diskriminiert die Leute, die Anspruch auf geförderte Wohnungen haben, und damit diskriminiert ihr die Hälfte der Düsseldorfer Bevölkerung. Das werden wir als SPD einfach nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe auch manchmal das Gefühl, ihr habt ein Stück weit die Bodenhaftung verloren. Da wird mal locker von Eigentumswohnungen für 650.000 Euro gesprochen. Ja, gut, bei 0 Prozent Zinsen, aber Leute, das ist doch nicht die Lösung. Wenn die Zinsen morgen 3 Prozent hochgehen, dann fangen wir wieder an zu versteigern, weil die Leute das Kapital nicht bedienen können. Das ist wohl auch keine Lösung.

Nach wie vor bleibe ich dabei – das haben einige meiner Vorredner auch schon gesagt –: Eine 100-Quadratmeter-Wohnung für eine Familie mit zwei Kindern für 1.000 Euro kalt, das kann für einen Sozialdemokraten nicht das Ziel sein, wo wir hinwollen. Wir wollen da einfach andere Maßstäbe haben.

(Beifall von der SPD)

Unterm Strich gesagt: Wenn wir hier einigermaßen vernünftig miteinander umgehen und unsere gegenseitigen Meinungen und Ziele akzeptieren, finde ich es für die Demokratie nicht schädlich,

sondern eher förderlich. Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn plötzlich alle so tun, als wären sie sich einig, aber am Ende kommt nichts dabei heraus. – Deswegen: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski. – Ihm folgt Herr Dr. Wlecke.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Rasp, man muss sich schon entscheiden, ob man der Fraktion der Linken oder der Fraktion der SPD angehört.

(Beifall von der CDU)

Wenn Die Linke sagt, dass das HKW eine Verhinderungskonstruktion zum Bau der geförderten Wohnungen ist, dann mag uns das recht sein. Aber wer hat das HKW hier eigentlich beschlossen? Mit welchen Stimmen? – Da war die SPD dabei. Ihr könnt doch nicht sagen: „Das HKW ist falsch!“, wenn ihr das selbst mitbestimmt hat.

(Ratsherr Raub [SPD]: Das haben wir nicht!)

– Die Fortschreibung, natürlich! Die Fortschreibung haben wir gemeinsam mit euch gemacht, jawohl.

(Zurufe von der SPD)

Da hättet ihr auch sagen können: Nein! Ihr könnt euch nicht vor den Wahlen hinstellen und sagen: „Wir sind für 100 Prozent da!“, und nach der Wahl etwas anderes machen. Wenn ihr das tut, ist es nicht glaubwürdig. Wer sich hier hinstellt und sagt, dass das HKW dazu dient, den Bau von öffentlich geförderten Wohnungen zu verhindern – –

(Zurufe von der SPD)

– Doch, das Handlungskonzept Wohnen diene zur Verhinderung von öffentlich geförderten Wohnungen. – Das machen wir ganz klar im Wahlkampf. Das ist Bullshit. Entschuldigung!

Abgesehen davon – darauf hat Frau Frey auch hingewiesen – ist HKW nicht nur Quote, sondern HKW war auch ein Fortschritt für Baugruppen et cetera. Dazu gehört sehr viel. Und wir können uns auch gern über einen Mietspiegel unterhalten.

Das, was ich vorgeworfen habe, Herr Rasp, ist nicht, dass man eine Meinung hat. Wir haben unsere Meinung in der Pressekonferenz auch deutlich gemacht, wofür Grüne pur stehen. Das, was ich vorwerfe, ist, dass man sich hier verweigert. Es gibt keinen Änderungsantrag der SPD. Es gab eben nur die Haltung: Wir wollen das in den Wahlkampf bringen. Man muss jetzt auch der Wirtschaft und den Menschen sagen, wofür man steht. Uns war wichtig, auch vor der Wahl zu signalisieren: Die Wohnungswirtschaft kann sich darauf verlassen, dass es auch nach der Wahl ein Handlungskonzept Wohnen gibt, mit dem wir Vorgaben machen. Wir als Politik machen Vorgaben; denn vorher gab es gar nichts. Der Fortschritt zeigt sich doch im Bau der öffentlich geförderten Wohnungen. Das ist seit dem HKW der Fall. Das ist entscheidend, und darum ging es uns.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Wlecke.

Ratsherr Dr. Wlecke (Tierschutz Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier wird zu Recht beklagt, dass das Wohnen in Düsseldorf viel zu teuer ist. Das stimmt

auch. Das, was jetzt als preisgedämpfter Wohnraum angeboten wird, ist in Wirklichkeit zu teuer. Ich glaube, dem stimmen die meisten Leute hier auch zu. Wir müssen aber auch einmal genau schauen, woran das liegt: Die Stadt hat das Baurecht. Die Stadt kann die Dinge gestalten, sie kann zum Beispiel auch Grundstücke verkaufen. Jeder, der sich mal mit dem Haushalt beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, wenn man durchsetzen möchte, dass höhere beziehungsweise geringere Veräußerungserlöse erzielt werden sollen. Nein, die Stadt möchte natürlich auch einen optimalen Erlös dafür erhalten. Insofern ist auch die Stadt ein Spekulationstreiber.

Wir müssen uns auch eines klarmachen: Wenn wir mehr, besseren und preiswerteren Wohnraum haben wollen, dann muss auch die Stadt ihren Beitrag dafür leisten, das heißt, Grundstücke zu einem vernünftigen und nicht zu hohen Preis abgeben und auch das Baurecht entsprechend gestalten. Da müssen wir bei uns selbst anfangen. Wir können nicht von anderen verlangen, dass sie nachgeben, dass sie nachlassen, damit wir das erreichen. Nein, auch die Stadt selbst muss ihren Beitrag dafür leisten. Und das findet meiner Meinung nach nicht genügend statt.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, dazu haben wir einen Beschluss! Genau das haben wir beschlossen!)

– Herr Czerwinski, Sie müssen schauen, was sich in der Wirklichkeit abspielt. Und das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Herz.

Ratsherr Herz (SPD): Ich wurde gerade darauf hingewiesen, dass ich ohne Mundschutz hier bin. Dann müsste ich noch einmal zurückgehen, aber das macht auch keinen Sinn. Sorry, das tut mir leid. Ich war gerade im Gespräch. Das tut mir leid.

Ich wollte nur, Norbert Czerwinski, deutlich machen: Die SPD ist nicht in Gänze gegen das HKW. Wenn das jetzt die Geschichte ist, die hier erzählt wird, dann wird es aber Spaßig. Darum geht es doch überhaupt nicht. Wir wollen nur eine qualitative Weiterentwicklung. Und die sehen wir nicht in den Vorschlägen, die hier gemacht worden sind. Das ist doch gar nicht so kompliziert. Aber daraus die Legende zu stricken, dass wir generell das HKW und alles ablehnen würden, ist doch Unsinn. Wir sagen: Das reicht an vielen Stellen nicht. Ja, uns reichen die Quoten nicht. Das ist doch bei euch genauso. Das reicht doch den Grünen auch nicht. Ich finde es dann schon erstaunlich, wenn ihr euch mit nur einer Prüfung über 50 Prozent als Kompromiss zufriedengebt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Das kann doch nicht der politische Anspruch sein, den eine grüne Partei und den eine SPD gegenüber einer Wohnungspolitik haben. Die Begründungszusammenhänge sind doch gerade eben genannt worden: Wir wollen tatsächlich, dass die Politik das Heft des Handelns hier in der Hand behält.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann muss man einen Antrag stellen! Ja, wenn man das will, muss man einen Antrag stellen! – Ratsherr Schreiber [SPD]: Da darf man aber keine faulen Kompromisse eingehen!)

– Da darf man keine faulen Kompromisse eingehen, das würde ich aber auch so sehen.

Wir wussten doch, dass es mit euch, also mit den Grünen, in dieser Form keinen Kompromiss geben wird – mit dem, wo wir da aufgeschlagen sind.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Woher wisst Ihr das?)

Noch einmal: Wir stehen für eine progressive Wohnungspolitik, die das Wohl der Mehrheit der Menschen in Düsseldorf im Blick hat. Das sind nun einmal diejenigen, die sich die übersteuerten

Preise hier nicht leisten können. Die Instrumente, die jetzt FDP, Grüne und CDU vorgeschlagen haben, sind aus unserer Sicht dafür nicht tauglich. So einfach ist das. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wir haben die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ich nehme an, der Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ersetzt die vorliegenden Änderungsanträge von CDU und von Bündnis 90/Die Grünen. Es wurde beantragt, getrennt abzustimmen. Ich nehme einmal an, das sind nicht die römischen Zahlen, sondern die arabischen Zahlen unter Ziffer 2, über die getrennt abgestimmt werden soll. Über III., um es ganz korrekt zu fassen, soll ebenfalls getrennt abgestimmt werden. Dann würde ich vorschlagen, dass wir zunächst die arabischen und anschließend III. einzeln abstimmen und dann das, was übrig geblieben ist von dem Änderungsantrag und anschließend die Vorlage der Verwaltung. Wollen wir so verfahren?

Wir beginnen mit 1. Darf ich dazu eine Verständnisfrage an die Antragsteller stellen? „In der Sonderregelung für Wohnhochhäuser“ – ist das so zu verstehen, dass Sie lediglich die halbe Anrechnung loswerden wollen? Sie sagen also: Wenn öffentlich geförderter Wohnraum entsteht, wird der zu gleichen Teilen – –

(Zuruf: Ja!)

Oder wollen Sie tatsächlich keinerlei öffentlich geförderten Wohnraum?

(Zuruf: Nein!)

– Okay, das wollte ich nur noch einmal geklärt haben.

Dann stelle ich zunächst 1. zur Abstimmung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, Tierschutz Freie Wähler, AfD, Republikaner, der Ratspirat und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind Die Linke, SPD und der Oberbürgermeister. Dann hat das eine Mehrheit.

Ziffer 2 ist die Verkürzung der Bindungsfrist von 25 auf 20 Jahre.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verlängerung auf 20 Jahre!)

– Nein, ich glaube, die Verwaltungsvorlage sieht 25 Jahre vor.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei der Verwaltung sind es zehn! – Zuruf: 25!)

In der Verwaltungsvorlage soll die Bindungsfrist auf 25 Jahre verlängert werden, Seite 27 von 31. Wer diese Bindungsfrist entsprechend auf 20 Jahre festlegen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, CDU, Grüne, Tierschutz Freie Wähler, der Ratspirat und die AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind Die Linke, die SPD, der Oberbürgermeister und der Republikaner. Dann ist auch dafür eine Mehrheit gefunden.

3. Startwert der preisgedämpften Miete auf 9,80 Euro. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind, glaube ich, dieselben, die beim ersten Mal dafür gestimmt haben. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist dieselbe Minderheit wie vorher. Es hat ebenfalls eine Mehrheit gefunden.

Jetzt die Prüfungsanträge, die Quotierung zu prüfen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind erneut die Antragsteller plus AfD plus Ratspirat plus Tierschutz Freie Wähler und der Republikaner. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind dieselben wie vorher.

Dann kommen wir zu 5.: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Das sind so ziemlich alle. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind lediglich die Linken, die dagegen sind.

Dann kommen wir zu III.: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind Die Linke und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen von der Linken und FDP ebenfalls mehrheitlich beschlossen.

Dann darf ich den Änderungsantrag – ich glaube, es ist alles übernommen worden – noch einmal der guten Form halber insgesamt abstimmen lassen. Wer dem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ratsherr Lukaschewski [CDU]: I. müssen wir auch noch abstimmen!)

– Ja, ich bin gerade dabei. Jetzt kommt nämlich alles dran. So hatte ich es vorher vorgestellt, und genau so wird es gemacht. Ja?

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wer dem Änderungsantrag insgesamt seine Stimme geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind erneut dieselben, die bei Ziffer 1 und 2 zugestimmt haben. Gegenstimmen? – Das sind ebenfalls die üblichen Verdächtigen.

Dann kommen wir zum Ausgangsantrag in der Fassung des Änderungsantrags. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls dieselben. Gibt es Gegenstimmen? – Ich enthalte mich diesbezüglich. Ich stimme nicht gegen meine Vorlage. Dann ist die Verwaltungsvorlage in der Fassung des Änderungsvorschlages angenommen.

44

Deutsches Foto-Institut – Identifikation eines Standortes

KUA/099/2020

44.1

Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda

RAT/250/2020

44.2

Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/240/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Dr. Strack-Zimmermann.

Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass wir alle der Meinung sind, dass das Foto-Institut, das Deutsches Foto-Institut Düsseldorf heißt, auch nach Düsseldorf gehört. Umso irritierender ist es, dass es sowohl in Berlin als auch im Land Nordrhein-Westfalen plötzlich andere Initiativen gibt.

Ich darf an der Stelle daran erinnern, dass es sich bei einem Haushaltsrecht um ein Gesetz handelt. Das heißt, im Bundestag hat der Haushalt beschlossen, 41 Millionen Euro für das Foto-Institut zur Verfügung zu stellen mit der Auflage, dass das Land das auch macht. Das Land hat das auch so gemacht. Das heißt, das Geld ist gebunden an das Deutsche Foto-Institut Düsseldorf.

Die derzeitigen Bewegungen diesbezüglich sind schon bemerkenswert. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich die Augen reiben. Ich bin sehr froh darüber, dass wir da alle an einem Strang ziehen. Wenn wir jetzt sehen, dass die CDU-Staatsministerin Frau Grütters eine hochkarätig besetzte Kommission – keine Frage – einberufen hat, ist es schon irritierend, dass unter anderem die ehemalige stellvertretende Direktorin des Museums Folkwang, welches bekanntlich in Essen ist,

Mitglied dieser Kommission ist – sie war übrigens bis 2012 Leiterin der dortigen Fotografischen Sammlung –, aber kein adäquater Fachmann oder keine adäquate Fachfrau aus Düsseldorf.

Meine Damen und Herren, wir sollten da dranbleiben. Ich bedaure es sehr – das sage ich an der Stelle auch –, dass Ministerpräsident Laschet an der Stelle auch ins Wackeln gerät. Das wird auch von unseren Haushältern bestätigt. Ich möchte erwähnen, dass selbst der Sprecher für Haushalt im Land, Ralf Witzel – ein Kollege von uns; er kommt aus Essen –, betont hat, obwohl natürlich sein Herz für Essen schlägt: Haushaltsrecht ist Haushaltsrecht.

Mein Wunsch oder unser Wunsch an dieser Stelle ist es bei der Vorlage der Verwaltung: Wir begrüßen es, dass wir uns jetzt auch über dieses Grundstück unterhalten, was Teil des ganzen Angebotes ist – dort, wo es hingehört –, aber wir bitten um einen Einschub in der Verwaltungsvorlage, nämlich dass der Zuschlag für dieses Grundstück nur zur Verfügung gestellt wird, sofern wir denn den Zuschlag so bekommen, wie er rechtlich auch festgeschrieben ist. Das heißt, sollte das nicht passieren, was wir wirklich alle nicht hoffen, darf in dem Moment – ich betone es nur noch einmal – das Grundstück keinen Freibrief für andere schöne Dinge bekommen, sondern in dem Moment gibt es keinen Freibrief mehr, dann bleibt das Grundstück, wie es ist. Wenn Sie das unterstützen würden, fände ich das gut. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir da sehr deutlich alle an einem Strang ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich darf darauf hinweisen, dass die Verwaltungsvorlage ausdrücklich sagt: dieses Grundstück Altstadt als Standort für das Deutsche Foto-Institut. Von daher, es ist alles gut. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen. – Ich habe jetzt Herrn Grenda auf der Redeliste. Ihm folgt Frau Gerlach.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger! Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass von den Vorlagen, die schon seit Monaten herumkursieren, zumindest ein Teil veröffentlicht worden ist und in der Vorlage dieses Konzept in der aktuellen Version – das ist nicht die alte Ursprungsversion – zumindest mal präsentiert wird.

Das, was ich nicht verstehe, ist, warum es diese Vorlage überhaupt noch auf diesem Ratsbeschluss gibt, denn es ist schon ein bisschen älter. Jeder hat die Presse gelesen: Am 11. Juni hat die Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung beschlossen, dass die Partnerschaft Deutschland GmbH, die hier auch schon öfter tätig war, eine eigenständige Machbarkeitsstudie rein für den Baukörper durchführen soll, und sagt neutral einmal für Essen, einmal für Düsseldorf: Bitte reicht die Pläne ein; ihr habt euch ja schon richtig Arbeit gemacht, dann bewerten wir das Ganze.

Das, was ich genauso lustig finde, ist – das kann man dem Künstlerportal oder dem entsprechenden Fotografenportal entnehmen –, dass es eine gemeinsame Idee war, man in Berlin vorstellig war und es dann dort zwei bestimmte Politiker gibt – einmal die Staatssekretärin und einmal derjenige, der für den Kulturhaushalt des Bundestages zuständig ist –, und der eine hat den Antrag da eingereicht, und der andere hat ihn dort eingereicht. Wir waren ein bisschen schneller, deswegen haben wir plötzlich die Zusage bekommen. Und deswegen geht man einfach davon aus, dass das so ist.

Ja, es ist korrekt, egal, wie Herr Gursky und Herr Weski damals das Ganze genannt haben, der Verein des Düsseldorfer Foto-Instituts ist eine Vereinsgründung, die erst viel später, nämlich am 29. November 2019, überhaupt eingetragen worden ist. Man muss dazu wissen: Im März 2019 saßen die aber schon in Berlin und haben angefangen, Diskussion über dieses Foto-Institut zu führen.

Ich finde es bemerkenswert, dass in der Vorlage die gesamten IDR-Pläne, die urplötzlich im August schon im Bundestag eingereicht wurden, bis heute noch nie vorgestellt wurden – außer diesem einen Bild. Das heißt – das kann man auch den entsprechenden Presseerklärungen entnehmen –, es gibt ein komplettes Baukonzept für dieses Foto-Institut in Düsseldorf. In der Verwaltungsvorlage sind sogar schon die Grundstücke mit den Tiefbaumaßnahmen und Sonstiges geprüft worden. Das bedeutet für mich, irgendjemand ist zur IDR gegangen und hat gesagt: Ihr seid damit erfahren, macht mal Pläne und sagt dann, wie teuer das Ganze ist. Dann wird intern das Ding einfach weitergegeben, ohne dass der Rat beziehungsweise die Politik eingebunden wird. Ich konnte auch nichts im Kulturausschuss oder in anderen Ausschüssen dazu finden, dass man einfach diese Grundstücke abgeben wollte.

Allerdings haben wir jetzt die Vorlage hier. Wir hatten drei Grundstücke, dort ist geplant worden. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe mir die Unterlagen von Essen angeschaut. Wenn wir mit diesem Grundstück auf diesem Platz mit 7,7 Millionen Euro für eine Kanalverlegung in diese Machbarkeitsstudie gehen, haben wir einen kleinen Nachteil, denn Essen hat diese Tiefbauprobleme nicht.

Ich habe mir mal die Pläne vom Abwasseramt kommen lassen: Einige Meter weiter gibt es keine Kanäle. Wir sollten mal lieber die Diskussion darüber führen – das tun wir aber nicht –, ob wir dieses Foto-Institut 50 Meter nach links verschieben. Dann ist zwar die Sichtachse etwas weg, aber es kostet keine 7,7 Millionen Euro. Aufgrund dessen habe ich einen Änderungsantrag eingereicht – den konnten Sie sich alle durchlesen –, der einfach darauf baut, was eigentlich aktuelle Rechtslage ist, nämlich das Erste, dass wir ein Bundesinstitut für Fotografie erst einmal alle toll finden, losgelöst davon, wohin es kommt. Das Zweite – das ist auch klar – ist, dass endlich die Unterlagen, die bis heute noch nicht eingegangen sind, obwohl sie seit Monaten bekannt sind, auch bei der Partnerschaft Deutschland GmbH mal eingereicht werden, weil es um das Bauprojekt geht und nicht um – was wir auch im Internet lesen können – das Düsseldorfer Institut oder das Bundesinstitut.

(Der Redner hält zwei Dokumente hoch.)

80 Prozent davon decken sich. Es gibt einige Differenzen. Ich sage ganz einfach: Ein Institut für die Fotografie ist wichtig. Ich als Pirat muss dazu sagen, für mich sind all diese alten Fotos eigentlich allgemein frei, daraus eine entsprechende Version zu machen. Ob man das vermarkten darf oder nicht, diese Diskussion sollte hier nicht geführt werden. Aber dieses Institut muss kommen.

Die weiteren Sachen sind: Wir brauchen natürlich das Grundstück. Das Grundstück gehört im Moment der Stadt. Wir müssen eine Freigabe erteilen; das tun wir auch weiterhin, allerdings nicht dort, wo es damals hingesetzt worden ist, sondern mit einer kleinen Berechnung, wie viele Meter wir noch nach rechts oder links gehen können, damit dieser Kanal nicht verlegt werden muss. Denn der Kanal verläuft nicht unter dem gesamten Hofgarten.

Deswegen hoffe ich, dass wir uns in dieser gemeinsamen Konkurrenzsituation im Wahlkampf gegen Essen stellen und einfach sagen: Wir haben die besseren Architekten, wir haben die besseren Stadtplaner. Und dann soll es bitte in einem freien und offenen Wettbewerb darum gehen, welches Haus das schönere ist. Das entsprechende Fachinstitut, das in Köln sitzt, aber das Institut nicht haben will, soll dann doch bitte sagen, welches das bessere Konzept für das Haus ist. Deswegen hoffe ich, dass wir gemeinsam hier ein Zeichen setzen und sagen: Ja, wir wollen dieses Foto-Institut, allerdings nicht so, dass wir die IDR schon beauftragen und denen alles abgeben, sondern bitte so, wie es aktuell ist, und dass zumindest ein Teil dieser Änderungsanträge übernommen wird, damit wir nicht Geld für ein Projekt ausgeben, was jetzt schon gescheitert ist, weil die Pläne in Essen gestern verabschiedet worden sind. Man kann es auch einsehen. Dort sind die Bauunterlagen ebenfalls schon veröffentlicht. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Gerlach. – Ihr folgt Herr Dr. Fils.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig sprachlos und will nur einmal sagen: Ich äußere mich hier zum Beispiel nicht zu Digitalem, weil ich dafür überhaupt kein Experte bin. Das können andere besser als ich. Aber so ein Wortbeitrag wie eben, der aus teilweise öffentlich zugänglichen Dingen besteht und teilweise aus Mutmaßungen – ich weiß nicht, ob dem Ganzen damit geholfen ist, würde ich mal sagen, aber ich will das auch nicht im Einzelnen kommentieren.

Ich möchte mich eigentlich Frau Strack-Zimmermann anschließen in ihrer Einschätzung der Lage und ihrem Dank auch an die Verwaltung, dass es jetzt weitergehen soll und dass mit diesem Beschluss, den wir heute fällen wollen, das Grundstück zur Verfügung gestellt wird. Ich würde noch etwas ergänzen wollen, und zwar – das ist vielleicht auch für dich, Frank Grenda, interessant –, dass es nicht nur darum geht, wo etwas hingesetzt wird, sondern wo eine Infrastruktur für ein Deutsches Foto-Institut vorhanden ist. Da geht es auch um die inhaltliche Infrastruktur, die wir in Düsseldorf sehr wohl haben.

In Düsseldorf ist Fotografie erst richtig groß geworden mit der Becher-Schule, und hier sind auch tolle Innovationen entstanden – im Bereich der Fotografie und vor allem natürlich im Bereich der künstlerischen Fotografie. Das sehe ich auch als Unterschied zu dem Standort Essen. Der Standort Essen hat sich immer sehr auf Dokumentarfotografie spezialisiert. Die haben dort auch Institute, die machen das toll. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber die Stadt Düsseldorf hat immer diese Künstler*innenschaft gehabt, die sich hier zusammensetzt, die hier Innovationen erreicht, die sich mit diesem Medium beschäftigt und die auch unsere lebendige Fotostadt Düsseldorf ausmacht. Das sehen wir auch daran, dass es eben schon lange die Bestrebung gibt, hier ein Foto-Institut einzurichten – weit vor dem Beschluss, überhaupt eine Expertenkommission einzurichten. In Berlin wurde schon lange daran gearbeitet, ein Foto-Institut einzurichten. Das ist leider in Düsseldorf so nicht gelungen.

Deswegen bringt sich auch der Verein zur Gründung des Deutschen Foto-Instituts so aktiv in diesen ganzen Prozess ein, weil die Idee eben schon so alt ist. Daran kann man auch sehen, dass wir hier einfach diese aktive Künstlerschaft haben, die Dinge vorantreibt, die die Dinge vielleicht auch ein bisschen anders denkt, als das in Essen möglich sein könnte, und die wir – das muss ich noch ganz kurz dazu sagen – als Ampel immer unterstützt haben. Zum Beispiel haben wir das Foto-Festival eingerichtet. Wir haben hier den Fotografie-Standort gestärkt, indem wir der Verwaltung den Auftrag gegeben haben, das Bernd-und-Hilla-Becher-Haus zu sichern und auch den Nachlass zu sichern, der sich noch darin befindet. Das Deutsche Foto-Institut hier nach Düsseldorf zu holen, ist inhaltlich begründet und passt auch genau in diese Maßnahmen, die wir die ganze Zeit schon angestrebt haben.

Jetzt noch einmal kurz: Wir haben hier einen Änderungsantrag als Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD eingebracht. Ich hatte letztes Mal schon gesagt, wie schwierig es insbesondere für uns Grüne – aber ich glaube, auch andere sind davon betroffen – ist, über diesen Standort im Hofgarten zu reden, und dass wir uns eigentlich nicht zwischen dem Hofgarten und dem Deutschen Foto-Institut entscheiden möchten. Ich glaube, dass uns mit dem Antrag, den wir heute einbringen, der Spagat gelungen ist, beides miteinander zu verbinden. Deswegen bin ich froh, dass wir ihn hier vorlegen.

Wir haben gesagt: Der Hofgarten beziehungsweise der Schutz dessen ist uns enorm wichtig. Das haben wir in dem Antrag auch noch einmal begründet. Wir sehen aber, dass die versiegelte Fläche, auf dem jetzt das Gelände des Gartenamtes beziehungsweise der Bauhof ist, bebaut werden kann. Dazu müssen aber aus unserer Sicht bestimmte Rahmen- und Richtlinien eingehalten werden.

Ich will das nur exemplarisch einmal deutlich machen. Ganz klar und sicher ist natürlich für die Grünen: Der Baumschutz ist uns enorm wichtig. Die Bäume gehören auch zum Hofgarten. Wir möchten die vorhandenen satzungsgeschützten Bäume in der Randbepflanzung vollständig erhalten. Das muss auch den Wurzelraum einschließen, sonst können sie nicht erhalten bleiben.

Das ist dann natürlich hinsichtlich der Kanalbauarbeiten des Tiefbaus, der Baustelleneinrichtungen und dergleichen alles schon vorzuplanen, sodass klargestellt wird, dass diese Bäume bei der Baumaßnahme nicht sterben.

Wir haben noch einmal gesagt: Der Denkmalschutz ist uns wichtig. Die Planung soll also mit den Belangen des Denkmalschutzes Hofgarten und Ehrenhof abgestimmt werden. Und natürlich muss das Gebäude in Masse, Form und Material dem Gartendenkmal Hofgarten und dem entsprechenden Parkpflegewerk angepasst werden.

Uns ist es auch besonders wichtig – aber ich sehe uns auch sozusagen in der Linie vom Verein zur Förderung des Deutschen Foto-Institutes –, eine ökologische Bauweise für das Gebäude zu wählen. Wenn man über Kunst und Kultur spricht, dann gehört auch, finde ich, Innovation dazu, weil sich das einfach gut verbindet und auch gut passt. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen eine ökologische Bauweise. Das Gebäude muss vollständig mit erneuerbaren Energien und ohne lokale Emissionen betrieben werden können. Die Baumaterialien sollen zu einem möglichst hohen Anteil aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen, zum Beispiel eine Holzbauweise. Wir möchten auch das Cradle-to-Cradle-Prinzip, wie wir es auch schon beim Verwaltungsneubau eingebracht haben, hier zum Tragen kommen lassen.

Letzter Punkt: der Betriebshof. Wenn der Betriebshof verlagert wird, möchten wir nicht, dass er an einer anderen Stelle am Hofgarten sitzt, damit dort dann satzungsgeschützte Bäume gefällt werden müssen. Wir möchten, dass im Umfeld des Hofgartens irgendwo eine Ersatzfläche gefunden wird, aber wir wollen nicht, dass dort Bäume für die Umlagerung gefällt werden. Das haben wir hier auch noch einmal sehr deutlich festgelegt.

Ich hoffe, dass Sie diesem Änderungsantrag zustimmen können. Ich denke, es behindert nicht, sondern verbindet Hofgarten und Foto-Institut an diesem Standort sinnvoll. Es wird auf jeden Fall ein spannendes Verfahren begünstigen, das auch einen spannenden Architekturentwurf hervorbringen kann mit der ökologischen Bauweise und in die Zukunft gerichtet.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Fils. – Ihm folgt Frau Mohrs.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Ich fange einmal ausnahmsweise mit Herrn Grenda an. Herr Grenda hat nämlich bestimmt fünfmal die Worte „besser“ oder „bestens“ gesagt. Ja, ich erlaube mir als Kunsthistoriker, das zu sagen: Die Fotografie, insbesondere die aktuelle Fotografie, die Künstlerfotografie ist eindeutig besser in Düsseldorf als in Essen. Wenn wir das als Wettbewerbskriterium nehmen, ist das auf jeden Fall eine Punktlandung für Düsseldorf, auch wenn es in Essen früher Herrn Steinert gegeben hat und durchaus auch eine Hochschule mit Anspruch im Bereich Fotografie.

Aber Düsseldorf ist in vielen Bereichen einfach der bessere Standort, sei es von der Stadt selbst, von der Lage, von der Kunstakademie und von allem, was hier mit Enthusiasmus auf einer breiten Welle der Künstlerschaft vorbereitet worden ist. In Vertretung für den Bürgermeister Conzen und Vorsitzenden des Kulturausschusses, der heute leider nicht dabei sein kann, erlaube ich mir zu sagen: Ja, auch im Kulturausschuss haben wir des Öfteren darüber gesprochen und ganz eindeutig Position bezogen. Nur darum geht es auch heute, zu sagen: Wir, die Stadt Düsseldorf, wollen eindeutig dieses Foto-Institut nach Düsseldorf bringen, und zwar mit großer Einigkeit wahrscheinlich.

Ich hoffe, dass wir gleich über alle Parteien hinweg die Unterstützung dafür geben, dieses Institut nach Düsseldorf zu holen, und dass wir versprechen und hier heute auch beschließen, alles Notwendige dafür zu tun. Dazu gehört auch die Selbstverständlichkeit – zumindest für uns von der CDU –, dass das mitgetragen wird, was in dem Antrag der Grünen steht, dass die Bauweise

anspruchsvoll zu erfolgen hat, dass ökologische Elemente darin sind und – ich betone das – auch eindeutig nicht so, wie manche Bilder es in den letzten Monaten suggeriert haben, dass etwa parallel zum Forum NRW ein kompletter Riegel am Hofgarten zum Ehrenhof hin gebaut wird, sondern dass lediglich die bereits genutzte Fläche und teilweise versiegelte Fläche, auf der Autos stehen, auf der kleine Gebäude stehen, vom Gartenamt natürlich unter Abzug der wertvollsten Bäume genutzt wird. Das funktioniert auch. Das reicht aus. Dazu ist die Stadt Düsseldorf bereit, die entsprechende Vorleistung zu erbringen. Deshalb hier möglichst gleich im breiten Konsens ein Ja sowohl zu dem Basisantrag als auch zu allen Ergänzungen, die im Zusatzantrag stehen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Mohrs.

Ratsfrau Mohrs (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns hier alle einig. Es ist schon sehr viel Inhaltliches genannt worden. Sie haben ein umfassendes Konzept zum Foto-Institut hier vorliegen. Jeder weiß, wie wichtig es ist für unsere Stadt bei der Fotogeschichte, die wir hier haben und die sich auch weiterentwickeln muss. Wir wollen auch das, was ist, bewahren. Daher ist es gut, dass wir heute dieses Bekenntnis abgeben. Ein Signal muss wirklich von Düsseldorf ausgehen, dass wir sagen: Ja, wir geben jetzt dieses Grundstück und, Frau Strack-Zimmermann, genau für diesen Zweck. Das ist klar, aber ich werde auch noch einmal zustimmend sagen: Es ist ganz selbstverständlich, dass es für diesen Zweck bestimmt ist.

Wichtig war auch der Änderungsantrag. Daran hat unsere Fraktion auch mitgearbeitet, dass Belange wie Baumschutz, Denkmalschutz, Aufwertung beachtet werden, dass die Planung die Kante zwischen Ehrenhof und Hofgarten nicht schließen darf, sondern dass die Verbindung verbessert werden muss, ebenso diese ökologische Bauweise. Es ist wichtig, dass das alles jetzt noch einmal eingebracht wurde. Ich freue mich darauf, wenn wir heute so hinausgehen und sagen können: Es kommt nach Düsseldorf, der Haushaltsausschuss des Bundestages hat die Mittel bereitgestellt, ebenso die Landesregierung, und wir sind jetzt auch bereit. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Mohrs. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schlage vor, wir stimmen zunächst über den Ergänzungsantrag ab und dann über den Grundantrag.

Wer dem Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen bei den Linken.

Wer dem Grundantrag der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Drei Enthaltungen der Linken. Damit einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich immer, wenn die Verwaltungsvorlagen auf breite Zustimmung stoßen. Hierüber freue ich mich ganz besonders. Ich darf Ihnen sagen: Wir werden unverzüglich die Freigabe der bewilligten Mittel jetzt auch beantragen. Vielen Dank.

46

Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von Ökostrom für alle städtischen Gebäude

RAT/146/2020/1

46.1

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda

RAT/252/2020

46.2

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP

RAT/241/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Bellstedt.

Ratsfrau Bellstedt (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier auch einen Meilenstein, nämlich für den Klimaschutz, den wir jetzt hier beschließen können, nämlich die Ausschreibung von Ökostrom für die gesamten städtischen Gebäude. Das ist immerhin mit einer Einsparung an CO₂ von 33.000 Tonnen verbunden. Das ist ein guter Schritt in die Richtung, die wir haben wollen, nämlich 2035 klimaneutral zu sein.

Wir haben hierzu einen Änderungsantrag vorgelegt, der im Grunde noch einmal einen Schritt in Richtung Photovoltaik-Offensive weitergeht. Wir wollen nämlich, dass hier die Photovoltaik-Leistungen in Höhe von mindestens 3 Prozent mit ausgeschrieben werden, und wir wollen vor allem dies natürlich in Düsseldorf realisiert wissen. Wir haben in Düsseldorf ein Potenzial von mehr als 12 Quadratkilometern Dachfläche für Photovoltaik-Anlagen. Die wollen wir nutzen, und deswegen möchten wir diese Ausschreibung in diese Richtung ergänzen.

Wir haben auch noch die Frage der Stromausschreibung für die Straßenbeleuchtung dazu. Das ist hier in der Vorlage nicht so richtig erkennbar. Ich hörte aber, es ist mittlerweile möglich, dass auch diese Ausschreibung, die schon im Gange ist, noch angepasst werden kann. Daher wäre meine Bitte, ob die Verwaltung das noch einmal bestätigen könnte. Dann würden wir das gern auch in unseren Antrag aufnehmen. – Danke schön.

(Beifall von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Geisel: Frau Stulgies.

Beigeordnete Stulgies: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Verwaltung begrüßt, wenn die Photovoltaik-Anlagen, die es schwerpunktmäßig in Düsseldorf auf den Dächern geben soll, möglichst ortsnah, also in Düsseldorf, verwirklicht werden. Es ist aber so, dass wir diese Leistungsverträge entsprechend diskriminierungsfrei ausschreiben müssen. Wir prüfen aber, ob das nicht noch im Wege der Verhandlungen mit eingebaut werden kann. Wir brauchen natürlich auch genügend Dächer. Die Privaten können wir nicht zwingen, aber wir können dafür werben, und städtische Gebäude stehen dann möglicherweise auch noch zur Verfügung, sodass ich das jetzt nicht an dieser Stelle zusichern kann, aber wir wollen auch in diese Richtung entsprechend verhandeln.

Zu der zweiten Frage: Beim Verfahren zu der Beleuchtung, zu dem Ausschreibungsverfahren haben wir noch einmal nachgefragt. Es ist in einem solchen Stadium, in dem wir das noch nachschärfen können und die scharfen Anforderungen des Umweltamtes auch noch mit in das Ausschreibungsverfahren mit aufnehmen können. – Danke.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wunderbar!)

Oberbürgermeister Geisel: Prima. – Dann ist jetzt Herr Simon an der Reihe.

Ratsherr Simon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Ökostrom für die städtischen Gebäude in dieser sauberen Form beziehen zu können, ist seit langer Zeit ein Wunsch des Umweltausschusses. In der Vergangenheit war das so nicht möglich. So ist der Öko-Cent entstanden. Da haben wir gesagt, dass wir das Geld nehmen, das wir an Mehraufwendungen hätten für den Bezug dieses Stroms, und das in CO2-minimierende Maßnahmen investieren. Das heißt, in städtischen Gebäuden haben wir in BHKW investiert, wir haben PV-Anlagen auf die Dächer gebracht und haben somit auch einen Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Das war im Umweltausschuss immer sehr konsensual. Das war nie eine Frage.

Heute haben wir die Möglichkeit, den Strom in dieser Form zu beziehen, auch wenn der Teufel da vielleicht im Detail stecken wird. Ich habe mich gestern mit der Beigeordneten darüber unterhalten, und wir waren uns nicht ganz einig oder vielleicht gehe ich jetzt auf Ihre Linie ein, aber wir sparen nun 33.000 Tonnen CO2 auf einen Schlag ein. Das ist sehr viel. Aber dagegen gerechnet werden müssen natürlich auch die CO2-mindernden Maßnahmen, die wir über den Öko-Cent realisiert haben. Das gehört zur Wahrheit mit dazu, und da ist die Vorlage etwas ungenau. Dennoch ist es sehr zu begrüßen, dass wir uns auf einen Schlag von so viel CO2-Immissionen befreien können.

Wenn Sie sich die Ausschreibekriterien, die europaweit gelten, ansehen, wird es möglicherweise auch nicht ganz leicht sein, das Ganze umzusetzen. Man kann nur hoffen, dass uns da nicht noch irgendwelche Schwierigkeiten ins Haus stehen, weil es doch sehr, sehr hohe Anforderungen sind. Aber im Grundprinzip gibt es noch die Hoffnung bei diesem Ökostrom, obwohl er so hohen Anforderungen unterworfen ist, wenn wir ihn doch günstig beziehen, da haben wir eine Range von 105.000 Euro im Best Case und 840.000 Euro im Worst Case. Da bleibt, wenn es gut läuft, noch etwas übrig, was wir dann auch noch in CO2-mindernde Maßnahmen investieren können.

Im Grundprinzip ist dazu gar nicht viel mehr zu sagen. Es ist schon sehr lang geredet worden. Wir haben noch 40 andere Tagesordnungspunkte, die wir gleich bearbeiten müssen. Damit will ich es auch bewenden lassen. Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen können wir sehr gut zustimmen, da gehen wir gern mit. Die CDU begrüßt das Ganze und wünscht eine glückliche Hand bei der Ausschreibung. Wir hoffen, dass dann auch unsere Stadtwerke dort zum Zuge kommen werden, dass es auch möglich sein wird, dass es bei uns im Haus sozusagen bleibt.

Oberbürgermeister Geisel: Wir sind aber noch nicht durch mit der Redeliste. Jetzt ist Herr Grenda an der Reihe. Ihm folgt Frau Vorspel.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke, dass der Antrag von eben gar nicht abgestimmt worden ist, aber egal. Hier ist es ja das Gleiche. Ich gebe den Kollegen recht: Es ist das erste Mal, dass wir eine Vorlage haben, bei der man sagt: Oh, Ökostrom ist gut. Alles super. Ich muss aber ganz einfach mal an die Verwaltung und auch an alle, die hier sitzen, die Frage stellen: Hat sich überhaupt schon mal jemand mit dem Strommarkt in Deutschland beschäftigt?

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Lachen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Außer dir natürlich niemand! – Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Es ist einfach so, dass wir einen Netzbetreiber haben, der für den Stromeinkauf in unserem Netz aufgrund der Gesamtlast zuständig ist. Man kann einfach schauen: Wie viel Strom von dem, was irgendwo im Netz eingespeist wird, kommt tatsächlich in Düsseldorf an? – Man kann jetzt darüber lachen.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Es ist aber jetzt einfach so: Zu Hause mit 3.000, 6.000, 10.000 Kilowattstunden kann man wenig daran tun. Man kann einen Ökostromanbieter nehmen, der irgendwo Ökostrom produzieren muss und dann einspeist, und dann ist der Gesamtmix im Stromnetz immer mehr grün. Jetzt gibt es die erste große Hürde, das sind 100.000 Kilowattstunden. Jeder, der eine Firma hat, weiß, dass es dort ganz andere Möglichkeiten gibt. Die zweite große Hürde sind 1 Million Kilowattstunden. Die Verwaltungsvorlage sagt selbst: Wir verbrauchen nicht 20.000, wir verbrauchen nicht 1 Million, sondern wir verbrauchen 105 Millionen Kilowattstunden. Ja, ich gebe der Verwaltung recht, wir haben einen kleinen Hinkefuß: Wir haben nicht nur einen Endabnehmer oder einen Übergabepunkt. Ich möchte gar nicht wissen, wie viele Übergabepunkte wir insgesamt haben. Aber auch darüber haben die Bundesregierung und auch die Landesregierung schon lange nachgedacht, und zwar haben Sie das Recht, wenn Sie ein Verbraucher, ein Kunde mit mehr als 500 Übergabepunkten sind, selbstständig in den Strommarkt einzutreten. Das ist bis heute nicht passiert. Warum? – Weil wir einen Stromabnahmevertrag hatten. Dieser läuft jetzt aber aus.

Es ist einfach so, wenn wir Ökostrom haben möchten: Es gibt einmal den Anlagenbetreiber, der Strom einspart, und wir haben denjenigen, der den Zähler betreibt und den Strom abnimmt. In der Vorlage – das, was Sie fordern – haben Sie selbst aufgeführt: HKN-Zertifikate. Das, was ich nicht verstehen kann innerhalb der Verwaltung und auch nicht in der Politik – deswegen wird auch mit Sicherheit mein Antrag wieder abgelehnt –, ist, dass wir den Bereich des Händlers entsprechend stärken, weil auch unsere Stadtwerke Düsseldorf Händler und EWU zugleich sind. Dieses Geld, das einen Händler im Strompreis beinhaltet, müssen wir als Stadt eigentlich gar nicht bezahlen, denn wenn ich den Vertrag direkt abschließe – das ist ein Portal, daher kann ich Ihnen sagen: Das kostet 75 Euro im Monat und 1 Cent pro Abnahmestelle –, bekomme ich grünen Strom und kann einfach sagen: Meinen Strom verbrauche ich. Ich kann einen Direktvertrag zwischen dem Anlagenbetreiber und dem Abnehmer abschließen – allerdings, wie gesagt, erst ab 1 Million Kilowattstunden komplett. Das machen für uns die entsprechenden Händler wie die Stadtwerke.

Deswegen habe ich auch das System eingebracht. Ich möchte einmal daran erinnern: Dieser Rat selbst hat 2013 diese neue Idee der Rheinwerke hier in Düsseldorf gegründet, wo die Stadtwerke Köln und Düsseldorf damals ganz laut gesagt haben: Wir bauen Photovoltaik hier bei uns in der Nähe, und dann können wir das bei uns einspeisen und haben dann einen größeren Strommix.

Wenn man sich auf dieser Plattform einloggt – das kann jeder normale Bürger –, sieht man auch ganz deutlich, wie viele Stromzertifikate im Moment die Stadtwerke Düsseldorf tatsächlich einkaufen, damit sie uns als Bürger verkaufen können, wie viel grünen Strom sie angeblich im Stromnetz haben. Das ist nämlich das, was man einfach macht: Man kauft sich für 43 Cent pro Megawatt ein Stromzertifikat und kann sagen, dass man grünen Strom hat. Deswegen kann ich es auf der einen Seite nur begrüßen. Ich hoffe, dass der Öko-Cent weiterhin erhalten bleibt. Ich werde noch einige Tage hier sein. Ich werde mit Sicherheit noch die Anfrage stellen, wie viel von diesem Öko-Cent tatsächlich investiert worden ist. Denn bei allen Anfragen, die bisher gestellt worden sind, hieß es immer: Nur ein Blockheizkraftwerk wurde dafür errichtet – oder mehrere. Direkte Maßnahmen, wo wir selbst eintreten, sind leider Fehlanzeige.

Weil ich ja zur Erheiterung beitrage: Ich möchte nur sagen, dass alle Anlagen – das sind insgesamt 324 hier in Düsseldorf – ab 01.01.2021 ebenfalls HKN-fähig sind. Das heißt, man kann jetzt schon Anträge stellen. Das sind nämlich all diejenigen, die vor 10 oder 20 Jahren entsprechend gefördert worden sind. Auch die bekommen diese. Dort kann die Stadt direkt beziehen. So brauchen wir keine entsprechende Abgabe mehr an die Stadtwerke zu bezahlen, sondern nur noch den reinen Durchleitungspreis, und der liegt bei insgesamt 4 Cent in dieser schönen Stadt. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt ist Frau Vorspel an der Reihe.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns natürlich, dass der Ökostrom Thema hier in der Ampel ist. Wir wünschen uns natürlich auch, dass der Öko-Cent nicht abgeschafft wird.

Jetzt möchte ich gern kurz etwas zum Ökostrom selbst sagen. Sie kennen alle das neue Design des ICE, vorn mit einem schönen grünen Streifen, und alle, die mit dem ICE fahren, fahren mit Ökostrom. Das ist toll für die Leute, die dann ein gutes Gefühl haben. Es ist schlecht für die Bilanz der Güter auf der Bahn, weil die prozentual entsprechend mit mehr Kohle- und Atomstrom fahren. Sie haben sicherlich alle die Bilder von dem AKW in Philippsburg, das vor kurzem in die Luft gejagt worden ist, noch im Kopf. Das war für mich als Atomkraftgegnerin ein sehr schönes Bild. Die Bahn war Hauptbezieherin von diesem Atomkraftwerk in Philippsburg. Jetzt haben sie Verträge mit Datteln. Sie kennen sicherlich alle die Probleme mit Datteln. Darum müssen wir uns auch kümmern.

Hier in Düsseldorf gilt dieselbe Prozentrechnung. Herr Simon, das sind nicht unsere Stadtwerke. Die CDU hat unsere Stadtwerke verkauft.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Genau so ist es!)

Diese Stadtwerke gehören zu mehr als 50 Prozent der EnBW, und das sind nach wie vor Kohle- und Atomkraftwerksbetreiber. Wenn wir von den Stadtwerken Düsseldorf, die leider nicht mehr uns gehören, –

(Zuruf von der CDU)

– Ökostrom beziehen, dann bekommen natürlich die anderen Kunden prozentual mehr Atom- und Kohlestrom. Es gibt nicht mehr als 100 Prozent. Irgendwo muss es bleiben. Deswegen ist es ganz wichtig, dass man, wenn man Ökostrom kauft, diesen von einem Stromanbieter kauft, der 100 Prozent Ökostrom anbietet. Stromanbieter, Herr Grenda, unterscheiden sich von Netzanbietern dadurch, dass sie Strom verkaufen. Netzanbieter sind die Stadtwerke Düsseldorf, die kann man sich nicht aussuchen, die sind festgelegt, aber Stromanbieter kann man sich aussuchen. Das ist das Schöne, man kann sich nämlich einen Ökostromanbieter aussuchen. Und nur, weil wir diese vier und mittlerweile fünf Ökostromanbieter am Markt haben, ist der Ökostrom preiswerter geworden, heutzutage wirtschaftlich preiswert. Ich muss sie einfach noch einmal nennen: Das sind die EWS, Greenpeace, naturstrom, LichtBlick, und in München gibt es auch noch einen Anbieter. Nur dann macht es wirklich Sinn.

Ich beziehungsweise unsere Fraktion Die Linke insgesamt möchte an Sie appellieren, dass eben darauf geachtet wird, dass richtiger, hundertprozentiger Ökostrom genommen wird. Sonst kann man sich die ganze Sache schenken. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kollegin Vorspel, ja, wir wollen nicht einfach eine weiße Weste haben: Toll, wir haben Ökostrom – das Beispiel mit der Deutschen Bahn hat das klargemacht –, sondern dazu dient unser Änderungsantrag. Wir wollen, dass nicht 100 Prozent Ökostrom neu aufgeteilt werden, sondern dass es mehr wird. Deshalb der Punkt: Nach und nach sollen Neuanlagen genutzt und aufgebaut werden. Zudem sagen wir: Nicht nur Neuanlagen irgendwo, sondern hier in der Stadt soll im Laufe der Jahre mehr Ökostrom produziert werden, sodass wir 2035 auch eine Punktlandung machen können. Genau das ist unser Anliegen, und das steht in dem Antrag. Ich bin auch sicher, dass wir das diskriminierungsfrei hinkriegen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schlage vor, wir verfahren wieder wie üblich: Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge ab und dann über die Verwaltungsvorlage. Vielleicht beginnen wir mit dem Änderungsantrag von Herrn Grenda. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind AfD,

Tierschutz Freie Wähler, der Ratspirat und der Republikaner. Gibt es Gegenstimmen? – Das scheint mir die Mehrheit zu sein. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Ampelfraktionen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen von der AfD und einzelne Gegenstimmen der CDU.

(Zuruf von der CDU: Nein, alle!)

– Es gibt keinen Fraktionszwang. Also einzelne Gegenstimmen der CDU. Gibt es Enthaltungen? – Ich nehme an, die CDU hat jetzt nicht vollständig abgestimmt. Ich glaube aber, es ist unbestritten, dass der Änderungsantrag eine Mehrheit hatte.

Dann lasse ich jetzt die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen in der Fassung des angenommenen Änderungsantrags natürlich und in der Strich-1-Fassung natürlich auch. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei Tierschutz Freie Wähler. Dann ist sie mit sehr breiter Mehrheit so beschlossen. – Vielen Dank.

50

Handlungskonzept zur Parkraumbewirtschaftung: Erweiterung des Bewohnerparkens OVA/049/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine interessante Vorlage, die im Grundsatz sehr gut ist, aber sie fängt ein bisschen merkwürdig an. Uns wird hier seit fünf oder sechs Jahren erzählt: Menschen kaufen keine Autos mehr – egal, ob mit Verbrennungsmotor, Elektro oder sonst etwas. In der Vorlage steht das Gegenteil: steigende Zulassungszahlen in Düsseldorf, aber auch steigender Verkehr. Im Grunde ist diese Vorlage ein Stück weit eine Bankrotterklärung der Verkehrspolitik der letzten sechs Jahre der Ampel. Das nur einmal vorweg.

Vom Grundsatz her leben wir in Düsseldorf immer mit dem Problem, dass wir zu viele Fahrzeuge bei zu wenig Platz haben. Jetzt kann man trefflich darüber streiten, wie wir das Problem in den Griff bekommen. Vom Grundsatz her kann man mit Parkraumbewirtschaftung hier einen Baustein aufgreifen. Dagegen sind wir auch grundsätzlich nicht. Wir glauben aber, dass das hier noch zu kurz gefasst ist. Uns erscheint das mehr wie eine Art Informationsvorlage, die noch erheblich nachgebessert werden muss. Man hat das Gefühl, wir kippen erst einmal das Kind mit dem Bade aus – über bestimmte Stadtteile, über bestimmte Bereiche, wo der Bedarf insbesondere hoch ist, wie in den Gründerzeitvierteln. Aber was uns fehlt – das steht auch in der Vorlage –, ist die konkrete Beschreibung, in welchen Bereichen welche Straßen eigentlich von den neuen Gebieten umfasst werden sollen. Wenn wir das beschließen, geben wir der Verwaltung zwar den Auftrag, es hätte aber genauso sein können, wir unterrichten den Rat über den Status quo, und wenn wir ein Jahr weiter sind, dann wissen wir auch, in welchen Straßen wir das genau machen, und dann kommen wir mit der Beschlussvorlage.

Hier wird so getan, als würde etwas passieren, aber wenn man es genau liest, merkt man, das ist eine Ankündigungsbeschlussvorlage. Vielmehr ist es inhaltlich nicht. Uns fehlen dazu flankierende Maßnahmen. Hier wird von Parkraumbewirtschaftung gesprochen, es wird aber nicht erklärt, wie den Menschen vor Ort tatsächlich geholfen wird. Es steht nichts dazu, wie zusätzlicher Parkraum geschaffen wird. Wir haben gestern schon über Park+Ride-Parkplätze gesprochen. Anwohnerquartiersgaragen und Ähnliches fehlen ein Stück weit in dieser gesamten Vorlage.

Wir wissen, dass wir in bestimmten Stadtteilen ganz genau hinschauen müssen. Wir haben Probleme rund um das Daimler-Werk. Wir haben Probleme um den Bereich des Flughafens. Ich kann das bei mir auch sagen: Im Bereich Urdenbach gibt es ein großes Krankenhaus, dort soll jetzt auch ein Anwohner- oder Bewohner-Parkgebiet geschaffen werden. Das wird aber zunächst einfach nur dazu führen, dass die Menschen, die dort zurzeit noch kostenfrei parken, einfach zwei Straßen weiter parken. Ob das tatsächlich das nachhaltige Ergebnis und Ziel einer solchen Vorlage sein kann, darüber sollten wir hier oder viel besser im Fachausschuss intensiv diskutieren, wenn wir genau wissen, auf welchen Straßen beziehungsweise welchen Umfang die einzelnen Gebiete tatsächlich dort haben werden.

Wir haben noch einen zweiten Kritikpunkt an dem Programm. Wir haben in Düsseldorf viele Gewerbetreibende, die vor Ort in den Stadtteilen tätig sind. Das sind nicht die Handwerker, sondern viele Dienstleister, die auch viele Fahrzeuge haben. Im Moment sieht es so aus, als würde die Verwaltung einem Betrieb nur einen Anwohner- oder Bewohner-Parkausweis für ein Fahrzeug geben. Für die weiteren Fahrzeuge bekommt dann der Dienstleister mitgeteilt: Da könnt ihr schauen, wo ihr Fahrzeuge irgendwo unterstellen könnt, wenn ihr private Stellplätze anmietet. Das halten wir für wirtschaftsfeindliche Politik an der Stelle; denn immerhin lässt eine ganze Reihe von diesen Unternehmen eine Menge Gewerbesteuer in unserer Stadt. Da müssen wir zumindest auch mal ein Konzept entwickeln, wenn wir tatsächlich gemeinsam solche Parkraumbewirtschaftungssysteme hier nach vorn bringen wollen.

Das, was in der Vorlage völlig offen bleibt, ist der Preis. Es wird kein Wort über die Höhe der Parkgebühren erwähnt. Das ist auch ein Punkt. Wir haben verschiedene Stufen, und da müssen wir auch mal schauen, was am Ende des Tages darüber kommen soll. Das ist vielleicht auch für den Haushalt interessant. Das, was auch fehlt, sind die Bewirtschaftungszeiten. Auch das kann ganz interessant sein. Wir haben bestimmte Park- und Anwohnerparkgebiete, die seit Jahrzehnten relativ gut funktionieren. Dort fahren morgens die Bewohner mit Fahrzeugen, die im öffentlichen Straßenraum fahren, zur Arbeit, gleichzeitig kommen Pendler, die gebührenpflichtig dort parken, und gehen in diesem Wohngebiet oder in diesen Gebieten ihrer Arbeit nach. Wenn sie dann um 16 oder 17 Uhr wieder nach Hause fahren mit ihren Fahrzeugen, machen sie quasi wieder den Platz für die Fahrzeuge der Bewohner, die dort leben, frei. Das sind sehr vernünftige Systeme, die sich bewährt haben. In dieser Art und Weise muss man sehr genau hinschauen. Frau Strack-Zimmermann wohnt in einem solchen Gebiet, und ich finde, das ist ein Vorzeigebispiel in der Carlstadt, wie es funktionieren könnte. Da muss auch nachgesteuert werden an der einen oder anderen Stelle, das ist sehr arbeitsintensiv. Wir glauben eben, dass da noch eine Menge Arbeit zu machen ist.

Wir würden, wie gesagt, das Konzept zunächst zur Kenntnis nehmen, sehen es aber aus Sicht der CDU noch nicht als beschlussreif, weil uns wesentliche Punkte an der Stelle noch fehlen. Deswegen können wir der Vorlage hier und heute an dieser Stelle in der vorliegenden Form noch nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In bestimmten Punkten teile ich Ihre Einschätzung, Herr Kollege, was den Zeitpunkt angeht. Wir müssten da eigentlich wirklich in eine andere Geschwindigkeit kommen. Manches hat mich in Ihren Ausführungen auch überrascht, weil ich Sie bisher nicht so erlebt habe, dass das Parkraummanagement auch ein wichtiger Punkt für Sie ist. Das freut mich aber, weil ich glaube, das können wir von anderen Städten lernen. Keine Stadt, die sich auf den Weg gemacht hat, eine erfolgreiche Verkehrswende einzuleiten, hat das ohne Parkraummanagement geschafft. Man kann dabei einiges falsch machen, das ist gar keine Frage, aber man muss an das Thema heran. Es kann nicht sein, dass wir kostbaren Straßenraum, öffentlichen Raum umsonst zur Verfügung stellen,

sodass jemand dort 23 Stunden am Tag sein Auto abstellt. Hinter dem Bahnhof umsonst! Ganz nah in der Einkaufsstadt an der Bendemannstraße, Nähe Schadowstraße wird um das Parkhaus herum Straßenraum umsonst angeboten. Das ist absurd. Wir müssen schauen, wie wir dort auch den Raum sinnvoll nutzen. Da geht es um Neuaufteilung von Straßenraum.

Es geht aber auch darum, dass wir sagen: Wenn du ein Haus baust, brauchst du auch einen Stellplatz; das müsst ihr in die Kosten einbeziehen. Wenn du eine Wohnung mietest oder eine Eigentumswohnung kaufst, zu der ein Stellplatznachweis gehört, musst du den Stellplatz auch mit bezahlen. Und die anderen sagen: Ich möchte umsonst in der Straße parken. Das ist ein Punkt, an den wir, wie wir glauben, ranmüssen, und zwar an die Frage: Was kostet eigentlich die Stadt die Zurverfügungstellung von Anwohnerparkplätzen? Das ist eine Frage, die können wir nicht lösen ohne die Bundesebene. Es ist festgelegt: Mehr als 30 Euro im Jahr ist nicht drin. Aus Untersuchungen wissen wir ziemlich gut, dass schon etwa 200 Euro die Unterhaltungskosten sind, die die Stadt zu tragen hat. Das ist eine Gerechtigkeitsfrage in den Quartieren. Deshalb ist das Mindeste, dass man das Anwohnerparken einführt, weil es ein ordnendes und störendes Element ist.

Ich bitte darum – das hatten wir im Ausschuss auch als Beschlussempfehlung gegeben –, dass wir bei den neu einzurichtenden Quartieren – über die stimmen wir jetzt nicht ab; es gibt hinten eine Karte, welche das wären, aber die werden dann im Konkreten noch einmal in den Bezirksvertretungen vorgestellt – als Regel schon die Parkscheinregelung nehmen, weil es nicht einzusehen ist, dass Besucher umsonst parken, die Anwohner aber zahlen müssen. Ich habe das jetzt so verstanden, dass diese Anregung aufgenommen worden ist. In der Vorlage steht auch, dass man die Parkscheibe dort einführt, wo noch keine Parkscheine zur Verfügung stehen. Damit können wir leben. Wir bitten auch darum, dass der weitere graue Bereich in der Karte, weitere Untersuchungsgebiete, der Innenstadtbereich, genommen wird.

Wir hätten noch eine Anregung. Ich hoffe, dass das auch im Interesse der anderen Fraktionen ist. Wir wissen, dass es bei den schon eingerichteten Bewohner-Parkgebieten manchmal eng ist mit Lieferparkplätzen. Wir wissen, dass es wichtig ist – sei es für die Privatleute, aber vor allem für die Geschäftsleute –, dass man dort auch Lieferzonen oder Lieferparkplätze mit einbaut, die dann eben kurzfristig an der Stelle kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Denn sonst bekommen wir das In-der-zweiten-Reihe-Parken schlecht in den Griff, wenn wir dort nicht auch Möglichkeiten anbieten. Das als eine allgemeine Empfehlung, die bei der Einweisung neuer Bewohner-Parkgebiete bitte berücksichtigt wird. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Czerwinski. – Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Herr Herz.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist eigentlich diese Beschlusslage oder diese Vorlage hier und heute nicht zu beschließen. Wir werden uns deshalb enthalten. Erst einmal möchte ich eines sagen, was mich hier furchtbar aufregt: Ich erinnere mich, das wurde mal so mit Wasser gemacht. Früher war Wasser immer das Allerbilligste. Irgendwann wurde die Flasche im Restaurant so teuer wie eine Weinflasche.

Der Stellplatz draußen auf der Straße, der wurde von den Bürgern bezahlt. Diese Straße ist nicht gebaut worden von irgendwem, sondern die ist aus Steuergeldern finanziert worden. Wenn ich auf einem Parkplatz da draußen stehe, genauso wenn ich diese Straße benutze – das habe ich schon einmal bezahlt.

(Beifall von der FDP)

Es ist doch nicht so, als würden wir das hier allein mit irgendeinem Geld bauen, das wir sonst woher hätten, aber dann sagen: Jetzt sagen wir, wie ihr das macht.

Ihr wollt damit steuern, das ist okay. Eine richtige Verkehrswende braucht das auch. Ich habe nur noch keine richtige Verkehrswende. Das heißt, ich muss ins Detail gehen. Ich verstehe aber auch die Anwohner, die sagen, sie sind es leid, weil sie seit 20 oder 30 Jahren – das ist ja nicht neu – in den Gründerzeitvierteln eine halbe Stunde abends durch die Gegend fahren und einen Parkplatz suchen. Deshalb sagen wir nicht Nein, sondern für die müssen wir irgendetwas tun. Ob das die richtige Art und Weise ist, wie das hier vorgeschlagen ist, weiß ich nicht. Das ist echt mit heißer Nadel gestrickt – so ein bisschen wie der Pop-up-Radweg hier vor der Tür, wo man nicht hinschauen kann, wie die Fahrradfahrer aneinander vorbeikommen oder nicht. Das sind Sachen, da haben wir jetzt auch nicht erwartet, dass da etwas richtig Tolles kommt, aber wir lassen uns gern darauf ein, dass wir es in den nächsten Monaten diskutieren. Deshalb sagen wir an der Stelle: Wir enthalten uns.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss aber auch klar sein, dass unter der schönen Überschrift auch die Kröten sind, nämlich dass in Zukunft jeder Gast einen Parkschein ziehen muss, wo man nicht länger als zwei Stunden parken darf, dass man immer noch nicht weiß, ob man einen Parkplatz bekommt oder nicht, dass das Zweite-Reihe-Parken, was in den Gründerzeitvierteln gang und gäbe ist, komplett weggenommen werden soll. Das heißt, ich bekomme auch wieder eine Verknappung der Parkplätze, auch wenn ich die Leute heraushalte, die kein Geld bezahlen wollen. Also, da stimmt hinten und vorn nicht viel.

Das, was wir als FDP sagen, ist Folgendes: Ja, ich verstehe, dass die Anwohner mehr Parkraum wollen. Es ist schön, dass Rot-Grün und der Oberbürgermeister das auch so sehen, dass die Leute weiter Parkplätze brauchen. Deshalb enthalten wir uns. Beim ganzen Rest wird es viel Arbeit und viel Überzeugung bedeuten, wenn wir da wirklich nachhaltig etwas ändern wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Neuenhaus. – Herr Herz. – Ihm folgt Herr Rütz. Herr Rasp oder Herr Herz? – Herr Rasp kommt für Herrn Herz.

Ratsherr Rasp (SPD): Ja, Herr Oberbürgermeister, ich bin der kleine Dicke mit den grauen Haaren. Nein, Spaß beiseite.

Oberbürgermeister Geisel: Entschuldigung! Mir wurde es vorher falsch kommuniziert. Ich bitte um Entschuldigung! Ich habe mich, ehrlich gesagt, auch schon ein bisschen gewundert. Es ist alles gut.

Ratsherr Rasp (SPD): Wir sind eigentlich ganz gut auseinanderzuhalten, glaube ich. – Herr Hartnigk, den ersten Schritt tun, da hieß es beim Thema Handlungskonzept Wohnen der SPD gegenüber, wir würden uns der Politik verweigern. Wenn wir hier den ersten Schritt tun, dann verweigern Sie sich. Mir ist der Unterschied jetzt nicht so ganz klar. Ich habe auch nicht ganz verstanden, was Ihr Vorschlag ist. Ich habe das Gefühl, es gab gar keinen konkreten.

Aber jetzt einmal zur Sache und zu einigen Punkten. Zu dem Gewerbe oder Dienstleister in Wohngebieten: Wollen wir wirklich, dass jemand, der – was weiß ich – einen Pflegedienst mit 15 Autos betreibt, auf der Elsässer Straße oder in Benrath in irgendeinem Viertel seine 15 Autos abstellt? Das kann doch nicht in unserem Sinne sein. Das halte ich jetzt auch wieder für eine Ente.

(Zuruf von der CDU)

Die andere Sache ist: Sie haben das Thema mit der Verkehrswende nach wie vor nicht verstanden. Sie gehen immer noch von demjenigen aus, der morgens sein Auto vor dem Haus und neben der Straßenbahnhaltestelle stehen hat, mit diesem Auto dann von zu Hause in die Innenstadt fährt, dort parkt, statt mit der Bahn zu fahren und sein Auto stehen zu lassen. Wir wollen ja nicht diesen Wechsel haben. Wir wollen ja nicht, dass jeder mit dem Auto durch die Stadt fährt. Wir wollen

doch, dass diejenigen, die nicht fahren müssen, auch ihr Auto stehen lassen können und dann mit der Bahn irgendwohin fahren können.

(Zuruf von Ratsherrn Hartnigk [CDU])

Wir wollen sie doch nicht noch auffordern: Fahr bitte mit dem Auto nach Heerdt, denn dann kann in der Zeit jemand aus Mönchengladbach bei dir vor der Haustür parken. Das kann doch nicht die Idee sein. Es tut mir leid. Das ist auch so ein Punkt. Aber der eigentliche Punkt dieser Vorlage ist:

„Um den rechtlichen Voraussetzungen gerecht zu werden, bedarf es [...].“

Darin steht ganz klar, dass sowieso jede einzelne Maßnahme noch abgestimmt werden muss. Daher weiß ich nicht, was wir uns vergeben, wenn wir das heute so beschließen.

Vielleicht noch abschließend: Es gab eine Diskussion im Ausschuss über dieses Thema Verwaltungsgebühr für die Bewohner-Parkausweise – es ist keine Parkgebühr, sondern es ist eine Verwaltungsgebühr, damit man diesen Schein dort ausdrucken darf – versus Parkgebühren für Gäste. Dazu muss ich sagen: Es gab eine Diskussion, aber aus meiner Sicht gab es keine abschließende Diskussion dazu. Ich kann Ihnen sagen als jemand, der im Stadtbezirk 6 wohnt: In einer Gegend, wo das Bewohnerparken wirklich nur da ist, um zu verhindern, dass jemand drei Wochen in den Urlaub fährt, dann anschließend zu sagen: Ein Besucher, der in Unterrath jemanden besucht, muss eine Parkuhr füttern – das kann auch nicht im Sinne des Erfinders sein. Das müssen wir auch noch zu Ende denken.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die SPD-Fraktion freut sich, dass es hier weitergeht. Die Kollegen aus den Bezirksvertretungen kommen immer wieder auf uns zu, an der einen oder anderen Stelle – ob das Daimler ist, ob das der Flughafen ist, ob das die Uni ist – etwas zu unternehmen. Damit fangen wir hier an, und deswegen bitten wir auch hier um Zustimmung. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Rasp. Entschuldigen Sie bitte noch einmal die Verwechslung. – Jetzt ist Herr Rütz an der Reihe.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema Auto polarisiert, das Thema Verkehrspolitik polarisiert, das wissen wir alle, und über die Frage, ob die Verkehrswende nun gerade in besonders guter oder schlechter Weise gemanagt wird, kann man trefflich streiten. Aber mich hat zum Wortbeitrag zunächst einmal der Wortbeitrag von Norbert Czerwinski veranlasst, der so getan hat, das Parkraummanagement sei jetzt eine neue Erfindung.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

– Er hat gesagt: Gut, dass das jetzt zum ersten Mal kommt.

Parkraummanagement gab es in dieser Stadt schon lange. Der Verkehrsentwicklungsplan 2006 hat vorgesehen neue Bewohner-Parkgebiete in Düsseltal, Gerresheim, Benrath, Flingern, Oberbilk, Bilk, Wersten. Wir sind seit Langem in der Diskussion darüber, wie der Parkverkehr geregelt wird. Jetzt so zu tun, als sei das jetzt zum ersten Mal ein Aufschlag bei diesem Thema, ist nicht ganz richtig.

Wir als CDU-Fraktion erkennen auch, dass es in verschiedenen Gebieten in Düsseldorf – das hatte Andreas Hartnigk eben ausgeführt – durchaus besonderen Regelungsbedarf gibt wegen der Flughafenparker, in bestimmten Gewebegebieten. Es gibt auch Bezirksvertretungen, wo die CDU-Fraktion dezidiert, was ihren Bereich angeht, für dieses Konzept gestimmt hat. Aber wenn man das einmal gesamtstädtisch betrachtet – das ist der Kern unserer Ablehnung –, schaffen Sie mit diesem Konzept keinen einzigen neuen Parkplatz in Düsseldorf. Keinen! Das, was Sie wollen, werden Sie nicht erreichen, weil Sie an anderer Stelle den Verkehr und vor allem das Parken in den

öffentlichen Raum verdrängen. Sie haben keine Quartiersgaragen in den letzten vier oder fünf Jahren gebaut – Quartiersgaragen, die den Verkehr unter die Erde bringen, die ihn in den privaten Raum oder in den teilöffentlichen Raum bringen. Nichts! Sie haben den Stellplatznachweis – das muss sich auch die FDP noch einmal deutlich sagen lassen – reduziert, und zwar nicht nur für Sozialwohnungen, für studentisches Wohnungen, sondern eben auch für weitere Wohnvorhaben, für Gewerbeimmobilien. Das sind alles Pkw, die jetzt im öffentlichen Raum stehen. Es ist genau kontraproduktiv zu dem, was Sie jetzt vorgeben.

Sie haben gerade im OVA die Initiative gestartet, die Gehwege von Autos freizumachen. Auch das sind Verkehre, die weiter in den Raum der Straßen drängen. Sie haben Parkstände umgewidmet zu Radständern. Beim Thema Park+Ride – das hatte Andreas Hartnigk gestern ausgeführt – sind auch keine wesentlichen zusätzlichen Kapazitäten in den letzten Jahren geschaffen worden.

Diese Anwohnerparkinitiative soll den Leuten vorgaukeln: Es gibt jetzt mehr Parkraum. Es gibt ihn aber nicht, er wird im Wesentlichen gebührenpflichtig. Wenn man sich – das wundert mich jetzt auch an dem, was die FDP erklärt hat – die Folgen dieses Konzepts ansieht – das hat, glaube ich, die „Bild-Zeitung“ noch einmal deutlich geschrieben –: 10.000 Parkplätze in Düsseldorf, die bislang kostenfrei sind, werden gebührenpflichtig; 400 neue Parkscheinautomaten werden aufgestellt. Die Vorlage lässt ganz bewusst offen, welche Konditionen für diese Gebiete gelten sollen. Es wissen alle, dass diese 4 Euro pro Stunde nicht tot sind, sondern dass zwar die Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen wurde, aber auch noch nichts Neues erklärt wurde, und eben auch 6 Tage 24 Stunden.

Ich wundere mich, dass die FDP mit ihrer Enthaltung zu dieser massiven Gebührenerhöhung für den öffentlichen Raum ihre Hand reicht, indem sie sich enthält. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Handel in der Innenstadt und vor allem in den Bereichen, die jetzt davon betroffen sind, jubiliert über diese Vorlage und dass das ein Beitrag ist, den Handel in Düsseldorf zu stärken. Wie gesagt, auch für die Anwohner wird es nicht so sein, dass dort plötzlich zahlreiche neue Parkmöglichkeiten entstehen. Ich glaube, in Oberkassel gab es jahrelang Anwohnerparkzonen, trotzdem sind die Leute herumgefahren, bis diese Quartiersgarage errichtet wurde. Erst die hat eine substantielle Besserung gebracht.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

– Sie hat einen Beitrag geleistet. Sie können gern Ihre Befunde von vor fünf Jahren nennen. Ich glaube, Rolf Tups kennt das ganz gut, Guiseppa Saitta auch. Die ist mittlerweile ziemlich voll, sowohl von Anwohnern als auch von Besuchern.

Ich will einen letzten Punkt ansprechen, der mich auch sehr an einigen Vorlagen stört, die heute von der Verwaltung zur Abstimmung gebracht werden: Es wird nicht einmal der Beratungslauf in den Bezirksvertretungen abgewartet. Auch zu dieser Vorlage haben noch nicht alle Bezirksvertretungen Stellung genommen, trotzdem wollen Sie hier eine Ratsentscheidung erzwingen. Deswegen bin ich leider gezwungen, die Sicht aus dem Stadtbezirk 8 heute hier zu dokumentieren. Ich hätte es Ihnen gern erspart und im Rathaus Eller gebracht.

Die Stadtteile rund um den Lastring befürchten, dass, wenn die Parkgebühren ausgeweitet werden auf Oberbilk, auf Teile von Flingern – sozusagen auf alles, was links des Lastrings ist –, dass sich ein Verdrängungseffekt ergibt, der dann auch außerhalb des Lastrings wirkt. In Eller werden dann mehr Leute stehen und auf die Bahn umsteigen, wie in Düsseldorf, in Flingern, in den Gebieten von Volmerswerth und Hellerhof. Wir finden, dass es nicht richtig ist, Stadtteile gegeneinander auszuspielen und dass das eben kein ganzheitliches Konzept für das gesamte Stadtgebiet ist. Es geht in erster Linie anscheinend um die Gebührenerhöhung.

Wir würden Sie bitten, dieses Konzept noch einmal deutlich zu überarbeiten, und zwar mit den Bezirksvertretungen, mit den betroffenen Anwohnern und mit Handel und Gastronomie. Ich glaube, das hat Düsseldorf verdient. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Ich würde vielleicht – da doch eine ganze Reihe von Fragen aufgetaucht ist – die zuständige Dezernentin schnell ans Pult bitten. – Frau Zuschke, bitte.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, auf einige Punkte einzugehen.

Zunächst möchte ich einmal das bestätigen, was Herr Neuenhaus gesagt hat: Ja, es wird viel Arbeit geben. Damit sind wir auch schon bei der Argumentationsschiene: weil es viel Arbeit ist. Wir haben uns gestern auch darüber unterhalten, wie das mit den Satzungen ist. Satzungen müssen hinreichend bestimmt sein, aber sie folgen hier einem Prinzip. Deswegen werden wir heute mit dieser Vorlage auf das Prinzip Anwohnerparken hinweisen und Sie darüber informieren und daraus ableiten, dass es für bestimmbare und bestimmte Gebiete entsprechende Satzungen geben wird, die aber begründetermaßen aus der Situation heraus hergeleitet werden.

Wenn hier gesagt wird, dass auf diese Grundsatzentscheidung keine Konsequenzen oder keine Taten folgen würden, ist das falsch. Wir haben vor der Einbringung dieser Vorlage bereits eine Anwohnersatzung aus diesem neuen Pool – wir wissen alle, 25 gibt es, insgesamt werden 32 noch nachgerüstet oder neu entwickelt – in der Moorenstraße/am Moorenplatz bereits die erste ans Netz gehen lassen. Drei weitere sind in der Beschlussfassung bereits im letzten OVA abgearbeitet worden. In der Diskussion ist auch erläutert worden, dass in jeder der nächsten OVA-Sitzungen weitere Gebiete verifiziert dann auch ans Netz gehen.

Herr Rütz, damit sind wir auch bei einem Punkt, den Sie aufgerufen haben: Wir würden die Bereiche gegeneinander ausspielen. Nein, das werden wir nicht. Wir müssen über das Gesamte ein Grundprinzip legen. Wir müssen uns aber jedes Gebiet so genau anschauen, dass wir eben nicht mit dem, was wir in dem einen Gebiet schaffen, ein anderes letztlich belasten. Deswegen ist es völlig richtig, dass Sie auf die Befassung in den BVen hinweisen, denn gerade mit der Einzelbefassung wird es in den BVen im konkreten Fall dann in allen Details auch zu diskutieren sein und auch diskutiert.

Vielleicht sollte man bei der Situation der BVen auch noch einmal berücksichtigen, dass wir aus einigen der BVen gerade den Hinweis bekommen haben: Nun kommt endlich mal in die Hufe beim Thema Anwohnerparken, denn unsere Anwohner brauchen eine Option, brauchen eine Perspektive, dass sie dort, wo sie wohnen, letztlich auch parken können.

Wenn Sie darauf hinweisen, dass es das Thema Parkraummanagement schon gibt, dann möchte ich doch noch einmal aus unserer Sicht der fachlichen Einschätzung darauf hinweisen: Wir haben jetzt Parkraumbewirtschaftung als ersten Schritt vorgeschlagen; denn Parkraummanagement ist in der Tat viel mehr. Da braucht es dann auch noch Ersatzparkplätze, da braucht es dann auch noch Mobilitätsstationen, da braucht es dann auch noch P+R und andere Formen. Aber die machen sich nicht von allein. Die brauchen Flächen, die brauchen Geld, die brauchen auch die Bereitschaft von privaten Partnern, dort mitzumachen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir längst unterwegs sind mit diesen Themen, auch wenn sie in einem anderen Ausschuss thematisiert werden, nämlich im APS. Denn bei jeder Planung, bei jeder Flächentransformation, bei jeder neuen Flächenbestimmung, die wir bauleitplanerisch begleiten, werden Parkraumkonzepte gefordert, und zwar im Sinne von Quartiersgaragen, im Sinne von Besucherstellplätzen, im Sinne dessen, dass neue Quartiere nicht ihre Nachbarschaft belasten, sondern eben auch Lasten aus der Nachbarschaft übernehmen, damit sie überhaupt implementierbar sind.

(Zuruf von Ratsherrn Gutt [CDU])

Das Thema der weiteren Alternativen möchte ich auch gern beleuchten. Ich gehe gern noch auf Ihre Hinweise ein, Herr Gutt. Wir können uns dann im Weiteren auch noch austauschen, aber ich höre Sie so schlecht, wenn ich selbst gerade spreche.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir auch mit Unternehmen im Gespräch sind. Herr Hartnigk, Sie hatten Krankenhäuser angesprochen, auch Mercedes wurde angesprochen. Hier sind wir längst unterwegs, mit den großen Arbeitgebern und Unternehmen in dieser Stadt Mobilitätskonzepte zu entwickeln – Henkel ist zum Beispiel auch ein ganz wichtiger Punkt –, damit wir genau die großen Arbeitgeber, die eben auch nicht ihr Umfeld und die Wohnungen, die dort sind, belasten wollen, in die Lage versetzen, gemeinsam mit uns Lösungen zu finden.

Sie sagen, dass wir das Thema Parkgebühren aus dem Blick lassen. Das ist nicht ganz richtig. Herr Hartnigk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in den Haushaltsberatungen dann, wenn wir ein Stück weit mit den ersten Gebieten ans Netz gegangen sind, auch über die Parkgebühren reden wollen. Wir werden auch in die Haushaltsberatungen eine auf einer ersten Evaluation basierende Einschätzung der weiteren Parkgebühren mitbringen.

Herr Czerwinski, alle Anwohnerparkgebiete gleich mittels Automaten ans Netz gehen zu lassen, das schaffen wir nicht, weil wir diese Automaten ganz einfach auch bestellen und beschaffen müssen. Deswegen wird es an der einen oder anderen Stelle auch Übergangslösungen mittels Parkschein geben, die dann aber auch weiterentwickelt werden.

Die Lieferzonenbereiche sind uns auch ein Anliegen, weil die bei jeder Beteiligung – das hören wir auch in den BVen immer wieder – eingerichtet werden.

Was habe ich noch vergessen? – Das Gebührenpflichtige. Sie sagen, es sei eine einzige Erhöhung und Monetarisierung von bislang freien Stellplätzen. Das ist nicht ganz richtig. Sie haben eben in einem anderen Redebeitrag bemängelt, dass die Anwohnerparkplätze mit nur 30 Euro im Jahr festgelegt sind und dass schon allein die Verwaltungsgebühren das überschreiten. Denken Sie einfach nur an die Anwohnerinnen und Anwohner, die längst darauf warten, dass sie mit mehr Möglichkeiten in ihrem Gebiet zurechtkommen, und dann wird man sehen, dass das keine reine Parkgebührenerhöhung ist.

Vielleicht noch ein letzter Punkt: Sie haben eben gesagt, allein mit den Radabstellplätzen hätten wir zu viele Parkplätze vernichtet – nicht „zu viele“, sondern „viele“. Entschuldigung, das „zu“ streichen wir. „Viele“ beginnt für den einen jenseits von 10, für den anderen jenseits von 1.000. Hier ist das Verhältnis so, dass wir bald mehr als 1.000 Radabstellplätze geschaffen haben und 70 Stellplätze für Fahrzeuge damit vernichtet haben. Wir haben aber gleichermaßen den Menschen in der Umgebung der weggefallenen Stellplätze die Chance gegeben, uns Hinweise zu geben, wie auf privaten oder halböffentlichen Bereichen zusätzliche Radabstellplätze implementiert werden können. Wir haben diese Hinweise bekommen, wir bekommen sie immer noch, und deswegen geht diese Initiative auch weiter, und zwar in einem wirklich ganz proaktiven Beteiligungsprozess.

Ich denke, es ist wie mit vielen Dingen bei der Verkehrswende: Man muss das eine tun, man darf das andere nicht lassen, und man darf gern bei dieser ständig dynamischen Situation evaluieren und auch korrigieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Dr. Wlecke. – Ihm folgt Herr Czerwinski. Herr Grenda hat sich auch noch gemeldet.

Ratsherr Dr. Wlecke (Tierschutz Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das Thema „Parken in Düsseldorf“ geht sehr vielen Bürgern in dieser Stadt erheblich auf die Nerven. Ich berichte hier aus meinem Wohnviertel in Grafenberg. Dort bildet sich gerade eine Bürgerinitiative, weil denen das völlig auf die Nerven geht, dass man dort nicht mehr vernünftig parken kann, weil ortsfremde Leute trotz Anwohnerstatus dort hineinfahren und die Parkplätze verstopfen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir hier eine andere Parkraumregelung bekommen. Deswegen möchte ich Sie ausdrücklich dazu aufrufen, dass wir an der Stelle etwas Entsprechendes beschließen.

Wenn ich diesen Plan hier sehe, den Sie auch alle haben, dann muss ich gerade für Grafenberg sagen: Dort ist nicht viel vorgesehen und in vielen anderen Stadtgebieten in der Nähe überhaupt nichts. Es geht mir nicht darum, dass man direkt neben der Haustür halten kann. Das ist nicht mein Punkt. Aber selbst wenn Sie zwei Blocks weiter fahren, finden Sie keinen Parkplatz. Es werden Einfahrten blockiert, es wird auf dem Bürgersteig geparkt, die Verkehrsregeln werden nicht mehr vernünftig durchgesetzt – das ist das Problem. Deswegen brauchen wir ein vernünftiges Parkraumbewirtschaftungskonzept mit mehr Anwohnerparkzonen, sodass die Leute, die dort wohnen, auch in einer vertretbaren Entfernung – nicht vor der Haustür, aber in einer vertretbaren Entfernung – ihr Auto parken können. Es geht nicht darum, dass man zu jeder Kleinigkeit mit dem Auto fährt. Das ist nicht der Punkt. Es geht darum, dass die Leute, die dort wohnen – teilweise seit Jahrzehnten dort wohnen – und früher dort parken konnten, aber jetzt nicht mehr dort parken können, in einer vertretbaren Entfernung dort einen Parkplatz finden. Deswegen möchte ich Sie ausdrücklich dazu ermuntern, so etwas zu machen, aber bitte noch stärker, als es hier dargestellt ist. Wir werden den Bedürfnissen unserer Bürger sonst nicht gerecht. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss doch meinen Zettel holen.

(Der Redner holt einen Notizzettel von seinem Platz.)

Es war jetzt so viel gesagt worden, wozu man doch kommentieren muss.

Kollege Neuenhaus hat einen vehementen Wortbeitrag für kostenlosen ÖPNV gehalten, denn auch die Wehrhahn-Linie wurde mit unseren Steuermitteln gebaut. Warum sollte man dafür zahlen, wenn man etwas Öffentliches nutzt? Das wäre die Konsequenz aus der Begründung, zu sagen, eine Straße oder ein Parkplatz, der mit öffentlichen Mitteln hergestellt worden ist, könne man auch umsonst nutzen. Das funktioniert nicht so richtig. Ich denke, an der Stelle sollten wir ehrlich sein. Das kann nicht die Begründung für kostenloses Parken sein.

Herr Rütz, das mit der Verkehrswende haben Sie noch nicht kapiert. Parkraummanagement heißt nicht: Wie können wir mehr Parkplätze schaffen? Das ist nicht Ziel der Verkehrswende, sondern es geht um einen steuernden – –

(Zuruf von der CDU)

Eine Wende heißt, dass ich anders mit Verkehr umgehen will als heute, das heißt auch die Neuaufteilung von öffentlichem Raum und die gerechtere Verteilung – nicht nur gerechtere, sondern auch eine bevorzugende Verteilung – von Ressourcen für den Verkehr, der ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Sie haben gesagt, es stimme nicht, dass früher kein Parkraummanagement gemacht worden sei. Ja, Sie hatten damals den Auftrag an die Verwaltung gegeben: Teilt den Straßenraum neu auf und schaut, auf welchen Gehwegen man Autos abstellen kann. Das war eine Neuaufteilung von Straßenraum, was auch eine Verkehrswende ist, aber das ist rückwärtsgewandt gewesen. Jetzt müssen wir schauen, wie wir vorwärtskommen.

Ja, natürlich hätte gern jeder einen kostenlosen Parkplatz vor seiner Tür. Wenn man mit den Menschen spricht, hört man aber auch, sie wollen, dass sich etwas ändert, aber sie haben auch Verständnis. Es gibt bestimmte Viertel, in denen gesagt wird: Ja, es geht mir auf den Keks, dass meine Tante nicht vorbeikommen kann, weil hier permanent Autos stehen von Leuten, die in Bilk arbeiten und wissen, sie können umsonst ihr Auto dort abstellen. In Wien haben sich nicht wegen des 365-Euro-Tickets die Fahrgastzahlen erhöht, sondern weil sie neben einem guten Angebot, das es aber auch durchaus vorher schon gab, gesagt haben: Wir müssen stadtweit Parkraummanagement betreiben. Wenn ich mir überlegen muss, ob ich alle anderthalb Stunden herunter und als Besucher dort etwas einschmeißen muss oder ob ich lieber den ÖPNV nehme, kann ich damit auch Anreize schaffen. Wir sind auch der Meinung, wir dürfen im Bereich Zuckerbrot und Peitsche nicht nur strafen, sondern wir müssen das in einem Gleichgewicht halten. Deshalb muss man sich die einzelnen Wohnviertel anschauen.

Wenn Sie sagen, das stand schon 2006 im Verkehrsentwicklungsplan – oh, oh, oh, wenn man mir mit dem Verkehrsentwicklungsplan kommt, Herr Rütz, das wissen Sie, dann kann ich darauf wunderbar kontern: Lesen Sie sich durch, was Tolles im Verkehrsentwicklungsplan zum straßenräumlichen Handlungskonzept steht. Darin ist seitenlang aufgelistet, welche Straßen in einem ganz schlimmen Zustand für Fußgänger und Fußgängerinnen sind. Aber nicht eine Maßnahme ist da herausgekommen. Nicht eine Maßnahme kam aus dem Konzept. Das hat der damalige Dezernent immer abgelehnt.

Zu den Parkraumsachen, die Sie angeführt haben: Rechnen Sie sich, was in Benrath passiert ist? – Dort sind die wieder abgebaut worden gegen den Protest, und zwar unter OB Elbers. Daher würde ich ganz vorsichtig sein an Ihrer Stelle, wenn Sie solche alten Sachen als Referenz verwenden. Das geht nach hinten los. Schauen wir uns an, was erfolgreiche Städte machen. Ich nenne jetzt mal Wien, da habe ich schon das systematische Parkraummanagement genannt. In Zürich gab es am Anfang der Verkehrswende die Vereinbarung zum Parken. Das ist schon 20 oder 30 Jahre her, als die gesagt haben: Es bleibt bei dem Stand der Parkplätze, es werden keine neuen geschaffen – trotz der Entwicklung. Sie wollen zusätzliche Parkplätze schaffen, Amsterdam und Paris reduzieren systematisch die Parkplätze.

Sie haben gesagt, es sei erst besser geworden, als die Quartiersgaragen geschaffen wurden. Erstens kann ich mich nur an die in Oberkassel erinnern, die anfangs leer stand, weil es oben noch umsonst war. Das funktioniert auch nicht. Zweitens: Wir haben schon untersucht, wo in den Wohnvierteln Quartiersgaragen sind, die noch freie Plätze haben. Warum soll jemand 100 Euro im Monat dafür bezahlen, wenn er umsonst auf der Straße parken kann? Dann fahren die lieber um den Block. Ich kenne das aus Unterbilk. Dort gibt es auch noch die Konkordiastraße, die hat eine Garage. Wir haben andere Garagen an den Gehry-Bauten et cetera. Es gäbe Möglichkeiten, und es ist nicht so, dass man gezwungen ist. Es ist eine Frage des Geldes. Wenn jemand sagt: „Nein, das Geld spare ich mir“, dann muss man auch sagen, das hat Konsequenzen. Und natürlich ist es nicht schön, wenn man sich hinstellt und sagt: Die Grünen stehen dafür, dass Parken teurer wird. Wir wollen, dass Parken gerechter wird und dass es nicht mehr umsonst ist.

Ich weiß auch nicht, was gegen die Lieferparkplätze für den Pflegedienst spricht, Kollege Rasp. Vielleicht habe ich Sie da falsch verstanden. Ich finde es eigentlich gut, wenn der Pflegedienst zu meiner Tante fahren kann und sich nicht auf den Radweg stellen muss.

(Ratsherr Rasp [SPD]: Zehn Autos abstellen – darum geht es!)

– Na ja, zehn Autos abstellen. Wenn er die über Nacht stehen lässt, ist es auch keine Lieferzone. Das darf er dann auch nicht. Okay, dann sind wir d'accord. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt ist Herr Grenda an der Reihe. Dann habe ich noch Herrn Neuenhaus auf der Redeliste.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal einen Dank an die Verwaltung, dass sie dieses Thema angegangen ist, aber, Herr Oberbürgermeister, mit dem Konzept hätten Sie weitaus mehr punkten können als das, was tatsächlich dabei herausgekommen ist. Das ist wieder diese entsprechende Kompromissfindung. Einige Sachen sind eben schon aufgepoppt, was man hätte noch machen können.

Das, was ich nur anmerken möchte, ist Folgendes: Ich kann immer noch nicht verstehen, warum wir noch ein System etablieren wollen, das uns pro Gerät 1.000 Euro kostet. Das mag marginal sein. Es sind nur 400.000 Euro, dazu noch ein bisschen Software-Update, um einen Kasten zu haben, obwohl die andere Abteilung schon Geräte einsetzt, die weitaus günstiger sind und die gleiche Arbeit machen. Da ist die Frage, ob es auch im Amt 66 so ist, dass die Laternen-Menschen nicht mit den Park-Menschen zusammenarbeiten und sich nicht austauschen. Durch Corona haben wir neue Bezahlmethoden etabliert. Es gibt sogar Handy-Parken in der Zwischenzeit. Da hätte ich mir ein bisschen mehr gewünscht. Genauso die Einbindung des Autos, das durch die Stadt fährt anhand des Navigationssystems: Wo darf ich denn überhaupt parken? Viele Menschen fahren heutzutage nur noch mit dem Navisystem.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Oder mit dem Fahrrad!)

– Genau, oder mit dem Fahrrad. Aber dann brauche ich keinen Parkplatz.

Das, was in allen BVen aufgetaucht ist, nachdem wir den Anwohnerparkausweis digital beantragen können, ist der Punkt: Es wäre wirklich schön, die tatsächliche Anzahl der Autos, die in einem Stadtteil vorhanden sind, die Anzahl derer, die einen Anwohnerparkausweis beantragt haben, und derer, die tatsächlich dort wohnen, und die Parkplätzen, die wir auf der Straße haben, in einer Liste zu haben. Dann beginnt nämlich das Spielchen, dass wir uns manchmal wundern – wie wir es eben schon gehört haben –, wieso ein Haushalt plötzlich zehn Autos haben kann, obwohl er gar keine zehn Autos hat. Man kann nämlich das System einfach überlisten, indem man einfach ein Gewerbe anmeldet, und dann bekommt man so ein Scheinchen. Wenn die drei Systeme, die wir in dieser Stadt haben, mal übereinandergelegt werden würden, dann hätten wir auch plötzlich eine bessere Parkraumbewirtschaftung. Das würde sofort auffallen. Und mit diesen Zahlen können dann die BVen arbeiten. Denn es sind alle Datenmaterialien innerhalb der Stadt vorhanden, man müsste sie nur kombinieren. Dann kann man auch, wie es Herr Wlecke möchte, selbst bis nach Gerresheim Anwohnerparkausweise anbieten. So kann dann jeder, der in diese Stadt hereinkommt und meint, er müsste nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, bitte Parkgebühren bezahlen, und zwar in der gesamten Stadt. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch Herrn Neuenhaus auf der Redeliste.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Kollege Czerwinski, das Beispiel mit der Wehrhahn-Linie war nun wirklich etwas blöd, weil die Rheinbahn dafür keine Miete zahlt, und für das Ticket, das Sie sich kaufen, kommt eine Bahn mit einer Fahrerin oder einem Fahrer. Aber die Stadt Düsseldorf nimmt nichts dafür, weil Sie durch den Tunnel fahren.

(Beifall von der FDP)

Wir tragen sogar die Kosten für den Tunnel. Das passt leider nicht.

Ich bin nur so sauer, weil wir hier seit Jahren beim Thema Verkehr Versuch und Irrtum von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, haben. Wir haben immer Vorlagen, die nicht fertig sind. Es ist immer so, dass die Bevölkerung Ihren Versuch ausbaden muss, und bei Irrtum wird es dann geändert oder zurückgenommen. Ich habe es eben gesagt: Wir haben das bei der Rheinbahn über viele Jahre erlebt. Da könnten wir viel weiter sein als das, was wir da wirklich erlebt haben. Das war dreimal

Versuch und Irrtum. Das gilt auch für die Umweltpur, die man anders hätte einführen müssen mit den Menschen. Ich glaube, dass sogar eine Bereitschaft dazu zustande gekommen wäre, wenn man das richtig gemacht hätte. Und das ist jetzt auch wieder mit den Parkplätzen der Fall. Oder der Radweg dort draußen: Schauen Sie sich das mal an, was draußen gerade los ist, wie gefährlich es auf diesem Pop-up-Radweg ist, wo man auch noch in beide Richtungen fährt. Das machen andere Städte wie Berlin, die sonst nun wirklich nicht glänzen, wesentlich besser. Das haben wir uns gerade letzte Woche angeschaut. Das kann man alles anders machen.

Jetzt bekommen wir das hier. Dann muss man mal ehrlich sagen – Herr Kollege Czerwinski hat das nicht nur zart angedeutet –: Wir haben in der Stadt weniger Parkplätze, als wir Autos haben. Das ist jetzt schon so. Das bedeutet, wenn ich die zweite Reihe und all das wegnehme, was die Verwaltung so vorhat, wird es für die Anwohner schwierig werden. Sie werden davon nicht viel merken.

Das Zweite ist zu dem Beispiel das Auto aus Viersen. Ich weiß gar nicht mehr, wer das eben war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie provinziell wollen wir denn werden? Wir haben 300.000 Einpendler, die dafür zuständig sind, dass diese Stadt funktioniert. Nicht jeder, der aus Viersen oder Duisburg kommt, ist mein Feind. Auch für ihn muss ich schauen, dass ich ihm einen vernünftigen Parkplatz biete.

(Beifall von der FDP)

Das sind Leute, die hier für uns arbeiten, und zwar zu Löhnen, die meistens nicht so toll sind. Was erwarten Sie von denen? Dass sie sich irgendwo eine Garage für 200 Euro mieten? Wenn die nicht mehr kommen – so viel zur attraktiven Stadt und zu attraktiven Arbeitgeber –, sage ich Ihnen, dann gehen die Probleme in dieser Stadt erst richtig los. Das ist nicht zu Ende gedacht. Wir enthalten uns nur deshalb, weil wir auch der Meinung sind, dass wir etwas tun müssen. Aber die Ideologie, jetzt hinzugehen, die Parkplätze wegzumachen oder teuer zu machen als Lenkung, ohne eine Alternative für die Einpendler zu bieten, bleibt falsch.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt habe ich noch Herrn Müller und Herrn Herz auf der Redeliste.

Ratsherr Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Wer uns zuschaut: Das, was wir an Politikverdrossenheit in der letzten halben oder Dreiviertelstunde gesehen haben, ist nicht mehr zu unterbieten. Die Wortbeiträge entbehren oftmals jeder Realitätswahrnehmung.

Wenn ich allein die BV 3 nehme, wo wir mit CDU für die Moorenstraße gestimmt haben, und wir uns das Beispiel einfach ansehen: Das ist wichtig, denn wir haben in der BV 3 nicht über Volmerswerth gesprochen, verehrter Ratskollege Eßer, sondern wir haben über die Moorenstraße gesprochen, weil dort ein Uni-Klinikum ein Parkhaus baut, wo die Besucher, die sich in Düsseldorf nicht auskennen, gern bezahlen, aber Besucher, die sich auskennen, gern auf der Witzelstraße parken und Mitarbeiter gern auf der Witzelstraße parken, durch eine Spielstraße gern über die Christophstraße wieder nach Hause fahren, und wir es nicht anders hinbekommen in dem Wohngebiet dort. Da kann man Flughafen, Mercedes nennen – egal, welche Stelle.

Das, was hier geboten wird, entbehrt wirklich jeder Realität. Wir schauen uns in den BVen – wir haben uns in der BV 3 die Mühe gemacht – haargenau an, dass wir eben nicht einfach über ganze Stadtteile etwas legen, sondern wir haben uns explizit Straßen angeschaut, explizit die Moorenstraße und explizit den Moorenplatz angeschaut. Darum geht es, dass man einfach auch Beispiele aufzeigt, wie man es anders machen kann. Wir haben gestern über Park+Ride-Parkplätze hier in Düsseldorf gesprochen, die weiter ausgebaut werden müssen und die auch wichtig sind, damit die Leute umsteigen. Wer heute über die Witzelstraße fährt – falls wir heute doch noch im

Hellen herauskommen, ansonsten morgen oder am Wochenende –, wird sehen: Die ist abends leer, weil eben die Mitarbeiter und Besucher dort parken. Das müssen wir verhindern.

Deshalb bitte ich darum, dass in Zukunft, auch im neuen Rat, damit vielleicht der Bürger auch wieder mehr Vertrauen in uns hat, man auch mal wieder hinschaut und auf die BVen hört, und nicht, dass sich hier Ratskollegen und -kolleginnen hinstellen, die in BVen – für die BV 3 kann ich das sagen – in den letzten sechs Jahren nie zu sehen waren, und Äußerungen tätigen, die sozusagen jeder Realität entbehren. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Herz? – Nicht mehr. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir können abstimmen. Dann darf ich den Punkt aufrufen: Wer der Vorlage der Verwaltung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen SPD, Grüne, Tierschutz Freie Wähler und der OB. Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen bei CDU, Republikaner und AfD. Enthaltungen? – Die Linke und FDP. Ich glaube, Ersteres war die Mehrheit. 34 dafür und 29 dagegen. Wird das Ergebnis angefochten? – Dann ist der Beschluss entsprechend gefasst.

Ist eigentlich ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin anwesend? – Die machen das für mich zur Alleinveranstaltung. Die Bürgermeisterin ist auch nicht da? – Gut. Ich bräuchte aber irgendwann mal einen Bio-Break, ehrlich gesagt.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ich helfe gern aus!)

– Sie haben das in der Vergangenheit, glaube ich, gemacht. Sie könnten es also. Aber ich glaube, Sie sind dazu nicht befugt, wenn ich das so sagen darf. So leid es mir tut.

(Zuruf von der FDP: Noch nicht!)

– Ja, ja, träumt weiter!

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

51

Änderung der Entgeltordnung des Großmarktes und der Wochenmärkte der Landeshauptstadt Düsseldorf (Marktentgeltordnung)

AUS/019/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte sich dazu äußern? – Herr Blumenrath.

Ratsherr Blumenrath (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben schon im Umweltausschuss gesagt, dass wir dieser Vorlage nicht zustimmen wollen – gar nicht, weil wir sagen, dass die Erhöhung richtig oder falsch ist; die Verwaltung hat sehr wohl deutlich gemacht, dass es an verschiedenen Punkten nötig ist, ein Defizit auszugleichen, aber wir sind der Meinung: In der Zeit, in der Bund, Land oder auch Kommune sehr viel Geld an Unternehmen herausgeben, was Hilfe angeht, ist nicht der Moment, in dem man in der Corona-Krise die Gebühren erhöhen sollte. Man muss sich vor Augen führen: Bei den Kühlplatzquadratmetern reden wir in der Vergangenheit von 10 Euro und in Zukunft von 15 Euro. Wir sind wirklich der Meinung, das ist vom Timing her äußert ungünstig. Deswegen stimmen wir hier heute nicht zu.

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Tacer. Ich darf jetzt die Bürgermeisterin bitten, kurz die Sitzung zu leiten.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] übernimmt um 16.26 Uhr den Vorsitz.)

Ratsherr Tacer (SPD): Herr Oberbürgermeister und Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blumenrath hat auf die Argumentation der CDU im Umweltausschuss verwiesen. Daher möchte ich nur aus Gründen der Transparenz kurz erwähnen, warum meine Fraktion und – davon gehe ich aus – die Ampel in Gänze diese Gebührenerhöhung für richtig befindet.

Die letzte Gebührenerhöhung stammt aus dem Jahr 2005; das ist 15 Jahre her. Seitdem hat sich die Anzahl der Abfälle auf dem Großmarkt wirklich erhöht. Es sind sehr viele Mengen an zusätzlichem Abfall vorhanden. Das verursacht dann natürlich auch Kosten, die entstehen, um Abfallentsorgung zu organisieren. Deswegen ist es folgerichtig, eine solche Gebührenanpassung vorzunehmen. Das heißt doch in keiner Weise, dass – wenn die Markthändler im Rahmen der Corona-Pandemie leider in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen sollten oder schon gekommen sind – die umfangreichen Hilfeprogramme, die es von den verschiedenen politischen Ebenen gibt – vom Bund, vom Land NRW und auch hier bei uns in Düsseldorf von der Kommune –, nicht von den Markthändlern auch in Anspruch genommen werden können. Es gibt Bundeszuschüsse, um Umsatzeinbußen sozusagen durch Zuschüsse kompensieren zu können. Die werden jetzt auch noch einmal verlängert und können beim Land NRW bald beantragt werden. Es gibt weitere Liquiditätshilfen. Bei der Stadt Düsseldorf können Unternehmen Anträge für einen Fonds stellen, den die Stadt eingerichtet hat. Auch in Düsseldorf können Stundungen für Gebühren beantragt werden. Bei Steuerbehörden können Stundungen beantragt werden.

Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten sind, bekommen die volle Solidarität der Politik und des Staates, aber dort, wo erhöhte Kosten für Abfallentsorgung anfallen, müssen diese auch systemgerecht sozusagen den Verursachern zugeordnet werden. Wenn sich dann der eine oder andere vielleicht sogar berufen fühlt, ein bisschen weniger Abfall zu produzieren, dann kann er in Zukunft sogar Geld sparen. Auch das wäre doch ein guter Anreiz. – Vielen Dank. Wir werden der Vorlage zustimmen.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank. – Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste. Daher komme ich zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind CDU, Republikaner, Tierschutz Freie Wähler, die Linken und die AfD. Wer enthält sich? – Wer ist für die Vorlage? – Grüne, SPD, FDP und ich. Dann hat diese Verwaltungsvorlage die Mehrheit. Vielen Dank.

52

Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath

SPOA/025/2020

52.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

RAT/233/2020

52.2

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda

RAT/249/2020

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Herr Sültenfuß.

Ratsherr Sültenfuß (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie haben festgestellt: Wir werden heute einen Änderungsantrag einbringen. Festhalten möchte ich auch: Wir werden als CDU-Ratsfraktion im Grundsatz dem

Bedarfsbeschluss zustimmen. Es muss hier jedoch nach unserer Überzeugung nachgesteuert werden.

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung zu Beginn: Der Rat hat in seiner Sitzung am 19. September 2019 entschieden, dass das Hallenbad Unterrath nicht am alten Standort, sondern an der Ulmenstraße im benachbarten Derendorf neu errichtet wird. Wie Sie wissen, habe ich mich damals mit meiner ganzen Kraft für den Neubau am Altstandort eingesetzt, sprich an der Mettlacher Straße. Das Unterrather Schwimmbad, meine Damen und Herren, war und ist für mich als Unterrather, der dort selbst schwimmen gelernt hat, eine Herzensangelegenheit – umso mehr, da ich auch seit 20 Jahren diesen Wahlkreis vertrete. Die Mehrheit hat jedoch anders entschieden, meine Damen und Herren. Deswegen geht es mir ganz persönlich und unserer Ratsfraktion heute nicht darum, die Diskussion von 2019 neu zu beleben, sondern ausschließlich darum, für die Menschen in Unterrath, Derendorf und in benachbarten Stadtteilen das Bestmögliche auf den Weg zu bringen und herauszuholen.

Alle, die seinerzeit an den Diskussionen im ersten Workshop teilgenommen haben, werden sich erinnern: Fester Bestandteil der Debatte damals war immer, dass ein neues Bad einen Mehrwert haben muss, insbesondere für Familien. Das bedeutet für die CDU-Ratsfraktion in der Konsequenz, dass die bisher als Optionen angeführten Punkte, wie zum Beispiel Whirlpool oder Großbrutsche, fester Bestandteil der Planung und Kostenberechnung werden müssen. Teilweise waren diese Punkte sogar Bestandteil früherer Planungen oder wurden sogar im alten Hallenbad angeboten. Sie gehören also auch dazu, was wir nach vorn bringen müssen. Das ist für uns an dieser Stelle besonders wichtig, da an der Ulmenstraße andere Angebote, wie eine Sauna oder der Bau eines Außengeländes, nicht gewollt und auch nicht machbar sind.

Ähnlich wie bei der Diskussion zum Neubau der Eissporthalle ist es für uns auch von entscheidender Bedeutung, dass das alte Hallenbad an der Mettlacher Straße so lange wie möglich geöffnet bleibt, bis der Neubau bezugsfertig ist. Das hilft Schulen, Vereinen und auch vielen Bürgerinnen und Bürgern im Norden und Nordosten Düsseldorfs. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass das auch immer ein Argument für den Befürworter der Verlagerung des Bades an die Ulmenstraße war. Wir wollen das Bad am Laufen lassen, damit ein nahtloser Umzug gewährleistet werden kann.

Auch beim Altstandort sollten wir keine vollendeten Tatsachen schaffen, sondern das Ergebnis des zweiten Workshop-Verfahrens abwarten – so, wie es den Bürgerinnen und Bürgern versprochen worden ist. Da es bereits Spekulationen über einen geplanten Verkauf gibt, möchten wir hier und heute dies auch so festschreiben. Auch zu den Kernpunkten des Bedarfsbeschlusses gibt es bereits einige Meinungsbilder in der Bezirksvertretung 6. Diese lauten wie folgt: Optionen festschreiben, Übergang möglichst nahtlos gestalten und den Altstandort sichern. Meine Damen und Herren, das Meinungsbild ist auch eingetroffen: Eine klimafreundliche, energetische Versorgung soll gewährleistet werden. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig.

Im Übrigen verweise ich auf die kommende Sitzung der Bezirksvertretung am 24. Juni und auch auf die Korrespondenz der Bezirksvertretung 6. Daher würde ich mich freuen, meine Damen und Herren, wenn Sie dem Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion für die Bürgerinnen und Bürger im Düsseldorfer Norden zustimmen würden. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank, Herr Sültenfuß. – Es gibt einen weiteren Änderungsantrag. – Herr Grenda, bitte.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Da die Verwaltungsvorlage nicht geändert wird, aber jeder hier eigentlich ein bisschen die Politik und auch die Planung verfolgt: Ich hatte einen Änderungsantrag ganz einfach deshalb gestellt, weil der Bäderbetrieb immer noch mit dem alten Investor von Rewe zusammenarbeitet, dort, wo ein Einkaufsmarkt ist. In der Zwischenzeit ist es so, dass die Metro die gesamte Planung für das Gesamtgrundstück

übernommen hat, weil dort der neue Flagship Store hinkommt, mit komplett neuem Konzept, mit entsprechenden Grundstückstauschen, auch mit Aldi, mit dem Baumarkt. Das wird eben ein bisschen größer.

Ich fände es sehr gut, weil man uns immer noch ein Konzept mit einem Markt vorstellt, das zusammen gebaut werden soll, wenn die Planungen ein bisschen angepasst werden, da die Parkplätze zum Teil wegfallen werden, wenn die Pläne der Metro umgesetzt werden. Ich gehe davon aus – da wir nicht morgen damit anfangen, sondern noch etwas warten müssen –, dass die Pläne übereinandergelegt einige Differenzen aufzeigen. Ich hätte mich darüber gefreut, wenn das in der Verwaltungsvorlage direkt eingearbeitet worden wäre. Ob man jetzt dem Ganzen folgt – jeder, der im Fachausschuss war, wo die Metro eingeladen war, kennt den Plan der Zusammenarbeit zwischen Großmarkt, Metro und Daimler und kann deswegen mit Sicherheit dem Ganzen zustimmen. – Danke.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank. – Ratsherr Cardeneo.

(Ratsherr Cardeneo [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Rasp war zuerst!)

Okay. – Herr Blanchard, Sie kommen auch noch, Sie stehen auf meiner Liste.

Ratsherr Rasp (SPD): Ja, ich bin immer noch der kleine Dicke mit den grauen Haaren. – Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal als Unterrather meine Freude zum Ausdruck bringen, dass wir das Bad auf den Weg bringen. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig. Ich denke auch, dass wir uns über den Rest nicht sonderlich uneinig sind; ich würde trotzdem gern einige Kommentare zum Änderungsantrag der CDU sagen. Den zweiten Änderungsantrag kann ich, glaube ich, dann mit einem Satz bearbeiten.

Punkt 1: In der Vorlage steht:

„Folgende Optionen sollen in die Planung und Erstellung der funktionalen Leistungsbeschreibung einbezogen werden:“

Dann kommt die Aufzählung mit Rutsche, Bälleparadies und was dort alles geplant ist.

Für Zitate brauchen wir keinen Änderungsvorschlag. Ich meine, das steht ja schon drin, wobei ich mir vielleicht vorstellen könnte, dass die Wortwahl nicht von allen verstanden wird, denn da steht „Optionen“. Eine Option ist beim Auto die Farbe oder der Ledersitz oder das Autoradio. Die Optionen werden einbezogen. Dort steht nicht, da soll optional etwas einbezogen werden, sondern das steht schon fest drin in der Vorlage. Deswegen hat sich nach unserer Ansicht der Punkt 1 schon erledigt, weil es eben in der Vorlage steht.

Auch bei Punkt 2 wird einfach die Vorlage wiederholt. Auch da müssen wir, glaube ich, nicht allzu viel machen.

Dann kommt diese Forderung, dass die Bädergesellschaft den Badebetrieb zu jedweden Kosten und Aufwand weiter zu gewährleisten hat. Dazu muss ich sagen, da bewundere ich die Kaltschnäuzigkeit. Erst hat man das Bad 15 Jahre vergammeln lassen, und jetzt sagt man, man muss mit unbegrenzten Ausgaben im schlimmsten Fall das Bad am Leben halten. Das funktioniert so nicht. Wenn die Decke herunterfällt, werden wir mit Sicherheit nicht noch Hunderte von Millionen oder zweistellige Millionenbeträge hineinstecken. Hier wird ein Misstrauen gegenüber der Bädergesellschaft deutlich, was nicht angebracht ist. Es wird so getan, als ob die Bädergesellschaft nur darauf warten würde, um ein bisschen Energie zu sparen, das Bad vorzeitig zuzumachen. Dann gibt es auch noch Gremien, die da mitreden. Die Gefahr sehen wir also nicht. Wenn man so etwas hineinschreibt, ist das für mich einfach ein Misstrauen, das an der Stelle einfach nicht angebracht ist.

An der Stelle muss ich auch noch feststellen, dass die Antragsteller anscheinend auch nicht davon ausgehen, dass sie im nächsten Rat hier eine Gestaltungsmehrheit haben oder – um Gottes willen – den Chef der Verwaltung stellen werden, sonst müssten wir nicht solche Kleinigkeiten fünfmal wiederholen und neu hineinschreiben; denn dann könnten wir ja optimistisch in den November gehen und sagen: Da haben wir eh eine Mehrheit, dann machen wir das, wie wir wollen.

Somit bitte ich um Zustimmung zu der Vorlage, wie sie gerade ist. Aber ich sage es noch einmal: Die Vorlage und der Änderungsantrag sind gleich, und deswegen können wir das so machen. Ich sage nicht, dass darin etwas steht, was wir nicht wollen, sondern das ist einfach obsolet.

Zu Herrn Grenda: Meines Wissens nach gehört das Grundstück, auf dem Toom steht, schon seit Jahren dem Rewe. Mir ist nicht bekannt, dass da irgendetwas anders sein soll. Ich finde es schön, wenn die Kollegen engagiert sind und sich zu jedem Tagesordnungspunkt melden, –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, wie Sie!)

– aber manchmal wäre es vielleicht auch besser, wenn man sich bei Sachen, in denen man nicht so drin ist, zurückhalten könnte, denn das ist aus Unterrather Sicht völliger Unsinn gewesen.

(Zuruf von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP] – Ratsherr Wiedon [CDU]: Sie reden zu jedem Tagesordnungspunkt! – Unruhe)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsherr Cardeneo.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Ich warte, bis sich alle beruhigt haben.

(Glocke der Bürgermeisterin)

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch wir Grüne freuen uns darüber, dass wir wieder ein Hallenbad auf den Weg bringen können, und wir freuen uns auch darüber, dass es eine breite Beteiligung gegeben hat. Es gab viele Diskussionen, und bis zum Schluss ist um gute Lösungen gerungen worden. Auch im Sportausschuss haben wir sogar unsere Entscheidung verschoben, damit wir den Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern aus der 6 und aus der 1 noch einmal die Gelegenheit geben konnten, ihre Anregungen, ihre Wünsche und ihre Ideen einzubringen. Das war schriftlich. Wir wissen, erst nächste Woche sind die regulären Sitzungen der Bezirksvertretungen, aber sie konnten es eben auch schriftlich machen.

Wir wissen aber auch: Anregungen, Wünsche und Ideen – nicht immer erfüllen sich alle Wünsche, die man hat. So ist einfach die Realität. Wir müssen aber auch dazu sagen: Auch wenn sich nicht alle Wünsche erfüllen lassen – ich möchte jetzt der Legendenbildung vorgreifen –, wir sind im Wahlkampf, und im Wahlkampf wird eine ganze Menge erzählt und auch eine ganze Menge behauptet. Deswegen ist es noch einmal ganz wichtig, hier zu sagen, dass wir nichts verhindern wollen. Im Gegenteil. Das, was wir hier in Düsseldorf auf den Weg gebracht haben, ist wirklich einmalig. Wir haben einen großartigen Beschluss gefasst. Das müssen wir im deutschen Vergleich oder im NRW-Vergleich einfach so sehen. In NRW wird statistisch jeden Monat ein Schwimmbad geschlossen. Das muss man doch wirklich einmal anerkennen, dass wir hier wirklich tolle Sachen auf den Weg bringen. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir hier ein Bad nach dem anderen bauen.

Es gab meiner Meinung nach merkwürdige Diskussionen. Es gab Befindlichkeiten, ob das Bad in Unterrath oder in Derendorf sein durfte oder nicht sein durfte. Das fand ich ein bisschen befremdlich, weil es den normalen Besucherinnen und Besuchern eigentlich egal ist. Es ist irgendwie gut erreichbar, und das reicht dann auch. Es gab legitime Diskussionen darüber, ob man den Kindern aus der Schule einen weiteren Weg zumuten könnte, aber dazu muss man auch

sagen, dass in Deutschland ein Viertel aller Grundschülerinnen und Grundschüler überhaupt keinen Zugang zu einem Schwimmbad hat. Ich glaube, das relativiert doch das Ganze ein bisschen.

Wir müssen aber auch noch einmal sagen: Bei diesem Bäderkonzept 2015, das beschlossen worden ist, gab es zuvor eine Bedarfsanalyse. Ich glaube, wir waren uns alle darüber einig bei dieser Bedarfsanalyse, dass wir nicht immer das gleiche Schwimmbad in Benrath, Unterrath, Oberkassel und in Flingern bauen, sondern dass es bedarfsgerecht und mit anderen Funktionen eigentlich auch immer anders aussehen sollte. Das Schwimmbad in Benrath sieht anders aus als das in Flingern, und das sieht wieder anders aus als das in Oberkassel. Ich glaube, das muss man auch im Hinterkopf behalten.

Als Letztes, was die Ausstattung und Zusatzwünsche angeht: Wir hatten damals in 2015 gesagt, wir sind davon ausgegangen, dass es 11 Millionen Euro kosten sollte. Wir wissen alle: Es wird immer teurer, als wir denken, und es wird wahrscheinlich auch teurer als die jetzigen 22 Millionen Euro. Davon können wir eigentlich ausgehen. 22 Millionen Euro sind schon doppelt so viel, als wir damals geplant haben. Das kann man auch alles diskutieren. Aber die Vorlage, die wir jetzt haben, verhindert ja nicht die Zusatzwünsche, die legitim sind. Wir können sie immer noch umsetzen. Daher denke ich, dass die Änderungsanträge sowohl von Herrn Grenda als auch von der CDU uns da nicht weiterhelfen. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir der originalen Vorlage einfach zustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratscherr Blanchard.

Ratscherr Blanchard (Die Linke): Herr Rasp, Sie haben stark kritisiert, aber dabei doch sehr viel Unsinn geredet, muss ich sagen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn man wählen kann zwischen einer Option, das könnte eventuell auch noch dazukommen, oder wenn man sagt: Wir wollen heute festschreiben, dass diese Dinge dazukommen – das ist ein Riesenunterschied. Und da tun Sie so, als ob das gleichlautende Anträge wären. Von dieser Seite haben Sie noch mehr Sachen genannt, aber es lohnt sich gar nicht, darauf einzugehen.

Ich möchte noch einmal sagen, dass die Großrutsche, der Whirlpool, der Wärmeluftraum und Gymnastikraum etwa 1,9 Millionen Euro ausmachen, aber wir halten diese Mehrausgabe für gerechtfertigt, denn sie stammen aus der Bürgerbeteiligung. Ich möchte gleichzeitig sagen: Wer in Zukunft sagt: „Aus diesen Optionen wird nichts“, der richtet sich auch gegen die Bürger, die sich für diese Zusatzoptionen ausgesprochen haben. Da sollte man auch als Bürger später einmal wissen, welche Parteien wie entschieden haben.

Des Weiteren sind das Wünsche der Bezirksvertretung 6; die sind alle gerechtfertigt. Ich habe auch in Oberkassel erlebt, wie das manchmal läuft mit dem Schwimmbad. Dort war das auch nie gesichert, was sie mit dem Altstandort machen. Die Wünsche sind völlig berechtigt, deswegen werden wir dem Antrag der CDU auch in Gänze zustimmen. – Danke.

(Beifall von der Linken – Ratscherr Sültenfuß [CDU]: Vielen Dank!)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsfrau Bednarski.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der CDU-Antrag hatte uns erst einmal überrascht, aber er überrascht mich jetzt doch nicht. Nachdem die Frage des Standorts gegen die Meinung der CDU ausgegangen ist, denken Sie sich jetzt etwas Neues aus. Irgendwie habe ich das Gefühl, Sie wollen nicht das Bad, sondern Sie wollen das Bad lieber verhindern.

(Zurufe von der CDU)

Zu den Optionen: Da geht auch mein Wort an Herrn Sültenfuß. Sie wissen, wir sitzen zusammen – auch mit Herrn Blanchard – im Aufsichtsrat der Bädergesellschaft. Der tagt zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aber eines kann ich wohl sagen: In diesem Gremium war ich die einzige, die überhaupt für eine Rutsche plädiert hat, Herr Blanchard noch für die Sauna, aber das war es auch. Sie haben sich dort nie für diese Optionen eingesetzt. Und jetzt holen Sie die plötzlich aus dem Koffer und meinen, mit der Änderung des Antrags würden Sie quasi Ihren Wahlkampf wieder befeuern.

Ich finde, die Optionen reichen, weil die Optionen auch beinhalten, dass sie genau berechnet und geplant werden. Wenn aber an diesem Standort die Rutsche dann nicht möglich ist, weil vielleicht der Platz nicht reicht, dann würden Sie mit der Version, die Sie beschließen, das Schwimmbad an der Stelle verhindern. So kann es ja wohl nicht gehen. Wir wünschen uns alle die Rutsche, und ich hoffe auch, sie kommt. Alle weiteren Punkte zur Planung des Altstandorts oder weiterer Flächen rund um dieses Bad herum stehen heute gar nicht zur Diskussion. Es geht um den Grundsatzbeschluss für das Bad und um nichts anderes.

(Zuruf: Und um das Grundstück!)

Und um das Grundstück, über das wir auch bestimmen können.

Wenn Sie sich den alten Beschluss, den Sie eben auch zitiert haben, vom September letzten Jahres noch einmal anschauen, dann steht darin auch schon, dass genau das der Grund ist für diesen neuen Standort, dass an dem alten Bad dann länger weitergeschwommen werden kann und es keine Pause gibt, in der eben nicht geschwommen werden kann. Darin steht, dass, solange die technischen Möglichkeiten es zulassen, natürlich dort das Bad weiter aufrechterhalten wird, und auch das ist jetzt Sache, das wissen wir alle, das wissen wir aus dem Aufsichtsrat, und dort wird natürlich auch darüber befunden. Jetzt tun Sie nicht so, als würde irgendwie infrage gestellt sein, dass das Bad in der Mettlacher Straße frühzeitig geschlossen wird. – Das war es eigentlich schon.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank. – Ratsherr Wiedon.

Ratsherr Wiedon (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Schreien muss ich von dort hinten; der Saal ist ein bisschen größer hier. Und wenn Herr Rasp sagt, dass Herr Grenda zu jedem Tagesordnungspunkt spricht, dann muss man einfach mal festhalten, dass er das hier auch tut.

(Beifall von Ratsherrn Blanchard [Die Linke])

Es gilt logischerweise auch für Herrn Grenda als Einzelvertreter genau das gleiche Recht wie für eine Fraktion, obwohl er der einzige zu sein scheint, der hier zu jedem Tagesordnungspunkt redet.

Ich wollte nur ganz kurz Folgendes sagen: Frau Bednarski, das, was Sie gerade gemacht haben, ist nicht fair, über Diskussionen in einem Aufsichtsrat hier zu sprechen. Um das richtigzustellen – das mache ich für den Kollegen Sültenfuß –: Er war bei der entscheidenden Aufsichtsratssitzung verhindert, wo wir das und auch noch einmal den Standort beschlossen haben. Das für ihn als Erklärung, damit er das hier nicht selbst tun muss. Deshalb ist das auch nicht in Ordnung. Das, wie gesagt, wollte ich hier nur klarstellen.

Die Sachen, die jetzt in das neue Bad kommen sollen, sind auch in dem alten Bad vorhanden. Deshalb ist es doch auch ein legitimer Wunsch, dass man sagt: Die Dinge, die in dem alten Bad sind, sollten nach Möglichkeit auch in dem neuen Bad sein. Nichts anderes wollen wir.

Wir haben auch erklärt – das hat der Kollege Sültenfuß auch getan –, dass wir hier nicht noch einmal eine Standortdiskussion anfangen. Der Standort ist entschieden. Jetzt geht es eben darum, welche Dinge in dem neuen Bad sind, die auch in dem alten Bad sind. Das ist eine völlig legitime Geschichte. Die wollen wir hier heute auch festschreiben lassen. Daher verstehe ich auch überhaupt nicht die Aufregung darüber. Ich finde, dass man diesem Antrag, den wir gestellt haben, auch zustimmen kann. Wenn Sie das nicht tun können, ist das logischerweise Ihr gutes Recht, aber nichtsdestotrotz haben wir das getan. Ich finde auch, dass man das auch gegenüber der Bevölkerung durchaus sagen kann, wie wir uns hier in der Situation aufgestellt haben.

Noch einmal zu der Situation: Wir alle wissen auch um die bauliche Situation des alten Bades. Sie wissen auch, dass Sie heute nicht genau sagen können, ob tatsächlich dieses Bad so lange durchhält, bis das neue Bad gebaut ist. Da muss man auch mal ehrlich sein. Dementsprechend kann es natürlich passieren – das wäre aber natürlich bei einem Umbau auch vonstattengegangen –, dass unter Umständen kein nahtloser Übergang gewährleistet sein kann, wenn es zu Problemen in dem alten Bad kommt und man dann vor der Entscheidung steht: Wie viele Millionen müsste ich investieren, bis das neue Bad eröffnet wird? Wie gesagt, das kann uns passieren, die Garantie kann hier keiner geben. Daher sollte man, finde ich, ein bisschen Luft aus der Nummer jetzt herausnehmen.

Ich finde, der Antrag ist legitim. Wir werden logischerweise unserem eigenen Antrag zustimmen. Ich würde mich freuen, wenn neben den Linken die anderen Fraktionen das auch tun würden. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank, Herr Wiedon. – Ratsherr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Frau Bürgermeisterin! Nur mal so, warum ich eigentlich so oft hier bin: Ich gehöre nicht den Grünen, nicht der FDP oder den Linken an, sondern ich vertrete hier eine komplette Partei und auch soundso viele Wähler. Es ist einfach so, dass ich öfter hier vorn stehe, aber die anderen könnten ja auch nach vorn kommen. Das tun sie eben nicht. Aber das bleibt den Leuten ja auch selbst überlassen.

Ich möchte noch kurz zu den beiden Bemerkungen etwas sagen. Herr Rasp, es ging das letzte Mal um die neue Planung des gesamten Metro-Geländes. Hier geht es darum, dass mir am Montag der Chef der Bädergesellschaft mitgeteilt hat, dass er immer noch mit dem Investor für den Rewe-Markt verhandelt. Der Investor hatte der Stadt schon lange mitgeteilt, dass er kein Interesse mehr hat, wenn die Metro wirklich dahinter ihren Flagship Store aufbaut, vorn ein Einzelhandelsgeschäft aufzumachen, weil er gegen die Metro nie ankommen wird.

Das nächste Punkt ist: Es gibt vier Real-Märkte in Düsseldorf oder jetzt nur noch drei. Diese drei Real-Märkte wurden verkauft. An wen denn bitte? Wer hat sie verkauft? – Metro. Die Verwaltung weiß das auch. Auch die Leute, die in den entsprechenden Fachausschüssen sitzen, haben einen Grundstücksdeal, wie sie sich demnächst die großen Einzelhandelsmärkte hier in Düsseldorf vorstellen. Darüber werden wir nicht entscheiden, denn die Grundstücke gehören denen selbst.

Die IDR hat ein Kaufangebot von der Metro vorliegen – natürlich noch nicht öffentlich. Wir haben aber als Ratsmenschen den gesamten Großmarkt an die IDR übertragen. Das heißt, wir werden davon nie wieder hören. Meine Aufgabe und meine Sicht der Dinge ist einfach, solche Sachen öffentlich zu machen, denn ich möchte nicht in einem halben Jahr hören: Das wird leider alles ein bisschen teurer, weil der Parkplatz, wo die Leute stehen sollen, hinter dem Haus stattfinden soll, den es aber nachher gar nicht mehr gibt, wenn die Metro ihre Pläne umsetzt. Daher ist es jetzt richtig, dass der Bauherr, nämlich unser städtischer Bäderbetrieb, hingeht und sagt: Investor, wir wollten zusammen bauen; ist es richtig, wir brauchen einen neuen Investor für das gesamte Einkaufszentrum und für das Gebäude daneben? Dann kann man sagen: Den zweiten Bauabschnitt

dahinter kann man jetzt machen. Und dann ist es auch möglich, dass die CDU vielleicht ihre Pläne bekommt. Was ist nämlich das Schöne? – Metro sponsert solche Sachen. Wie sieht es denn aus, Metro: entsprechender Mitarbeitersport, mal eine kleine Kooperation? – Und ich sage Ihnen nur eines: Wenn sich die Metro entscheidet, die Hauptverwaltung auf die Ulmenstraße zu verlegen – das ist nämlich im Moment noch der Kampf –, dann ist es doch eine ganz andere Möglichkeit, dieses Schwimmbad auch noch zehn Meter direkt an die Kreuzung zu legen. Aber das sind Sachen, die kommen eben erst in einem halben Jahr oder in einem Jahr auf das Tableau. – Danke.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass der Antrag der CDU in weiten Teilen der Beschlussfassung der Bezirksvertretung 6 entspricht, die sich darüber hinaus auch dafür ausgesprochen hat, das Hallenbad mit einer klimafreundlichen energetischen Versorgung zu versehen, wozu auch eine Photovoltaik-Anlage und eine Dachbegrünung gehören sollte. Ich möchte jetzt zur Abstimmung kommen, und ich lasse insoweit abstimmen, dass ich als Erstes den CDU-Antrag abstimmen lassen werde, dann die Verwaltungsvorlage und als Ergänzungsantrag dann den Antrag von den Piraten.

Dann stelle ich jetzt zur Abstimmung den Änderungsantrag der CDU: Wer möchte dafür stimmen? – Das sind die Linken, der Republikaner, Tierschutz Freie Wähler, AfD und CDU. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Herr Grenda. Das ist dann die Mehrheit.

Dann komme ich zu der Verwaltungsvorlage: Wer sich dafür aussprechen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer spricht sich dagegen aus? – Somit einstimmig beschlossen.

Dann komme ich noch zum Ergänzungsantrag der Piraten: Wer möchte sich dafür aussprechen? – Tierschutz Freie Wähler, Republikaner und die Piraten. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Der Rest. Damit abgelehnt.

Wunderbar, wir haben wieder ein Schwimmbad beschlossen. Danke schön.

(Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 16.56 Uhr wieder den Vorsitz.)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin.

60

Satzungsbeschluss B-Plan Nr. 03/033 – nordöstlich Halbinsel Kesselstraße

APS/074/2020

Oberbürgermeister Geisel: Das ist der Satzungsbeschluss für den B-Plan nordöstlich Halbinsel Kesselstraße, auch „Pier One“ genannt. Wer möchte dazu etwas sagen? – Herr Grenda.

(Zurufe: Nein!)

Herr Grenda, Sie wissen aber, es findet noch eine Ratssitzung des Rates in dieser Legislaturperiode statt?

Ratsherr Grenda (Piraten): Ich weiß, dass ich noch eine Sitzung habe, aber wir haben, wie gesagt, am 13.09. Wahlen, und ich muss ganz ehrlich sagen: Sollte es wirklich nicht so sein, dass ich noch einmal hineinkomme, werde ich vielleicht auch an dieser Ratssitzung nicht teilnehmen, sondern der Kollege, der danach folgt. Deswegen könnte es meine letzte Ratssitzung sein. Ich habe genauso das Recht wie jede Fraktion und jeder Ratsherr und habe eine entsprechende Frage gestellt.

Oberbürgermeister Geisel: Sie haben das selbstverständlich. Das war nur ein Hinweis.

Ratsherr Grenda (Piraten): Wir können die beiden Vorlagen ja zusammen behandeln, denn es geht zum einen vorn um die Hafenspitze mit dem entsprechenden Bau, wozu diese Planung da sein muss, und zum anderen auch um die Kesselstraße, wozu ich den Änderungsantrag gestellt habe. Deswegen rede ich gleich zu beiden Punkten, dann können wir die gleich zusammennehmen.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe aber nur Tagesordnungspunkt 60 aufgerufen.

Ratsherr Grenda (Piraten): Ja, ja, 60.

Oberbürgermeister Geisel: Den Änderungsantrag haben Sie zu TOP 61 gestellt.

Ratsherr Grenda (Piraten): Zum Tagesordnungspunkt 60 habe ich die Verwaltung gefragt, wem eigentlich der Rhein gehört beziehungsweise mit wem der Vertrag geschlossen worden ist. Ich habe mit dem Besitzer des Rheins gesprochen.

(Lachen von SPD und CDU)

– Moment! Ich weiß nicht, das ist zwar lachhaft, aber es gibt eine bestimmte Regel, und zwar: Am Rhein und an einem fließenden Gewässer darf niemand ein rechtliches Eigentum haben. Deswegen gibt es dafür eine eigene Bundesverwaltungsbehörde, die alle Anträge ablehnt. Es war auch für sie überraschend, dass wir das hier machen. Deswegen wollte ich nur gern wissen, ob das gesamte Bauleitverfahren auf das – so nennt sich das – Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts des Bundes abgewickelt worden ist oder – das ist nämlich das Interessante – auf das Wassergesetz für das Land NRW. Denn im Landeswassergesetz NRW steht nämlich: Wenn ich das Grundstück habe – das haben die ja gekauft, diese 25 Quadratmeter –, dann gehört mir das gesamte Wasser, was drum herum ist, auch. Laut Bundeswassergesetz ist das aber untersagt. Nach meiner Kenntnis ist es so, dass es noch keine Umwidmung des Hafenbeckens durch das Bundeswassergesetz gibt, sondern wir haben ein Nutzungsrecht. Aber deswegen dürfen wir es nicht bebauen.

Jetzt würde ich gern wissen: Bei allen Anhörungen und solchen Dingen ist die Behörde nie eingeschaltet worden. Die haben auch keine Stellungnahme abgegeben. Für die war das eigentlich überraschend, dass das Hafenbecken komplett überbaut werden soll. Das würde ich nur gern von der Verwaltung wissen.

Bei dem anderen Punkt, weil wir gleich über den 5-Millionen-Auftrag abstimmen für die Planung der Kesselstraße, was zusammengehört, ist der Antrag ganz einfach so, wirklich einmal zu überlegen – das, was ich eben schon gesagt habe – und in der gleichen Überlegung zu sagen: Wir vermarkten die Kesselstraße selbst. Denn wir haben genügend Projekte in dieser Stadt gehabt, auch während meiner Zeit: Ich erinnere zum Beispiel nur an den Kö-Bogen, an das Glasmacherviertel, mit welcher Gewinnspanne zum Schluss an den Endkunden das verkauft worden ist. Hätten wir das selbst gemacht, hätten wir als Stadt dieses Geld im Stadthaushalt und nicht ein Investor, der aus Luxemburg, den Cayman Islands und sonst woher kommt und dort diesen Megagewinn versteuert. Die Kesselstraße – das steht ja in der Vorlage drin – ist wirklich das letzte Sahnestückchen am letzten Ende vom Hafen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, ich würde doch darum bitten, dass Sie davon ausgehen, dass in der Verwaltung erfahrene Fachleute sitzen, die derartige Planungsverfahren auf der Grundlage der einschlägigen rechtlichen Vorschriften durchführen. Sie können sich gern beschweren, aber wir machen jetzt hier kein Examinatorium im Planungsrecht.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Dann stelle ich die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 60 zur Abstimmung. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind Grüne, Linke und der Ratspirat; sonst ist niemand mehr da. Das Erste war die Mehrheit. Dann ist das so beschlossen.

61

Entwicklung Kesselstraße – Beauftragung einer externen Projektsteuerung

OVA/061/2020

61.1

Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda

RAT/248/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Grenda, dazu hatten Sie, glaube ich, einen Änderungsantrag.

(Rats Herr Grenda [Piraten]: Ich habe schon dazu geredet!)

Das möchten Sie nicht noch besprechen?

(Rats Herr Grenda [Piraten]: Ich kann noch einmal das Gleiche sagen!)

Gut, ich würde vorschlagen, wir stimmen zunächst den Änderungsantrag ab und dann die Verwaltungsvorlage. Wer dem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist der Ratspirat. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist erkennbar die Mehrheit.

Ich komme zur Verwaltungsvorlage. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist es so beschlossen.

(Rats Frau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Gegenstimmen!)

Waren das Gegenstimmen?

(Rats Frau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Ja!)

– Entschuldigung! Bei zwei Gegenstimmen der Linken und einer Enthaltung mit großer Mehrheit so beschlossen.

65

Zukunftsviertel

RAT/218/2020

65.1

Änderungsantrag des Rats Herrn Grenda

RAT/251/2020

Oberbürgermeister Geisel: Das ist eine Informationsvorlage. Deswegen ist es ein bisschen schwierig, dazu einen Änderungsantrag zu stellen. – Herr Grenda, Sie wollen dazu jedenfalls etwas sagen. Aber wir können keinen Änderungsantrag zu einer Infovorlage beschließen.

Rats Herr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Erstens: Ich habe gestern bei der Tagesordnung diesen Änderungsantrag gestellt. Eigentlich, weil es keinen Widerspruch bei der Gesamtänderung gab, wäre es jetzt eine Beschlussvorlage.

(Lachen von der CDU)

– Moment! Gestern war ich da und habe den Vortrag gemacht. Ich muss auch dazu sagen: Das Vorgehen mit dieser Vorlage – ich weiß nicht, ob man ein bisschen Zuspruch kriegt. Denn wir saßen ja in dieser besagten Kleinen Kommission Smart City, wo alle Fraktionschefs, alle Bezirksbürgermeister eingeladen waren. Dort waren leider nur drei Leute da. Jetzt war es einfach

so: In dieser Sitzung ist das beiläufig passiert, nämlich dass es eine neue Zukunftsstraße geben wird, die man hier in Düsseldorf plant. Da habe ich gesagt: Super, Zukunftsstraße ist digital, finde ich total super. Wo ist denn die Informationsvorlage oder was passiert? – Da hieß es zuerst: Das können wir nicht genau sagen; das ist alles noch streng topsecret. Trotzdem ist nachher herausgekommen: Es war der Fürstenwall. Das war schnell zu erkunden. Es gibt ein Zukunftsviertel, das sind die Stadtwerke. Da gab es ganz schnell Informationen.

Als ich ein bisschen nachgefragt habe, kam dann urplötzlich eine Vorlage aus dem Hut, wo ich ganz ehrlich sage: Ich bin jetzt nicht jemand, der die Geschäftsordnung des Rates hundertprozentig in- und auswendig kennt, aber ein Projekt, das eine komplette Änderung der Straßenbeleuchtung eines gesamten Straßenzuges von vorn vom Kirchplatz bis zum Polizeipräsidium beinhaltet, eine komplette Veränderung der Straßenführung, der Parkplatzraumbewirtschaftung und des kompletten Beleuchtungssystems, das einmalig in Düsseldorf ist, ist normalerweise keine Informationsvorlage, vor allen Dingen – das wird die Verwaltung bestätigen –, wenn die Stadt dieses ganze Projekt bezahlen muss. Warum? – Weil die Beleuchtung auf dem Fürstenwall eben so alt ist, dass sie sowieso ausgetauscht werden müsste. Es ist auch einfach so – das wird die Verwaltung bestätigen können –: Es ist nicht geplant, so, wie es in der Verwaltungsvorlage steht, dass es ein Testprojekt ist, denn die alte Beleuchtung – das ist eine Hängebeleuchtung, die über die Straße geht – wird komplett entfernt. Das heißt, danach wird es keine Beleuchtung mehr auf dem Fürstenwall geben, wenn dieses Projekt so realisiert wird, wie es hier einfach so steht. Warum? – Weil die ganze Verkabelung der Hausbeleuchtung natürlich gleichzeitig mit entfernt werden muss.

Das, was ich auch nicht gut finde – ich habe auch versucht, das den Fraktionen mitzuteilen, deswegen habe ich auch noch als Letztes dieses Rederecht einfach da –, ist, dass in der gesamten Vorlage, die wir bekommen haben, komplett mit falschen Informationen gearbeitet wird.

(Zurufe von der CDU: Wo?)

– Moment! Ich muss einfach dazu sagen: Die Prospekte, die verteilt werden, sagen, das ist ein Superprojekt mit Vollentwicklung von den Stadtwerken Düsseldorf. Aber wenn man einfach nur die Artikelnummer, was wir bekommen haben, in das System eingibt, ist es das komplette Smart-City-Konzept von Philips aus den Niederlanden. Ich muss ganz einfach fragen: Warum müssen wir für ein Projekt so viel Geld bezahlen, was weit über diese 250.000 oder 500.000 Euro hinausgeht, wofür der Rat beschlussfähig wäre?

Zur Technik: In meiner Antwort, die wir auch in dieser Ratssitzung schriftlich haben, da wird geschrieben: Wir haben keinen Zugriff auf die Mobilfunkdaten. In der Vorlage schreibt der liebe Herr Digitalisierungsbeauftragte: Die Daten gehen zur Stadt. – Das ist ein ganz klarer Widerspruch.

Ich muss Ihnen ganz einfach sagen: Ich kenne das Projekt aus Karlsruhe, dort ist es nach einer Woche eingestellt worden wegen Datenunsicherheit. Ich kenne das System aus Hamburg, dort hat es zwei Wochen gedauert. Das, was einfach ist: Mit dem Projekt, wie es hier geplant ist – ja, es ist ein Versuchsprojekt, aber bitte, dann sollen auch die Stadtwerke, Vodafone und Philips alles bezahlen, dann können die testen, was wir machen. Wir informieren die Bürger korrekt; denn auch das ist nicht passiert. Leider ist Herr Siegesmund nicht da, aber Herr Wolf ist stellvertretender Bezirksbürgermeister. Die Anwohnerinformation war ein Zweizeiler: Bei Ihnen kommt etwas ganz Tolles hin. Darin steht noch nicht einmal, dass sie eine neue Straßenbeleuchtung haben. Darin steht auch nicht, dass die Bäume beschnitten werden. Die BV 3 hat bis heute diese Informationsvorlage nicht drin.

Wie gesagt, das ist eine Beschlussvorlage, und ich bin nicht gegen das Projekt. Nur ich sage ganz einfach so, wie ich es geschrieben habe – und vielleicht, viele Anträge sind hier abgelehnt worden und trotzdem nicht gemacht worden –: Das kleine Teil, das Ihnen die Stadtwerke vorenthalten möchte, kostet 37,52 Euro für die Stadt, das mal 42, das ist wirklich marginal. Dafür haben Sie

aber den vollen Zugriff auf die gesamten Daten der gesamten Straße, die in dieser Laterne abgewickelt werden. Vielleicht machen Sie das noch, denn noch ist der Auftrag nicht komplett erteilt. Die Preise habe ich Ihnen mitgeteilt. Warum wir mehr bezahlen müssen als im Angebot, verstehe ich auch nicht; denn es war ja gar keine Ausschreibung. Man fand es eben nur geil, digital zu sein.

Wie gesagt, ob wir meinen Antrag als Informationsvorlage wegmachen – er ist öffentlich. Ich werde mit Sicherheit prüfen lassen, wie teuer das Gesamtprojekt war. Und nur – das hat mir die Verwaltung von Amt 66 gesagt –, dass ich den Mast als ein Bauteil sehe, das Einbuddeln als das Zweite und die Lampe, die ich oben anbringe, als die dritte Rechnung, damit der Grenda nicht recht bekommt – sorry. Alles kommt über eine große Rechnung von Philips, die habe ich sogar schon gesehen, und die geht an die Stadtwerke und wird weitergereicht. Aber definitiv ist das etwas größer. Wie gesagt, ich habe dazu gesprochen.

Viel Spaß auf dem Fürstenwall. Wir werden das ganze Projekt – so, wie in den anderen Städten auch – begleiten und werden wie bei Vodafone Campus unsere Späße mit den Bürgern machen, solange die Schnittstellen nicht geöffnet sind, und dann können wir zusammen hier Spaß haben. Oder aber ich bin nicht mehr da. Und dann werden Sie erleben, was dieses System mit 42 Lampen vom Kirchplatz bis zum Polizeipräsidium in Düsseldorf alles möglich macht. – Vielen Dank.

(Zuruf von Ratsherrn Auler [CDU])

Oberbürgermeister Geisel: Es ist jetzt nicht nur lustig, sondern es sind hier erhebliche Behauptungen und Unterstellungen geäußert worden, die wir überprüfen werden, ob sie der Wahrheit entsprechen. Ich möchte darauf verweisen: Meine Verwaltung ist jetzt auch nicht – wie soll man sagen? – jemand, bei der man einfach Behauptungen ins Blaue aufstellen kann und sein Mütchen kühlen kann. Darauf möchte ich auch mal hinweisen, Herr Grenda.

(Beifall von der SPD)

Herr Spielmann, Sie wollten noch etwas sagen, und Herr Cardeneo.

Ratsherr Spielmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In den letzten elf Jahren habe ich hier viel gehört, und eigentlich ist es meine letzte Sitzung heute, aber ich finde im Moment keine Worte. Nur eines – ich meine, der Herr Oberbürgermeister hat einiges gerade vorweggenommen –: Lieber Kollege Frank Grenda, ich finde es eine Unverschämtheit, wie du mit dieser Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Verwaltung umgehst. Das ist nicht zum Aushalten.

(Beifall von der SPD und vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Lieber Kollege Grenda, wenn du ernsthafte Zweifel an der Verfahrensweise der Verwaltung hast, dann verklage sie. Aber eines möchte ich dieser Verwaltung mit auf den Weg geben: Solltest du unrecht haben, dann erwarte ich von der Verwaltung, dass sie gegen dich wegen Verleumdung vorgeht. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Spielmann. – Herr Cardeneo ist jetzt erst einmal an der Reihe. Ich nehme Sie auf die Liste, Herr Grenda. – Herr Cardeneo. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister, Sie haben es schon gesagt: Es wurde eine ganze Menge an Behauptungen und Aussagen hier getätigt. Sie haben angeboten, dass man das im Nachgang prüft. Aber ich finde, was man jetzt schon widerlegen kann, das soll die Verwaltung tun, vor allem, was

Herr Grenda sagte, dass das Amt 66 irgendwelche Informationen nach draußen gegeben hat. Ich würde gern wissen, welche Informationen das waren und wer das gemacht hat. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Wer kann das beantworten? – Jetzt zunächst Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Datenschutz – nicht das, was Herr Grenda sonst gesagt hat – interessiert uns an der Stelle auch und auch die Datenschutzfolgen. Denn wir gehen da hinein und darin steht: Man kann Kfz damit einscannen, man kann und kann und kann. Das ist eine neue Qualität von Datenerhebung digital in dieser Straße durch die Verwaltung. Das ist ein Versuch, das ist alles klar, und wir haben überhaupt nichts dagegen, aber wir würden gern einmal wissen, wie die Datenschutzfolgen denn bei der Verwaltung – –

(Der Redner wendet sich an Oberbürgermeister Geisel, der gerade im Gespräch ist.)

Für uns ist das wichtig.

Oberbürgermeister Geisel: Entschuldigung!

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Was sind die Datenschutzfolgen, die sich daraus ergeben? Dazu hätten wir heute gern drei Sätze, und damit sollten wir uns im nächsten Rat beschäftigen. Das heißt nicht, dass wir das anhalten wollen, aber das hat bei uns eine hohe Priorität.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Ja, ich glaube, Frau Zuschke beantwortet das. Vorher wurde ja das Amt 66 angesprochen.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Grenda, ich ziehe es vor, Ihre Frage so konkret zu beantworten, wie Sie sie mir vorgeben. Ich bitte Sie um eine schriftliche Aussage dazu, welche Informationen durch das Amt 66 unbotmäßigerweise herausgegeben worden sind, und dann kann ich Ihnen ganz genau dazu antworten, ob es stimmt oder nicht und in welcher Form das vielleicht im Zusammenhang mit einer anderen Situation gewesen ist. Ich kann hier nicht aus dem Stand jede dieser Fragen beantworten, sondern bitte Sie darum, wenn eine solch drastische Anschuldigung existiert, sie mir ganz einfach schriftlich zuzuleiten.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Grenda, ich erfahre eben, Sie hätten vielleicht auch erwähnen sollen, dass Sie vom Datenschutzbeauftragten der Landeshauptstadt Düsseldorf auch schon eine Stellungnahme bekommen haben.

Ratsherr Grenda (Piraten): Ich möchte nur kurz etwas sagen.

(Ratsherr Raub [SPD]: Ja oder Nein?)

– Ich habe eine Antwort vom Datenschutzbeauftragten bekommen.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Und was steht darin?)

– Der Datenschutzbeauftragte ist informiert worden, dass es ein Testfeld ist, was von Vodafone betrieben wird.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Ja, und?)

– Moment! Die Technik, die ihm vorgestellt worden ist, ist eine andere als das, was ich ihm zugeschickt habe. Ich kann Ihnen sagen: Das wird auch geprüft. Aber wir sprechen dazu, dass ich hier irgendwelche Sachen behaupte. Jeder kann seine Vorlage öffnen, und die Verwaltung hat Ihnen selbst in dieser Informationsvorlage gesagt: Das ist ihre Lampe. Dort auf diesem Dokument steht angeblich – so steht es auch im Stadtwerke-Konzept –: Die CityTouch-Lampe OLC COM SR mit einem entsprechenden Preis und allem Drum und Dran.

In meiner Antwort ist auch eine Lampe abgedruckt. Dort ist der Name aber nicht so. Das, was das Lustige ist – ich sage ja, das ist das, was ich einfach gemacht habe –: Ich habe einfach mal den Namen eingegeben. Denn auf dem Plan, den Sie haben, können Sie im Detail sehen, welcher Mast wo verbaut wird und wo welcher Lampentyp verbaut wird. Das ist aber von dem Ingenieurbüro gemacht worden, das mal kurz einen Plan gemacht hat. Und wenn Sie diese Daten eingeben, heißt die Lampe – das wurde mir eben sogar bestätigt von beiden Seiten –, das ist dann die Philips-Lampe BGP294 LED340, die wir verbauen.

(Zurufe von der SPD)

– Moment! Jetzt ist das Lustige: Diese schöne Lampe kann jeder im Internet bestellen, denn das ist eine Philips-Lampe. Dann wundere ich mich schon, wenn die nur 674 Euro kostet.

(Ratsherr Raub [SPD]: Du hast sie doch nicht mehr alle!)

– Moment! Wieso? Sie haben mir Falschbehauptungen vorgeworfen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, vielleicht machen wir es einfach so: Ich glaube, ganz ehrlich, wir haben noch ziemlich viele Tagesordnungspunkte vor uns. Das sind Themen – –

Ratsherr Grenda (Piraten): Ich habe das Rederecht hier und halte das jetzt auch fest.

Oberbürgermeister Geisel: Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Auler.

Ratsherr Grenda (Piraten): Ich werde hier als Lügner bezeichnet.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe nicht gesagt, Sie sind ein Lügner, –

Ratsherr Grenda (Piraten): Doch!

Oberbürgermeister Geisel: – sondern Sie müssen diese Behauptungen belegen. Das ist das, was ich gesagt habe.

Ratsherr Grenda (Piraten): Richtig, und deswegen belege ich sie hier vor Ihnen stehend, vor allen Bürgern und allen Menschen, sodass es im Video ist. Das, meine Damen und Herren, ist das Teil: –

(Unruhe)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, wir gehen der Sache in beiden Richtungen nach, versprochen.

Ratsherr Grenda (Piraten): – ein CityTouch Specification Repeater im 5G-Netz, was Philips automatisch als Smart City anbietet. Dort ist eine Datenspezifikation hinterlegt. Die habe ich an den CCC, an unseren Datenschutzbeauftragten und auch an den Landesdatenschutzbeauftragten gegeben. Das, was einfach ist: Von 17 Schnittstellen sind nur zwei aktuell zugelassen. Und das, was Sie nicht wissen, und darum ging es mir ja: Die Baumaßnahme dieses ganzen Projektes startet

nächste Woche. Das heißt, während wir schön in den Sommerferien sind, bauen die schon fleißig um. Die Baustellen sind sogar schon eingerichtet.

Aber ich weiß, der Pirat erzählt immer nur Müll, der lügt und wirft der Verwaltung etwas vor. Die Verwaltung hat seit der Sitzung der Kleinen Kommission Smart City die Informationen vorliegen. Ich habe nur gesagt: Es geht nur darum, ein Teil für 32 Euro das Stück mal 42 in den Besitz der Stadt zu bekommen, und dann können von mir aus alle mit diesen Geräten machen, was sie wollen. Denn wenn die Technik bei der Stadt eingerichtet ist – so, wie es in meiner Antwort lautet –, braucht nicht im anderen Dokument zu stehen, die Daten gehen an Vodafone, sondern die Daten gehen dann auch an uns. Wenn wir aber diese 32 Euro nicht ausgeben, gehen diese Daten an Vodafone und an die Stadt. Das kann man ganz normal im Netz – zwar auf Niederländisch – bei Philips nachlesen. Denn damit machen die ihr Geld. Sorry.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Auler, Sie hatten einen Antrag zur Geschäftsordnung. – Ich frage mich, wie die Gebärdensprachdolmetscher das hinbekommen.

Ratsherr Auler (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens meiner Fraktion beantrage ich Schluss der Debatte und Abstimmung. Nein, das brauchen wir gar nicht, das ist ja eine Kenntnisnahme, also Schluss der Debatte.

Oberbürgermeister Geisel: Es geht um Kenntnisnahme. Wir haben auch niemanden mehr auf der Redeliste. Gut, dann gehe ich davon aus, dass alle diese Vorlage zur Kenntnis genommen haben. Der Anregung von Herrn Grenda werden wir nachgehen, wie gesagt.

(Zuruf)

Die werden wir beantworten.

(Zuruf von der CDU)

– Der Professor ist nicht Beigeordneter. Ich habe nur die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten auf die Anfrage von Herrn Grenda, der sagt, dass dies alles den einschlägigen Regeln genügt. Aber ich bin gern bereit, die Anregung aufzunehmen.

Wobei ich mal so sagen will: Wenn private Partner Daten erheben, dann erwarte ich, dass die privaten Partner sich auch an die einschlägigen Regeln des Datenschutzes halten. Es sind die Stadtwerke involviert, es ist die Stadt involviert, es ist Vodafone involviert. Ich muss es so sagen: Ich übernehme jetzt keine Garantienstellung. Ich glaube, so eine Garantienstellung würde im Prinzip jede Partnerschaft dieser Art extrem schwierig machen. Sie müssen uns zusichern, dass sie sich an die Regeln halten. Was sie letztlich damit machen – ich bitte um Verständnis –, ich glaube, das ist von uns gar nicht zu leisten.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das wäre uns zu wenig! – Zurufe von der CDU – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Wir haben einen Antrag auf Schluss der Debatte! Vielleicht hört das dann mal auf!)

Wir haben jetzt Schluss der Debatte. Ich darf Folgendes sagen: Das ist mir selbst ein Anliegen, um das deutlich zu sagen. Wir nehmen das zum Anlass, hier noch einmal von den Partnern auch abzufragen, welche Vorkehrungen getroffen sind, dass diese Daten so behandelt werden, wie es das Bundesdatenschutzgesetz verlangt. Können wir uns darauf verständigen?

(Ratsherr Cardeneo [Bündnis 90/Die Grünen] nickt. – Zurufe: Ja!)

Mehr kann ich Ihnen mangels eigener Sachkunde im Moment nicht sagen. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis mit den von Herrn Neuenhaus und Herrn Cardeneo zu Recht vorgetragenen Anregungen.

Ich denke, Sie sind damit einverstanden, dass wir zunächst vor den Anträgen alle Verwaltungsvorlagen abarbeiten.

66

Neubau Annexbauten Malkastenpark

KUA/067/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein kurzes Innehalten wert, weil versprochen wurde das vor sechs Jahren. Jetzt hat die Verwaltung eine Vorlage gemacht, weil die Politik – die Kultur-Ampel – schon auf dem Weg war, eine eigene zu machen, weil wir das für extrem wichtig halten. Es ist schön, dass es jetzt so läuft. Wir sind zwar bei den Kulturbauten längst nicht dahin gekommen, wie es uns vor sechs Jahren versprochen wurde, aber das ist ein entscheidender Meilenstein, und es ist super für den Malkasten als einer unserer ältesten Künstlervereinigungen, dass das jetzt passiert.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Vorlage zur Abstimmung stellen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 67. Es gibt offenbar hier einen Änderungsantrag, der noch im Kopierer ist, wenn ich es recht sehe.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Sollen wir kurz zuwarten? Dann machen wir eine Sitzungsbrechung, oder wie wollen wir das machen?

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Nein!)

Dann fangen wir mit den Anträgen an, und sobald dieser verteilt ist, machen wir TOP 67.

63

Anträge

63.1

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Verlegung Abstellbahnhof Düsseldorf untersuchen

RAT/040/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte sich dazu äußern? – Die CDU hat ihn eingebracht. – Frau von Dahlen.

Ratsfrau von Dahlen (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit nunmehr fast zehn Jahren beschäftigen wir uns in Eller mit dem Thema Lärm und Abgase am Abstellbahnhof. Der Abstellbahnhof liegt eigentlich offiziell im Stadtteil Oberbilk, grenzt aber in weiten Teilen und besonders in großen Teilen an das in Eller gelegene Wohngebiet am Speyerweg. Die Entfernung zur Wohnbebauung beträgt in Teilen nur knapp 30 Meter. Schwierig machte auch das ganze Thema in den letzten Jahren diese Gemengelage auf diesem großen Areal. Wir haben hier 200.000 Quadratmeter Betriebsfläche, die aber von sieben Untermietern benutzt werden, also

Schienenmeter und Fläche ist hier noch einmal an viele weitere Bahnbetreiber untervermietet. Ewig und ständig gab es Ärger mit Emissionen und Lärm, und die Bürger beschwerten sich stetig.

Auf stetigen Druck der Bezirksvertretung haben wir es dann 2014 geschafft, das Thema im Umweltausschuss vorzutragen und auch ausführlich zu behandeln. Aber ich muss sagen: Nach mehreren verwaltungsseitigen Ablehnungen der Lärmmessungen und Schallmessungen führte nicht zuletzt das Urteil im Jahr 2019 des Bundesverwaltungsgerichts, dass Abstellanlagen eben keine Verkehrswege sind und somit auch der Immissionsschutzvorschrift unterliegen, dazu, dass endlich hier gemessen wurde. Das Ergebnis ist den meisten bekannt. Besonders nachts lagen die Werte hier deutlich über den zulässigen Grenzwerten.

Dann kam auch endlich Bewegung in die Sache, und seit Anfang des Jahres – genau seit Januar – gibt es hier ein auch mit den Anwohnern und allen Betreibern beziehungsweise Nutzern dieser Anlage vereinbartes Lärmkonzept. Das begrüßen wir sehr, und es war ein, wie gesagt, Erfolg nach langen Anstrengungen.

Jetzt liegt dieser Antrag schon einige Monate herum, und in der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass diese vereinbarten Maßnahmen nicht wirklich greifen. Das heißt, diese Hotline, die stetig anzurufen wäre von den Anwohnern, ist in der Regel nicht besetzt. Also man kommt da nicht weiter. Und auch dieser Betrieb bringt mit sich, dass Züge ab 3 Uhr nachts aufgerüstet werden müssen und manchmal auch einfach durchlaufen, damit die Heizung morgens funktioniert oder auch die Klimaanlage. Das heißt, es wird auch dauerhaft weiterhin hier an dieser Stelle Lärmbelastungen geben.

Zum Schutz der Bürger vor Ort möchten wir Sie beziehungsweise die Verwaltung heute bitten, gemeinsam mit der DB Netz AG genau zu prüfen, ob und wie der Bahnverkehr auf dem Abstellbahnhof Düsseldorf mittelfristig auf geeignete Abstellflächen in und um Düsseldorf verlegt werden kann. Dies zum Schutz der Anwohner. Ich möchte auch hier mit auf den Weg geben, dass wir hier, wie gesagt, über 200.000 Quadratmeter guter Innenstadtlage sprechen, und eine Verlagerung dieses großen Geländes wäre auch letztlich städtebaulich eine große Chance für unsere Stadt.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Tacer.

Ratsherr Tacer (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lärmbelastungen der Anwohnerinnen und Anwohner am Abstellbahnhof ist offenkundig und insbesondere auch in den Nachtstunden inakzeptabel und unerträglich. Gleichzeitig wissen wir, dass wir für eine umweltgerechte und auch volkswirtschaftlich kluge Verkehrspolitik zum einen moderne Infrastruktur brauchen, aber zum anderen eben auch Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Infrastruktur. Das gilt ganz besonders für den Bahnverkehr. Es ist deshalb folgerichtig und ganz klar, dass wir Lärmschutz am Abstellbahnhof benötigen.

Frau von Dahlen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass auf Druck der Kommunalpolitik, parteiübergreifend auf Druck der Kommunalpolitik und auch aufgrund des Drucks einzelner Bundestagsabgeordneter in Berlin endlich in der letzten Zeit Gespräche stattgefunden haben zwischen der Stadtverwaltung, dem Eisenbahn-Bundesamt und der Deutschen Bahn als der Hauptakteur auf diesem Abstellbahnhof. Diese Gespräche, die es vorher jahrelang nicht gab, weil das Eisenbahn-Bundesamt sich einer solchen Gesprächssituation schlicht verweigert hat, haben in den letzten Monaten zu signifikanten und auch spürbaren Erfolgen und Maßnahmen geführt. Zum einen: Die lautesten Loks werden inzwischen nicht mehr an den Standorten abgestellt, an denen sie vorher für Lärm gesorgt haben. Wir haben zum zweiten einen sogenannten Lärmwächterplan, der dafür sorgt und dazu beiträgt, dass abends wirklich konkrete Menschen beziehungsweise Beschäftigte von den Bahnunternehmen am Abstellbahnhof vor Ort zur Verfügung stehen und auch

Rundgänge machen können, um dann auch selbst tätig zu werden, wenn sie noch laufende Züge und Motoren entdecken, die nicht laufen müssen.

Es gibt eine seit 1. Februar aktive zentrale E-Mail-Adresse: *info@abstellung-duesseldorf.de*. Das Gute und Wegweisende dieser E-Mail-Adresse ist, dass alle am Abstellbahnhof aktiven Bahnunternehmen auf diese E-Mail-Adresse rund um die Uhr zugreifen können. Also nicht nur ein Unternehmen oder eine Behörde, sondern alle Unternehmen, die dort mit Bahnen aktiv sind am Abstellbahnhof, können E-Mails, die Bürgerinnen und Bürger an diese Adresse senden, abrufen und dann auch tätig werden.

Ja, diese E-Mail-Adresse musste sich auch erst einmal einspielen. Es liegen auch Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern vor, die gesagt haben: Ich habe nicht sofort immer eine Reaktion oder Antwort bekommen. Aber auch hier wissen wir vom Umweltamt, dass auch nach Einrichtung dieser E-Mail-Adresse intensive Gespräche der Stadtverwaltung mit den Bahnunternehmen und mit dem Eisenbahn-Bundesamt stattfinden, dass auch im Laufe dieses Prozesses immer weiter nachgebessert und nachkorrigiert wird, sodass dann auch diese E-Mail-Adresse dazu führt, dass wirklich gehandelt wird und Bahnunternehmen aktiv werden. Mir liegen persönlich auch Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern vor, die an diese E-Mail-Adresse geschrieben haben und die gesagt haben: Ja, wir haben dann auch Reaktionen und Antworten bekommen, und es wurden auch Maßnahmen eingeleitet. Diese Maßnahmen führen auch nicht dazu, dass es an keiner Stelle mehr Lärm gibt, den wir eigentlich vermeiden wollen, aber eine klare Besserung ist bereits eingetreten.

Ich sage hier ganz klar: Ich erwarte von dem Eisenbahn-Bundesamt und von der Deutschen Bahn und allen anderen Bahnunternehmen, dass sie diese Maßnahmen noch konsequenter umsetzen und durchsetzen und auch weiter mit Nachdruck verfolgen. Diese Situation, die wir dort haben, ist ein Erfolg der Kommunalpolitik, ist ein Erfolg einzelner Abgeordneter in Berlin, ist auch ein Erfolg der vom Oberbürgermeister geführten Stadtverwaltung, und dieser Erfolg wird auch von den Menschen vor Ort ganz klar gesehen.

Deswegen – bei aller Wertschätzung des Engagements der CDU für dieses Thema – habe ich mich wirklich gefragt: Was soll jetzt dieser Antrag hier? Ich glaube nämlich, dieser Antrag von Ihnen flirtet ein bisschen mit dem Populismus. Aber die Anwohnerinnen und Anwohner sind zum Glück schlauer als Sie von der CDU, weil die Anwohnerinnen und Anwohner am Abstellbahnhof effektiven Lärmschutz wollen, und der kommt jetzt. Die Anwohnerinnen und Anwohner am Abstellbahnhof brauchen keine Phantomdebatten über mögliche Verlagerungen eines Abstellbahnhofs. Das wäre im Übrigen auch das völlig falsche Signal an die Deutsche Bahn und an die anderen Bahnunternehmen. Wir erwarten ja gerade von den Bahnunternehmen, dass sie jetzt diesen Lärmschutz umsetzen. Wenn wir gleichzeitig jetzt an die Bahn kommunizieren: „Ach ja, eigentlich könnten wir uns auch vorstellen, dass ihr woanders hinzieht“, dann führt das nicht gerade dazu, dass die sich bemüht fühlen, ihre Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. Das ist das eine, was an Ihrem Vorschlag zu kritisieren ist.

Das andere: Wohin wollen Sie ihn überhaupt verlegen? Nennen Sie uns doch bitte den Stadtteil in Düsseldorf, wohin Sie den Abstellbahnhof schicken wollen. Oder denken Sie an eine andere Kommune? Hat der Stadtdirektor von Köln, Herr Dr. Keller, eine Fläche aus Köln angeboten, wohin wir den Abstellbahnhof verlagern können? Dann sagen Sie uns das bitte. Aber ich glaube, wir führen hier eine Phantomdebatte. Die Menschen brauchen Lärmschutz und keine Debatte über eine Verlegung eines Abstellbahnhofs. Ihr Antrag hilft dem Lärmschutz überhaupt nicht. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Tacer. – Herr Czerwinski. – Ihm folgt Herr Tussing.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, das Thema Lärmschutz an den DB-Strecken beschäftigt uns in einigen Stadtteilen in

Düsseldorf, in Rath genauso wie in Eller. Das ist ein schwieriges Geschäft mit der Deutschen Bahn, die immer sagt: Wir müssen das Geld zusammenhalten. Es ist gut, dass die Stadt immer wieder auch den Dialog sucht und auf Verbesserungen drängt. Das eint uns, glaube ich, auch parteiübergreifend bei dem Punkt Abstellbahnhof, sowohl in den Diskussionen in der BV wie auch im Umweltausschuss. Das brauche ich nicht auszuführen, das haben meine Vorredner schon gemacht.

Wir haben deshalb, als wir den Antrag bekommen haben, gedacht: Um Gottes willen, der ist brandgefährlich. Ich weiß, dass Sie das nicht wollen, dass Sie das aus guten Motivationen machen, aber es ist genau so, wie zum Schluss Herr Tacer ausgeführt hat. Das Signal an die Bahn wäre: Ups, wunderbar, dann diskutieren wir über eine Verlegung, dann brauchen wir jetzt keinen Lärmschutz zu machen. Das zweite Signal wäre: Es gibt nur eine Fläche, wo das logistisch Sinn macht, nämlich Kleinfurst in Eller. Da hatten wir die Debatte vor 20 oder 30 Jahren zu dem Containerbahnhof. Damals hatte die Bahn schon einmal gesagt: Das ist die Strecke, wo man eben in den Wald hineingehen kann. Ich glaube, dass niemand in Eller diese Debatte erneut führen will. Alles andere sind nicht realistische Optionen. Deshalb halten wir den Antrag für nicht zielführend, sondern – im Gegenteil – für gefährlich. Wir möchten, nachdem wir den Kleinfurst endlich auch im Regionalplan gesichert haben, nicht diese Diskussion führen. Wichtiger wäre die Frage, was man baulich noch machen kann, und die Frage, die schon einmal diskutiert worden ist: Gibt es Einhausungsmöglichkeiten zumindest an der Seite zum Wohngebiet? Das würde den Menschen auch schon kurz- und mittelfristig helfen und nicht erst weit in der Zukunft. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Rütz.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Czerwinski hat mir eben vorgeworfen, immer in alten Dokumenten zu suchen. Ich habe mal in ein Buch geschaut zu der Geschichte dieses Abstellbahnhofs: Der Abstellbahnhof Wersten wurde am 1. Dezember 1930 mit beiden Betriebswerken für Lokomotiven und Personenzügen gebaut und hat seinen Betrieb aufgenommen, da gab es in unmittelbarer Nachbarschaft eine kleine Siedlung mit der Gaststätte Düsseldorf. Das war das einzige drum herum. Es gibt mittlerweile eine Siedlungsentwicklung zu allen Seiten, wo erheblich Wohnbebauung ist, wo auch noch künftige Wohnpotenziale sind. Unsere Auffassung als CDU-Fraktion ist: Wir brauchen diesen innerstädtischen Wohnraum. Wir wollen innerstädtischen Wohnraum in allen Preissegmenten fördern, und dieses Grundstück ist dafür perspektivisch geeignet.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie jetzt sagen, wir wollten den Bahnhof an den Standort am Kleinfurst verlagern oder dass das die einzige Fläche wäre, die dafür in Betracht käme. Sie vermischen ja Äpfel und Birnen. Am Kleinfurst ging es um einen Containerbahnhof, um einen Güterumschlagplatz auf der Güterbahnstrecke Rath – Eller und Duisburg – Rotterdam-Genua, wo man bewusst diese Anbindung an die A 46 nutzen wollte. Das hat mit dem Abstellbahnhof wirklich rein gar nichts zu tun. Deswegen ist es mir die Feststellung noch einmal ganz wichtig: Wir reden nicht darüber und wollen es auch nicht, dass irgendein Abstell- oder Rangierbahnhof oder sonst irgendein Bahnhof an den Kleinfurst kommt.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Sondern wohin?)

Der Antrag ist bewusst offen dahin gehend formuliert, welcher Standort in Rede steht. Ich glaube, Sie müssen auch mal den Blick über Düsseldorfer Grenzen hinaus weiten. Wir möchten, dass mit der Bahn Gespräche aufgenommen werden. Natürlich kann das auch mit Umlandkommunen sein. Sie werden doch übereinstimmen, dass es Bereiche oder industrielle, gewerbliche Gebiete gibt, wo ein solcher Abstellbahnhof viel besser platziert ist als im Umfeld von einem Naturschutzgebiet oder im Umfeld von einer Wohnbebauung.

(Beifall von der CDU – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo?)

Das ist nicht der optimale Standort für einen Abstellbahnhof. Es wundert mich jetzt auch gar nicht, wie die SPD reagiert. Immer, wenn es um die Deutsche Bahn geht – wir wollen übrigens den Bahnverkehr genauso fördern wie Sie – und wenn Interessen der Deutschen Bahn im Konflikt mit Interessen der Bürgerinnen und Bürger stehen – das ist vor allem beim Thema Lärm so –, stehen dieser Oberbürgermeister und Sie als SPD-Fraktion nie auf der Seite der Bürger, sondern immer auf der Seite der Bahn.

(Beifall von der CDU – Ratsherr Raub [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Oberbürgermeister Geisel: Das ist doch wirklich eine Frechheit.

Ratsherr Rütz (CDU): Das ist überhaupt keine Frechheit. Wir sehen es doch bei der Lärmschutzthematik –

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist wirklich eine Frechheit!)

– in Angermund.

(Lachen von der SPD)

Hier ist es genauso. Hier geht es um die Stadtteile Oberbilk und Eller, und wir wollen eine nachhaltige lärmminimierende Lösung. Wenn dann eben gesagt wurde, Herr Tacer – –

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Show!)

– Nein, das hat überhaupt nichts mit Show zu tun. Show ist etwas ganz anderes. Wenn eben Herr Tacer sagt, wie sorgenvoll und toll sich die Bundestagsabgeordneten eingesetzt haben: Ja, die waren beide aktiv, aber gibt es eine einzige bauliche Maßnahme, die vom Bund mit Lärmschutzmitteln gefördert wurde? Ist es erreicht worden beim Bund, dass Abstellbahnhöfe in das Förderprogramm Schienensanierung/Lärm gekommen sind?

(Zuruf von Ratsherrn Tacer [SPD])

Nein! Denn der Bund weiß natürlich auch, was das für ein Riesenkostenaufwand ist, wenn er jeden Abstellbahnhof mit Lärmschutz ausstattet. Ich glaube, darauf zu hoffen, dass ein baulicher Lärmschutz an diese Stelle kommt – das hoffen wir schon sehr lange. Ich erinnere daran, dass Herr Rimkus zugesagt hatte, dass dort Lärmschutzwände hinkommen. Die sind bis heute nicht da. Sie können weiter Ihre Hoffnung darauf setzen.

Dazu, was Sie eben gesagt haben, dass im Grunde genommen die Probleme schon nicht mehr existierten, da es jetzt eine E-Mail-Adresse und eine Telefonnummer gebe: Richtig, ja, es gibt logistische Verbesserungen, aber die Beschwerden der Anwohner gehen weiter. Dieter Reinold steht da in engem Kontakt mit den Anwohnern. Da sind allein im Juni, glaube ich, schon um die zehn oder zwölf Lärmschutzbeschwerden gekommen. So zu tun, als wäre die Situation dort in Ordnung – das ist nicht der Fall.

Ich fasse zusammen: Uns geht es darum, Lärmschutz für Eller, Oberbilk und Wersten zu schaffen. Uns geht es darum, Wohnflächenpotenziale in der Stadt fruchtbar zu machen, um eben einen wichtigen Impuls – das ist eine riesige Fläche – für das Wohnen zu setzen. Und uns geht es darum, mit den Düsseldorfer Bürger zusammen hier etwas zu erreichen, nämlich einen besseren Standort für diesen Abstellbahnhof. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Rütz, was sollte das gerade? In dem Beitrag, als der Antrag eingeführt worden ist, wurde noch einmal betont, dass es ein gemeinsames Interesse und eine gemeinsame Arbeit gibt. Das, was Sie hier machen, ist wieder die Show, dass Sie sagen, wir stünden nicht auf der Seite oder der OB und die SPD stünden nicht auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger. Wieso stehen Sie auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie einen Antrag vorlegen, der der DB den Anlass geben kann, sich um den konkreten Lärmschutz zu kümmern, wenn Sie nicht sagen, wohin der soll? Das ist so, als wenn ich sagen würde: Ich bin für die Verlegung des Flughafens, der ist laut, aber ich sage nicht, wohin. Das ist billig. Entschuldigung! Aber dann müssten Sie sagen, wohin das kann.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist ein Abstellbahnhof nicht für Nordrhein-Westfalen, sondern für Düsseldorf. Das muss in einem räumlichen Zusammenhang sein. Das sind ganz konkrete Fragen. Die Antwort bleiben Sie schuldig. Das Signal wäre falsch. Aber daraus zu stricken, dass uns die Menschen egal sind, das ist schon sehr billig. Dann lassen Sie uns überlegen, was Sie erreichen. Das Beispiel Angermund haben Sie genannt. Dort kommen jetzt die Lärmschutzwände zwischen den Gleisen. Die waren von der DB nicht geplant. Die haben wir mit hineinverhandelt. Das bringt tatsächlich etwas. Das heißt, wir können uns bei dem, was wir erreichen, beim konkreten Lärmschutz, sehen lassen. Da sind Ihre Träume nichts, was den Menschen hilft, sondern was Sand in die Augen streut.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich habe hoffentlich niemanden übersehen. Wir können den Antrag abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CDU, Tierschutz Freie Wähler und die AfD. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Ampel und der OB und damit, glaube ich, die Mehrheit.

67

Radwegeanlagen entlang der Rheinachse

RAT/246/2020

67.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

RAT/259/2020

67.2

Mündlicher Antrag der CDU-Ratsfraktion

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen? – Herr Hartnigk und Herr Neuenhaus.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es kommen sehen, das ist sozusagen mit Ansage gewesen. Da gab es im OVA die Idee, für die vielen Radfahrer, die das Rheinufer benutzen bei schönem Wetter, mitunter auch eng miteinander unterwegs sind in Corona-Zeiten, die Möglichkeit einzurichten, vernünftig diese Strecke benutzen zu können. Es gab im OVA eine intensive Diskussion dazu, die zu einer sehr engen Abstimmung geführt hat. Anschließend ist es zu der Einrichtung einer Protected Bike Lane gekommen, die der Herr Oberbürgermeister am 13. Juni auf dem Fahrrad sitzend mit Einstecktuch eröffnet hat. Zu dem Zeitpunkt wussten wir auch schon, dass das nicht wirklich – –

Oberbürgermeister Geisel: Das war ein Teil des Bandes, das war kein Einstecktuch.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Sondern?

Oberbürgermeister Geisel: Ein Teil des Bandes, das ich durchgeschnitten habe.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Es war trotzdem eingesteckt – analog.

Oberbürgermeister Geisel: Na ja, gut, es war kein Tuch, sondern ein Band.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Nennen wir es juristisch: Analog-Einstecktuch. – Zu diesem Zeitpunkt war das Chaos im Grunde schon erkennbar, weil die Umsetzung einer durchaus sinnvollen Idee, etwas für die Radfahrer zu tun, miserabel gelaufen ist. Wir haben in den Tagen vom 13. Juni bis heute täglich erleben dürfen, welche Auswirkungen das für die Menschen in Düsseldorf, für den Individualverkehr, aber auch für die Radfahrenden in dem Bereich nach sich gezogen hat. Wir haben Umweltverpestung, weil die Autos stundenlang dort im Stau stehen.

(Ratsherr Volkenrath [SPD] lacht.)

– Herr Volkenrath, Sie können gleich reden. Sie brauchen auch nicht zu lachen. Schauen Sie sich doch einfach mal bei Google Maps die rote Linie an, die dort täglich zu sehen ist.

(Zuruf von Ratsherrn Volkenrath [SPD])

– Herr Volkenrath, steigen Sie auf Ihre Dreckschleuder, Ihr Zweirad, und fahren Sie weiter durch die Straßen, aber nehmen Sie die Realität einfach zur Kenntnis.

(Zuruf von Ratsherrn Raub [SPD])

– Ja, natürlich fahre ich auch Auto. Ich fahre aber genauso Fahrrad und gehe zu Fuß. Ich habe auch ein Elektroauto, bleib mal ganz ruhig.

Aber das ist hier nicht das Thema. Hier geht es um die Radfahrenden, und für die wollten wir etwas tun. Jetzt legt die Verwaltung, nachdem sie erkannt hat, dass ihre Umsetzung eine Vollkatastrophe ist, eine Verschlimmbesserung vor. Das Allerschlimmste, Herr Oberbürgermeister, ist, dass Sie die schon umgesetzt haben, bevor dieses Haus hierüber entschieden hat. Sie schreiben in Ihre Vorlage: Dort müssten zusätzliche Lichtsignalanlagen installiert werden. Diese stehen aber schon da. Die stehen schon da! Ich hätte schon gern gewusst, wer eigentlich wen beauftragt hat, zumindest Teile dieser Vorlage, über die der Rat noch nicht entschieden hat, umzusetzen. Das finde ich schon, ehrlich gesagt, ein starkes Stück. Wir können in der Sache unterschiedlicher Meinung sein, wir können uns fetzen wie die Kesselflicker, aber dass hier Dinge von der Verwaltung – und da stehen Sie vor, Sie tragen die Verantwortung – umgesetzt werden, bevor wir hier abschließend darüber entschieden haben, das geht nicht. Das muss ich an der Stelle – Sie können gleich, Herr Oberbürgermeister, ich bin auch noch nicht fertig – mal sehr ehrlich sagen. Das geht nicht.

Dann wird zur Verschlimmbesserung die bestehende Fläche als Zweirichtungsradweg ausgestattet. Wir nehmen zudem zur Kenntnis, dass die Radfahrenden dort wechselseitig Probleme haben, aneinander vorbeizukommen aufgrund der Mindestabstände. Ich sage es noch einmal, das war der ursprüngliche Gedanke: Wir haben viele Radfahrende bei schönem Wetter in dem Bereich, die müssen wir entzerren, damit wir dort vernünftig fahren können. Sie sollen jetzt auf einer Fläche, die möglicherweise knapp an der Grenze des Zulässigen ist, weil wir Sicherheitsabstände zu den parkenden Autos einzuhalten haben. Das ist mehr als schwierig und gefährlich. Das haben wir gesehen.

Das Zweite ist: Wir haben dort Markierungen, wo man dreimal hingucken muss, wie man eigentlich fahren muss. Ich habe gerade ein aktuelles Foto von der Cecilienallee bekommen zwischen der

Homberger Straße und der Theodor-Heuss-Brücke. Dort ist eine Fahrspur Richtung Stadthalle. Dort findet gerade ein Umzug statt. Dummerweise parken natürlich in der Mitte Autos. Das heißt, die Straße ist zu, da kommt keiner mehr durch. Das hätten wir alles vorher sehen müssen, aber es ist trotzdem so gemacht worden. Die Menschen, die dort in dem Bereich unterwegs sind, finden es nicht besonders witzig, Herr Oberbürgermeister.

Der erhebliche Rückstau, der prognostiziert worden ist, auf die Homberger Straße, teilweise in den Kreuzungsbereich, wird auch von der Polizei zur Kenntnis genommen. Das haben wir auch vorhergesehen. Das Ganze führt am Ende des Tages auch noch zu Kosten nach den Schätzungen Ihrer Vorlage in Höhe von rund 100.000 Euro. Herr Oberbürgermeister, mit den 100.000 Euro hätten wir die zu Recht teilweise kritisierten Zustände der bestehenden Radwegebeziehungen in diesem Bereich erheblich verbessern können. Damit wäre den Radfahrenden erheblich mehr geholfen gewesen, als sie jetzt in einem Bereich fahren zu lassen, der von der Verkehrsführung her miserabel und auch gefährlich ist. Wer dort parkt und aussteigt, der muss jetzt nämlich nicht nur in die eine Richtung schauen, ob ein Radfahrer kommt, sondern er muss auch noch in die andere Richtung sehen, weil es ein Zweirichtungsradweg ist. Ich bin froh, dass es dort noch nicht zu problematischen Situationen und Kollisionen mit den Radfahrenden gekommen ist beim Ein- und Aussteigen aus den Fahrzeugen.

An die Grünen folgender Hinweis: Sie haben uns im Ausschuss erklärt, es seien sehr, sehr viele Radfahrende unterwegs auf dieser Strecke. Ja, aber wir nehmen nach wie vor nicht wahr, dass die auf der Straße fahren, weil die Menschen, insbesondere mit Kindern, lieber am Rhein entlangfahren, weil das eigentlich auch die viel schönere Strecke ist, da man den Rhein sieht. Die Radfahrenden, die schnell unterwegs sein wollen – Rennradfahrer, E-Bike-Fahrer oder Pedelec-Fahrer –, können auch nach wie vor auf der Straße fahren. Sie konnten vorher schon auf der Straße fahren. Denn der Bundesgesetzgeber hat ein Gesetz erlassen, dass Mindestabstände beim Überholen von 1,50 Meter einzuhalten sind, und das funktioniert relativ unproblematisch. Das kann man eigentlich auch sehr schön. Es wurden auch – jedenfalls unserer Fraktion gegenüber – von den Radfahrenden in dem Bereich überhaupt keine Beschwerden vorgebracht, dass es zu problematischen Situationen im Bereich der Homberger Straße/Theodor-Heuss-Brücke gekommen ist.

Ich sage noch einmal an das Haus: Wir glauben, dass das ein sehr, sehr schlechter Versuch und eine schlechte Idee waren. Deswegen beantrage ich für die CDU-Fraktion, dass der Rat beschließt, den Beschluss des Ordnungsverkehrsausschusses vom 27. Mai 2020 und die damit verbundene am 13.06. eingerichtete temporäre Radwegeanlage sofort wieder aufzuheben und die Maßnahmen umgehend zurückzubauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich eines gelernt habe in den letzten fünf oder sechs Jahren, dann gibt es ein Ratsmitglied, das nie an etwas schuld ist. Das ist Thomas Geisel.

(Beifall von der FDP)

Sorry! Wir haben wirklich über diese Vorlage im OVA gestritten und auch gewarnt. Jetzt habe ich eine Situation, die in der Tat brenzlich ist. Die wird jetzt nicht zurückgeholt, sondern sie wird optimiert. Da kann ich Ihnen nur sagen: So, wie wir im Moment Radwege bauen – das hat nichts mit dem zu tun, was ich in Den Haag sehen kann, wo das mit Pollern funktioniert, das hat nichts mit dem zu tun, was ich gerade in Berlin gesehen habe, wo das super markiert ist –, ist das wirklich gefährlich. Um im Wahlkampf sozusagen noch einen Punkt mehr zu bekommen und zu

sagen: „Ich tue etwas für die Radfahrer“, sie jetzt zu gefährden und diesen Schnelldurchgang zu machen, halten wir für absolut falsch.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion steht fest: Die einzige Optimierung, die diese Fahrradspuren haben können, ist ihre Abschaffung. Dafür würden wir auch stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Volkenrath. – Ihm folgt Herr Rütz.

Ratsherr Volkenrath (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, wir diskutieren wieder einmal wesentliche Bereiche der Verkehrswende. Dazu gehört nun einmal das Fahrrad in einem ganz wesentlichen Bereich. In diesem Umweltverbund spielt es eine wesentliche Rolle, und da geht es in der Tat um die Neuverteilung des öffentlichen Raums. Wenn das eine Sache ist – –

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Temporär!)

– Ja, darauf kommen wir. Herr Hartnigk, es ist schön, dass Sie zuhören können.

Gerade dieses Fahrrad ist natürlich das Verkehrsmittel der Corona-Zeit. Das heißt, ich gefährde keinen anderen, ich werde nicht gefährdet, ich tue sogar etwas für meine Gesundheit. Die Bevölkerung hat es verstanden: laut Bundesbildungsministerium 20 Prozent vom ÖPNV zum Rad. Es gibt auch in Düsseldorf die Zählungen. Es geht also signifikant nach oben mit der Anzahl der Radfahrenden. Das heißt, wir wollen mehr Radwege und wir wollen qualifizierte Radwege. Das ist die Grundfrage, die wir uns in der Tat stellen müssen.

Es stellt sich auch die Frage in der aktuellen Zeit: Wir sind jetzt in der unmittelbaren Sommerzeit. Da wird viel nach draußen gegangen; das soll auch so sein. Und dass da am Rhein viel los ist, ist auch klar. Vor dem Hintergrund haben wir gesagt: Ja, wir wollen eine grundsätzliche Lösung. Diese haben wir beauftragt, und die Verwaltung wird sie uns im September vorlegen. Das beinhaltet aber bauliche Maßnahmen, die wir entwickeln müssen, Mittel und so weiter. Das bekommen wir jetzt für den Sommer nicht hin. Wir wollen nicht warten, bis der Sommer vorbei ist, dass diese wunderschöne Szene am Rhein auch weiter genutzt werden kann. Das ist grundsätzlich so. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Wir sagen aber auch, wir wollen jetzt und hier etwas tun. Da gab es die Idee der Protected Bike Lane. In der Tat, die haben nicht wir erfunden; die gibt es in Paris, in Barcelona, in Stuttgart und in Berlin. Dort ist vielleicht auch der Blickwinkel ein etwas anderer. In Berlin werden Baken vielleicht als sexy angesehen. Hier ist es eine böse Baustelle. Das mag sein. Wir haben aber damit jetzt angefangen. Es ist in der Tat ein lernendes System jetzt für den Sommer, –

(Lachen von der CDU)

– und zwar auch für die grundsätzliche Entwicklung von dem, was wir dort vorhaben. Ich sprach davon: Wir erwarten für September einen AuF-Beschluss zu dieser Frage, sodass wir auch mit der baulichen Grundsubstanz an diese Frage herangehen können. Aber auch, wenn etwas schneller geht, haben wir natürlich die Chance, da entsprechend nachzurüsten.

Ich muss auf eines einmal hinweisen: Das, was immer gesagt worden ist, dort seien schon zwei oder drei Radwege, das ist natürlich Humbug. Ich empfehle mal, ans untere Rheinufer zu gehen. Das ist nicht umsonst für Pkw gesperrt. Dort sind Scater, Omas mit Rollatoren und Kinderwagen, dort ist der Stadtstrand, und dann kommen noch Lieferwagen für die Schiffsgastronomie. Das Ding

ist rappellvoll. Dort kann man Slalom fahren. Zum anderen auch der Weg über den Rheinpark selbst: Dort wird gejoggt, dort wird gewalkt, dort sind Familien. Auch das ist keine Alternative, vor allem auch für diejenigen, die schneller fahren.

Ich bin jetzt fast täglich auf dieser Strecke gefahren zu unterschiedlichen Tageszeiten. Ein kleines Beispiel: Vorgestern Abend, 21.15 Uhr – ich habe extra auf die Uhr geschaut –, bin ich von der Homberger Straße losgefahren in Richtung Messe. Bis dahin bin ich 25 Fahrerinnen und Fahrern begegnet beziehungsweise haben sie mich überholt, weil sie zum Teil schneller waren. Das sind genau diejenigen, die ich nicht auf dem Bürgersteig haben will. Die müssen auf die Straße, und dort haben sie auch die Chance. Es wird genutzt, aber nicht in der Menge, als wenn es dort mit hohem Sicherheitsfaktor einhergehen würde. Es gibt dort Probleme, darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Aber es wird angenommen. Genau diese schnellen Fahrer gehörten dorthin, und die nehmen das glücklicherweise auch wahr. Wir haben von vornherein einen gewissen Kompromiss formuliert.

Herr Hartnigk, was Sie mit den Stunden Staus wieder für Horrorszenarien beschreiben, das war im Übrigen auch zu witzig. Sie haben das Ding wahrscheinlich noch gar nicht gesehen, aber äußern sich dazu – die „NRZ“ hat das richtig kommentiert – in der Form, das sei krachend vor die Wand gefahren. Setzen Sie sich doch mal auf das Fahrrad, ich zeige Ihnen gern mal den Weg, dann können wir dort mal gern hin- und herfahren und das zur Kenntnis nehmen. Die Form, in der Sie hier die Debatten führen, ist unerträglich.

Wir haben den Kompromiss gemacht und gesagt: Ja, zeitlich ab Homberger Straße, da ist viel los, da kaprizieren wir uns dann auf das Wochenende, da kaprizieren wir uns auf die Ferien. Wenn da Gefahr im Verzug sein sollte, dann muss die Verwaltung natürlich reagieren. Das ist doch selbstverständlich.

Das heißt, es läuft, aber es muss da auch nachjustiert werden. Das sehen wir, das wird auch gemacht. Aber es muss vom Grundsatz her bleiben. Das ist die entscheidende Frage. Ich will hier keine Kölner Verhältnisse, dass wir Radwege nur aufgrund von Gerichtsbeschlüssen bauen. Das können wir auch machen. Aber hier, finde ich, sollten wir das in der Tat schon in eigene Beschlusslagen fassen.

Nachrüstung, Konkretisierung, Sicherheitsfragen sind immer im Detail notwendig. Das ist völlig klar. In der Tat ist jetzt eine Frage die Einwegspur. Darüber haben wir jetzt auch noch einmal heftig diskutiert. Dort gibt es Probleme. Ich könnte mir zum Beispiel auch vorstellen, dass wir das auf der Ost- und auf der Westseite machen und dort jeweils eine gesamte Fahrbahn bauen. Ab Homberger Straße wäre das denkbar. Dafür brauchen wir aber auch bestimmte Mehrheiten. Es gibt jetzt von den Linken und Grünen einen Kompromissvorschlag, worauf ich gleich eingehen werde, den wir mit kleinen Bauchschmerzen durchaus mittragen können.

Denkbar wären andere Bereiche, die wir bevorzugen würden. Separate Einwegspuren im Osten und Westen, das ist ab Homberger Straße möglich, von der Homberger Straße bis zur Oberkasseler Brücke, aber in der Tat nur dann, wenn man es durch bauliche Umgestaltungen dauerhaft macht. Das können wir jetzt so kurzfristig im Sommer nicht hinbekommen. Das war uns klar. Deshalb auch der Auftrag.

Ich hatte das bereits gesagt: Wir brauchen im Sommer am Rhein eine Lösung. Vor dem Hintergrund unterstützen wir den Vorschlag, der dazu vorliegt, dass wir auf der Rotterdamer Straße die separaten Wege rechts/links oder Ost/West gehen können. Das ist dann der zweite Bereich aus Sicherheitsgründen. Wir haben durchaus auch mal mit unseren Kollegen vom ADFC gesprochen, dass wir dort zwischen den Brücken quasi die Einrichtung machen und dass darüber hinaus – das verstehe ich aber als ständigen Prozess – immer wieder Verbesserungen notwendig sind. Wenn die Verwaltung das sieht, dann wird dort etwas verbessert. Dass die Baken auf die

Parkspur kommen – das hat der Oberbürgermeister schon gesagt, das steht auch in dem Antrag von den Linken und Grünen. Das halte ich in der Tat für sinnvoll.

Ganz konkret: Ich habe den eindeutigen Eindruck, wenn hier etwas pro Rad von uns entwickelt wird, dann kommen die Konservativen und sagen: Halleluja. Ihr wollt diese Umverteilung des öffentlichen Raums einfach nicht haben und geht immer wieder auf irgendwelche Details. Wie gesagt, wir wollen das nicht vom Gericht klären lassen. Wir klären das politisch. Deshalb pro Rad am Rhein mit der grundsätzlichen Perspektive, das so zu gestalten mit bautechnischen Bereichen über den AuF-Beschluss, den wir im Herbst diskutieren müssen. Aber auch jetzt im Sommer muss dort schon gefahren werden. Die Veränderung werden wir feinjustieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Rütz. – Ihm folgt Herr Czerwinski.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will mich mal in einem friedlichen Redebeitrag erproben.

(Heiterkeit von der CDU)

Ein Krawallbruder-Image möchte ich nicht haben. Aber ganz ehrlich, der Redebeitrag von Herrn Volkenrath, der macht es mir auch einfach. Ich glaube, jeder, der das jetzt gerade gesehen hat: Weiter kann man sich von der Realität in dieser Stadt nicht entfernen.

(Beifall von der CDU)

Das hatte wirklich Züge einer Büttenrede. Wie man eine handwerklich so schlechte Lösung so schönreden kann, da ist es auch kein Wunder, wenn der Oberbürgermeister solche Berater hat, dass er immer weiter und weiter und weiter macht.

(Beifall von der CDU)

Besonders amüsant, Herr Volkenrath, fand ich Ihren Vergleich zu Köln. Wenn ich die Presse richtig gelesen habe, gab es in Köln keine Gerichtsorder, sondern in Köln hat man sich verglichen zum Luftreinhalteplan. Da gab es konstruktive Gespräche. Die Stadt Köln hat es geschafft, sich mit der Umwelthilfe zu einigen. Ich will der Frau Dezernentin nichts Falsches unterschieben, aber ich glaube, einen solchen Vergleich gibt es für Düsseldorf noch nicht, sondern Düsseldorf ist eine der wenigen Kommunen, die sich noch nicht geeinigt haben.

Dann zu FDP und Grüne: Ja, es ist interessant, wie die sich aufstellen. Herr Neuenhaus hat gesagt, es gibt hier ein Ratsmitglied, das nie schuld ist. Ich war eben fast geneigt zu sagen: Es gibt auch eine Ratsfraktion, bei der sich das in manchen Fällen recht ähnlich verhält, und das ist bei dem Thema Umweltpur und auch bei diesem Pop-up-Radweg nun wirklich die FDP. Sie haben doch damals diesen Pop-up-Radweg mit beantragt. Sie haben einen Antrag von Herrn Matheisen unterschrieben, diesen Pop-up-Radweg genau so, wie er jetzt ist, bis zum 30. August zu installieren – sogar auch von der Tunnelmündung aus bis in den Norden. Ich weiß, dass Sie hinterher das selbst korrigiert haben, aber die Idee für diesen Pop-up-Radweg und den Auftrag, den hat die FDP mitgetragen, und die Grünen auch. Es ist ja geschickt von Herrn Engstfeld, zu sagen, wir würden es technisch anders und besser machen, aber letztlich muss man schon sagen: Dieser Pop-up-Radweg ist eine Gemeinschaftsproduktion von der Ratsampel zusammen mit den Linken.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Reden Sie nicht so einen Unsinn!)

– Haben Sie es also nicht beantragt, Frau Strack-Zimmermann? Es ist interessant, dass Sie eine solche dementielle Entwicklung haben.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Zuruf von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP] – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollten doch nicht so krawallig werden!)

Ich will noch einmal aus Radfahrersicht auf diesen Radweg eingehen: Was haben wir denn dort geschaffen? Ist es wirklich nachhaltige Radförderung, wenn man künftig an bis zu 17 Ampeln halten muss auf einer Strecke, auf der man vorher frei durchfahren konnte? Ja, es gibt eine Tendenz zu Fahrbahnradwegen, das ist klar. E-Bikes, Rennräder, schnelles Fahren ist schöner als Stufen und holprige Sachen, aber ein echter Radweg ist doch in den letzten Jahren dort gar nicht angelegt worden, stattdessen, wie gesagt, 17 Ampeln, ein zu enger Radweg, Gullydeckel. Man kommt weiterhin nicht auf die Theodor-Heuss-Brücke, und Sie zwingen die Radfahrer auch neben die Staus auf den dann verbleibenden zwei Spuren.

Ich bin sehr froh und teile die Auffassung des Oberbürgermeisters, dass es richtig war, diesen Unfall, der dort stattgefunden hat, nicht zu instrumentalisieren. Was umgekehrt aber auch nicht geht, ist, noch bevor die Polizei ihre Ermittlungen abgeschlossen hat, jeden Einfluss der neuen Verkehrsordnung auf diesen Unfall kategorisch auszuschließen. Das war auch nicht seriös.

Unabhängig davon glaube ich, dass wir alle sehen – wir sind gerade auch alle hierhin gefahren –, welche Sicherheitsmängel dieser Radweg weiterhin hat. Diese werden auch mit der Verwaltungsvorlage nicht weiter adressiert. Es fehlen Spurzusammenführungstafeln, Markierungen und dergleichen. Das ist wirklich sehr, sehr gefährlich.

Folgender Punkt sei mir auch gestattet zu der Verwaltungsvorlage: Ich erinnere an den Anfang der Debatte, als die CDU-Fraktion gesagt hat: Ihr könnt doch nicht auf der B 1, Homberger Straße/Cecilienallee in den Ferien werktags diesen Pop-up-Radweg anlegen. – Beredtes Schweigen bei der Ampel. Jetzt schlägt die Stadtverwaltung vor: Ach, wir rudern auch zurück, in den Ferien möchten wir es auf diesem Abschnitt nicht machen. Da hätten Sie auch früher auf uns hören können, dann wäre sicherlich einiges erspart geblieben.

Andreas Hartnigk hat schon gesagt, warum wir das Ganze ablehnen werden. Ich glaube, Sie müssen sich jetzt dazu erklären, wieso diese 30.000 Euro Mehrkosten für die Ampeln bereits vor dem Ratsbeschluss schon ausgegeben wurden. Die Ampeln wurden heute Morgen installiert. – Ja, Sie können die Schultern zucken. Das ist ja im Auftrag der Verwaltung. Wahrscheinlich können Sie das jetzt aufklären.

Oberbürgermeister Geisel: Weil dort auch Gefahrenstellen waren, insbesondere auch durch die Ausfahrt.

(Zurufe von der CDU)

Ratsherr Rütz (CDU): Nein, nein, es sind Ampeln installiert worden auf dem Abschnitt Cecilienallee und Beuys-Ufer, sechs oder sieben Stück, für den Zweirichtungsradweg. Das ist genau das, was in der Vorlage für die Beschlussfassung vorgesehen ist. Die sind heute Vormittag gegen 10 Uhr installiert worden. Wir sind gespannt, zu hören, wer das beauftragt hat.

In der Sache ist es doch völlig klar: Wir wollen signifikante Verbesserungen für diese Rheinachse. Das ist der Schotterweg im Park, das ist die Engstelle am Beuys-Ufer, das ist die Problematik an dem Parkplatz, und das ist oben im Bereich der Messe. Wann immer wir das in der Fachgruppe Radverkehr – Norbert Czerwinski ist auch darin – angemahnt haben, gerade auch oben in dem Abschnitt, hieß es: Ja, frühestens zur EM schauen wir uns den ganzen Bereich Arena an. Und auch der Ausbau am Beuys-Ufer sollte eigentlich in den Sommerferien 2020 kommen. Das haben Sie auch nicht geschafft. Insofern: Wir brauchen endlich eine signifikante Radförderung, eine handwerklich gute Radförderung. Dieser Pop-up-Radweg ist das nicht. Deswegen lassen Sie uns ihn gemeinsam aufheben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, es ist wieder ein aufregendes Thema. Ich würde es nicht so formulieren, wie es mein Kollege Volkenrath gemacht hat. Ich finde, hier vom lernenden System zu sprechen, ist angesichts der Verkehrssicherheit, die dort gefährdet ist, tatsächlich nicht angemessen. Wir haben damals die Idee ins Spiel gebracht: Mensch, wir haben uns das in Berlin angeschaut – Kollege Neuenhaus hat darauf verwiesen –, dort wird das in großem Stil gemacht. Wir haben gedacht: Mensch, können wir das nicht auch mal in Düsseldorf zeigen, dass wir für diesen Sommer Platz schaffen, sodass Familien sagen: Super, hier kann man auch nebeneinanderher fahren; es ist schön, es wird mal Platz gegeben. Ich würde das aber im Moment unter den gegebenen Bedingungen nicht empfehlen. Und das sage ich nicht, weil ich keine andere Aufteilung des Straßenraums will, sondern weil ich möchte, dass die Leute wissen: Wenn wir Radwege anbieten, dann sind die so sicher, dass man gut mit seiner Familie darauf fahren kann.

(Beifall von Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist bei dieser Ausführung nicht gegeben. Das ist nicht das, was wir bestellt haben. Das ist das, was auch Herr Engstfeld gesagt hat.

Was wurde denn jetzt kritisiert? – Ich war auch am Samstag bei der Eröffnung und habe, als ich dahingefahren bin, gesehen: Oh, da gibt es einige Stellen, die sind gefährlich. Die Stellen habe ich dann am gleichen Tag auch noch benannt: dort, wo Autofahrer, die von der Oederallee kommen und auf die Rheinuferstraße fahren, nicht erkennen können, dass sie jetzt auf dem Radweg fahren. Das sind Sachen, wo man sagt: Man muss es doch so anlegen, dass man weiß, wie man sich zu verhalten hat.

Ja, in der Vorlage der Verwaltung steht drin: Es wurde am Wochenende schon auf der Spur zwischen Oberkasseler Brücke und Homberger Straße in beide Richtungen gefahren. Ja, warum denn? – Weil dort keine Schilder waren, die klar sagten, ab wann ich diese Fahrspur nutzen kann. Die stehen bis heute nicht. Das hätten Sie ohne einen Ratsbeschluss machen können, ein Schild aufstellen an der Homberger Straße: Ab hier gilt es in beide Richtungen. Das Schild steht bis heute nicht. Dafür hätten Sie keinen Ratsbeschluss gebraucht.

Die Baken, die den Parkstreifen von der Radspur trennen, gehören auf den Parkstreifen, weil anders als beim fließenden Verkehr ich eine andere Breite habe, die ich absichern muss. Die stehen heute noch auf der Radspur. Die hätten Sie schon verschieben können. Dafür brauchen Sie keinen Ratsbeschluss. Aber für die Ampeln brauchen Sie einen Ratsbeschluss.

Das, was kritisiert wurde, und zwar von Radlern, also von Leuten, die sich darauf gefreut haben: Was soll das? Das ist doch viel zu eng für zwei Richtungen, damit ich wirklich gut durchkomme. – Was schlagen Sie vor? – Um Gottes willen! Macht es doch auch im südlichen Bereich in zwei Richtungen. – Dazu sagen wir: Das ist eine Verschlimmbesserung. Das halten wir für den falschen Weg.

Jetzt kann man nur noch schauen, was man einigermaßen gut hinbekommt, damit es sicherer ist und als eine temporäre Maßnahme funktioniert. Deshalb haben wir Folgendes vorgeschlagen: Auf der Rotterdamer Straße – das ist hier vor der Tür – ist auch in den Sommerferien kein Verkehr. Es wird kein Fortuna-Spiel geben. Die erste Messe kommt im September. Warum kann man da nicht sagen, wie wir es im Ursprungsantrag beantragt haben: Die jeweils rechte Fahrspur ist eine Radspur, eine in die Richtung, eine in die andere Richtung. Dann hätte man Platz. Das ist das, was kritisiert worden ist. Wieso wird denn auf der breiten Rotterdamer Straße, auf der nichts los ist,

nicht wirklich Platz für Radler freigegeben? Das war in unserem ursprünglichen Antrag drin. Deshalb fordern wir mit dem ersten Bullet Point genau das.

Das Zweite: Wir hatten auch für die Cecilienallee beantragt, jeweils die rechte Spur zu nehmen. Da sehen wir, das wird jetzt schwierig, wenn man das wieder ummodellt und die Parkstände wieder in die Querparkstände verschiebt. Dann ist es keine Protected Bike Lane. Daher ist unser Vorschlag: Nehmen wir die Kritik auf, dass es für zwei Richtungen zu eng ist. Lasst es nur Richtung Süden. Dann kann man überholen, dann muss man keine Ampeln aufstellen. Das ist dann eine Fahrspur Richtung Süden, und der Verkehr Richtung Norden fährt wie bisher durch den Park. Das ist nicht optimal, aber es ist sicherer und nimmt die Kritik auf.

Dann zu den Schildern – deshalb haben wir noch den dritten Punkt aufgenommen –: Die Markierungen und Schilder sind fehlerhaft. Ich habe es schon gesagt: Es fehlt in der Homberger Straße, dass es ab da gilt. Bei einem Schild bin ich nach hinten gekippt: Vor dem Oberlandesgericht steht ein Schild „Fußweg und Radfahrer frei“. Wer stellt so etwas auf? Was ist das für ein Signal? Da denkt der Radler: Moment mal, bin ich jetzt auf dem Fußweg? Radfahrer frei – dann darf ich nur vorsichtig fahren, dann darf ich gar nicht schnell fahren. Das sind Signale, die verwirren, die es unsicher machen und die fehlerhaft sind. An der Stelle muss nachgebessert werden.

Es war nicht unser Ziel, das jetzt zu einem benutzungspflichtigen Radweg zu machen und den Radweg am Robert-Lehr-Ufer oder so zu unterbinden. Dort sind auch wieder Schilder, die am Eingang falsch stehen. Das heißt, da muss dringend nachgebessert werden. Wir halten deshalb den Vorschlag der Verwaltung für falsch und legen das vor. Wir bitten um getrennte Abstimmung nach den drei Punkten.

Unsere Befürchtung ist, dass eine Diskussion wie bei der Umweltspur dazu führt, dass eine schlechte Umsetzung ein Instrument, das eigentlich gut ist, in Misskredit bringt. Wir möchten gern, dass zumindest auf der Rotterdamer Straße gezeigt wird, wie eine gut gemachte Bike Lane ausschaut und dass das funktionieren kann. Wir hätten uns etwas anderes gewünscht, aber wir sollten zumindest noch zeigen, dass Düsseldorf das mit dem Instrument, das in anderen Städten klappt, auch kann.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben schon bei der Umweltspur-Suspendierung gezeigt, dass Sie das nicht so richtig kapieren. Da haben Sie gesagt: Ich hole über die Umweltspur auf, aber statt eine Radspur daraus zu machen, haben Sie es einfach dem Autoverkehr zurückgegeben. Ich erwarte, dass hier professioneller auf die Kritik geantwortet wird und nicht mit einer Verschärfung, wie Sie es vorschlagen. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ist es natürlich schön, wenn man im Radio hört, dass in Düsseldorf die erste Pop-up Bike Lane NRWs installiert wird. Dann ist die Vorfreude groß, und dann fahre ich los und sehe das Elend. Das hat wirklich keinen Spaß gemacht. Daher müssen wir sagen, dass die Umsetzung des Beschlusses fantasielos war. Die Situation für Radfahrende ist teilweise schlechter als vorher, vor allem hier vor dem Haus an der Rotterdamer Straße.

Jetzt etwas ganz Wichtiges: Zweirichtungsradwege haben Mindestmaße. Da ich gerade umziehe, habe ich zufällig einen Zollstock in der Tasche und habe gestern Abend auf dem Rückweg gemessen. Das sind 2 Meter, maximal 2,20 Meter hier auf diesem Radweg mit den Pollern, aber die Mindestmaße liegen für Zweirichtungsradwege bei 3 Metern aufwärts. Dann zu dem Punkt, dass

Poller auf dem Radweg stehen: Das war natürlich auch schon angesprochen worden, aber das geht gar nicht.

Eine Sache noch zu dem Geschrei der Anwohner, die um ihre Parkplätze fürchten: Das ist Besitzstandswahrung. Es gibt kein Recht auf diese Parkplätze. Gerade an der Stelle, wo vorher dieses Senkrechtparken war, sieht man sehr schön, wie viel Platz entsteht, wenn auf einmal Längsparken möglich ist. Man sieht auch, wie viel Platz man den Bäumen zurückgeben könnte und wie viel Platz man zusätzlich bekommen könnte, wenn man dort asphaltieren würde und einen Radstreifen macht, der dann auf beiden Seiten wäre. Die Idee mit den Ampeln ist ganz schlecht, weil das überhaupt keine Verbesserung für Radfahrende ist. Das kann gar nicht sein. Das muss unbedingt geändert werden.

Daher ist für dieses lernende System – das wurde schon richtig gesagt – nur unser Änderungsantrag richtig, den wir gemeinsam mit den Grünen hier vorschlagen. Liebe CDU und FDP, wenn Sie von Ihrer Kritik irgendetwas ernst meinen, dann stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt hatte ich mich selbst einmal auf die Liste gesetzt, wenn das okay ist, Herr Auler.

(Ratsherr Auler [CDU] nickt. – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Dann muss Frau Zepuntke die Sitzungsleitung übernehmen! Sie können sich ja nicht selbst das Wort erteilen! Sie müssen Frau Zepuntke dort Platz nehmen lassen!)

Entschuldigung! Dann muss die Bürgermeisterin nach vorn kommen. Aber ich darf mir selbst, glaube ich, das Wort erteilen.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeisterin Zepuntke: Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war heute schon einige Male veranlasst, mich ein bisschen schützend vor meine Verwaltung zu stellen. Ich möchte das auch in diesem Fall tun.

(Zuruf von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP])

Es wird vielfach bemängelt, dass der Radweg schlecht umgesetzt wurde. Ich möchte zunächst einmal daran erinnern: Das war keine Vorlage der Verwaltung, sondern ein Antrag im Ordnungs- und Verkehrsausschuss für einen Pop-up-Radweg, ein ziemlich kurzfristig geplanter Radweg, der kurzfristig umgesetzt werden muss. Die Vorlage, die die Verwaltung hier erstellt hat, ist eine Vorlage, die eigentlich den Zweck hat, einige, ein Stück weit auch der Eile geschuldete Kinderkrankheiten gewissermaßen zu beseitigen.

Nun gibt es offenbar unterschiedliche Wahrnehmungen der Kinderkrankheiten. Ich darf sagen: Ich bin in den letzten Tagen oft auf diesem Fahrradweg unterwegs gewesen. Ich gebe zu, ein wirkliches Problem ist, dass der Radweg sehr, sehr schmal ist und noch zusätzlich verstellt wird durch die Baken, die in die Spur hineinragen. Ich würde mal sagen – vielleicht auch so viel zum Antrag von Linken und Grünen –: Dort, wo die Parkspur ist, brauchen wir überhaupt keine Baken, denn dort ist der Fahrradweg bereits durch die parkenden Fahrzeuge „protected“. Dort braucht man eigentlich gar keine zusätzlichen Absperrungen. Ich sage einmal ganz ehrlich: Das Hauptdilemma bei der Umsetzung –

(Zuruf von Ratsherrn Hartnigk [CDU])

– lassen Sie mich kurz ausreden – ist in der Tat der Umstand, dass es eine Protected Bike Lane ist. Das führt nämlich dazu, dass sämtliche Parkbuchten an der Cecilienallee weggefallen sind. Hätten wir dort einen normalen Fahrradweg geschaffen, dann hätten die Fahrzeuge weiterhin in die Parkbuchten einparken können, dann hätte man sich im Prinzip die zusätzliche Parkspur, also die zweite Spur, sparen können, und dann wäre, glaube ich, auch die Fortführung – insofern gehe ich völlig konform mit dem Antrag von den Linken und Grünen – völlig unproblematisch auf beiden Seiten an der Rotterdamer Straße. Ich glaube, sie wäre auch unproblematisch auf der Cecilienallee, jedenfalls nördlich der Homberger Straße, und zwar, wenn sie nicht „protected“ wäre, also wenn wir gleichzeitig zumindest die Parkbuchten weiterhin offenhalten können, wie wir das vielerorts in der Stadt haben, wo wir funktionierende Fahrradwege haben, wo hin und wieder ein Auto kreuzt, um irgendwo einzuparken. Das wäre, glaube ich, der einfachste Weg.

Ich muss es aber einmal so sagen: Die Verwaltung hat die Aufgabe, das umzusetzen, was die Ausschüsse beschließen. Wenn der Ausschuss eine Protected Bike Lane beschließt, dann löst halt das eine das andere aus. „Protected“ heißt: Die Parkbuchten fallen weg. Ich glaube, jeder wird verstehen – das sind nun ziemlich viele Parkplätze –, dass man sie nicht ersatzlos wegfallen lassen kann. Deswegen entsteht dann auch die Situation auf der Cecilienallee, die – das möchte ich auch einmal sagen – nicht so wahnsinnig toll aussieht mit den Baken, überall mit der gelben Markierung und den parkenden Fahrzeugen.

Ich darf aber noch einmal sagen: Die Verwaltung hat hier in gewissem Zeitdruck das umgesetzt, was der Ausschuss entschieden hat. Wir haben versucht, das so gut wie möglich zu machen. Wir haben nach den ersten Tagen die Erfahrung gemacht, was das Thema Einrichtung einer Protected Bike Lane südlich der Homberger Straße angeht, dass das meistens nicht funktioniert, wenn die Leute von der Rheinuferpromenade einbiegen, denn dann ist es wirklich gegen die Intuition, dass auf einmal die Fahrtrichtung wechselt, dass auf einmal von Rechtsverkehr auf Linksverkehr gewissermaßen umgeschaltet werden muss. Das sieht nicht jeder, vor allem die schnell fahrenden Fahrräder machen das nicht. Das ist jedenfalls die Erfahrung, die ich gemacht habe.

Ich darf auch darauf hinweisen: Wenn die Fahrtrichtung so ist, wie sie ursprünglich geplant war, wenn also vom Süden auf den Bürgersteig gefahren wird, dann ist es – das ist ohnehin die größte Engstelle unterhalb der Oberkasseler Brücke – wahrscheinlich sogar noch gefährlicher, als wenn zumindest die Schnellfahrenden – die Protected Bike Lane ist gedacht für die schnell fahrenden Fahrräder – sich im Zweirichtungsverkehr eine Spur teilen, die natürlich nicht noch zusätzlich durch die Baken verengt werden darf. Daher ist das, was wir gemacht haben, dass die Ampeln vor allem dort installiert werden, wo die Gefahrenstellen sind.

Ich darf auch auf eine Gefahrenstelle hinweisen, und zwar dort, wo der Parkplatz gegenüber der Bezirksregierung und dem Oberlandesgericht wieder einmündet zum Joseph-Beuys-Ufer. Auch dort muss natürlich ein Warnhinweis erfolgen, weil das in der Tat eine Gefahrenstelle ist. Ich habe es selbst erlebt, als ich dort mit dem Fahrrad unterwegs war.

Daher kann ich nur sagen: Das ist ein Beschluss; wir haben ihn umgesetzt. Ich muss sagen, ich bin nicht hundertprozentig sicher – das müsste ich mir anschauen –, ob tatsächlich im Rat eine Entscheidung, die in die Kompetenz des OVA fällt – so viel zum Änderungsantrag der CDU –, möglich ist. Dazu gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Ich habe es mir selbst noch nicht hinreichend genug angeschaut.

Wenn ich noch etwas zum Änderungsantrag von Grünen und Linken sagen darf: Ich bin der Meinung, dass es insbesondere nördlich der Theodor-Heuss-Brücke überhaupt kein Problem ist, beide Seiten für einen Fahrradweg zu nutzen. Das ist meines Erachtens sogar geboten. Ich glaube, die Baken kann man auch verschieben. Ich bin der Meinung: Dort, wo die Parkspur ist, brauchen wir überhaupt keine Baken, dort schützen bereits, wie gesagt, die längsparkenden Fahrzeuge die Fahrradfahrer.

Ich hätte Bedenken – ganz ehrlich – beim Thema Fahrtrichtung: In Süd-Nord-Richtung auf dem Bürgersteig zu fahren, das halte ich für bedenklich. Erstens machen es viele nicht, und zweitens ist das eine Engstelle, wo es immer wieder Gefahrenbereiche gibt. Dort sind viele Jogger, Fußgänger, schnell fahrende Fahrräder und langsam fahrende Fahrräder unterwegs. Das ist in der Tat problematisch nach meinem Dafürhalten. – So viel seitens der Verwaltung.

(Ratsherr Rütz [CDU]: Was ist mit den schon installierten Ampeln?)

– Ich muss gestehen, da bin ich selbst etwas überrascht. Ich halte es natürlich für geboten, dass man dort, wo Gefahrenstellen sind – das ist eine Gefahrenstelle, insbesondere für die Fußgänger –, so schnell wie möglich Abhilfe schafft. Ich glaube, der Aufwand ist vertretbar. Wenn ich das richtig sehe, sind es auch gewissermaßen Bordmittel der Verwaltung.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsherr Auler.

Ratsherr Auler (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen steht gewissermaßen ein Augenzeuge, und zwar ein Augenzeuge deswegen, weil ich mein Büro auf der Ceciliallee habe, direkt neben dem türkischen Konsulat. Ich habe irgendwann aufgehört zu zählen, zu wie vielen gefährlichen Situationen es dort gekommen ist, weil Fremde die Verkehrsführung nicht verstanden haben. Mir ist es selbst passiert, dass ein Mandant gesagt hat: Ups, ich war auf einmal auf dem Radweg, wie ich hinterher gesehen habe, weil ich gedacht habe, das ist auch ein Parkstreifen. Es kommt zu gefährlichen Situationen, wenn die Leute, die auf der Ceciliallee ihre Garagen haben, dort hinein- und herausfahren. Die Fahrzeuge parken in Richtung Stadtmitte, wenn sie aber abends nach Hause in Richtung Norden fahren, gibt es natürlich eine erhebliche Anzahl an Menschen, die wenden. Wie macht man das? – Man setzt mit dem Po des Autos zurück und ist prompt auf dem Radweg. Das ist natürlich alles verboten, weil wir durchgezogene Linien haben. Diese Art von Situationen gibt es mannigfach. Davon habe ich einiges gesehen.

Das, was ich nicht gesehen habe, meine Damen und Herren, sind die Heerscharen von Fahrradfahrern und insbesondere sich freuende Familien mit Kindern. Warum habe ich die nicht gesehen? – Weil die natürlich überhaupt kein Interesse daran haben, auf einer solchen Straße zu fahren. Die fahren nämlich einige Meter weiter auf dem Radweg, der mitnichten eine Schotterstrecke ist, aber sicherlich nicht in einem optimalen Zustand. Daran kann man sicherlich etwas machen.

Meine Damen und Herren, diese ganze Aktion ist Geldverschwendung. Sie ist nicht durchdacht. Sie ist ideologisch angetrieben. Das haben wir im Ordnungs- und Verkehrsausschuss ausreichend diskutiert. Das Argument, zu Corona-Zeiten drängen sich die Menschen auf dieser Strecke und brauchen Platz, um zu fahren, ist an den Haaren herbeigezogen. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn die Protagonisten dieser Veranstaltung von vornherein gesagt hätten: Wir probieren das mal aus und bereiten die Düsseldorfer Bevölkerung darauf vor, dass – je nach Ausgang des Wahlergebnisses am 13. September – das dort zur Regel wird.

Nein, meine Damen und Herren, das wird es nicht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Menschen verstehen, dass man so keine Verkehrspolitik machen kann, und das auch entsprechend honorieren werden. Ganz zu schweigen von dem optischen Desaster – da stimme ich mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, völlig überein: Eine der schönsten Straßen mit einer Kombination aus Park, aus Bäumen, auf die man schaut, ist verschandelt. Wenn ich aus dem Büro hinausschaue, habe ich den Eindruck, auf dem Abstellhof eines zweitklassigen Automobilhändlers in Düsseldorf zu sein, aber nicht auf der Ceciliallee zu arbeiten.

(Beifall von der CDU)

Es ist von vorn bis hinten Murks. Was Murks ist, wird Murks bleiben. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt, über den, Herr Oberbürgermeister, mit Verlaub, der Rat selbstverständlich abstimmen darf und kann, weil er allzuständig ist. Insofern hoffe ich, dass wir in der Abstimmung gleich entweder eine Mehrheit bekommen oder aber durch das Abstimmungsverhalten den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern noch einmal klar machen, wer hier für diese Sache die Verantwortung trägt. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der CDU)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Ratsherr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Herr Auler, ja, wir werden gleich abstimmen. Es wird Sie nicht überraschen, dass wir Ihrem Antrag auf sofortige Abschaffung der Bike Lane nicht zustimmen, weil wir Verantwortung übernehmen wollen. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, wie es geht. Wir wollen nicht den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Wir geben den Raum einfach so den Autos wieder.

Ihre Beschreibung der Cecilienallee finde ich interessant, ich würde sie auch teilen: eine schöne Straße mit dem Park, und dort stehen immer sehr viele parkende Autos. Da könnte ich mir auch etwas Schöneres vorstellen, aber vielleicht machen wir das dann in der nächsten Ratsperiode, wie wir sie neu gestalten ohne so viel Blech.

Der Herr Oberbürgermeister hat gerade erst einmal seine Verwaltung in Schutz genommen und sich dann so seine Gedanken gemacht, was man alles machen könnte. Dann denke ich aber, er hat doch gestern eine Pressekonferenz gegeben mit den Verbesserungen, die er vorschlägt. Ja, bei dem Parkstreifen kann man sogar auf die Baken verzichten. Was Sie aber in Ihrer Beschlussvorlage vorschlagen, ist, dass man von der Homberger Straße bis zur Oberkasseler Brücke diese Bike Lane in beide Richtungen macht. Dort kann man die Baken nicht verschieben, weil es daneben den fließenden Verkehr gibt und nicht den Parkverkehr. Fragen Sie bitte Ihre Fachverwaltung, die weiß, dass das so, wie Sie hier gesagt haben, nicht stimmt.

Dann sagen Sie: Ja, die Ampeln wurden wegen Gefahr im Verzug errichtet. – Die Ampeln, die auf dem Stück zwischen Homberger Straße und Oberkasseler Brücke stehen, dort kann gar keine Gefahr im Verzug sein, weil dieser Radweg erst Freitag wieder an den Start geht. Es gab also keinen Grund, dort heute etwas scharfzustellen. Das stimmt nicht.

Wenn Sie sagen: Das ist aber echt eng am Joseph-Beuys-Ufer, deshalb ist es besser, wenn die auf der Straße sind – ja, das ist ein Punkt, den haben wir schon einige Male erwähnt, dass es aus Verkehrssicherheitsgründen eine gefährliche Stelle ist, wo man handeln müsste. Das ist das, was die Berliner machen. Die Verwaltung ist mit der Polizei und der Feuerwehr hingegangen und hat gesagt: „Hier sind so viele Radfahrer, das ist so eng, da müssen wir etwas tun“, und hat sogar ohne Beschluss jeweils eine temporäre Maßnahme beschlossen und abgezeichnet. Das hätte man machen können, aber da sagen Sie nein, Sie schaffen die Verkehrssicherheit, indem Sie die auf einer zu schmalen Straße in beide Richtungen bringen.

(Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 18.33 Uhr wieder den Vorsitz.)

Dann kommt noch Ihr Vorschlag: in den Ferien doch nur am Wochenende. Wenn es so gefährlich ist und man die lieber auf die Straße bringen müsste, wieso ist es in der Woche nicht gefährlich, sondern nur am Wochenende? Das erschließt sich nicht. Das können wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Noch einmal meine Aufforderung: Bitte schauen Sie es sich an, auf der Rotterdamer Straße könnten wir es jetzt machen und zeigen, so sähe es richtig aus. Leider können wir die wirklich schwierige Situation am Joseph-Beuys-Ufer nicht befriedigend regeln. Dafür haben wir auch den Auftrag gegeben, dass wir uns im September die Planungen vorstellen lassen wollen, wie der richtige Umbau geht.

Dann noch etwas zu den Parkenden: Es gibt viele Straßen in Düsseldorf, wo ich Längsparker habe. Dann fahre ich aus der Parklücke heraus und muss warten, bis ich wenden kann. Das geht auch auf der Cecilienallee. Zu sagen, das ist jetzt furchtbar gefährlich, weil die auf einmal wenden müssen, und das geht nicht mehr, das ist eine normale Situation – das hat mit dieser Pop-up Bike Lane überhaupt nichts zu tun. Ja, man muss ein bisschen umdenken, aber das halten wir für kein Argument.

(Ratsherr Auler [CDU]: Viel zu eng!)

Ich bin da schon mehrfach entlanggefahren. Ja, es fahren Leute dort entlang, weniger Familien, sondern mehr diejenigen, die Sportradfahrer sind. Ich habe das auch schon häufig gemacht. Meine Tour verlief immer bis zur Brücke in Uerdingen und auf der anderen Rheinseite zurück. Dort ist so, dass ich mich über die Rotterdamer Straße freuen würde und wo ich weiß, dass es auch andere nutzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unseren drei Punkten. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur kurz: Als ich den Radweg gesehen habe, habe ich mich auch gefragt, ob wir das wirklich so beschlossen haben und ob das wirklich so aussehen sollte. Das, was ich dazu einfach sage, ist Folgendes: Sie haben sich eben schützend vor Ihre Verwaltung gestellt, dass man ein bisschen anders geplant hat als das, wie es jetzt aussieht. Warum sind die zusätzlichen Baken nicht gemacht worden? Das hätte ich viel besser gefunden. Denn jeder von den Fraktionen hat es gehört, dass wir bestimmte Ausgaben, die bis zu einem bestimmten Tag nicht genehmigt waren, aktuell nicht durchführen können. Darunter fallen viele Projekte, wo man einfach mal schaut: Wann haben wir das eigentlich beschlossen? Wir haben gar keine Geldmittel. – Egal.

Ich kann hier nur sagen: Den Antrag der CDU, das komplett abzuschaffen, finde ich schlecht. Das, was Sie vorgeschlagen haben, Herr Oberbürgermeister, da hätte ich auch gesagt, das ist auch schlecht. Aber Sie müssen ja Ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen. Aber wir haben jetzt wieder eine kleine Verbesserung, nämlich dass es die Leute verstehen. Wenn wir diesen Antrag beschließen, kann auch das Geld im Haushalt von der Kämmerin freigegeben werden, um das, was eigentlich die Fachverwaltung geplant hat, nämlich das auf beiden Seiten zu machen. Man hatte sich ein bisschen verrechnet nach der neuen Regelung, wie Verkehrsschilder aufgebaut werden müssen. Das ist ein kleiner Berechnungsfehler. Nur das Problem ist halt einfach so: Man wollte sie nicht kaufen, sondern man hat sie sich gemietet. Das Geld war dann auch irgendwann weg, weil der Lieferant nur mit einer gewissen Anzahl von diesen Baken kommt, dann waren sie weg und eine Spur fehlte. Deswegen finde ich es super, dass es jetzt diesen Antrag gibt. Dann freuen sich die Leute.

Herr Auler, mir ist es natürlich klar, dass eine gelbe Linie auf der Straße mit gelb-roten Baken das Ganze ein bisschen verschandelt. Bei dieser Protected Bike Lane hätte ich es mir genauso schön vorgestellt wie in Berlin, die nämlich diese vielen Baken in ihren Stadtfarben bestellt haben. Auch das wäre hier möglich gewesen mit ein bisschen mehr Vorlauf; denn es gibt auch rote Baken zu mieten. Dann braucht man auch nicht diese gelben Linien zu ziehen. Das würde ich mir für die Zukunft wünschen, wie ich es der Verwaltung auch schon einmal gesagt habe: Düsseldorfer Warnbaken, die man aufstellen kann. Das ist in der Zwischenzeit erlaubt, und dann sähe das Straßenbild ein bisschen anders aus.

Deswegen kann ich nur sagen – auch wenn hier die Diskussion ist, dass es nur um eine Stimme geht –: Liebe CDU, ich finde, dass noch Zeit ist. Wir haben noch keine Sommerferien. Und wenn man ganz ehrlich ist, Herr Auler und all diejenigen, die sagen, dort fährt niemand entlang:

Überlegen Sie sich mal, wann das aufgebaut worden ist und wie die Wetterverhältnisse waren. Es ist halt einfach so: Wir sind zum Teil doch Schönwetter-Fahrradfahrer hier in Düsseldorf.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Nein, das sind wir nicht!)

Deswegen: Wenn das Ding besser ist, wird dort auch mehr Verkehr sein. Deswegen danke für diesen Vorschlag. Deswegen werde ich für diesen Antrag stimmen. – Danke.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wunderbar!)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Herz.

Ratsherr Herz (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, auch ich war irritiert, als ich die Ausführungen gesehen habe. Wir haben das jetzt hier ausgiebig diskutiert, und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, dort Verbesserungen hinzubekommen.

Ich habe mich vor allem noch einmal gemeldet, um, lieber Norbert Czerwinski, auch noch einmal deutlich zu machen, dass die Grünen sehr wohl mit beschlossen haben, in beiden Fahrtrichtungen jeweils einen Fahrstreifen für den Radverkehr einzurichten. Das war auch eure Idee. Das war eine Gesamtidee. Und der Antrag ist am 22. April im Ordnungs- und Verkehrsausschuss vorgelegt worden, dann diskutiert und auch verabschiedet worden. Was daraus geworden ist, wissen wir, aber jetzt so zu tun, als sei die Verwaltung allein schuld, man hätte damit nichts zu tun und sich so vom Acker zu machen, finde ich auch ein bisschen schwierig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nichtsdestotrotz werden wir den Änderungsanträgen zustimmen, wobei bei dem zweiten Punkt – um das auch noch einmal deutlich zu benennen – wir in der Tat das gern beidseitig hätten, also zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Oberkasseler Brücke, dass man dort zwei Fahrspuren hat, die eben auch die Möglichkeit bieten, wieder stadtauswärts zu fahren. Aber wir wollen das Projekt fortführen. Die Gründe sind alle genannt worden. Ich schäme mich nicht, aber ich sage es einmal so: Das, was in Berlin, was in Brüssel und was überall jetzt realisiert werden kann, das kriegen wir in Düsseldorf auch hin. Wir sollten das jetzt nicht so schnell nach einer Woche über den Haufen werfen. Wir werden eine solche Chance, das auszuprobieren und weiterzuentwickeln, so schnell nicht wieder bekommen. Deshalb finde ich das richtig, dass wir das jetzt hier weiterführen. Wir lehnen selbstverständlich den Antrag der CDU in dieser Form ab.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt hatte Herr Neuenhaus einen Antrag zur Geschäftsordnung. Wir haben allerdings auch nur noch eine Person auf der Redeliste.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Es können aber auch noch fünf werden!)

– Es könnten auch fünf werden, richtig. Also Antrag?

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Schluss der Redeliste!)

– Schluss der Redeliste. Sie wird dann beendet, okay. Jetzt ist noch Herr Czerwinski an der Reihe, und dann ist Feierabend, wenn es keinen Widerstand gibt.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Czerwinski noch, und dann ist gut!)

– Das wäre Schluss der Redeliste. Er ist noch auf der Redeliste. Können wir alle damit leben? – Gut. Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann es auch schnell machen, Herr Oberbürgermeister. Also, man kann mir vieles vorwerfen, Kollege Herz, aber dass ich mich vom Acker mache, das kann man mir nicht vorwerfen.

(Zurufe)

Wer hat hier einen Antrag vorgelegt? Die Grünen oder die SPD? – Wir haben wenigstens geschaut: Was können wir noch machen? Wir haben die Gespräche geführt: Können wir etwas machen? – Jawohl. Wir haben am 22. April diesen Antrag gestellt. Wir sind mit der Idee auch auf euch zugekommen, liebe Leute. Ja, wir wollten auf beiden Seiten, und zwar nicht nur in den Ferien, das machen. Dann kam die Verwaltung und hat gesagt: Schwierig, Verkehrssicherheit. Dann haben wir gesagt: Okay, wir sind kompromissbereit, wir sind nicht ideologisch, sondern dann macht doch mal wenigstens auf einer Seite etwas. Jetzt schauen wir, dass wir noch etwas retten, und versuchen, damit Mehrheiten zu organisieren. Zu sagen, wir würden uns vom Acker machen – nein! Und das werden wir auch im Wahlkampf zeigen. Wir werden sagen: Jawohl, wir wollen, dass die Stadt anders aussieht. Wir wollen aber nicht, dass das, was wir jetzt am Rheinufer sehen, unsere Zukunft ist, sondern wir wollen Besseres zeigen. Dafür steht unser Antrag. Deshalb noch einmal die herzliche Bitte, bei den Punkten mit Ja zu stimmen. – Danke.

(Beifall von Ratsfrau Hebel [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Geisel: Dann haben wir den Antrag, den Herr Hartnigk vorgestellt hat. Das würde praktisch bedeuten, den OVA-Beschluss aufzuheben. Dann haben wir den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und Linken und die Verwaltungsvorlage. Ich nehme an, die Verwaltungsvorlage und der Änderungsantrag sind alternativ. Der Änderungsantrag ist gewissermaßen keine Modifikation, sondern verändert das.

Ich nehme an, der weitestgehende Antrag ist der Antrag der CDU-Fraktion. Dann stelle ich zunächst zur Abstimmung, den Beschluss aufzuheben. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU, die FDP, der Republikaner, eine Stimme von Tierschutz Freie Wähler und die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind Linke, SPD, Grüne, eine Stimme von Tierschutz Freie Wähler, der Ratspirat und der OB. 35 dagegen, 34 dafür haben wir ausgezählt. Wird das Ergebnis bestritten?

(Zuruf von der CDU: Zählen!)

Dann bitte ich noch einmal diejenigen, die dafür sind, die Hand zu heben. Also diejenigen, die für die Abschaffung des Fahrradweges sind, die bitte ich darum, die Hand zu heben. Die, die pairen, natürlich nicht; das ist klar. – 34. Gegenstimmen? – Das sind 35.

(Zurufe von der CDU)

Dann stelle ich den Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Abstimmung.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Punktweise!)

– Punktweise, gut.

Dann: Auf der Rotterdamer Straße wird ein geschützter Radweg eingerichtet. „Geschützt“ heißt, dass er nur an den Kreuzungen gequert werden darf, nicht zum Parken und dergleichen.

(Zuruf von der CDU: Zeitlich beschränkt!)

– Ja, wir sind bei derselben zeitlichen Beschränkung.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich glaube, das ist wieder dasselbe Stimmenverhältnis.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Können Sie bitte als Sitzungsleiter feststellen, wer dafür und wer dagegen gestimmt hat?)

– Ach so, ja. Das war genau dieselbe Verteilung. Ich glaube, es reicht, wenn ich sage: Es war dieselbe Verteilung wie vorher. Sonst muss ich es jedes Mal einzeln benennen.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Wenn es um eine Stimme geht, dann kann man das auch erwarten, finde ich!)

– Okay. Dann darf ich noch einmal fragen, wer dafür ist. – Das war die FDP, das war die CDU, das war die AfD.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Nein! – Zurufe von der CDU)

Entschuldigung, es war umgekehrt. Darf ich noch einmal darum bitten: Wer ist dafür? – Das war eine Stimme Tierschutz Freie Wähler, der Ratspirat, die SPD –

(Zuruf von der CDU: Pairing! – Ratsherr Raub [SPD]: Natürlich achten wir auf das Pairing!)

– sicher achten wir auf das Pairing –, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Oberbürgermeister. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Dann war das aber dennoch die Mehrheit.

Auf der Cecilienallee und dem Joseph-Beuys-Ufer zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Oberkasseler Brücke wird der vorhandene geschützte Radweg ausschließlich in Fahrtrichtung stadteinwärts genutzt: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Ich glaube, es reicht aber trotzdem.

Die Beschilderung und die Markierungen werden verbessert. Dann werden die Baken vom Radweg auf den Rand des Parkstreifens versetzt. Darf ich fragen, ob der Vorschlag aufgenommen wird, auf die Baken dort zu verzichten, wo bereits ein Schutz durch den parkenden Verkehr stattfindet?

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn die Verwaltung das so sieht!)

– Ich meine, üblicherweise führt die Verwaltung Beschlüsse der Politik aus, wenn die Beschlüsse eindeutig sind.

(Lachen von der CDU)

Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das waren, glaube ich, wieder dieselben Verhältnisse.

(Zuruf: Enthaltungen?)

Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der CDU. Damit ist, glaube ich, nicht erledigt – –

(Zuruf von der CDU: Die Verwaltungsvorlage müssen wir noch machen!)

– Die Verwaltungsvorlage?

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ist erledigt!)

– Nein, die ist nicht ganz erledigt, und zwar, ob wir die Verwaltung ermächtigen wollen, bei einem Verkehrsergebnis mit erheblichem Rückstau auf der Homberger Straße die Protected Bike Lane auf

die Wochenenden zu beschränken. Wer dies möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Die CDU möchte das auch werktags machen.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe jetzt die Frage gestellt: Wer möchte die Verwaltung ermächtigen, bei erheblichen Verkehrseinschränkungen auf der Homberger Straße und auf dem Kennedydamm zu entscheiden, die Protected Bike Lane auf das Wochenende zu beschränken? Ich möchte es nur noch einmal sehen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ändert die Verwaltung jetzt ihre Eingabe?)

– Nein, ich mache das, was übrig ist von der Ausgangsvorlage. Entschuldigung! Das ist völlig legal. Wir haben einen Änderungsantrag. Der hat einige Teile der Verwaltungsvorlage verändert. Nicht geäußert hat er sich zu dem Punkt in der Verwaltungsvorlage.

(Zurufe)

Entschuldigung! Das ist ein Änderungsantrag zu einer Verwaltungsvorlage. Die Verwaltungsvorlage gilt in der geänderten Fassung. Nicht betroffen ist selbstverständlich das Thema, inwieweit die Protected Bike Lane werktags ausgesetzt werden kann auch in den Sommerferien, falls die Verkehrssituation dies erfordert. Um nichts anderes geht es. Ich habe jetzt festgestellt: Sie wollen das nicht.

(Zuruf von der CDU: Nein! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Sie können jetzt über den Rest der Verwaltungsvorlage abstimmen!)

– Genau. Das ist das, was noch übrig ist, mit Verlaub.

(Zuruf: Nein!)

– Sondern? Was ist nicht übrig?

(Zuruf von der CDU)

Okay. Wer der Verwaltungsvorlage mit den Modifikationen, die im Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke drin sind, die eine Mehrheit gefunden haben, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist, glaube ich, wieder dasselbe Stimmenverhältnis wie vorher, oder wird das bestritten? – Dann ist die Verwaltungsvorlage in der Fassung mit den Änderungen des Änderungsantrags angenommen.

Wir machen dann weiter mit den Anträgen.

63.2

Antrag der Ratsfraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen: Brand im Krefelder Zoo
RAT/039/2020

63.2.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler
RAT/257/2020

Oberbürgermeister Geisel: Möchte sich jemand dazu äußern? – Frau Krüger.

(Zurufe)

– Pardon! Ich habe das falsch sortiert gehabt. Zunächst FDP und Grüne. Entschuldigung, Frau Dr. Strack-Zimmermann. Entschuldigung! FDP und Grüne haben den Antrag gestellt. Der Änderungsantrag kommt von Tierschutz Freie Wähler. Ich bitte um Entschuldigung.

Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich ein bisschen schwierig, ein halbes Jahr später über etwas zu sprechen, was, wie wir wissen, am 1. Januar passiert ist. Wir hatten dann einen Antrag zum Februar hin gestellt. Nun sind einige Monate vergangen, und ich glaube, viele haben das gar nicht mehr so vor Augen oder empfinden das gar nicht mehr als so emotional, was uns, glaube ich, alle in Düsseldorf und Umgebung – ich behaupte sogar: national und international – berührt hat, als wir hörten, dass am 1. Januar durch diese komischen Laternen, die verboten sind, aber leider im freien Verkauf immer noch zu haben sind, das Affenhaus in Brand gesteckt wurde.

Losgelöst davon, dass man natürlich, wenn es um Affen geht, noch einmal eine andere Emotion hat als bei anderen Tieren, ist das einfach eine ganz, ganz schreckliche Sache gewesen, dass diese Tiere bei lebendigem Leibe verbrannt sind.

Jetzt könnte man sagen: Der Krefelder Zoo ist kein Düsseldorfer Zoo. Aber wir hatten aus zwei Gründen vorgeschlagen, eine Summe zu überweisen, weil zum einen in diesem Zoo Tiere ums Leben gekommen sind und zum anderen weil auch der Zoo – ich habe mich mit dem Leiter des Zoos darüber unterhalten, weil ich natürlich keine Fachfrau bin – Artenschutz betreibt und es pädagogische Angebote gibt, da man eben heute Tiere anders vorstellt, als wir das noch vor zehn, 20 oder 30 Jahren kannten. Es ist natürlich auch eine Frage der Solidarität unserer Nachbarstadt gegenüber.

Ja, es gibt inzwischen durchaus Spender, die bereit sind, das zu unterstützen, aber der Krefelder Zoo – ich glaube, Sie wissen das, wenn Sie kleine Kinder oder Enkelkinder haben – ist auch für Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ein sehr beliebtes Gehege, wo alle hingegangen sind. Insofern möchten wir dieses Signal aus Solidarität senden, dass eben auch viele Menschen in dieser Stadt Freude daran haben, eine Summe zu überweisen. Wir hatten den Vorschlag gemacht, 50.000 Euro ist nach wie vor die richtige Geste. Und wie gesagt, wichtig dabei ist natürlich, dass dieses Haus, wenn es wieder aufgebaut wird, noch moderner und noch besser wird. Aber ich werbe sehr um diese Geste an unsere Nachbarstadt Krefeld; denn das, was dort passiert ist, ist wirklich eine Tragödie. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt Frau Krüger.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Strack-Zimmermann, Sie haben recht, es war eine absolute Tragödie, besonders für die Tiere, die qualvoll verbrannt sind, weil der Zoo nicht darauf geachtet hat, dass man in einer Silvesternacht, wo jeder weiß, dass Knaller losgehen und die Tiere sich erschrecken, nicht dafür gesorgt hat, dass mehr Personal im Zoo ist, sodass man im Zoo sofort hätte reagieren können, wenn man gesehen hätte, dass dort ein Feuer entsteht. Es war so: Die Tiere haben geschrien, das Feuer kam, und jedes Tier oder auch jeder Mensch, wenn er Feuer sieht oder riecht, möchte direkt flüchten. Diese Tiere sind in einem Gefängnis. Man nennt es Zoo. Egal, wie groß dieses Gefängnis ist, es ist ein Gefängnis. In der freien Natur können diese Tiere, wenn sie den Rauch oder das Feuer riechen, fliehen, in einem Zoo nicht. Die anderen Tiere haben wahrscheinlich das Geschrei der Affen gehört, vor allem die Affen, die noch übrig geblieben sind. Diese Affen haben unsägliches Leid erfahren.

Jetzt sagen Sie als FDP-Fraktion, dass Ihnen das mit den Tieren leidtut oder dass wir uns mit dieser Spende mit den Menschen solidarisieren, die sich um die Tiere sorgen. Sie gehen immer nur davon aus, dass die Menschen sich um diese Tiere sorgen, weil sie sich das nicht mehr anschauen können. Wir haben zu diesem Zeitpunkt von vielen Menschen hier in Düsseldorf so viele E-Mails gerade als Fraktion Tierschutz Freie Wähler erhalten, als die gesehen haben, dass die FDP diesen Antrag gestellt hat, 50.000 Euro in dieses Zoogefängnis zu investieren. Sie haben uns geschrieben: Bitte, bitte, bitte verhindert das bei diesem Zoo, der es zugelassen hat, dass diese Bebauung für diese Tiere eine absolute Katastrophe ist, sodass dieser Brand überhaupt entstehen konnte. Hätten die vorher schon einmal etwas in diesem Affengelände gemacht, hätte sich dieser Brand überhaupt nicht so weit ausgebreitet, wie er sich ausgebreitet hat, und die Tiere hätten vielleicht überleben können. Dass dieser Zoo noch nicht einmal Wärter zur Verfügung gestellt hat, die mal darauf geachtet haben, und dass Passanten außerhalb des Zoos die Schreie von den Affen gehört haben und daraufhin die Feuerwehr gerufen haben, aber der eigene Zoo nicht mitbekommen hat, was mit seinen Tieren passiert – diesem Zoo wollen Sie jetzt noch 50.000 Euro spenden von Düsseldorfer Spendengeldern? – Mit uns definitiv nicht!

Aber wenn wir 50.000 Euro zur Verfügung haben – Sie sind in der Ampel, Sie müssen wissen, wenn Sie so etwas vorschlagen, dass wir anscheinend noch 50.000 Euro Mittel aus Düsseldorfer Steuergeldern haben, die wir noch spenden können –, würde ich sagen, wir spenden es ganz einfach anders. Es geht um die Tiere. Die Tiere sind gestorben, die Tiere haben unendliches Leid erfahren, die Tiere sind lebendig verbrannt, um die Tiere hat sich dort kein Mensch gekümmert. Daher könnte man ganz einfach sagen: Okay, die Tiere mussten so viel Leid erfahren, wir versuchen auf der anderen Seite, jetzt mal etwas gutzumachen, und spenden diese 50.000 Euro nicht diesem Gefängniszoo, sondern spenden diese 50.000 Euro einer Initiative, die sich vor Ort für die Berggorillas und für die Affen einsetzt, die dann vor Ort dafür sorgt, dass die Affen in den Dschungeln – je nachdem, wo sie leben – dementsprechend gut versorgt sind, und zwar in Freiheit und nicht in einem Gefängnis.

Noch dazu möchte ich Folgendes sagen, falls einige Leute noch denken: Ach, die Tiere, was soll das? Diese Tiere, die dort so erbärmlich verbrannt sind, besitzen zu 98,5 Prozent genetische Übereinstimmung mit uns Menschen. Das heißt umgekehrt, die Affen und die Menschen unterscheiden sich nur 1,5 Prozent genetisch voneinander. Jetzt kommt es, liebe Herren hier im Stadtrat: Die Differenz des Erbguts von Menschenfrauen und Menschenmännern beträgt 2 bis 4 Prozent. Es gibt also Fälle, wo Menschenmänner mehr Ähnlichkeit mit Menschenaffen haben als mit ihren eigenen Ehefrauen.

(Heiterkeit)

Ich möchte jetzt nicht sagen, dass das unbedingt hier in diesem Fall so ist, aber das gibt es. Das ist statistisch und wissenschaftlich so. Das habe ich mir nicht ausgedacht. Es kann also sein, dass einer von Ihnen, die hier sitzen, mehr Ähnlichkeit mit diesen Affen hat. Ich kann mir vorstellen: Jeder von Ihnen – wenn Sie die Wahl hätten – würde doch auch lieber in Freiheit im Dschungel leben, anstatt in einem Zoo eingesperrt zu sein und ausgestellt zu werden. Bitte, wenn wir die 50.000 Euro übrig haben – die FDP meint ja, wir haben die 50.000 Euro übrig –, dann tun wir bitte wirklich etwas für die Tiere. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Liebe Grüne! Liebe FDP! Ich hätte mir oder wir als Linke hätten uns gewünscht, Sie hätten diesen Antrag zurückgenommen und gar nicht mehr weiter gestellt. Abgesehen von den Finanzen, die wir gerade hier in Düsseldorf haben, ist ja eben einiges gesagt worden. Wir finden es auch unglaublich, dass wir Gelder geben für einen, wie ich das nenne, Affenknaus. Es gibt genügend Spenden dafür, da brauchen sie die 50.000 Euro aus Düsseldorf nicht. Die 50.000 Euro wären in Düsseldorf viel, viel besser angelegt. Ich verweise nur auf den nächsten Antrag, der kommt. Dort könnte man das Geld gut gebrauchen. Zoos sind

heutzutage so was von out. Auch wenn man sie größer und schöner baut, es hat überhaupt keinen Sinn, Geld für einen, wie ich das nenne, Affenkast zu geben.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Ich glaube, wir fangen mit dem Ausgangsantrag an. Sie sind wahrscheinlich alternativ zu verstehen. – Frau Krüger.

(Ratsfrau Krüger [Tierschutz Freie Wähler]: Namentliche Abstimmung!)

– Namentliche Abstimmung – das meinen Sie nicht ernst?

(Ratsfrau Krüger [Tierschutz Freie Wähler]: Doch! – Zurufe von der CDU)

Frau Krüger, wollen Sie wirklich namentliche Abstimmung?

(Ratsfrau Krüger [Tierschutz Freie Wähler]: Ja!)

Ich unterbreche kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.04 bis 19.05 Uhr)

Oberbürgermeister Geisel: Wir machen namentliche Abstimmung. Herr Hamannt, wenn Sie bitte die Namen zügig verlesen wollen.

(Zuruf)

Den Antrag der FDP wollen Sie wahrscheinlich nicht namentlich abstimmen lassen, oder?

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Gut. Ich stelle zunächst den Antrag der FDP zur Abstimmung.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Von FDP und Grünen!)

– Von FDP und Grünen.

Darf ich den Antrag zur Abstimmung stellen? – Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist der Antrag von FDP und Grünen. Es ist klar, wenn der abgelehnt wird, kann es keinen Änderungsantrag mehr geben.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, die CDU, Republikaner, Tierschutz Freie Wähler. Damit ist der Antrag abgelehnt, und damit kann er auch nicht mehr geändert werden. Daher stellt sich das Thema mit der namentlichen Abstimmung gar nicht. Entschuldigung, das habe ich nicht sofort durchschaut.

63.3

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Aufnahme alleinreisender geflüchteter Kinder aus Flüchtlingslagern in Griechenland

RAT/036/2020

63.3.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/173/2020

Oberbürgermeister Geisel: Das ist der Ausgangsantrag von der Linken.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Nein!)

– Nein. Moment!

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Ampel! – Bürgermeisterin Zepunkte [SPD]: Und Änderungsantrag!)

– Und Änderungsantrag, ganz genau. Wer möchte? – Frau Hebler.

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist schon spät – der dritte Antrag von insgesamt 25, aber ich glaube, das schaffen wir, wenn wir uns jetzt alle noch einmal konzentrieren.

Vielen Dank fürs Wort, Herr Oberbürgermeister. – Die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern war schon vor Corona dramatisch und hat sich in den letzten Wochen und Monaten noch einmal extrem verschlechtert. Aber unser Antrag datiert schon vor Corona. Ich kann den Impuls des Antrages der Linken gut verstehen, weil die Situation für alle Menschen in jedem Alter und in jeder unterschiedlichen gesundheitlichen Verfassung – sei es physisch oder psychisch – eigentlich unerträglich ist, alle Menschen aus diesen Lagern heraus und nach Deutschland und nach Düsseldorf holen zu wollen. Aber wir wollen uns beschränken, wir müssen uns beschränken als Ampel; denn wir sind der Meinung, dass am verletzlichsten eben Kinder und Jugendliche sind. Sie können diesem unerträglichen Alltag in den Lagern am wenigsten an Resilienz – oder was auch immer – entgegensetzen. Sie haben die geringste Widerstandskraft, erst recht, wenn sie alleinreisend sind. Deswegen zielt unser Antrag genau auf diese Gruppe der alleinreisenden Kinder und Jugendlichen. Wir möchten gern ein Kontingent dieser Kinder und Jugendlichen nach Düsseldorf holen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Maniera. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Maniera (REP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Migration hat viele Wege: legale und illegale Einreise, über die sogenannte Seenotrettung, über die Abholung in irgendwelchen Flüchtlingscamps, über den Luftweg et cetera. Die im Antrag dargestellten sogenannten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge sind eben nicht – wie die Begrifflichkeit vermuten lässt – tatsächlich per se minderjährig, sondern können auch über 18 Jahre alt sein.

Bereits in der Februar-Sitzung hier in unserem Stadtrat hatte ich hierzu eine Anfrage gestellt: Auch in Düsseldorf ist über die Hälfte der bezeichneten Personen über 18 Jahre alt. Nun sollen über die Grenzen hinweg weitere Personen aufgenommen werden, auch wenn hierzu keine Verpflichtung besteht. Es wird argumentiert, wir hätten in unserer Stadt noch über 200 Unterkunftsplätze für Asylbewerber frei, als würden hiermit keine weiteren Kosten verbunden sein. Durchschnittlich betragen die Aufwendungen gerade für solche Personen rund 40.000 Euro pro Jahr und damit deutlich mehr als für andere Flüchtlinge und Asylbewerber. Zudem wird ausgeblendet, dass dem Familiennachzug hierdurch Tür und Tor geöffnet wird. Dann ginge es im Ergebnis eben nicht nur um die bezeichnete Personengruppe, sondern im Nachzug könnten es noch drei- bis viermal so viele Personen werden.

Nun mag man sich auf dem Standpunkt ausruhen, es wäre eine moralische Verpflichtung. Sicherlich, anderen zu helfen ist immer in gewissem Umfang ritterlich. Es kann auch als rein menschlich angesehen werden und ist absolut verständlich. Bereits vor der Corona-Pandemie wurde die Problematik im Zusammenhang mit den sogenannten sicheren Häfen diskutiert – ein Projekt, das auch Unterstützer aus der linksextremen Szene hat, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wie zum Beispiel die IL oder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Aber das interessiert natürlich in dem Zusammenhang nicht, da hier über alle Grenzen hinweg agiert werden soll, sogar mit Extremisten zusammen. Kein Wunder, dass hier im Stadtrat keine

Mehrheit zustande gekommen ist, die Extremismus generell ablehnt. Man nimmt es eben nur genauer, wenn es gerade politisch hip ist.

Spätestens im Zuge der Corona-Krise sind bundesweit Millionen Menschen akut in ihrer Existenz gefährdet. Kurzarbeit ist auf dem Höchststand, und ein Teil der Bevölkerung muss mit 60 beziehungsweise 67 Prozent des bisherigen Einkommens leben, was bereits vorher schwierig war. Die Zahlen der Insolvenzen schnellen in die Höhe, ebenso wie die Arbeitslosenzahlen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen retten. Bitte sehr, probieren Sie sich einfach an der eigenen Bevölkerung und zeigen Sie endlich Ihre Ritterlichkeit und Menschlichkeit gegenüber denjenigen, die es auch brauchen.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon gemacht!)

Daher wird der Antrag, der für mich eine Zuwanderung durch die Hintertür ist, sicherlich keine Unterstützung der Republikaner finden.

(Zuruf: Das haben wir auch nicht erwartet!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus. – Ihm folgt Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Auf das Sinnfreie, was gerade kam, möchte ich nicht antworten; das mache ich schon lange nicht mehr.

Ich bitte nur um eines: Wir stimmen gemeinsam jetzt gleich über diesen Antrag und diesen Beschluss ab. Es kann nicht dabei bleiben. Wir möchten, dass die Kinder hier hinkommen – dass mich keiner falsch versteht –, aber es reicht nicht, wenn wir sie dann einfach hier in die Obhut des Jugendamtes geben. Unsere Erfahrungen mit geflüchteten Kindern, die oft sehr traumatisiert sind, sind, dass man sich auch einzeln um sie kümmern muss. Alle Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, Düsseldorfer Jonges, die alle gesagt haben, sie unterstützen das – das finde ich super –, sollten aber auch überlegen, wie sie Patenschaften übernehmen, wenn diese Kinder kommen. Das Jugendamt ist toll, verstehen Sie mich bloß nicht falsch, aber ich glaube, die Hilfe von einer Privatperson, die die Patenschaft übernimmt, kann einfach nur gut sein, weil wir wissen, dass es sonst schwierig wird.

Deshalb hier für die Freien Demokraten an dieser Stelle noch einmal der Aufruf: All diejenigen, die sich dafür ausgesprochen haben, dass wir das hier heute machen – das waren die wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen –: Bitte kümmert euch auch zusammen mit dem Dezernenten weiter darum, dass wir die Menschen, wenn sie denn hier sind, nicht allein oder nur in der staatlichen Obhut lassen. Der Erfolg, hier integriert zu werden und ein neues Leben anzufangen, ist, wenn jemand eine Patenschaft übernimmt, wesentlich größer.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Ich fange mal mit dem Satz an: Humanitäre Hilfe ist nicht verhandelbar, und sie muss schnell erfolgen. Das steht eigentlich über dem Ganzen.

Wir finden diesen Antrag der Ampel sehr gut. Nur, wir würden gern noch etwas draufsetzen, weil wir als Die Linke europaweit und bundesweit fordern, dass 10.000 Menschen aufgenommen werden, also 5.000 Kinder und 5.000 Volljährige. Berlin und Thüringen gehen mit gutem Beispiel voran. Das sind dort nicht nur Linke, sondern daran sind auch andere Parteien beteiligt. Wir fordern beziehungsweise wir schlagen vor, dass Düsseldorf 1.000 dieser Menschen aufnimmt. Wir wissen, Düsseldorf kann das, hat es bewiesen, und es gibt so viele Ehrenamtliche, die auch jetzt noch zur Hilfestellung bereit sind. Das ist unsere Forderung. Wir werden natürlich dem Antrag der Ampel zustimmen, weil er wirklich grundsätzlich richtig ist. Wir wollen nur noch ein bisschen darüber hinaus. – Vielen Dank.

(Beifall von Ratsherrn Blanchard [Die Linke])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Vatalis.

Ratsherr Vatalis (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz; es ist auch schon viel gesagt worden. Ich wollte an dieser Stelle nur betonen, dass die Wichtigkeit, hier zu handeln, herrscht, und zwar nach wie vor, auch wenn der Antrag schon älter ist. Die Aktualität ist immer noch gegeben. Zurzeit wird geschätzt beziehungsweise Statistiken besagen, dass allein die Inseln Chios und Lesbos 40.000 Flüchtlinge aufgenommen haben. Die Zustände sind katastrophal. Gerade in dem Hotspot in Moria, der für 3.000 Flüchtlinge, glaube ich, ausgerichtet ist, leben 20.000 Flüchtlinge, davon die meisten unregistriert. Das hat etwas mit dem Dublin-II-Abkommen zu tun. Das bedeutet, Flüchtlinge registrieren sich nicht vor Ort in dem Erstland oder in dem Zweitland, im ersten EU-Land – in der Hoffnung, schnell nach Europa zu kommen. Die Hoffnung wird natürlich vielen getrübt. Das erschwert allerdings die Arbeit vor Ort. Die griechische Regierung ist massivst überfordert – finanziell und wahrscheinlich auch, was die Kompetenzen angeht, und eventuell auch intellektuell überfordert. Die Situation ist schlecht, und die Situation ist besonders schlecht für unbegleitete Kinder.

Wir haben hier in Düsseldorf als Düsseldorfer Stadtrat des Öfteren unsere Bereitschaft erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Das machen wir hiermit auch – wohlwissend, dass es hier erst einmal nur unsere eigene Bereitschaft ist. Wir können das nicht beschließen, da muss sich der Bund mit den Ländern einigen – auch über einen Schlüssel –, aber darüber hinaus müssen sich auch die EU-Staaten untereinander endlich einigen, dass hier im gleichen Maße Flüchtlinge aufgenommen werden. Es kann nicht sein, dass EU-Länder Flüchtlinge nicht aufnehmen oder in geringer Weise und andere Länder im größeren Rahmen. Daher auch der Appell: Wir können das weitergeben an unseren Bundestagsabgeordneten. Ich denke, hier sei erst einmal dieser Schritt getan. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Vatalis. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse zunächst den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist erkennbar die Mehrheit.

Dann lasse ich den Antrag der Ampelfraktionen abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist der Republikaner. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei Tierschutz Freie Wähler. Ansonsten mit breiter Zustimmung angenommen.

63.4

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Ateliers und Atelierwohnungen

RAT/037/2020

63.4.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

RAT/047/2020

63.21

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Sicherung Ateliers für (ehemalige) Mieter*innen der Flurstraße

RAT/223/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen? – Frau Gerlach, Herr Münter und Frau Mohrs.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es kurz zu machen; die Zeit ist schon vorangeschritten. Es sind leider zwei doch etwas verschiedene Anträge; ich hoffe, wir kriegen das hin, dass es sich nicht allzu sehr mischt.

Zum ersten Antrag der Ampel: Da geht es um Ateliers und Atelierwohnungen. Es ist doch schon einige Zeit her, seit wir den Antrag gestellt haben, aber aktuell ist er natürlich noch immer. Es geht uns darum, dass in der letzten Zeit die Atelierwohnungen und Ateliers, die die Stadt Düsseldorf für Künstlerinnen und Künstler vorhält und die gefördert sind, immer weniger geworden sind, leider aber keine mehr nachgekommen sind. Zusätzlich kommt hinzu, dass die Stadt Düsseldorf wächst und auf vielen Hinterhöfen, in denen immer Ateliers gewesen sind, jetzt gebaut wird oder eben auch Wohnungen gebaut werden, was grundsätzlich gut ist, aber Atelierräume gehen dadurch verloren. Das ist eine schlechte Entwicklung.

In der Stadt gehen Atelierräume verloren, insgesamt auch günstige Atelierräume, und die Stadt Düsseldorf baut auch ihre Atelierräume ab oder sie bauen sich von allein ab. Das wollen wir nicht so hinnehmen. Daher haben wir gesagt: Wir möchten gern, dass die Stadt Düsseldorf wieder Atelierräume aufbaut, damit die Künstlerinnen und Künstler hier in Düsseldorf auch leben und arbeiten können. Deswegen haben wir gesagt: Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die Anzahl der Ateliers und Atelierwohnungen für Künstlerinnen und Künstler in Düsseldorf wieder zu steigern. Wir haben auch eine Summe gesagt, und zwar: Die Ateliers und Atelierwohnungen sollten wieder auf über 400 angehoben werden. Das ist unser Antrag für die Ateliers.

Dazu – wenn ich gleich darf – gibt es noch einen Änderungsantrag der CDU, den wir gern übernehmen würden in unseren Antrag. Ich finde es toll, wenn wir da gemeinsam alle vorangehen können. Wir würden das prüfen lassen wollen. Die CDU hat konkrete Vorschläge gemacht, wie Atelierraum geschaffen werden könnte. Hier heißt es in dem Antrag:

„Dazu soll die Verwaltung verschiedene Wege gehen“.

Wir würden das gern übernehmen in Absprache mit der CDU und sagen: Dazu soll die Verwaltung verschiedene Wege prüfen, sodass wir sozusagen unsere Vorschläge und die Vorschläge der CDU gemeinsam prüfen lassen können und die dann auch in ein Konzept einfließen können.

Ich würde jetzt noch ganz kurz einmal den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Sicherung Ateliers für (ehemalige) Mieter*innen der Flurstraße“ erläutern. Es geht darum, dass genau das eingetroffen ist, was ich eben gesagt habe: Die SWD soll Wohnraum schaffen. Das tut sie; das finde ich auch richtig. Das tut sie auch in der Flurstraße, aber die Mieterinnen und Mieter dort sind eben Künstlerinnen und Künstler, die jetzt ihre Atelierräume dort verlieren. Wir finden es richtig, denen unter die Arme zu greifen. Wir haben viele Gespräche dazu geführt – auch mit der SWD, die sich wirklich sehr bereit gezeigt hat, den Künstlerinnen und Künstlern zu helfen und auch Atelierraum zur Verfügung zu stellen.

Das finde ich hervorragend. Herr Labbert hat sich wirklich sehr darum gekümmert. Es sind inzwischen auch von den neun Künstlerinnen und Künstlern, die dort Atelierräume haben, vier Künstlerinnen und Künstler versorgt, fünf noch nicht. Die SWD hat denjenigen Räume auf der Siegburger Straße angeboten, die sie auch tatsächlich gern nehmen würden. Es wäre sogar möglich, dass zwei oder drei weitere, zum Beispiel Kunststudentinnen oder -studenten, dort auch noch Räume in Anspruch nehmen könnten. Aber die SWD – das war unsere Diskussion, die wir auch schon oft geführt haben – sagt, sie ist nicht für die Künstlerförderung zuständig, was auch richtig ist, und sie möchte die Räume zu einem Preis vermieten, der in der Künstlerförderung nicht üblich ist und den die Künstlerinnen und Künstler tatsächlich auch nicht bezahlen können.

Jetzt lautet unser Antrag: Wir möchten die Verwaltung bitten, eine Lösung herbeizuführen, damit die Künstlerinnen und Künstler diese Räume dort tatsächlich mieten können. Sie brauchen dann aber eine Lösung dafür und auch eine feste finanzielle Zusage. Ich sehe das so: Es ist natürlich ein Vorgriff auf das, was wir mit dem Atelierkonzept beschließen und auch mit dem Atelierkonzept, das von Herrn Lohe noch in Vorbereitung ist. Wir müssen es aber jetzt beschließen, wenn wir die Ateliers sichern wollen. Wenn wir fünf Ateliers neu schaffen wollen – sozusagen für die neun, die weggefallen sind –, damit wir nicht immer weiter ins Minus gehen, müssen wir es jetzt machen, weil die Kündigung zu Juli ausgesprochen ist. Wenn die Zusage nicht erfolgt, werden die dort nicht mieten können, und dann verlieren wir auch die Chance, dass die SWD diese Ateliers zur Verfügung stellt. Ich finde, wir sollten uns diese Chance nicht entgehen lassen, vor allem nicht vor dem Hintergrund dieses Antrags, der heute mit breiter Mehrheit beschlossen werden wird – so hoffe ich.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Gerlach. – Herr Münter. – Ihm folgt Frau Mohrs.

Ratsherr Münter (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu der späten Stunde noch einmal die Kultur. Der Sichtweise von Frau Gerlach kann hier, glaube ich, nicht widersprochen werden. Wir alle haben uns sozusagen in einer sehr breiten Mehrheit dafür ausgesprochen, dass wir uns um mehr Ateliers in Düsseldorf kümmern wollen. Gerade uns treibt auch die Sorge um, dass immer mehr Ateliers und Atelierwohnungen verdrängt werden und sich die Situation für Künstlerinnen und Künstler dadurch nachhaltig verschlechtert. Deswegen haben wir schon im Juni 2019 im Kulturausschuss die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Atelierförderung durch die Verwaltung in Auftrag geben. Das geschah auch mit sehr großer Mehrheit; Frau Gerlach hat das gerade schon angesprochen. Leider liegt uns dieses Konzept noch immer nicht vor. In der März-Sitzung des Kulturausschusses hatte die Verwaltung in Aussicht gestellt, spätestens bis zu den Sommerferien 2020 dieses Konzept vorzulegen. Ich finde es sehr schade und bedauerlich, dass wir das Konzept noch nicht vorliegen haben; denn das bringt uns jetzt in die prekäre Situation, dass wir gerade in der zitierten Situation Flurstraße zu einer möglicherweise eiligen Handlung gezwungen werden. Ich würde aber gern die Verwaltung, an der Stelle Herrn Dezernenten Lohe vielleicht – wer der Richtige ist, weiß ich nicht genau –, bitten, uns die Situation noch einmal darzustellen.

Wir sehen diesen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nicht komplett kritisch. Wir würden aber gern das als Ultima ratio sehen. Uns wäre es viel lieber, wenn es eine Lösung geben könnte, dass wir dort eine Raumsituation schaffen, ohne jetzt sozusagen noch einmal eingreifen zu müssen. Vielleicht können Sie, Herr Lohe, dazu noch einmal etwas sagen, ob es eine Möglichkeit gibt, anders mit der Situation klarzukommen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe.

Beigeordneter Lohe: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Münter, in der Tat ist es bedauerlich, dass das Konzept zur Atelierförderung in Düsseldorf noch nicht vorliegt. Dafür muss ich mich entschuldigen. Das Kulturamt war aus personellen Gründen bis jetzt leider nicht in der Lage, das alles so vorzubereiten, wie wir uns das vorgenommen hatten. Es gab auch dort einigen personellen Wechsel. Es wird aber das Konzept bis zur September-Sitzung des Kulturausschusses vorliegen. Das ist fest zugesagt vom Kulturamt. Das müssen wir auch einhalten, damit wir die weiteren Möglichkeiten ergreifen können.

Wir sind aber in den vergangenen Monaten auch nicht untätig geblieben. Das möchte ich hier auch deutlich sagen. Wir haben zum Beispiel gerade an der Königsberger Straße vor wenigen Wochen, nämlich im März, einen Investitionskostenzuschuss in der Größenordnung von 52.000 Euro vergeben, damit dort fünf neue Ateliers geschaffen werden können. Das war auch ein Baustein im Hinblick auf das neue Konzept, das Ihnen vorgelegt werden wird.

Jetzt wird angeboten, die Räumlichkeiten Siegburger Straße von der SWD anzumieten. Dies ist theoretisch möglich, diese Fläche eignet sich dafür. Man könnte das machen. Das wäre ein weiterer Vorgriff auf das Atelierkonzept. Ich möchte aber trotzdem darauf aufmerksam machen: Wir hatten den Künstlern, die noch keine Ateliers haben, auch Alternativen angeboten. Wir hatten ihnen die Angerstraße angeboten und auch die Walzwerkstraße. Die Angerstraße war denen leider auch zu teuer, und die Walzwerkstraße war ihnen zu weit weg. Insofern: Wir waren tätig in diesem Feld.

Noch ein Nachsatz: Wenn die Siegburger Straße angemietet werden sollte, müsste sie auch noch entsprechend hergerichtet werden. Theoretisch wäre es ja auch möglich, dass die Künstler zumindest temporär in die Walzwerkstraße gehen und dann einen Umzug in die Siegburger Straße tätigen. Es muss auch jetzt nicht unbedingt bis Juni ausgezogen werden. Ich habe mit Herrn Labbert heute noch einmal gesprochen: Es gibt auch da noch eine gewisse Karenzzeit, die man in Anspruch nehmen könnte. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Ist damit Ihre Anfrage beantwortet?

(Ratsherr Münter [CDU]: Ja!)

Gut, das ist jetzt etwas für Spezialisten. – Frau Mohrs.

Ratsfrau Mohrs (SPD): Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie hören, das Konzept ist noch nicht fertig, und wie Sie Herrn Münter gehört haben, das Konzept wurde im letzten Juni, also vor einem Jahr, in Auftrag gegeben. Wir haben mittlerweile schon einen neuen Antrag vorgelegt, diese Atelierförderung fortzuführen, aber da das Konzept fehlt, können wir keinen Vorgriff mit dem Antrag der Grünen machen, denn das ist haushaltsrelevant.

Wir haben uns die ganze Sache auch noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Wir würden das sehr gern mit begleiten. Wenn die Künstler in der Flurstraße sich die Siegburger Straße angesehen haben und es dort gut finden, und wir wissen, dass die Siegburger Straße möglicher neuer Raum ist für Ateliers, dann können wir doch sagen – von Herrn Lohe habe ich erfahren, dass alle Künstler untergebracht sind; ich meine, das ist natürlich für die Künstler ein Problem, wenn sie nicht an den Ort wollen, der ihnen angeboten wurde, was ich nicht verstehen kann; die Walzwerkstraße ist seinerzeit sehr umfassend saniert worden, das ist ein Künstlerhaus mit vielen Künstlerateliers, eigentlich ein wunderbarer Ort, finde ich –: Wenn diese Künstler aus der Flurstraße großes Interesse an der Siegburger Straße haben – dort müssen wohl noch sanitäre Einrichtungen geschaffen werden –, dann könnten sie doch übergangsweise ein anderes Atelier nehmen. Wir nehmen aber das jetzt als Chance, dass das entwickelt wird, und können natürlich dem Antrag der Grünen nicht folgen, denn wir müssen erst das Konzept haben. Ich habe das schon im Kulturausschuss gesagt. Wir greifen dem Konzept vor, und so etwas ist nicht sinnvoll. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Gerlach. – Herr Dr. Fils, waren Sie vorher dran? Ich glaube, Sie, Frau Gerlach, waren schon einmal dran. – Wenn es ganz, ganz schnell geht. Herr Dr. Fils ist ein Gentleman.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte das hier auch nicht diskutiert. Das war ein Antrag im Kulturausschuss. Wir haben den nur hier gestellt, weil im Kulturausschuss offensichtlich abschließend nicht alle Informationen vorlagen. Ich stelle aber fest, dass die Informationen heute immer noch nicht vorliegen. Ehrlich gesagt, mich ärgert das auch ein bisschen. Es dauert dann einfach. Auch so einen Antrag, der im Grunde ein kleiner Antrag ist, hier diskutieren zu müssen – auch das ärgert.

Oberbürgermeister Geisel: Ziehen Sie ihn dann zurück?

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Nein.

Oberbürgermeister Geisel: Okay.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will ihn natürlich beschließen lassen, aber ich hätte einen solchen Antrag lieber im Kulturausschuss beschlossen und nicht im Rat.

Oberbürgermeister Geisel: Aber wenn Sie sagen, hier liegen jetzt wieder die Informationen nicht vor.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Genau, und es ist so: Ich habe wirklich mehrfach mit Herrn Labbert telefoniert. Er hat ja mit allen Künstlerinnen und Künstlern telefoniert. Es sind insgesamt neun Künstlerinnen und Künstler in der Flurstraße. Von denen haben sich vier selbst versorgt, fünf sind noch übrig. Ich habe auch heute noch einmal mit denen telefoniert. Denen ist kein Atelier in der Walzwerkstraße angeboten worden. Ich kann diese Diskussion insofern nicht nachvollziehen. Wenn wir jetzt nicht zugreifen und sozusagen im Vorgriff auf das Atelierkonzept gehen, kann ich das auch nicht verstehen. Ich weiß nicht, ob jemand mal in so einem Atelier war.

Es ist ja nicht so, dass man so einen Umzug mal macht und dann zwei Monate in so ein Behelfsatelier umzieht. Die Künstlerinnen und Künstler haben auch ihre Lagerstätte in dem Atelier. Das ist schon eine kostenintensive Sache. Das sind alle keine Künstlerinnen und Künstler, die wahnsinnig viel Geld aufbringen können. Das finde ich eine illusorische Vorstellung. Dann kann man sagen: Okay, wir wollen den Künstlern in der Flurstraße nicht helfen, müssen wir nicht, vielleicht können wir Siegburger Straße dann so oder so fertig machen. Die kann dann ins neue Atelierkonzept. Aber dann muss man hier eben auch mal Farbe bekennen. Ich dachte, wir wollen neuen Atelierraum schaffen, dann können wir das gleich verbinden, und dafür stehen wir hier. Wie gesagt, Sie können es ablehnen. Wir wollen das für die Künstlerinnen und Künstler in der Flurstraße möglich machen, und Sie müssen sich eben entscheiden, ob Sie das auch wollen oder nicht.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Fils.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Wir haben hier ein kleines Thema und ein großes Thema. Das kleine Thema ist die Flurstraße, wo wir eine schnelle Hilfe geben wollen und wo der Dezernent dann versuchen wird, eine Lösung zu finden.

Das große oder das skandalöse große Thema ist aber, dass wir in sechs Jahren unter Oberbürgermeister Geisel nicht ein einziges Atelier neu geschaffen haben, sondern Ateliers verloren haben. Der Hintergrund ist ganz einfach und klar zu erkennen: Ein Schwerpunkt war der Verkauf von vielen Flächen, eigentlich Wohnungen, aber eben auch Ateliers an die SWD oder Übertragung an die SWD. Das war ein großer Fehler, dass damit auch alle Ateliers übertragen worden sind und dass dann auch noch quasi die Anweisung kam: Ich will Wohnungen haben, und zwar auf Teufel komm raus. Die SWD will die auch möglichst wirtschaftlich geführt haben. Darunter haben dann die Künstler gelitten. Es gab Kündigungen hier und Kündigungen dort und dementsprechend immer weniger Ateliers in einer Kunststadt Düsseldorf, die sich vor allem bisher zugute geschrieben hat, umfangreich auch die Entwicklung der Künstler mit Atelierflächen zu fördern. Dementsprechend ist es zwingend, dass die Anträge von Grüne und CDU hier heute beschlossen werden und dass eben geholfen wird, dass die Künstler hier in dieser bedeutenden Kunst- und Kulturstadt arbeiten und leben können.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Mohrs.

Ratsfrau Mohrs (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt doch gern den Kulturdezernenten auffordern, hier

klarzumachen, wie viele Ateliers in den letzten Jahren verloren gegangen sind. Meiner Meinung nach oder meines Wissens sind es gar nicht so viele. Wir haben sehr viele Ateliers.

Zum anderen möchte ich auch noch wissen: Gibt es jetzt eine Lösung für die Künstler in der Flurstraße? – Machen wir uns doch nichts vor. Die können doch sowieso nicht sofort in die Siegburger Straße. Daher sehe ich das Problem nicht. Wir verlieren auch die Siegburger Straße nicht, wenn wir heute den Antrag der Grünen nicht beschließen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe, wie hat sich die Zahl der Ateliers entwickelt?

Beigeordneter Lohe: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte ausführlich im Stadtrat am 6. Februar dazu berichtet. Wir hatten um die 400 Ateliers. Derzeit haben wir noch 373 Ateliers. Wie ich eben schon angekündigt habe, sind fünf neue Ateliers in der Bearbeitung in der Königsberger Straße. Insofern ist das ein erster Baustein.

Oberbürgermeister Geisel: Wie viele gab es vorübergehend im postPOST, wenn ich fragen darf?

Beigeordneter Lohe: Das war ja eine temporäre Nutzung. Ich kann es jetzt nicht sagen. Die Zahl weiß ich jetzt leider nicht. Das war eine temporäre Nutzung. Aber wichtig ist, dass wir Atelierraum in Zukunft schaffen. Mir ist nur bekannt, dass von den neun Künstlern aus der Flurstraße zwei Künstler noch Raum suchen und nicht fünf. Wie gesagt, mein Vorschlag ist, dass diese beide Künstler temporär in die Walzwerkstraße gehen. Und dann sollten wir schauen, dass wir das Thema mit der Flurstraße relativ schnell auf die Reise bringen können. Das wäre mein Vorschlag für das Vorgehen.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch Herrn Schreiber.

(Zuruf: Nein, er hat zurückgezogen!)

Schade. – Frau Frey ist dann noch an der Reihe.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nur in aller Kürze: Ich sitze nun einmal im Aufsichtsrat der SWD, und ich möchte, dass hier wirklich eine Lösung gefunden wird. Selbst wenn Herr Dr. Labbert gesagt hat, dass man vielleicht einige Wochen dranhängen kann, das geht in die Sommerzeit hinein, und letztlich wird dort gebaut werden. Das kann man nicht hinziehen auf die Ewigkeit. Deswegen: Ich habe die Sorge, wir vertagen das jetzt indirekt, was die Flurstraße angeht, und im Grunde genommen sitzen die Künstler nachher in der Patsche und die SWD muss das dann irgendwie lösen. Das kann sie aber nicht, weil sie auch weitermachen muss mit dieser Geschichte.

Ich möchte schon, Herr Lohe, dass Sie zeitnah an einer Lösung mit den Künstlern arbeiten, und nicht, dass im Grunde genommen jetzt hier das zwischen den Stühlen hin- und hergereicht wird; denn wir reden in der SWD auch mit den Kollegen der SPD, und wir haben insgesamt sehr viel darüber geredet. Ich habe immer das Gefühl, das wird hin- und hergereicht zwischen den verschiedenen Ebenen. Auf so etwas habe ich, ehrlich gesagt, keine Lust.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich habe zunächst verstanden: Der CDU-Antrag wird integriert in den Antrag der Ampelfraktionen. Sinnvollerweise sollte der Passus „Dazu soll die Verwaltung verschiedene Wege gehen“ mit den drei Bullet Points vor dem letzten Absatz des Antragstextes aufgenommen werden. Ich glaube, das würde einen sinnvollen Zusammenhang herstellen. Ist das im Sinne der Antragsteller?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Okay. Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine breite Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir noch zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Flurstraßen-Ateliers. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Das sind die CDU, die Grünen, Tierschutz Freie Wähler und der Ratspirat. Wer ist dagegen? – Das sind FDP und SPD. Wer enthält sich? – Jetzt weiß ich nicht, wie Die Linke abgestimmt hat.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Wir haben zugestimmt! – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Zugestimmt!)

Das war dann mit CDU, Grüne, Linke – das war die Mehrheit.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war die Mehrheit!)

Ein originelles Bündnis hier.

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Herr Geisel, dürfte ich eine persönliche Erklärung abgeben?)

– Gut, ich kann Sie nicht daran hindern. Machen Sie.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Das hat nichts mit dem letzten Thema zu tun, aber ich habe das jetzt auf der Uhr verfolgt: Das waren 25 Minuten. Es geht nicht um das Thema, aber es waren drei Mehrfachmeldungen, zwischendurch drei Fragen an den Dezernenten. Wenn wir so weitermachen, hat das überhaupt keinen Sinn. Können wir es nicht so halten, dass wirklich die Redner nur einmal an die Reihe kommen und von jeder Fraktion höchstens einmal. Das kann man natürlich nicht erzwingen, aber wir werden wieder nicht durchkommen; das steht fast fest.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard, vielen Dank für den Hinweis. Niemand kann daran gehindert werden, zu reden. Das ist das Privileg der Ratsmitglieder. Aber freilich würde ich doch auch darum bitten – insbesondere auch, wenn es um Themen mit sehr großer Detailtiefe geht, die nur ganz wenige wirklich nachvollziehen können und die wahrscheinlich in epischer Breite schon in den Ausschüssen diskutiert wurden –, dass sich der eine oder andere etwas kürzer fassen möge.

63.5

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Verkehrserschließung großer Gewerbebauprojekte

RAT/038/2020

63.5.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

RAT/053/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ich nehme an, Herr Raub zunächst, dann Herr Hartnigk und Herr Wolf.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ja, ich möchte mich jetzt auch kurzfassen. Es handelte sich ursprünglich um einen Antrag der Grünen, den wir noch einmal überarbeitet haben und jetzt als Ampelantrag gemeinsam stellen. Es geht darum, dass Gewerbe- und Büroflächen, die entwickelt werden, so entwickelt werden sollen, dass sie im Wesentlichen mit öffentlichem Personennahverkehr, mit Radverkehr und als Fußgänger erreicht werden können. Das heißt, wir müssen dafür sorgen – auch im Sinne einer ordentlichen, vernünftigen,

zukunftsgerichteten Planung –, dass wir diese Projekte dann auch entsprechend begleiten. Das heißt, sie dürfen nach unserer Vorstellung nur dann verwirklicht werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen sind oder – wenn sie noch nicht geschaffen sind – dann zügig geschaffen werden. Wir brauchen auch für eine zukunftsgerichtete Planung diese vom Auto abgewandte Planung hin zu Radverkehr, Fußverkehr und öffentlichem Personennahverkehr. Deshalb bitten wir um Unterstützung zu unserem Antrag. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir halten diesen Antrag für ausgesprochen problematisch. Wir haben überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass wir bei Bauleitplanungen die verkehrliche Anbindung mit berücksichtigen. Das ist in der Vergangenheit in der Tat an der einen oder anderen Stelle sträflich vernachlässigt worden. Mit der Formulierung „ausschließlich an Standorten“, die in Ihrem Antragstext steht, machen Sie Düsseldorf allerdings nicht mehr zu einer interessanten Stadt für gewerbliche Arbeitsplätze.

Ich will Ihnen das mal an einem klitzekleinen Beispiel verdeutlichen: Wir haben alle die Entwicklung am Kennedydamm vor Augen. Dort ist die Fläche der ehemaligen Fachhochschule frei geworden, und auf der östlichen Seite des Kennedydamms gibt es eine ganze Reihe von großen Baumaßnahmen. Das fängt an der Spitze an, wo ein stadtbekannter Immobilienmakler ein über 100 Meter hohes Gebäude errichten will. Dahinter kommt ein zweites Gebäude mit über 90 Metern. Allein diese beiden Gebäude werden mehr als – ich schätze mal – 2.000 Mitarbeiter am Ende des Tages beherbergen.

Wenn man sich jetzt die Gegend etwas genauer anschaut, wird einem relativ schnell klar werden, dass es dort eher eine suboptimale Anbindung an den Umweltverbund gibt und dass auch, ehrlich gesagt, kurz- und mittelfristig dort keine schnelle Änderung gegeben sein wird. Ich sage das deshalb, weil wir für den Bereich einen B-Plan in Bearbeitung haben und weil Sie am Ende auch noch auf bestehende Baupläne eingehen.

Kollege Raub, Sie haben es gerade nett gesagt: vom Auto weg. Ich will nur einmal sagen: Ein Elektroauto und ein Wasserstoffauto sind auch Umweltverbund, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Ich bin auch dafür, dass wir den ÖPNV in dieser Stadt stärken, aber das funktioniert nur mit viel, viel Zeit.

Ich will noch einmal ein Beispiel nennen: Wir haben alle die leidige Anbindung der Theodorstraße vor Augen, wo uns ein privater Eigentümer quasi über Jahre an der Nase herumgeführt hat. Wenn wir das hier heute beschließen, dann wird es eine ganze Reihe von Flächen geben, die jahrelang nicht entwickelt werden können, weil der Investor – selbst wenn er wollte – nicht dazu beitragen kann, dass es eine schnelle Verbesserung der Situation gibt.

Das zweite Thema, meine Damen und Herren auf der Antragstellerseite, ist die Frage: Das fordern Sie jetzt für gewerbliche Bauleitplanung, also für Büro- und Gewerbenutzung. Wieso fordern Sie das eigentlich nicht für Wohnnutzungen? Da werden doch viel mehr Verkehre generiert, weil im Regelfall der Wohnungsnutzer häufiger in seine Wohnung und wieder wegfährt. Wir haben die Bergische Kaserne vor uns, wo nach dem einen oder anderen Ideenvorschlag Tausende von Wohnungen entstehen sollen. Ich habe bis heute kein schlüssiges Verkehrskonzept für eine Anbindung mit 90 Prozent im Umweltverbund in diesem Bereich von Ihnen gehört. Ich will das nur einmal sagen. Wir können nicht auf der einen Seite unsere gewerblichen Investoren, die hier in der Stadt Arbeitsplätze schaffen, die Frau Schneider und uns allen die Möglichkeit geben, eine volle Kasse mit Gewerbesteuer zu bekommen, damit wir uns all diese Dinge, die wir eben beschlossen haben, leisten können, vergrätzen oder denen Probleme machen, auf der anderen Seite schaffen wir uns im Wohnbereich die gleichen Probleme, weil das dort nicht gelten soll. Das wird kein Investor verstehen.

Ich sage noch einmal: Wir haben Möglichkeiten, in der Bauleitplanung das heute schon ein Stück weit zu regeln. Sie haben die Stellplatzverpflichtung eingeschränkt. Das sind alles Dinge, die man machen kann, die ähnliche Effekte nach sich ziehen können. Aber in dieser Ausschließlichkeit, wie Sie das hier in den Antrag geschrieben haben, sehen wir erhebliche Bedenken für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Düsseldorf in der Entwicklung, was Dienstleistungsarbeitsplätze in großen Entwicklungsgebieten und Bürogebäuden betrifft. Aus diesem Grunde werden Sie Verständnis dafür haben, dass die CDU diesen Antrag in der vorliegenden Form nicht beschließen kann. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Hartnigk. – Herr Wolf.

Ratsherr Wolf (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es in der gebotenen Kürze. Natürlich haben Sie recht, sehr geehrter Herr Hartnigk, dass das alles äußerst problematisch ist, aber die Zukunft – so, wie sie sich derzeit darstellt – ist das Problematischste, was wir hier überhaupt vor der Tür haben. Wir müssen umdenken. Wir müssen dafür sorgen, dass der Umweltverbund eine bedeutend bessere Berücksichtigung bei uns findet. Das ist der erste Ansatz in der Stadtplanung, damit den wichtigen Weg zu erreichen.

Ich möchte es wirklich abkürzen: Ich lade Sie herzlich ein, Herr Hartnigk, einen Änderungsantrag einzureichen, dass wir Wohngebiete mit hinzunehmen. Ich habe mir die Hacken abgelaufen bei uns in der Bezirksvertretung 3, die Völklinger Straße 24 als autofreie Zone zu benennen, und habe bei Ihrer Partei bedauernswerterweise überhaupt keinen Rückenwind gefunden. Daran müssen Sie noch arbeiten. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich nehme an, der Änderungsantrag ersetzt den vorherigen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Linke, SPD, Grüne, FDP. Wer ist dagegen? – CDU, Republikaner. Enthaltungen? – Das war Tierschutz Freie Wähler.

63.6

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Wenn nicht jetzt, wann dann? Endlich mehr Sauberkeit in der Stadt!

RAT/063/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt.

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag mit dem Titel „Mehr Sauberkeit in Düsseldorf – Wenn nicht jetzt, wann dann?“ ist, wie Sie sehen können, vom 19. Februar und damit noch in einer Zeit vor Corona entstanden. Nichtsdestotrotz wissen wir alle, dass das Problem der mangelnden Sauberkeit und der zunehmenden Vermüllung ein großes Thema seit Langem in dieser Stadt ist und sich auch nach einer vielleicht kürzeren Atempause durch den Lockdown mit dem sich normalisierenden Freizeitverhalten in dieser Form so fortführen wird.

Was nötig ist, um dieses große Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu beenden, ist ein ganzheitliches Konzept. Das gibt es leider nicht in dieser Stadt. Stattdessen gibt es einen punktuellen Aktionismus des Oberbürgermeisters. Alle paar Monate fällt ihm medial ein, das Thema „Verbesserung der Stadtsauberkeit“ auf die Agenda zu setzen. Es wird etwas verkündet, aber es ändert sich kaum etwas an dem großen Problem. Die CDU-Anträge im Fachausschuss und im Rat für eine strukturelle und effektive Verbesserung der Stadtsauberkeit wurden in den vergangenen Jahren mit schöner Regelmäßigkeit abgelehnt. Dabei wird gern von der Ampel behauptet, das Problem sei gar nicht so schlimm oder der Oberbürgermeister sei schon unterwegs und werde alles

richten. Das tut er nicht, denn das Problem ist heute noch genauso virulent wie in den vergangenen Jahren.

Wenn aber die Medien immer wieder mal auf einzelne Müllmissstände in dieser Stadt hinweisen, dann reagiert der Oberbürgermeister in einer für ihn typischen, aber – wie ich finde – auch sehr verwerflichen Art und Weise. Er zeigt nämlich mit dem Finger auf andere, um vom eigenen Versäumnis abzulenken.

(Beifall von der CDU)

In diesem Fall, meine Damen und Herren, zeigt er mit dem Finger auf die AWISTA. Das führt – das weiß ich aus Gesprächen mit Genossinnen und Genossen hier im Raum – zu Fremdschämen bei einigen, die das natürlich nicht offen, aber heimlich zeigen. Sie sind da relativ allein, Herr Oberbürgermeister, aber das kennen Sie ja.

(Ratsfrau Goldberg-Hammon [SPD]: Ja, Sie doch auch!)

Es führt dazu, dass Sie medial solche Schlagzeilen wie „Der Oberbürgermeister schießt gegen die AWISTA“ bekommen. Das scheint Ihnen zu gefallen, aber – das ist das Ärgerliche – es führt natürlich zu einer Verunglimpfung der guten Arbeit der vielen AWISTA-Beschäftigten. Ich kann Ihnen auch aus eigener Anschauung sagen, dass sehr viele Ihnen nahestehende Betriebsräte – also Ihnen als SPD nahestehend, nicht als Person; nicht, dass da eine Verwechslung entsteht – nicht nur verärgert, sondern geradezu wütend über diese Angriffe sind, die Sie ständig gegenüber der AWISTA medial fahren. Ich sage Ihnen ganz eindeutig: So geht das nicht, Herr Oberbürgermeister. Das haben die Beschäftigten der AWISTA nicht verdient.

(Beifall von der CDU)

Die Beschäftigten der AWISTA leisten seit vielen Jahren mit hohem Engagement eine gute Arbeit für und in unserer Stadt. Sie arbeiten an Sonn- und Feiertagen für die Sauberkeit in dieser Stadt. Sie tun das, ob es Karneval ist, ob es stürmt oder schneit. Sie sind der zuverlässige Partner in unserer Stadt für die Stadtsauberkeit, und sie haben eine solche pauschale Kritik von Ihnen nicht verdient.

Anstelle solch medialer Kritik müssten Sie eigentlich Ihre Hausaufgaben machen, nämlich ein einheitliches Konzept, und dies auch mit Verbesserungen der Leistungsverträge mit der AWISTA verbinden. Denn die Beschäftigten der AWISTA würden gern mehr für die Stadtsauberkeit tun in dieser Stadt, wenn sie denn von Ihnen beauftragt würden. Sie würden gern die übervollen Papierkörbe in den Parks und Gartenanlagen leeren, wenn sie denn überhaupt einen solchen Auftrag von Ihnen dafür bekämen.

(Ratsfrau Wien-Mroß [SPD]: Märchenstunde!)

– Ja, Sie haben nun einmal von der Sachlage überhaupt keine Ahnung.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Die AWISTA macht nicht die Parks sauber!)

– Genau, Frau Bürgermeisterin. Sie haben es erkannt. Die AWISTA macht nicht die Parks sauber. Das habe ich gerade gesagt. Weil der Auftrag nicht erteilt wird, haben wir die Pizzakartons auf den Wiesen liegen und die übervollen Papierkörbe, –

(Zuruf von Ratsherrn Raub [SPD])

– weil Sie entgegen unserer Anträge letztlich die Leistungsverträge nicht anpassen, –

(Zuruf von Bürgermeisterin Zepuntke [SPD])

– damit genau das beseitigt werden kann. Es kümmert sich niemand in dieser Stadt um diese Missstände. Der Oberbürgermeister und Sie verweigern sich. Das ist die Realität.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Bürgermeisterin Zepuntke [SPD])

Wir haben das nicht zum ersten Mal, sondern immer wieder gefordert, aber es ändert sich kaum etwas.

Jetzt können wir ein bisschen innehalten. Ich habe ganz bewusst „kaum“ gesagt, denn hin und wieder hat sich auch ein wenig in den vergangenen Jahren geändert. An dem Beispiel Mülldetektive kann man das sehen, dass Anträge von uns nach einer gewissen Schamfrist, die man verstreichen lässt, doch umgesetzt werden. Erst einmal werden sie hier im Rat ablehnt oder teilweise sogar verlacht, bevor man dann – wie gerade bei den Mülldetektiven zu sehen – kurz vor der Wahl doch den CDU-Vorschlag herausholt und umsetzt. Ja, das gestehen wir Ihnen zu. Eine Einzelmaßnahme ist insofern gut, aber sie ersetzt kein Gesamtkonzept.

Das Gesamtkonzept ist für uns eines, das aus drei Säulen bestehen sollte. Die erste Säule ist ein vernünftiges Entsorgungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Sie müssen in der Lage sein, sich auch genau so zu verhalten, dass wir letztlich eine Verbesserung der Gesamtsituation bekommen. Sie brauchen die Möglichkeit, den Müll auch zu entsorgen.

Sie brauchen aber noch viel mehr, und zwar die zweite Säule: eine Anpassung der Leistungsverträge mit der AWISTA. Dazu gibt es viele Vorschläge von uns, aber noch mehr Vorschläge von der AWISTA. Diese Vorschläge haben Sie bis heute nicht umgesetzt. Sie sind nicht an die Leistungsverträge herangegangen. Sie haben sie nicht verändert, und das haben Sie in sechs Jahren nicht geschafft.

Die dritte Säule: Wir brauchen auch ein konsequentes ordnungsrechtliches Vorgehen gegen diejenigen, die mutwillig unsere Stadt vermüllen. Wir fordern das auch in unserem Antrag. Das heißt, wir fordern eine spürbare Erhöhung der Bußgelder in diesem Bereich. Das gehört letztlich mit dazu.

Meine Damen und Herren, Düsseldorf braucht einen großen Wurf für mehr Stadtsauberkeit. Die Menschen in dieser Stadt – das erfahren Sie immer wieder, wenn Sie mit ihnen sprechen – wünschen sich das sehr, und sie erwarten auch Lösungen von uns. Wir geben die Hoffnung nicht auf und haben auch diesmal eine solche Initialzündung mit unserem Antrag vorgelegt. Sie haben die Möglichkeit, jetzt auch zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Gibt es noch Wortmeldungen? – Dann möchte ich die Bürgermeisterin bitten, das Präsidium kurz zu übernehmen.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Ich wurde wieder vergessen! – Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] übernimmt um 20.02 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Gutt, ich tue mich jetzt auch schwer, weil Sie heute hier Ihre Abschiedsvorstellung geben, aber ich muss sagen: Das, was Sie hier abgeliefert haben, ist nun wirklich schwer erträglich. Ich sage mal so: Mir zu unterstellen, dass ich die in der Tat tüchtigen Mitarbeiter der AWISTA kritisiere – Sie kennen genau die Auseinandersetzung. Das, was ich kritisiere, ist, dass die Profite der AWISTA –

das wissen Sie insbesondere in Ihrer Funktion als Aufsichtsrat bei der AWISTA – Jahr für Jahr steigen, aber die Leistung, jedenfalls die wahrgenommene Leistung immer schlechter wird.

Jetzt kann man natürlich Ihrem Beispiel oder Ihrem Vorschlag folgen, dass wir sagen: Wir schließen immer mehr Verträge, geben immer mehr Geld dafür aus. Ich denke, es ist schon angemessen, wenn wir sagen, dass wir für die hohen Beträge – das sind auch alles Gebühren, die hier erhoben werden – eine vernünftige Leistung erwarten können. Sie sollten auch wissen, dass der Leistungsdruck bei der AWISTA beziehungsweise die Arbeitsverdichtung eben auch steigt. Daher kommen die wachsenden Gewinne bei der AWISTA.

Daher: Mir zu unterstellen, dass ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWISTA kritisiere, das ist wirklich sehr, sehr billiger Populismus. Ich erwarte als Vertreter dieser Stadt von einem Unternehmen, das wir exklusiv damit beauftragt haben, für Stadtsauberkeit zu sorgen, dass die ihren Job machen und nicht nur immer höhere Gewinne scheffeln. Das ist das, was dahintersteckt, und ich glaube, das ist im Interesse der Gesamtstadt. Darauf sollten gerade Sie als Aufsichtsrat auch achten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 20.04 Uhr wieder den Vorsitz.)

Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen.

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Doch! Immer noch ich!)

Herr Grenda. Sie kommen immer – –

(Ratsherr Grenda [Piraten]: Also, ich habe mich die ganze Zeit gemeldet! Ich habe Ihnen mehrmals gesagt: Gucken Sie bitte in die letzte Reihe! Ich habe mich jetzt zurückgehalten!)

– Ich hindere Sie nicht daran. Reden Sie. Sie sollen nur die Maske beim Gang durch die Halle aufsetzen. So bringt sie gar nichts, wenn Sie sie wie ein kleines Bärtchen dort unten tragen.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe CDU! Dem Antrag, den ich ja schon mehrmals gesehen habe, hätte ich gern zugestimmt, weil ich Ihnen, wie gesagt, voll und ganz recht gebe, dass dieses Gesamtkonzept endlich einmal offen und transparent bearbeitet werden müsste. Aber zum heutigen Zeitpunkt, wo wir genau wissen, dass dieser 14. Mai nicht mehr gehalten wird, und Sie jetzt sagen: „Machen Sie das doch bitte zur Ratssitzung im Oktober“, schätze ich mal, wissen wir ganz einfach, das ist dann nach der Wahl. Wie es dann aussieht, weiß keiner.

Das, was ich schön fände, wäre, wenn alle Oberbürgermeisterkandidaten mal erklären würden, wie sie sich das persönlich vorstellen, wie die Stadtsauberkeit stattfinden sollte. Das, was ich aber eben das erste Mal erfahren habe, ist, dass man mal die internen Zahlen der AWISTA mitbekommt, dass sie immer mehr Gewinne machen. Das gibt mir schon ein bisschen zu denken. Aber das, was ich in diesen sechs Jahren ganz einfach erfahren habe, ist, dass es Straßenverzeichnisreinigungslisten und entsprechende Rhythmen gibt, wie oft etwas gereinigt werden kann. Alles hat seinen bestimmten Preis, alles muss ausgeschrieben werden. Das, was ich total geil fände, wäre, dass während der Sommerferien die Verwaltung einmal die Daten auf das Open-Data-Portal stellt, und zwar den Reinigungsplan, den wir als Rat beschlossen haben. Dann könnten wir dahinter einfach mal setzen, was mehr oder weniger das Ganze kostet. Denn auch das ist eigentlich transparent und offen. Dann kann jeder Bürgermeister seine Vorschläge dort eingeben, und wir können uns anschauen, wie teuer was ist.

Für mich ist es logisch, wenn die AWISTA sagt, wenn sie durch den Park fährt, kostet es mehr, als wenn sie durch die Straße fährt, dass das Gartenamt sagt: Wir haben hier ein anderes Angebot, der nimmt nur so viel. Dann müssen die diesen Auftrag annehmen. Deswegen haben wir mehrere

Reinigungsdienstleister in dieser Stadt, auch wenn sie teilweise wiederum von anderen städtischen Firmen sind. Allerdings fahren sie alle auf dem gleichen Auto, weil der Fuhrpark nämlich „geshared“ wird.

(Zuruf von der SPD: Was ist das denn für ein Stuss?)

– Was erzähle ich für einen Stuss? Sie wollen mir jetzt nicht sagen, dass die ZWD Garten und Dienstleistungs GmbH soundso viele Aufträge übernommen hat, weil sie ein günstigeres Angebot abgegeben hat als die AWISTA? – Falsch. Aber diese Zahlen sind eben öffentlich, und das wäre eine Sache, wo ich einfach sage: Dann kann man zusammen ein Konzept machen, weil dann die Bürger auch mehr darauf achten würden, wenn sie wissen, was es dann nämlich für ihr Gebiet an Mehrkosten – wir zahlen ja die Reinigungsgebühren als Bürger – entsprechend ausmacht.

Genauso kann ich auch einfach mal einen Antrag stellen, wenn meine Straße dreckiger ist. Wenn ich diesen Antrag stellen könnte, dass meine Straße öfter gereinigt wird – auch als Bürger und nicht als Eigentümer –, das fände ich toll. Deswegen heute leider ein Nein. Aber ich bin gespannt, mit welchem Konzept die vier Bürgermeisterkandidaten in den Wahlkampf gehen, damit dieses Thema endlich hier in Düsseldorf beendet wird. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Grenda. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

63.7

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Förderung der Anschaffung von Lastenfahrrädern
RAT/076/2020

63.7.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
RAT/190/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ab jetzt pairen Herr Gutt und Herr Spielmann. – Frau Vorspel und Herr Wolf.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wegen der fortgeschrittenen Zeit nur kurz: Unser Antrag ist auch von Februar: Förderung der Lastenräder. Zu der Zeit gab es die Förderung von Arnshagen noch für private Kundinnen und Kunden. Diese ist leider auch seit März eingestellt wegen Erfolg. Daher ist es noch dringlicher, dass die Stadt Düsseldorf diesen Part übernimmt, und zwar jetzt schon und nicht – wie im Änderungsantrag vorgeschlagen – erst zur nächsten Haushaltsperiode. Die Menschen wollen jetzt auf Lastenräder umsteigen. Daher möchten wir Sie herzlich bitten, diesem Antrag jetzt zuzustimmen. Angesichts der Zeit werde ich jetzt keine Vorträge über die Bedeutung von Lastenrädern halten. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank; dies ist uns auch allen bewusst. – Herr Wolf.

Ratsherr Wolf (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch in gebotener Kürze: Es ist natürlich komplett richtig, dass Lastenräder gefördert werden. Wir sind aber der Meinung, dass man da noch schauen sollte. Man wäre eigentlich mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn man irgendwelche Mittel, die zur Verfügung stehen könnten, außer Acht lässt. Daher bitten wir darum, das Projekt laufen zu lassen, aber zu eruieren, wo es entsprechende Mittel gibt. – Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Das ist jetzt ein Änderungsantrag, wobei ich glaube, der Antrag der Linken ist weitergehend, oder habt ihr die irgendwie konsolidiert? – Dann würde ich zunächst den Antrag der Fraktion Die Linke – –

(Zuruf: Nein!)

Der Änderungsantrag ist eigentlich etwas weniger als der Antrag der Linken. Man kann hier nicht von Grundantrag und Änderungsantrag sprechen. Wenn wir den Änderungsantrag abstimmen, dann ist der Grundantrag in sich selbst erklärlich. Der andere sagt nur noch eine klare Ziffer. Deswegen würde ich sagen: Es sind alternative Anträge zum selben Thema. Der eine ist etwas weitergehend, weil er einen festen Betrag enthält. Ist das nachvollziehbar? – Dann würde ich zunächst den Antrag der Linken abstimmen, und wenn der keine Mehrheit findet, kann immer noch der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit finden.

(Zuruf von Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] – Zuruf: Wir müssen erst den Änderungsantrag abstimmen!)

Ja, gut, ich stelle den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann hat der Änderungsantrag die Mehrheit.

Dann stimme ich jetzt den Grundantrag ab, der aber insofern modifiziert ist, als nicht mehr 300.000 Euro darin stehen. Darf ich mal fragen: Wenn wir jetzt den Grundantrag abstimmen in der Fassung des Änderungsantrags, dann steht nichts anderes drin, als dass wir in Anlehnung an das Kölner Konzept Lastenförderung wollen. Ja, gut, dann ist eigentlich der Antrag der Grünen angenommen.

(Zurufe: Ja!)

An sich ist der Antrag der Grünen selbst erklärlich. Deswegen hätte ich gesagt: Eigentlich hätte man zunächst den weitergehenden Antrag abstimmen sollen. Aber das ist egal. Legt die Fraktion Die Linke noch Wert darauf, dass ihr eigener Antrag abgestimmt wird?

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Nein!)

Dann ist der Antrag in der Fassung der Änderung durch den Änderungsantrag angenommen. Können wir es so machen?

(Zuruf: Ja!)

– Gut.

63.8

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Verkauf von Gut Niederheid – Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Weiterführung und Ausbau der Angebote

RAT/086/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich lese den Haupttext einfach vor, alles andere lasse ich weg.

„Gut Niederheid bleibt in städtischer Hand. Die Stadt erarbeitet ein Konzept mit der jetzigen Betreiberin, wie Gut Niederheid für Düsseldorfer Kinder und Eltern ohne Einschränkungen weiter geführt und saniert werden kann.“

Dazu möchte ich nur sagen: Die CDU hatte gestern eine Anfrage gestellt. Diese war so beantwortet worden, dass es nur ein Angebot für die Vermarktung gewesen ist. Dieses Angebot wurde durch ein Architekturbüro begleitet und enthielt nur die Variante Kauf. Die Variante „nur Kauf“ entspricht aber gar nicht der Ausschreibung, und man sieht, dass das dann doch wieder durch die Vermarkter in die Hand genommen wird. Deswegen appellieren wir noch einmal daran, dass die anderen Parteien sich hier unserem Antrag anschließen, sonst wird es für das Gut gefährlich.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Blanchard. – Frau Bellstedt.

Ratsfrau Bellstedt (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Tat ein Verfahren beschlossen. Wir wurden gestern in Kenntnis darüber gesetzt, wie der Zwischenstand ist. Wir werden warten, bis die Verwaltung das abgeschlossen hat und dann auf uns zukommt. Auch das war Bestandteil der Beantwortung. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass sowohl die Nutzung gesichert werden muss als auch, dass der Denkmalschutz dieses alten Gebäudes erhalten bleiben muss. Das sind die beiden Kernpunkte. Wir werden dann das Verfahren, was die Verwaltung vorschlägt, weiter teilen. Dazu soll auch eine entsprechende Arbeitsgruppe oder Kommission eingerichtet werden. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Bellstedt. – Der Antrag kann abgestimmt werden. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Die Linke, Tierschutz Freie Wähler und Ratspirat. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist erkennbar die Mehrheit.

63.9

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Urban Gardening in KiTa, Schule und Jugendeinrichtungen
RAT/126/2020

63.9.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
RAT/193/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Tussing.

Ratsherr Tussing (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Schulgarten ist eigentlich schon sehr alt und sehr erfolgreich. Zwischenzeitlich gibt es eine neue Bewegung mit Urban Gardening, die sich von diesem klassischen Gartenkonzept etwas entfernt. Es sind mittlerweile auch schon einige Schulen und Jugendeinrichtungen dabei, sich in dem Bereich zu versuchen. Die werden auch unterstützt. Das ist aber unserer Meinung nach zu wenig, zumal man da auch aus pädagogischer Sicht eine ganze Menge machen kann. Man bekommt ein Bewusstsein für Lebensmittel, für Gartenarbeit, Nachhaltigkeit und so weiter. Das könnte man jetzt noch in extenso erklären, das lasse ich aber an dieser Stelle.

Wir bitten hier an dieser Stelle um Zustimmung. Der Änderungsantrag der Grünen geht unserer Ansicht nach an der Zielrichtung vorbei. Die Anbindung von Schulen, Jugendeinrichtungen und Kitas in das Programm DAFIB, das eigentlich an Privatpersonen adressiert ist und mit 60.000 Euro auch sehr schwach ausgestattet ist, trifft es unserer Meinung nach nicht. Da sollte man durchaus separat tätig werden, weil es auch darum geht, Leute bei der Erarbeitung und Umsetzung pädagogischer Konzepte zu unterstützen. Das ist etwas anderes, als normale Privatleute zu beraten und zu unterstützen, im Umfeld ihres Hauses Urban Gardening zu betreiben. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag und lehnen den Änderungsantrag der Grünen ab. – Danke schön.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Bellstedt.

Ratsfrau Bellstedt (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nun sind wir etwas erstaunt, denn wir beschäftigen uns im Umweltausschuss schon länger mit dem Thema Urban Gardening. Dass die CDU das Thema nun auch entdeckt, freut uns in gewisser Weise. Allerdings haben wir natürlich mit dieser Arbeit schon angefangen und sind sie angegangen. Wir haben die Förderprogramme „Essbare Stadt“, was eben auch für Kindergärten und Schulen offen ist. Wir haben die Dachbegrünungsmaßnahmen, die man sicherlich auch noch einmal entsprechend überarbeiten und erweitern kann. Aber jetzt so zu tun, als gäbe es überhaupt nichts, man müsse erst einmal ein Konzept entwickeln, das hat uns doch erstaunt. Vor allem der letzte Punkt, dass ein Förderprogramm noch zu konzeptionieren ist, hat uns am meisten gewundert, denn wir haben just in den letzten Haushaltsberatungen den Topf der Förderung der Umweltprojekte um 10.000 Euro erhöht, aber die CDU-Fraktion hat dagegen gestimmt.

Daher glauben wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und würden entsprechend unseren Änderungsantrag so beibehalten und bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag der Grünen. Wir glauben nicht, dass es zielführend ist, wenn wir erst einmal bei sämtlichen Schulen und Kitas Verwaltungshandeln binden, dass die erst einmal so eine Art Bestandsaufnahme machen. Wir haben ein umfangreiches Programm für Kitas und Schulen, beispielsweise Einzelförderungen für kleine Projekte; Frau Bellstedt hat das eben ausgeführt. Wir haben die Möglichkeit, wenn die Schulen und Kitas selbst keine Kapazitäten haben, dass sie sich auch hier von Fachleuten unterstützen lassen können, sei es, dass sie sich zum Beispiel zum Thema Obst- und Obstbaumkultivierung von Haus Bürgel in der Urnenbacher Kempe unterstützen lassen. Bis hin zum Programm, einen eigenen Schularten anzulegen, ist das ganze Programm Urban Gardening mit seiner ganzen Bandbreite hier abrufbar, und jede Schule und jede Kita kann für sich entscheiden, was für sie passend und auch durchführbar ist. Darum glauben wir nicht, dass wir weitere Maßnahmen hier ergreifen müssen. Dem Antrag der Grünen stimmen wir zu.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ist es okay, wenn ich zunächst den Änderungsantrag abstimmen lasse? Dann ist im Prinzip der Antrag in der Fassung so beschlossen, sollte der Änderungsantrag eine Mehrheit finden. Können wir so verfahren? – Ich stimme den Änderungsantrag ab. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die CDU, AfD und Republikaner. Gibt es Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit. Dann ist der Antrag in der Fassung des Änderungsantrages so beschlossen.

63.10

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Honorarauszahlung an selbständige MitarbeiterInnen der Volkshochschule

RAT/129/2020

63.10.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/194/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht?

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ich würde nur kurz vorher sagen: Ich habe vorgestern noch mit dem – –

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard, Sie sind schon am Pult, bevor ich Sie aufrufe.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ja, ich bin für die Schnelligkeit. Man merkt es mir an.

Oberbürgermeister Geisel: Ich bin sehr dafür, aber gut.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Sie können dann auch gleich die Sitzungsleitung übernehmen, wenn Sie wollen. Nein, das habe ich ja vorher auch nicht erlaubt, aber Tipps zur Beschleunigung geben, meine ich. Entschuldigung! – Bitte.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ich habe vorgestern noch mit einigen Sprecherinnen und Sprechern der Volkshochschule gesprochen und habe mich erkundigt, ob sich da etwas getan hat. Dort hat sich nichts getan. Ganz am Anfang hatten mal einige etwas bekommen von dem NRW-Soforthilfe-Programm 2020, aber das war in ganz winzigem Rahmen.

Das andere lese ich jetzt einfach aus Zeitgründen ab, dann sind wir hier schnell durch: Die Linke fordert für die freiberuflichen Mitarbeiter der VHS, über den Abschlag hinaus auch für Seminarveranstaltungen zu bezahlen, die wegen Corona nicht stattfinden. Die Honorarkräfte verlieren damit schon oft ihr Haupteinkommen. Sie müssen ihre Sozialversicherung selbst zahlen. Es gibt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Es gibt kein Kurzarbeitergeld, weil sie eben als selbstständig behandelt werden. Düsseldorf sollte dem Beispiel der Städte Bonn und Leverkusen folgen, welche den freiberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Honorare für entfallene Kurse zahlen.

Ganz kurz zum Änderungsantrag der Grünen: Hier sind wir vor allem gegen die Prozentzahlen, die hier genannt werden, von nur 60 beziehungsweise 67 Prozent. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Gerlach. – Ihr folgen Herr Schreiber und Herr Tussing.

Ratsfrau Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es wirklich kurz: Wir würden die Prozentzahlen anpassen. Es hat sich beim Kurzarbeitergeld etwas getan. Wir sehen die Stadt in der Pflicht, darauf auch zu reagieren und Maßnahmen zu ergreifen, dass die Dozentinnen und Dozenten weiterhin ihr Geld erhalten. Das ist wie in der OGS: In der Offenen Ganztagschule haben wir auch gesagt, wir bleiben dabei. Das ist in den Haushalt eingestellt. Deswegen würden wir das hier auch tun.

Wir hätten aber tatsächlich noch einmal – nicht, dass ich dir nicht vertraue, Nicky – die Frage an die Verwaltung, inwiefern das Land eine Regelung für die VHSen geschaffen hat. Wir meinen nämlich uns daran zu erinnern, dass dort Regelungen angedacht waren, aber wir wissen nicht genau, ob sie angekommen sind. Dann würden wir unseren Antrag eventuell noch einmal anpassen, und, wie gesagt, die 60 beziehungsweise 67 Prozent würden wir der aktuellen Rechtslage zum Kurzarbeitergeld anpassen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Lohe, können Sie das beantworten?

Beigeordneter Lohe: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Gerlach, das Land hat für Solo-Selbstständige entsprechende Hilfsmittel aufgelegt, aber bei den Solo-Selbstständigen ist die Voraussetzung gewesen, dass sie eben auch tatsächliche Kosten hatten, die aus der Ausübung des Betriebs erfolgen. Das ist natürlich bei Dozenten nicht immer der Fall gewesen. Allerdings gab es zu Beginn der Antragszeit, also im Monat April insbesondere, die Möglichkeit, dass die Solo-Selbstständigen auch dann, wenn sie keine Kosten für Büroraum und Ähnliches hatten, jeweils für die Monate April und Mai 1.000 Euro zum Lebensunterhalt verwenden konnten.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Schreiber. – Ihm folgt Herr Tussing.

Ratsherr Schreiber (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass sich nichts getan hat, ist so nicht ganz richtig. Was sich natürlich getan hat, ist, dass der Kursbetrieb zumindest in Teilen wieder aufgenommen worden ist, insbesondere, was als Erstes hochgefahren worden ist, sind die Integrationskurse, die zum einen sehr wichtig sind für die Menschen, die sie besuchen, zum anderen aber auch einkommensstark sind. Dort wird schon seit Langem 35 Euro gezahlt. Das ist auch der Bereich, in dem besonders viele Dozentinnen und Dozenten tätig sind, die davon leben. Da finden Einnahmemöglichkeiten statt.

Zum anderen sind digitale Kurse massiv ausgebaut worden. Es laufen inzwischen 170 Kurse. Es ist aber in der Tat so, dass ein Großteil der freien Kurse im Bereich Kunst und dergleichen, was man alles Schönes machen kann an der Volkshochschule, inzwischen für dieses gesamte Halbjahr abgesagt ist und auch nicht nachgeholt wird.

Die Situation für Solo-Selbstständige ist schwierig. Unsere Fraktion ist wie in vielen Bereichen der Auffassung, dass der Weg über dieses Thema Soforthilfe führen muss, wo es diese Öffnung gegeben hat mit den 2.000 Euro. Wir glauben, das ist zu wenig und muss weitergehen, aber dass das sozusagen der breite und auch deutlich wirksame Effekt ist, den wir an der Stelle brauchen. Deswegen werden wir dem Antrag heute nicht folgen.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsst ihr eure Bundesleute mal ansprechen!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Tussing.

Ratsherr Tussing (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird den Änderungsantrag der Grünen unterstützen. Wir sind da bei Ihnen, wobei wir schon darum bitten würden, dass man seitens der Volkshochschule schaut, was man nachholen kann und was man an Alternativen schaffen kann, bevor man entschädigt. Es gibt einige Sachen, da ist das nicht möglich. Osterbasteln ist im Herbst keine sinnvolle Veranstaltung mehr. An dieser Stelle sollte aber Nachholen vor Entschädigen gehen. Wenn sich das nicht darstellen lässt, dann muss man – im Sinne der Grünen – die Leute unterstützen.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Erntedankfest-Basteln!)

Oberbürgermeister Geisel: Dann verhält es sich mit dem Änderungsantrag, glaube ich, wie mit den vorherigen Änderungsanträgen. Der ist in sich sozusagen schlüssig. Ist es okay, wenn ich den Änderungsantrag zur Abstimmung stelle? – Darf ich noch fragen, Frau Gerlach, zu den Veränderungen beim Kurzarbeitergeld: Was würde das aktuell bedeuten? Meines Wissens geht es erst hoch, wenn die Kurzarbeit einen bestimmten Zeitraum bereits erreicht hat.

(Ratsfrau Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Analog zum Kurzarbeitergeld! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das muss doch die Verwaltung aber wissen, oder?)

Na gut, wir lassen 60 und 67 Prozent und schreiben: analog Kurzarbeitergeld. Wenn das hochgeht und die Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld vorliegen, dann liegen sie auch hier im Hinblick darauf vor. Das hat, glaube ich, jeder verstanden.

Dann stelle ich diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – „Augen auf oder Beutel auf“ heißt die Parole. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir sehr viele Enthaltungen. Wo waren die Gegenstimmen?

(Zuruf: FDP!)

Die FDP ist dagegen.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU war dafür!)

Die CDU war dafür, oder nicht?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Ein bisschen genauer zuhören. Ich glaube, ich habe mich vernehmlich ausgedrückt.

Also, mit den Stimmen von CDU, Grünen und der Linken, bei Enthaltung von SPD und Oberbürgermeister sowie Gegenstimmen von FDP hat dieser Antrag eine Mehrheit gefunden. Damit ist, glaube ich, der Antrag der Linken erledigt.

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Ja!)

63.11

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Dringliche Änderung der Wohnraumschutzsatzung

RAT/131/2020

63.13

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Neufassung von § 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten der Wohnraumschutzsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf

RAT/144/2020

Oberbürgermeister Geisel: Das ist ein Antrag der Linken, den Herr Warnecke einbringen möchte, oder wie? Er ist der einzige, der etwas dazu sagen möchte? – Gut.

Ratsherr Warnecke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im AWM bereits eine Informationsvorlage, einen Zwischenbericht über die Satzung. Die beiden Anträge gehen in die Richtung, sich darüber Gedanken zu machen. Ich finde, das sollten wir erst im Wohnungsausschuss tun. Ich beantrage daher, sowohl Antrag 63.11 als auch den übernächsten Antrag 63.13 – da geht es auch um die Wohnraumschutzsatzung – in den AWM zu verweisen.

(Zuruf von der CDU: Großartig! – Ratsherr Stieber [CDU]: Einstimmig! – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Das wollten wir auch! Deswegen brauche ich nicht dagegen vorzugehen!)

Oberbürgermeister Geisel: Gut, dann sind die zwei Anträge in den AWM verwiesen. Wir kommen voran.

63.12

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Planungen zur Erweiterung des Flughafens stoppen

RAT/141/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Diese seit Langem bestehende Forderung, die aus Klimaschutzgründen wichtig ist und aus Lärmschutzgründen für die Anwohner wichtig ist, wird jetzt noch durch wirtschaftliche Gründe ergänzt. Es ist nicht mehr nötig, den Flughafen auszubauen. Daher bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir können uns dem Antrag der Linken anschließen. Das hätten wir auch vor Corona schon gekonnt, aber jetzt ist natürlich der Flughafen völlig unverschuldet – –

Oberbürgermeister Geisel: Nein, er ist hochverschuldet.

(Heiterkeit)

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, genau, aber unverschuldet.

Expertinnen und Experten prognostizieren, dass sich der Flugverkehr nicht vor einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren wieder erholen wird und auf alte Niveaus steigen wird. In dieser Situation und mit dieser Prognose halten wir eine Zustimmung zu einer Kapazitätserweiterung für überhaupt nicht mehr geboten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und Beifall von Ratsfrau Vorspel [Die Linke])

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und ein Vertreter von Tierschutz Freie Wähler. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD, Republikaner und der Oberbürgermeister. Letzteres ist die Mehrheit, damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag 63.14 der FDP mit einem Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen. Dabei geht es um die Summer School.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der ist weg!)

– Der ist auch schon erledigt? – Entschuldigung! Den hatte ich hier noch in meinen Unterlagen.

63.15

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Solidarität der Städtepartnerschaften und -freundschaften in und nach der Corona-Pandemie
RAT/154/2020

63.15.1

Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion
RAT/195/2020

Oberbürgermeister Geisel: Herr Cardeneo.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine Botschaft der Solidarität durch den Rat an unsere Partnerstädte und an die Städte, mit denen wir befreundet sind, das ist die Intention dieses Antrags. Er ist zwar einige Wochen alt, aber er ist eben nicht veraltet, weil weder die Pandemie zu Ende ist noch die Irritationen zum Beispiel zwischen Italien und Frankreich erledigt sind, soweit ich das auch der Presse in Italien und Frankreich entnehmen kann. Man konnte es auch in der deutschen Presse lesen: Im Saarland gab es wirklich große Spannungen. Dort wurden französische Grenzgänger von deutschen Polizisten als „Scheiß-Franzosen“ bezeichnet, da wurden Autokennzeichen zerkratzt. Das hinterlässt natürlich Spuren.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben auch schon Initiative ergriffen.

Oberbürgermeister Geisel: Mehrfach.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben schriftlich, also brieflich Kontakt aufgenommen, Sie haben mit den Amtskolleginnen und -kollegen telefoniert.

Oberbürgermeister Geisel: Videokonferenz sogar mit allen Partnerstädten.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Es gab auch Videokonferenzen. Es gab auch einen Austausch zu Corona-Maßnahmen. Das ist alles richtig und auch gut. Das soll auch weitergeführt werden. Das ist auch ein Teil des ursprünglichen Antrags, den wir gestellt haben.

Das, was wir aber nicht verstehen und auch nicht akzeptieren können, ist, dass Sie den Rat nicht bei der einen oder anderen Gelegenheit einfach mal mitgenommen haben. Das hätten wir zumindest erwartet. Ich glaube, allen ist klar, wir sitzen hier nicht zur Dekoration herum und wir sind auch kein Anhängsel der Verwaltung. Es hätte auch ein viel größeres Gewicht gehabt, wenn wir als Rat und Verwaltung zusammen eine Botschaft mitgegeben hätten. Das wollen wir jetzt nachholen. Deswegen bitten wir um Zustimmung.

Vielleicht kann ich auch direkt zu dem Änderungsantrag der SPD Stellung nehmen. Wir hatten auch schon vorher darüber gesprochen. All das in dem Antragstext bis zum ersten Spiegelstrich können wir übernehmen. Der erste Spiegelstrich hat sich bereits durch Verwaltungshandeln erledigt. Der zweite und dritte Spiegelstrich sollen bestehen bleiben, allerdings soll beim zweiten Spiegelstrich das Wort „konkrete“ durch „gegenseitige“ ausgetauscht werden. Zudem soll „durch die Landeshauptstadt Düsseldorf“ wegfallen. So könnten wir dem Änderungsantrag der SPD zustimmen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Mauersberger.

Ratsherr Mauersberger (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist alles selbstverständlich. Es ist eine Städtepartnerschaft, es sind Städtefreundschaften, und diese beinhalten, dass man solidarisch ist. Das muss nicht extra erklärt werden. Es wurde auch ausgeführt, dass diese Gespräche schon stattgefunden haben. Wir enthalten uns, weil diese Anträge vollkommen überflüssig sind. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf nur darauf hinweisen: Ich bin jetzt etwas verwirrt. Herr Cardeneo, Ihr Antrag „Der Rat übermittelt allen Partnerstädten und befreundeten Städten Solidaritätsbekundungen und den Wunsch nach Austausch“ und so weiter ist kein Auftrag an die Verwaltung, sondern es steht dem Rat selbstverständlich frei, das jederzeit zu machen und der Verwaltung dieses Signal weiter zu kommunizieren. Was erwarten Sie da von der Verwaltung? Dass wir das, wenn der Rat es bekundet, kommunizieren? – Ich meine, das kann der Rat natürlich selbst; er macht es ja auch. Die Aufträge an die Verwaltung sind, glaube ich, erfüllt. Die Verwaltung hat sehr engen Kontakt mit den Partnerstädten gepflegt und hat, wie gesagt, auch über reine Solidaritätsbekundungen hinausgehend hier einen sehr fruchtbaren Austausch gepflegt. Insofern ist mir jetzt der Auftrag nicht ganz klar. Was erwarten Sie, was wir tun, außer, dass Sie dem Rat sagen: „Wir machen das selbst!“? Dazu muss die Verwaltung nicht beauftragt werden. Der Rat ist selbst souverän. – Herr Cardeneo.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden – Herr Oberbürgermeister? – Er hört nicht zu; das wundert mich nicht.

Also, wir werden sicherlich eine geeignete Form finden, wie wir diese Botschaft der Solidarität unseren Partnerstädten übermitteln. Das kann in allen möglichen Varianten sein. Es kann aber auch sein, dass die Verwaltung im Namen des Rates diese Botschaft übermittelt. Aber darüber können wir noch einmal nachdenken. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Gut, wir werden das Beste daraus machen.

Darf ich noch einmal für den SPD-Antrag fragen: Das ist ein Änderungsantrag zu diesem Antrag, oder machen sich den die – –

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir übernehmen ihn in der Fassung, wie Herr Cardeneo vorhin vorgestellt hat!)

In der Fassung, die wir hier haben, okay.

Dann ist der SPD-Antrag erledigt, wenn ich es richtig verstehe. Wer dem Antrag zustimmen möchte, der den SPD-Antrag mit den entsprechenden Streichungen übernimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag bei etlichen Enthaltungen mit dem übernommenen Teil des SPD-Änderungsantrags so beschlossen.

63.16

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Kinder, Jugendliche und Familien entlasten: mehr Platz und Angebote im Sommer

RAT/156/2020

63.16.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/187/2020

Oberbürgermeister Geisel: Ist der Antrag noch aktuell?

(Ratsfrau Elsholz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Okay. – Frau Elsholz.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag „mehr Platz und Angebote im Sommer“ ist tatsächlich vom 4. Mai, das heißt, nicht mehr ganz so aktuell, aber immer noch aktuell genug. Der Antrag besteht aus drei Teilen. Der erste Teil befasst sich mit einer Konzepterstellung, inwieweit Begegnungsmöglichkeiten im Quartier verbessert werden können. Der zweite Teil ist ein Prüfauftrag, inwieweit eine Ferienbetreuung unter anderem in Kitas durchgängig über den Sommer ermöglicht werden kann. Und der dritte Teil ist tatsächlich erledigt und überholt, könnte man sagen, weil Verwaltung, freie Träger und die Jugendverbände Betreuungs- und Freizeitangebote bereits erarbeitet haben. Vielen Dank dafür. Das sieht wirklich sehr, sehr gut aus.

Begegnungsorte im Quartier und durchgehende Ferienbetreuung sind – das muss ich nicht weiter ausführen – für viele Familien und gerade für Alleinerziehende essenziell. Daher würde ich um Zustimmung werben und will direkt den Änderungsantrag der Linken mit abhandeln, und zwar: Tatsächlich jetzt, wo Ferienangebote schon bekannt, online und bepreist sind, werden wir dem Vorschlag nicht folgen, die kostenfreie Belegung für Düsselpass-Inhaberinnen und -Inhaber zu schaffen. Ich nehme das aber sehr, sehr gern für die nächste Ferien beziehungsweise für das nächste Ferienangebot mit. Lassen Sie uns gern darüber sprechen, liebe Fraktion Die Linke. Die Kostenbefreiung für alle – auch für gut situierte Eltern – gibt es mit uns nicht. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Lehmhaus.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, so ist das, wenn man nicht dazu kommt, Anträge richtig zu behandeln und die Zeit weitergeht. Corona hat sich nun etwas entspannt, trotzdem finden wir diesen Antrag extrem wichtig – gerade im Hinblick darauf, dass viele Eltern dieses Jahr nicht verreisen können, hier in Düsseldorf bleiben und die Kinder anständig versorgt werden müssen.

Die FDP möchte davon Abstand nehmen, diese Spielstraßen auszuweisen. Das war sinnvoll, solange es keinen Verkehr auf der Straße gab. Wir sind aber in der Verkehrserziehung derartig gefordert, dass wir Kinder wirklich dazu bekommen sollten, nicht auf der Straße zu spielen, sondern in sachgerechter oder kindgerechter Umgebung. Wenn wir heute zulassen, dass sie auf der Straße spielen, und es ihnen morgen verbieten, dann ist das gerade in der Altersgruppe der unter Sechsjährigen beziehungsweise auch Grundschüler häufig ein Problem. Deswegen werden wir als FDP Sie bitten, darauf vielleicht einzugehen und – –

Oberbürgermeister Geisel: Frau Lehmhaus, wir sind bei 63.16.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Ja, aber dieser Punkt kommt trotzdem darin vor.

Oberbürgermeister Geisel: Ja, gut.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Wenn wir das herausnehmen könnten, wäre das super. Das wird wohl übernommen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Holtmann-Schnieder. – Ihr folgt Herr Tussing.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir halten diesen Antrag für überflüssig – das war eigentlich beim letzten Termin schon so –, denn wir haben hier in Düsseldorf eine gute Struktur, wie die Ferien jedes Jahr gestaltet werden, mit einem ganz umfangreichen Angebot an Düsseldorfferien für Kinder und Jugendliche. Auch in diesem Jahr mit großem Einsatz derjenigen, die das anbieten, können diese Ferien wieder stattfinden. Darum wirklich ganz, ganz herzlichen Dank an diejenigen, die das anbieten. Das sind sowohl Hauptamtliche, Honorarkräfte als auch Ehrenamtliche, die jedes Jahr viel Zeit, Energie und Herzblut in diese Ferienangebote stecken.

Manches kann nicht so stattfinden, wie es ursprünglich geplant war. Gerade die Ferienfreizeiten, Zeltlager und so weiter, die sehr beliebt sind, können in diesem Jahr aus gegebenem Anlass nicht stattfinden. Es ist den Anbietenden hoch anzurechnen, dass sie in den letzten Wochen sehr intensiv daran gearbeitet haben, dieses Programm noch umzustricken, um andere Angebote hier vor Ort machen zu können, um den Kindern und Jugendlichen trotzdem schöne Ferien zu bieten.

Wir haben uns im Jugendhilfeausschuss auch ausführlich mit diesen Themen beschäftigt. Alles, was an Ferienangeboten möglich ist, findet statt. Auch die OGSen sind in jedem Jahr dabei und bieten wirklich auch Ferienprogramme an. Auch die Kitas sind, wenn sie geschlossen haben, nur relativ kurz – zwei bis drei Wochen – geschlossen. Das ist sicherlich für manche Familien ein Problem, das ist so, es ist aber auch zugesagt worden, dass geschaut wird, dass in diesen Fällen Lösungen für die Familien gefunden werden.

Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass nach wie vor im Jugendhilfebereich nicht das gesamte Personal, das dort eigentlich tätig ist, zur Verfügung steht. Alle, die arbeiten können, sind im Moment wirklich in Amt und Würden. Die tun, was sie können, und das muss man auch berücksichtigen. Auch sie haben Familie. Das kann man nicht so gegeneinander rechnen. Daher denke ich, das ist erledigt. Alles, was stattfinden kann, findet statt, und wir freuen uns – trotz aller Beschränkungen, die es immer noch gibt – auf ein tolles Ferienprogramm im Rahmen von Düsseldorfferien. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Tussing.

Ratsherr Tussing (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch für die CDU-Fraktion hat sich der Antrag erledigt. Ich verweise inhaltlich vollumfänglich auf die Kollegin Holtmann-Schnieder. Sie hat sehr umfangreich ausgeführt, was dort schon an sensationellen

Angeboten unterwegs ist. Hier jetzt noch einmal diesen Antrag zu behandeln und zu beschließen, da habe ich große Sorgen, dass das gerade von den vielen Ehrenamtlern, die sich dort hineinhängen, die zum Teil bewährte Programme einfach umplanen müssen, neue Sachen starten und ausprobieren, sich auf eine neue Situation einlassen, so empfunden wird, als ob wir damit nicht zufrieden wären, als ob wir da noch mehr wollten, als ob das nicht gut wäre. Diesen Eindruck wollen wir hier nicht entstehen lassen. Insofern hat sich das für uns erledigt. Wir werden den Antrag ablehnen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard. – Anschließend Frau Elsholz.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Was?)

– Ja, ich nehme die Wortmeldungen nur entgegen.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Es geht nur darum: Ich wollte noch einmal auf den Unterschied von unserem Änderungsantrag eingehen. Wir hatten eben für Düsselpass-Besitzerinnen und -Besitzer kostenlose Ferienangebote gefordert, aber die Grünen haben sich dazu schon geäußert. Wir werden dem anderen Antrag trotzdem zustimmen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Frau Elsholz, Sie hatten noch etwas klarzustellen.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! In aller gebotenen Kürze: Das kann ich so nicht stehen lassen. Selbstverständlich – das hatte ich auch gesagt – sind die Angebote, die die Verwaltung mit den freien Trägern und den Jugendverbänden erarbeitet hat, großartig. Das ist auch genau der dritte Absatz, der tatsächlich an der Stelle jetzt nicht mehr aktuell ist und sich sozusagen überholt hat. Aber alles andere ist aktuell.

Und ja, die Verwaltung sagte, da schaut sie mal. Ich wiederhole gern noch einmal: Gerade für Alleinerziehende, die einige Wochen wieder schauen müssen, was mit den Kindern ist, wenn die Kita schließt – natürlich geht es nicht darum, jede Kita aufzulassen, aber zumindest zu prüfen, wie das aussehen kann auch über die normalen Schließungszeiten, das hätte ich gut gefunden. Schade.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich zunächst den Änderungsantrag – das ist ein echter Änderungsantrag – der Linken abstimmen lassen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist Herr Blanchard für Die Linke. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Grundantrag. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Das sind die Linken, die Grünen, die FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind SPD, CDU, Republikaner, AfD und der Oberbürgermeister. Letzteres war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 63.18 ist zurückgezogen.

(Zuruf: 63.17 ist zurückgezogen!)

– 63.17 ist zurückgezogen. Ist auch 63.18 zurückgezogen? – Der ist auch zurückgezogen. Umso besser. 63.19 ist auch zurückgezogen?

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

63.19

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Platz für Kinder: temporäre Spielstraßen jetzt

RAT/219/2020

63.19.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

RAT/254/2020

Oberbürgermeister Geisel: Dann darf ich um Wortmeldungen bitten. – Frau Elsholz.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um temporäre Spielstraßen beziehungsweise um die Ermöglichung temporärer Spielstraßen auf bestimmten Straßenabschnitten, möglichst in jedem Stadtteil im innerstädtischen Bereich. Das bedeutet natürlich auch mit Beteiligung. Es geht um Sonntagnachmittage zum Beispiel, ohne Verkehr in den Straßen, wenn möglich mit Kooperationen. Es geht um Bewegung, Begegnung gerade in den Sommerwochen. Gute Beispiele gibt es in Berlin und in einigen anderen Städten.

Ich will auch da direkt den Änderungsantrag der CDU mit behandeln. Wir können uns vorstellen, den zu übernehmen, also den Prüfauftrag, und zu schauen, wie so etwas langfristig und nicht nur temporär aussehen könnte. Ich bitte Sie um Unterstützung.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben eben miteinander gesprochen. In der Sache sind wir uns einig. Wir haben allerdings ein ganz klein bisschen das Problem mit dem Temporären. Wir brauchen für Kinder dauerhafte klare Regeln. Insoweit haben wir heute ein tolles Beispiel der Verwaltung mitbekommen, die ohne Auftrag innerhalb weniger Stunden in der Lage ist, Ampeln aufzustellen. Und wenn die Verwaltung für sich festgestellt hat, welche Straßen in den Stadtteilen für diese Maßnahme, die wir hier auf den Weg bringen wollen, infrage kommen, dann glauben wir, dass die Verwaltung es noch schneller hinbekommt als die Einrichtung einer verkehrssicheren Protected Bike Lane, dass dort die Schilder so aufgestellt werden, dass wir in den entsprechenden Gebieten die verkehrsberuhigten Bereiche eingerichtet bekommen. Insofern würden wir das gern zusammenlegen.

Noch ein weiterer Hinweis zu dem Antrag der Grünen: Es wird ein bisschen suggeriert, dass Verkehrskadetten oder andere eine Kontrollfunktion ausüben sollen. Wir können natürlich hoheitliche Aufgaben nicht auf Dritte übertragen. Das muss dann im Zweifel von der Verkehrsüberwachung zumindest einmal zu Beginn kontrolliert werden. Wir würden also vorschlagen, dass wir die Anträge zusammenführen, dass die Verwaltung beauftragt wird, schnellstmöglich – am besten noch jetzt in den Sommerferien – die ersten Straßen zu identifizieren und dann auch sofort entsprechend – soweit eine Umwidmung notwendig ist – sie umzuwidmen oder entsprechend zu kennzeichnen, damit für die Kinder die entsprechenden Möglichkeiten gegeben werden. – Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Darf ich nur eine Verständnisfrage stellen? Wenn ich es richtig verstehe, geht es beim Antrag von Bündnis 90/Die Grünen um provisorische, vorübergehend am Wochenende einzurichtende Spielstraßen. Ich nehme an, dabei ist auch das Verständnis so, wie wir das in der Gastronomie gemacht haben, wo wir zum Teil Parkraum nutzen, um etwas mehr Abstände zwischen den Tischen sicherzustellen. Da würde ich vorschlagen, dass wir als Verwaltung auch Vorschläge annehmen. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger wissen am besten, welche Orte sich dafür anbieten kurzfristig an einem Sonntag oder Samstag.

Der Vorschlag der CDU zielt nicht auf Provisorien, –

Ratsherr Hartnigk (CDU): Genau, wir wollen das dauerhaft.

Oberbürgermeister Geisel: – sondern da geht es um dauerhafte verkehrsberuhigte Zonen in innerstädtischen Wohngebieten. So habe ich das verstanden.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Genau. Wir sind uns aber in der Sache einig, dass wir das zusammenführen. Die Verwaltung – sie muss ja verkehrssichere Maßnahmen durchführen – wird schon in der Lage sein, die entsprechenden Straßen zu identifizieren. Wichtig ist, dass es dauerhafte Lösungen gibt und nicht heute linksherum und morgen rechtsherum.

Oberbürgermeister Geisel: Aber der CDU-Antrag ist unabhängig von Corona?

Ratsherr Hartnigk (CDU): Ja.

Oberbürgermeister Geisel: Bei Ihnen geht es um den Sommer, um den spezifischen Corona-Sommer, wo man sagt: Wir wollen – –

Ratsherr Hartnigk (CDU): Nein.

Oberbürgermeister Geisel: Ich frage jetzt die Grünen. Ich frage jetzt nicht die CDU.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Ich glaube, die Grünen sehen das mittlerweile genauso, dass wir das nicht nur coronabedingt machen, sondern dass wir das dort, wo es geht, auch dauerhaft einrichten.

(Ratsfrau Elsholz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um „ab sofort“!)

Herr Oberbürgermeister, Sie sind doch sonst so flexibel.

Oberbürgermeister Geisel: Ich will es verstehen.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Machen Sie aus den beiden Anträgen das Beste, setzen Sie es um, und wir freuen uns auf die Berichterstattung im nächsten OVA.

Oberbürgermeister Geisel: Wir sind diejenigen, die diese Aufträge zu erfüllen haben, deswegen wollen wir nur verstehen, was gewünscht ist. Um nichts anderes geht es.

Frau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Das Projekt „Temporäre Spielstraßen“ aus Berlin und anderen Städten finden wir sehr begrüßenswert. Wir können uns vorstellen, dass das auch hier in Düsseldorf gerade für die dichtbesiedelten und wenig begrünten Innenstadtbereiche ein gutes Modell ist. Darum können wir uns im Prinzip mit beiden Dingen anfreunden, im Moment etwas Schnelles zu machen für dieses Jahr, aber auch dauerhaft zu planen, also den CDU-Antrag aufzunehmen, wie es auf die Dauer werden soll.

Wir bitten allerdings darum, dass in dem Zusammenhang geklärt wird, ob wir von Spielstraßen im engen Sinne oder von verkehrsberuhigten Zonen sprechen. Das ist etwas Unterschiedliches und hat auch unterschiedliche Konsequenzen. Ich sagte eben schon – das betrifft jetzt den temporären Antrag –: Wir haben viel Sympathie für das, was in Berlin passiert. Dort ist es aber so, dass eben nicht Personal seitens der Stadt abgestellt wird, seitens der Verkehrskadetten oder sonst wem, sondern die Kommune schließt eine Kooperation mit den Anliegern und Anliegerinnen. Die sind verantwortlich, die haben ein Team, das sich darum kümmert, dass diese Spielstraßen funktionieren. Das ist auch dafür zuständig, dass beispielsweise die ganzen Corona-Vorschriften eingehalten werden und Ähnliches.

Wenn das gemeint ist –

(Ratsfrau Elsholz [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

– das geht aus dem Antrag der Grünen nicht so ganz hervor, was mit „in Anlehnung an“ gemeint ist –, dass die Anwohnerinnen und Anwohner auch selbst in Absprache mit der Verwaltung zuständig sind, können wir dem zustimmen. Das, was wir nicht möchten, ist, dass dort wieder Personal am Sonntag steht. Ich hatte eben schon dazu gesprochen. Auch diese Menschen haben Familie und sind, wie zum Beispiel die Spielmobile oder der Sport-Action-Bus, schon die ganze Woche unterwegs, um den Kindern ein tolles Programm zu bieten. Auch die haben mal einen freien Sonntag und auch Zeit mit ihren Familien verdient. So viel Personal haben die nicht, dass sie sich da ständig abwechseln können.

Der zweite Aspekt ist, dass dort, wo die Anwohner und Anwohnerinnen sich aktiv beteiligen, auch klar ist: Die haben ein Interesse daran, dann soll es dort auch wirklich stattfinden. Das, was wir nicht möchten, ist, Personal an Stellen zu verheizen, wo nachher niemand auf der Straße ist. Die stehen den ganzen Sonntag dort herum, aber die Familien sind im Zoo, im Park oder sonst wo. Da bitte ich um Klarstellung.

In dem Fall bitte ich um Einzelabstimmung dieser beiden Punkte. Wenn gestrichen ist, dass dort noch ständig andere Menschen hinzukommen müssen, um das anzubieten, würden wir dem Absatz 1 auch gern zustimmen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Ich bitte noch einmal um Bestätigung: Hier geht es um die Ermöglichung von Anregungen. Es geht nicht um die Zuständigkeit der Verwaltung, dass wir das selbst schaffen. So lese ich es.

Frau Elsholz, vielleicht wollen Sie uns noch einmal aufklären. Ich persönlich denke, es ist relativ eindeutig formuliert.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es wird aus dem Antragstext deutlich. Also:

„Für die Umsetzung bieten sich Kooperationen an, beispielsweise mit den Verkehrskadett*innen [...].“

Das ist genau das, was die CDU sagte: Bei den Verkehrskadetten, da muss man genau schauen. Aber auch, wie Frau Holtmann-Schnieder sagte: Der Sinn ist nicht, dass dort Hauptamtliche stehen, aber keine Kinder sind. Das ist doch völlig klar.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Auch keine Ehrenamtlichen!)

– Auch keine Ehrenamtlichen, nein. Es ist möglich, diese Kooperation zu machen, aber es ist kein Zwang. Deswegen ist es eine Beauftragung der Verwaltung, zu schauen, wo und wie es umgesetzt werden kann. Ich finde, das ist relativ klar.

Oberbürgermeister Geisel: Wenn wir das jetzt kombinieren: Bündnis 90/Die Grünen und die CDU haben zwei grundsätzlich etwas unterschiedliche Komponenten. Das eine ist die Ermöglichung temporärer Art in diesem Sommer durch Anregungen, die aus der Bevölkerung kommen, dass wir sagen: Wir machen das an einem Wochenende möglich und stellen den Kontakt zu den Verkehrskadetten her oder was eben dort gebraucht wird. Das andere ist ein Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, wo Möglichkeiten zur Schaffung verkehrsberuhigter Zonen bestehen. Da geht es um etwas Dauerhaftes. Das heißt, Letzteres hat gar nichts mit Corona zu tun. Das ist wünschenswert; das macht die Verwaltung eigentlich sowieso, aber wenn wir noch eine kleine Aufforderung bekommen – herzlich gern.

Der Antrag ist insoweit konsolidiert. Dann würde ich ihn mit diesen beiden Komponenten zur Abstimmung stellen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die FDP enthält sich, ansonsten einstimmig angenommen, soweit ich das überblickt habe.

63.20

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch aus der Krise: Konjunkturpaket für Düsseldorf nutzen

RAT/222/2020

Oberbürgermeister Geisel: Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir hatten das Thema gestern schon, als es um die finanzielle Situation der Landeshauptstadt ging, nämlich dass die Bundesregierung erkannt hat, dass viele nicht ohne Unterstützung gut aus der Krise herauskommen werden. Das beginnt bei Familien, geht über unterschiedliche, besonders stark gebeutelte Branchen bis hin zu Städten und Gemeinden, deren Haupteinnahmequelle weggebrochen ist. Es handelt sich dabei zum Teil – das hat die Stadtkämmerin gestern angedeutet – um direkte Erleichterungen der städtischen Finanzen, aber es geht in diesem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket der Bundesregierung auch um viele Maßnahmen, die beantragt werden müssen. Wir beantragen jetzt, dass quasi spiegelbildlich zum Krisenstab eine Taskforce auch mit externen Teilnehmenden gebildet wird, die zum Beispiel Ansprüche auf dieses Konjunkturpaket geltend machen können, sodass eben alle, die anspruchsberechtigt sind, bestmöglichen Zugriff auf diese Unterstützung der Bundesregierung – wenn die Landesregierung auch noch etwas draufpackt, umso besser – haben. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Raub. – Ihm folgt Herr Tups.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Ich glaube, die Verwaltung – gleich, welcher Art; ob es nun die Arbeitsverwaltung ist oder die Sozialverwaltung – macht hier einen guten Job. Ich glaube nicht, dass wir hier noch zusätzliche Gremien oder eine „Taskforce“, wie es genannt wurde, die auch noch sehr groß sein soll – wir wissen nicht, warum – brauchen. Ich glaube, die Verwaltungen machen bereits einen sehr guten Job. Jeder, der die Notwendigkeit hat, an solchen Maßnahmen zu partizipieren, kann das tun. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Tups. – Ihm folgt Herr Grenda.

Ratsherr Tups (CDU): Herr Oberbürgermeister! Frau Hebeler, wir werden Ihren Antrag auch ablehnen, weil – Kollege Raub hat es eigentlich gerade schon erwähnt – wir nach der Corona-Krise in der Landeshauptstadt Düsseldorf sehr viel zu bewältigen haben. Wir müssen auch erst eruieren, welche Bundes- und Landesmittel es gibt. Die Kämmerin ist in der Tat wirklich Tag und Nacht damit beschäftigt, die Probleme der Landeshauptstadt zu lösen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Taskforce so, wie Sie sich diese in Ihrem Antrag vorstellen, zielführend ist. Da müssten Sie den ISS DOME mieten, um überhaupt alle Beteiligten dort hineinzukriegen.

(Zuruf von Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen])

Deshalb werden wir Ihren Antrag leider auch ablehnen, Frau Hebeler.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich darf von hier aus nur anmerken: Die Verwaltung hat sich selbstverständlich unmittelbar, nachdem das Konjunkturpaket veröffentlicht wurde, daran gemacht, zu prüfen, was daraus für Düsseldorf, für die Verwaltung in Düsseldorf, aber natürlich

auch für Unternehmen – welche Organisation auch immer – in Düsseldorf interessant sein kann. Es ist selbstverständlich, dass so etwas sofort geprüft wird, sobald 156 Milliarden Euro sozusagen up for grabs sind. – Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Grüne, eigentlich wäre es richtig, aber Sie fordern, wie gesagt, ein Real-Live-Treffen. Mein Wunsch an die Verwaltung ist folgender: Wir haben die entsprechende Stelle, bei der alle Förderantragsmöglichkeiten eingehen, die die Verwaltung berät. Die erhalten auch diese ganzen Anträge. Aktuell gibt es 124 Links, um Anträge beim Bund, Land oder sonst wo online zu stellen, was auf die unterschiedlichen Menschen verteilt wird. Da der Antrag hier leider nicht durchkommt, hätte ich gern – das dürfte nicht viel Arbeit sein –, dass jeder Link, der in der Verwaltung landet, auf dem Corona-Portal verlinkt wird, wo wir schön aufgelistet haben: Du bist Sportverein, du bist Unternehmen. Denn kein Mensch in Düsseldorf kann diese ganzen Links noch kontrollieren, aber bei euch gehen alle Anträge und alle Möglichkeiten ein. Das wäre eine einfache Möglichkeit, ohne sich zu treffen, und die Leute müssen sowieso die Anträge selbst stellen. Eine große Übersichtsseite mit allen Online-Antragsformularen wäre vielleicht ein kleiner Schritt für die Richtigen, weil jetzt schon wieder neue Programme kommen. Bei Antrag 25 haben wir auch eine neue Mitteilung. Das wäre wirklich gut für die Bevölkerung hier in Düsseldorf. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich lasse den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Linken, die Grünen, Tierschutz Freie Wähler und der Ratspirat. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD, Republikaner und der Oberbürgermeister.

63.22

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Sofortmaßnahmen zum Breitbandausbau jetzt umsetzen RAT/231/2020

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas sagen? – Herr Simon.

Ratsherr Simon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, zum Thema Breitbandausbau: Herr OB, Sie sind omnipräsent in den sozialen Medien überall zu sehen. 2014 mussten Sie noch einige Räder schlagen, aber heute können Sie das über Ihre Pressearbeit erledigen lassen. Dafür haben Sie sich Anfang des Jahres in dem Haushalt 2020 noch ein bisschen mehr Geld hineinstellen lassen. Das kann man sehen, wie man will. Sie erklären viele Dinge zur Chefsache – ob das immer gut für die Stadt ist, weiß ich nicht genau –, so auch das Thema Breitbandausbau. Dazu waren Sie 2017 in der Zeitung und haben gesagt: Das ist eine ganz wichtige Sache für Düsseldorf, für den Wirtschaftsstandort, das kann man gar nicht hoch genug ansehen.

Nun haben wir seit 2017 einen CDO und wissen, dass wir diese sogenannten weißen Flecken auf der Düsseldorfer Karte haben. „Weiße Flecken“ hört sich ganz charmant an, aber das sind im Prinzip Menschen, die wie wir damals in den 90er-Jahren mit so einer Art 56k-Modem versuchen online zu gehen. Dass wir denen etwas zukommen lassen müssen in Form einer Hilfe, das ist klar.

Wir haben Ende des Jahres 2017 Fördergelder von Bund und Land erhalten. Das waren insgesamt zusammen mit unserem Anteil 15 Millionen Euro für die Schließung dieser weißen Flecken. Dann haben wir eine Ausschreibung gemacht. Darauf haben sich nicht so viele gemeldet. Die Telekom hat sich gemeldet und gesagt: Für 17 Millionen Euro mache ich das. Wir sind mit denen nicht übereingekommen. Nun geht die Stadt her und sagt: Wir müssen es für 15 Millionen Euro selbst bauen und schaffen das in 36 Monaten. Die Telekom hätte noch einmal zwölf Monate mehr gebraucht. Ob wir es tatsächlich in 36 Monaten schaffen? Es ist nicht vom jetzigen Punkt, sondern wir fangen erst nächstes Jahr mit dem Ausbau an. Das zieht sich noch einmal länger hin, und so

sagt die CDU: Wir können diese Menschen, die jetzt so schlechte Internetverbindungen in diesen Zeiten haben, nicht allein lassen.

Daher haben wir diesen Antrag gestellt, womit wir einfach kurzfristige Hilfe liefern möchten, wodurch wir ein Angebot schaffen möchten, das bezahlbar ist, ein Angebot, womit es auch eine Unterstützung für die Hardware gibt. Um es kurz zu machen: Die anderen Dinge, die wir zur Prüfung ausgeschrieben haben, zur Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort möchte ich jetzt nicht noch weiter ausführen. Stimmen Sie der Sache zu, weil es schlicht und ergreifend um Familien geht.

Wir wissen, es sind noch einige Dinge vage bei diesen 633, die wir jetzt haben, die eine Versorgung unter 30 MBit haben. Wir gehen noch etwas weiter in unserem Antrag und wollen diejenigen einschließen, die weniger als eine 50-MBit-Versorgung haben. Die wollen wir haben, die wollen wir erreichen. Es ist ja schon eine Daseinsvorsorge, die man heute hat. Man muss ja irgendwie online gehen können. Aber oben in Angermund gibt es richtige weiße Flecken, dort sollte die Stadt ein Angebot schaffen. Daher wären wir dankbar, wenn unser Antrag hier die Unterstützung finden würde. Damit will ich es auch bewenden lassen. Geben Sie sich einen Ruck.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Simon. – Herr Cardeneo.

Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir können diesem Antrag natürlich nicht zustimmen. Ich weiß, es ist Wahlkampf, es geht um die Zuspitzung, aber trotzdem, manche Anträge machen einen doch so ein bisschen fassungslos. Das muss aber jeder selbst wissen.

Ich habe diesem Antrag zwei Dinge entnommen. Erstens: Breitbandversorgung und dieser Breitbandausbau hat eine hohe Wichtigkeit. Dem können wir natürlich zustimmen, weil wir gerade in der Corona-Krise gemerkt haben, wie abhängig man von diesen digitalen Diensten ist. Man merkt einfach: Das ist das Rückgrat, das ist quasi das Nervensystem der ganzen Digitalisierung. Viele sind davon abhängig: Schulen, Menschen, die im Home-Office arbeiten, Industrie und so weiter. Das ist alles richtig.

Die hohe Dringlichkeit ist das Zweite, was hier angemahnt wird. Man hat den Eindruck: Wenn hier nicht sofort etwas passiert, dann bricht hier alles zusammen. Dem muss ich deutlich widersprechen. Wir hatten Anfang Juni eine Sitzung der Kleinen Kommission Smart City, weil wir genau das im Blick hatten. Wir wissen, Breitband ist ein wichtiges Thema. Alle Leute haben auch nachgefragt: Wie geht es jetzt weiter? Wie können wir Plattformen betreiben? Die Geschwindigkeiten waren nicht gut genug.

Deswegen – weil ich auch Vorsitzender der Kleinen Kommission bin – habe ich vorgeschlagen, dass wir einfach mal einen großen Kreis einladen, weil es auch Anfragen von verschiedenen Parteien gab. Es gab Anfragen aus den Bezirksvertretungen, es gab Anträge. Da war es doch natürlich, zu sagen: Wir lassen nicht nur diese fünf Leute tagen, sondern wir machen einfach einen großen Kreis. Also haben wir Vertreter aller im Rat vertretenen Parteien – nicht nur die Fraktionen – eingeladen. Wir haben die Bezirksbürgermeisterin und alle anderen neun Bezirksbürgermeister eingeladen. Wir haben Sprecherinnen und Sprecher des Schulausschusses eingeladen. Wir haben den kompletten POA eingeladen. Wie viele nachher auftauchten, das war dann doch ein bisschen enttäuschend.

Also, von den Bezirksbürgermeistern und der Bezirksbürgermeisterin war keiner da, obwohl vorher klar war: Da gibt es sehr viele Anfragen und Anträge. Die Dringlichkeit schien nicht so groß zu sein. Von den Sprecherinnen und Sprechern des Schulausschusses – Schule ist da ein ganz wichtiges Thema – war allein Wolfgang Scheffler da. Ich muss wirklich sagen: Das muss man ihm hoch anrechnen. Wolfgang Scheffler ist wirklich schwerkrank. Er gehört zu einer Hochrisikogruppe. Dass er trotzdem das Thema als so wichtig empfunden, dass er zu dieser Sitzung gekommen ist, da

muss man wirklich sagen: Das ist wirklich hoch anzurechnen, auch wenn er nicht ganze Zeit dabei sein konnte. Von der CDU war niemand da. Es war niemand da! Niemand vom Schulausschuss, niemand von den Bezirksbürgermeistern, niemand von der Kleinen Kommission. Keiner! Die Dringlichkeit schien überhaupt nicht hoch genug zu sein. Breitband scheint nicht von Interesse gewesen zu sein.

Doch weil wir wussten, dass nicht immer alle dorthin können – ich sage noch einmal: Die Ampel stand, wir waren da –, hatte ich den Vorschlag gemacht, dass alle fünf Fragen einreichen können, die wir in den Vorträgen möglichst zu beantworten versuchen. Von der CDU kam keine einzige Frage. Die Dringlichkeit schien nicht zu hoch zu sein.

Es wird noch besser: Wir hatten im Januar eine Kleine Kommission Smart City. Da war Herr Madzirov auch da. Wir haben dort auch über Breitband, über den Neustart dieses Projektes berichtet. Es ist richtig: 15 Millionen Euro hatten wir zur Verfügung, 10 Prozent Anteil der Stadt. Dort in der Sitzung wurde auch der Neustart vorgeschlagen. Ohne dass Sie irgendwelche Einzelheiten kennen müssen, werden Sie sofort zustimmen, dass es ein vernünftiges Verfahren war. Wir hatten ein Ausschreibungsverfahren, wir hatten ein Kostenvolumen, und wir hatten auch ein Zeitvolumen, was ganz klar gesetzt wurde.

Wenn dann quasi der Anbieter sagt, er kann weder die Kosten von 15 Millionen Euro einhalten, sondern es werden mehr, noch kann er die Zeitpläne einhalten, sondern zwei Jahre mehr, und er will auch kein kontinuierliches Controlling haben, was in einem schlechten Fall bedeuten würde, dass wir eine Schule ans Glasfasernetz anschließen und erst in fünf Jahre kontrollieren können, ob es funktioniert, dann kann man doch dem nicht zustimmen. Da muss man doch sagen: Diese Bedingungen sind nicht so, dass wir da weitermachen können, sondern wir wollen einen Neustart. Das hat auch jeder eingesehen. Herr Madzirov hat dort auch nichts gesagt. Was sollte er denn auch sagen? Es war doch sowieso klar. Er hätte aber auch Zeit gehabt. Von Januar bis heute hätte er Zeit gehabt, noch einmal Fragen zu stellen, Einwände zu machen, Anfragen zu stellen, Anträge zu stellen. Das ist alles nicht passiert. Das, was Sie heute hier vorlegen, ist reiner Populismus, ist reiner Wahlkampf. Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Grenda.

(Zurufe von der CDU: Zu spät! Wir sind in der Abstimmung!)

– Nein, nein. Ich hatte nicht erwartet, dass Sie sich nicht melden, aber ich habe Sie natürlich nicht gesehen. Sie können ja vielleicht ein bisschen nach vorn kommen, dann dauert es auch nicht so lange, bis Sie da sind.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens: Herr Cardeneo, als Leiter der Smart-City-Kommission jetzt zu sagen, das sei scheiße, disqualifiziert Sie als Leiter der Smart-City-Kommission und von den Zahlen, die da sind. Ja, Sie haben eines gesagt: Es war kein einziger Mensch da. Die Ampel war nicht vollständig, weil auch der Vertreter der SPD aus der Smart-City-Kommission nicht da war.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Doch, ich war da!)

Als Sozial- und als Schulausschuss hat man dann notfalls eine Mehrheit gehabt. Aber egal.

Hier geht es darum – man hat ja mitbekommen, wer den Antrag vorgestellt hat –, dass die Leute, die sich bei der CDU mit digitalen Themen auskennen, einfach sagen: Wir brauchen eine Notlösung. Das, was hier gestern und in den Anfragen herausgekommen ist: Wir haben 2.600 Wohnanschriften, die kein Internet haben. Das ist keine kleine Menge. Ich hatte nachgefragt, ob

man diese Zahlen nennen kann. Es sind insgesamt mehr als 14.000 Menschen, die kein Internet zu Hause haben, obwohl sie es gerade jetzt bräuchten. Das ist, was ich einfach sehe, und das kriegt man auch mit, wenn man sich nicht mit einem Antrag beschäftigt.

Ich möchte ganz einfach nur einmal kurz darauf eingehen, warum man dem problemlos zustimmen kann. Erstens: Die Stadt hat einen 5G-Vertrag. Wir haben insgesamt knapp 2.500 Vodafone-Verträge, die alle ein HomeToGo haben. Wir haben 864 Unitymedia-Verträge, die einen ToGo-Anschluss haben. All diese Codes könnte man problemlos verteilen und würde noch nicht einmal gegen die Verträge verstoßen. Das als ein Beispiel.

Das Zweite ist: Er fordert eine Satellitenanbindung. Jeder hat es mitbekommen, dass es einen Privatanbieter aus Amerika gibt, der kleine Satelliten in die Luft schießt. Ja, auch über Nordrhein-Westfalen laufen bereits 15 dieser kleinen Satelliten. Man könnte als Stadt bei ihm anrufen und fragen: Sag mal, was kostet das eigentlich, wenn wir so eine kleine Lizenz bekommen? Dann könnte, glaube ich, die Stadt sich darüber Gedanken machen, ob das nicht billiger ist als alle Vodafone-Verträge, die wir im Moment bezahlen. Aber auch egal. Es wird einfach als Utopie angesehen.

Der nächste Bereich ist W-LAN. Wir haben der Stadtverwaltung – deswegen weiß das Herr Simon sehr gut – schon öfter aus der Patsche geholfen, wo Freifunk oder sonst wer einfach Router aufgestellt hat, die einfach funktionieren, wo sich jeder einloggen kann. Auch das kostet kein Geld. Die Frage ist halt: Will man das machen oder will man das nicht machen?

Es ist hier in dieser Stadt so, dass wir Leute haben, die erst einmal fünf Jahre planen wollen, anstatt als Stadt einfach zu sagen: Alle Adressen werden bekannt gegeben, die Bürger können sich zusammenschließen, die Anträge werden entsprechend reduziert, und die Kosten werden geteilt. Das wäre die richtige Sache. Deswegen kann ich nur sagen: Der Antrag ist eigentlich formell in Ordnung, aber im Wahlkampf geht das natürlich nicht. Was würde passieren, wenn noch vor der Wahl plötzlich überall Internet in Düsseldorf wäre? – Das wäre natürlich schlecht. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Grenda. – Ich habe jetzt wirklich keine weiteren Wortmeldungen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle der CDU. Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen. Wer enthält sich? – Es ist jedenfalls abgelehnt. – Wir kommen so langsam auf die Zielgerade.

63.23

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Corona-Hotspots verhindern – Gemeinschaftsunterkünfte anpassen

RAT/224/2020

Oberbürgermeister Geisel: Können wir darüber gleich abstimmen, Frau Hebeler?

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können wir!)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen von AfD und Republikaner. Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit angenommen. – Wir kommen jetzt zu dem letzten Tagesordnungspunkt.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Wir können auch noch ein bisschen weitermachen. Vielleicht findet noch jemand einen Antrag, weil es so schön ist.

(Heiterkeit)

63.25

Antrag der Ratsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Clearingstelle zur Akutaufnahme von gewaltbetroffenen Frauen (und ihren Kindern) umsetzungsreif weiterplanen

RAT/226/2020

Oberbürgermeister Geisel: Können wir darüber gleich abstimmen?

(Zurufe von der CDU: Ja! – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

Wieso haben wir so nicht angefangen? Wir wären längst fertig. – Herr Grenda.

(Unruhe)

Ein bisschen haben Sie schon etwas von einem Spielverderber, das muss ich wirklich sagen. Aber bitte, haben Sie noch einmal Ihren großen Auftritt heute Abend. Diese Art von Clearing hat aber nichts mit IT zu tun. – Herr Grenda, Sie haben das Wort.

Ratsherr Grenda (Piraten): Danke schön. Ich habe mich auch extra vorbereitet und wollte jetzt noch zwei Stunden reden.

(Zuruf von Ratsfrau Bednarski [SPD])

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger, Frauen am Stream in ganz Düsseldorf! Im Gleichstellungsausschuss wurde es schon vorgestellt, und ich muss sagen, als ich den Antrag gesehen habe, habe ich gesagt: Okay, 50.000 Euro für eine Beratungsleistung, alles schön und gut, aber was passiert da eigentlich und wofür ist das? Das hat mich dann total geschockt – das ist ja alles transparent und offen –, als ich mir den Vortrag der Frauenhäuser und das entsprechende Konzept angeschaut habe. Da habe ich mich gefragt: Was hat eigentlich der Gleichstellungsbeauftragte die ganze Zeit gemacht? Denn was mich ein bisschen schockiert hat, ist, dass es ein Bundesgesetz gibt, das nach sechs Jahren nun seit 2017 in ganz Deutschland Rechtsgültigkeit hat und für alle Städte, Kommunen und was auch immer gilt. Nach Rückfrage habe ich mitbekommen: Wir müssten 64 Stellen in Düsseldorf haben, wir haben aber seit einer gewissen Zeit nur 16.

Das, was man jetzt macht mit diesem neuen Konzept, ist, weitere acht Stellen als Soforthilfe einzuführen und dafür die Beratungsleistung. Ich habe mich mit dem Thema mal kurz auseinandergesetzt und habe auch mal ein bisschen gegoogelt und mit den entsprechenden Leuten telefoniert. Deswegen war ich ein bisschen irritiert, als ich dann beispielsweise von unserer Ministerin auf Landesebene diesen tollen Beitrag gefunden habe, in dem davon die Rede war: Von 571 Frauenhäuserplätzen sind wir auf 609 gegangen. Beitrag vom 31. Oktober 2019. Und ich so: Eigentlich ist das aber eine andere Zahl, weil wir ein paar mehr Einwohner haben.

(Zuruf von der CDU)

Dann habe ich mir den gesamten Text heruntergeladen, habe mir die 17 Paragraphen wirklich angetan. Dann gibt es diese entsprechenden Kampagnen, teilweise ist es wirklich sehr gut umgesetzt, wie Hilfefon, „Stärker als Gewalt“. Ich habe mir auch soundso viele Internetseiten angeschaut. Und das, was ich herausgefunden habe, ist, dass für die gesamte Förderung dieser Häuser entsprechende Bundes- und Landesmittel tatsächlich zur Verfügung stehen. Gerade gestern – das werden die Damen, die sich mit dem Thema beschäftigen, wissen – hat selbst die Bundesfamilienministerin Giffey 200 Millionen Euro Soforthilfe plus zusätzlichen 500 Millionen Euro für die entsprechenden Menschen und für den Aufbau von neuen Frauenhäusern zugesagt.

Worum ich diese Versammlung und auch entsprechend die Antragsteller bitte, ist, zu sagen –

(Zuruf von der CDU: Genug geredet!)

– ja, ich weiß –: Diejenigen, die dies planen und komplett machen, sollen das Geld dafür verwenden, wirklich das Konzept auf 64 Plätze für komplett Düsseldorf zu erweitern. Dann können wir nämlich zur Kommunalwahl oder zur nächsten Ratssitzung sagen: Wir sind die erste Stadt, die es geschafft hat, diese Regeln zu erfüllen. Ich kann Ihnen sagen: Die Angebote werden an die Frauenberatungsstellen und an die Frauenhäuser gehen. Die Wohlfahrtsverbände können sich darüber streiten, wer sie tatsächlich betreut. Die entsprechenden Menschen, die die Häuser zur Verfügung stellen, werden entsprechend weitervermittelt. Schöne Grüße aus Berlin. Diesen Antrag braucht nur noch die Stadt zu stellen, weil die Mittel zur Verfügung stehen. Der Abruf-Link wird entsprechend verteilt. Deswegen freue ich mich – die Zusage habe ich schon, dass das kontrolliert wird –, dass das Ganze nicht bis zum 31.03.2021 dauern wird, bis das Ganze durchgeplant, gemacht oder getan ist, sondern jetzt ist nur noch die Frage: Bekommen wir das Personal, um diese Menschen zu betreuen? Das Geld kommt schneller, als Sie sich das vorstellen, und dann braucht auch nicht so viel beraten zu werden. Wir sparen eine Menge Geld.

Deswegen danke, dass es jetzt eine Clearingstelle gibt. Die 50.000 Euro können wir dann direkt in die Frauenhäuser und in die Clearingstelle stecken und müssen nicht erst lange planen. Das kommt dabei heraus, wenn man die Leute zusammenruft und einfach sagt: Das ist das Problem. Deswegen finde ich es schade, dass fünf Jahre nichts passiert ist, obwohl seit fünf Jahren bekannt ist, dass diese Häuser oder die Plätze entsprechend geschaffen werden müssen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, lieber Herr Grenda, für die wertvollen Hinweise. – Jetzt ist noch Frau Hebler an der Reihe.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich denke, den vier antragstellenden Fraktionen ist das Thema zu wichtig, als dass Kollege Grenda dazu das einzige und letzte Wort haben sollte, vor allem aus dem Grund, dass er die Zuschauenden und Zuhörenden nicht aufgeklärt, sondern vollends verwirrt hat, worum es eigentlich geht.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

In aller Kürze: Um die Frauenhäuser im Vorfeld ein Stück weit zu entlasten, wollen wir eine Akutaufnahme und Clearingstelle mit acht Plätzen einrichten, zusätzlich Kinder, wenn die Frauen Kinder haben. Dort soll geklärt werden: Ist das Frauenhaus der richtige Aufenthalt für die nächsten drei Monate, die nächsten sechs Monate, oder braucht die Frau eine andere Unterstützung? Der Aufenthalt in der Akutaufnahme soll nicht länger als fünf Tage dauern.

Dieses Konzept ist in der Istanbul-Konvention nicht schriftlich fixiert. Dieses Modell ist in Hamburg entwickelt worden, und Hannover hat es inzwischen auch schon umgesetzt. Dieses Konzept ist dem Gleichstellungsausschuss vorgestellt worden, und die beiden Frauenhäuser, die Frauenberatungsstelle dann auch in Rücksprache mit dem Sozialamt haben dieses Konzept für Düsseldorf adaptierbar gemacht.

Die 50.000 Euro, die wir jetzt gleich mit breiter Mehrheit zur Verfügung stellen, dienen dazu, entsprechend dem Konzept geeignete Räumlichkeiten zu finden; denn sie haben bestimmte Ansprüche. Die Zeit und das Geld sollen auch dafür genutzt werden, zu schauen, wo es denn Fördergelder von der EU, vom Bund, vom Land gibt. Wir wissen aufgrund der Erfahrungen, die wir mit dem Aufbau der Mädchenzuflucht gemacht haben, dass genau diese Planungsphase dieses Geld braucht und ungefähr ein halbes Jahr dauert. Deswegen lautet unser Antrag entsprechend. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

(Ratsherr Grenda [Piraten] meldet sich.)

– Nein, Herr Grenda, sie hat doch gar nichts zu Ihnen gesagt. Sie hat doch nur erklärt, was Sie vorher auch erklärt haben.

(Zuruf von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP])

Herr Neuenhaus.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Ende der Debatte! Ich habe mich vorher schon gemeldet!)

Herr Grenda, Herr Neuenhaus war vorher dran. Das stimmt.

Ratsherr Grenda (Piraten): Nein, nein.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sie hatten mich ja schon aufgerufen!

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Oberbürgermeister Geisel: Nein, ich habe gesagt: „Nein, Herr Grenda“. Das habe ich gesagt. So war es.

Ratsherr Grenda (Piraten): Wenn jemand persönlich jemand anderen angreift, räumen Sie hier jedem das Recht ein. Ich bekomme es ja mit, wir haben ja einen Videomitschnitt, dass mir gar nicht irgendwo zugehört worden ist.

Oberbürgermeister Geisel: Sie machen es dadurch nicht besser.

Ratsherr Grenda (Piraten): Ich habe eben gesagt – das war eine Positivmitteilung –, dass Frau Giffey morgen oder übermorgen insgesamt 50 Millionen Euro für Gesamtdeutschland genau für dieses Konzept zur Verfügung stellt und dass wir es so schneller hinbekommen. Es war kein Angriff gegen diesen Antrag. Das, was ich auch gesagt habe, war: Laut Istanbul-Konvention – und das wissen die Damen und Herren im Gleichstellungsausschuss – seit 2011, umgesetzt 2017, brauchen wir 64 Plätze. Ich werde den entsprechenden Antrag stellen, die entsprechenden Angebote machen, dass wir so schnell wie möglich die 64 Stellen in Düsseldorf haben. Diese Mittel sind ebenfalls im Bundeshaushalt neu eingestellt.

Das, was Sie machen, das war die Sache. Deswegen lasse ich mir hier nicht sagen, dass ich das nicht wüsste. Ich habe mir genau angeschaut, was diese Clearingstelle macht, und das ist gut. Ich habe nicht gesagt, dass das schlecht ist, sondern ich sage ganz einfach: Ich hätte es toll gefunden, das Gesamtkonzept zu realisieren, was nämlich so kommen wird. Aber, wie gesagt, hier ist erst einmal die Clearingstelle. Ich habe aber die Zusage, dass das genau abgerechnet wird. Deswegen bin ich auch zufrieden und habe keinen Änderungsantrag gestellt. Das sind aber Infos, die erst morgen kommen. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Dann ist es doch schön, dass Sie zufrieden sind. – Herr Mauersberger, Sie wollen sich auch noch zu Wort melden? – Nein. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde den Antrag zur Abstimmung stellen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt von der SPD)

Ich danke für dieses versöhnliche Ende. Ich nehme an, es war eine der längsten Ratssitzungen in der Geschichte der Landeshauptstadt Düsseldorf. Ihnen noch einen schönen Abend, morgen einen schönen Tag und dann ein schönes Wochenende. Vielen Dank. Auch noch herzlichen Dank natürlich an die Kollegen von Düsseldorf Congress, für das Protokoll und an alle, die uns den Aufenthalt hier so schön gestaltet haben.

Ende der öffentlichen Sitzung am 18.06.2020: 21.37 Uhr

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Theatermuseum ohne Leitung und ohne Schaudapot?

Frage 1:

Wann werden die Stellen der Leitung und der stellvertretenden Leitung des Theatermuseums ausgeschrieben und neu besetzt?

Frage 2:

Welche Pläne hat die Verwaltung, das Theatermuseum als eigenständiges Institut abzuschaffen und an das Filmmuseum anzugliedern?

Antwort zu Frage 1 und 2:

Für die Nachbesetzung der Leitung des Theatermuseums wurde eine interne Stellenausschreibung durchgeführt, auf die sich eine Person beworben hatte. Noch vor Abschluss des Besetzungsverfahrens hat diese Person jedoch aus persönlichen Gründen ihre Bewerbung zurückgezogen.

Das Kulturdezernat hat erste Überlegungen angestellt, die Leitungsfunktion Theatermuseum auf die Leitung des Filmmuseums zu übertragen, da es im Bereich der darstellenden Kunst Schnittmengen zwischen beiden Instituten gibt.

Im Filmmuseum tritt im nächsten Jahr der stellvertretende Leiter in den Ruhestand. Diese Stelle könnte – extern ausgeschrieben – mit einem/einer Filmwissenschaftler/in besetzt werden, der/die auch über theaterwissenschaftliche Kenntnisse verfügt. Für das Theatermuseum würde dann auch die Stelle eines wissenschaftlich Mitarbeitenden extern ausgeschrieben werden. Dadurch wäre sichergestellt, dass die inhaltliche Arbeit des Forschens und Vermittelns im Theatermuseum erfolgreich fortgeführt werden kann. Es handelt sich hierbei um Vorüberlegungen, die bisher noch nicht im Verwaltungsvorstand vorgestellt wurden.

Frage 3:

Wie stellt die Verwaltung sicher, dass das vom Rat in 2017 beschlossene Schaudepot und die wissenschaftliche sowie die pädagogische Arbeit gemäß dem Konzept zum „Dumont-Lindemann-Zentrum für Darstellende Kunst“ umgesetzt wird?

Antwort zu Frage 3:

Mit Änderungsantrag zum Anmietungsbeschluss für das Gebäude Konrad-Adenauer-Platz 1 vom 18.05.2017 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Planung für das Theatermuseum so zu überarbeiten, dass ein Schaudepot möglich wird. Mit Informationsvorlage vom 08.03.2018 wurde der Kulturausschuss über die geänderten Flächenaufteilungen im Gebäude KAP 1 informiert, die die Einrichtung des Schaudepots räumlich ermöglicht. Der am 03.05.2018 vom Rat gefasste Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss nahm diese räumliche Änderung auf.

Das Theatermuseum hat ein Konzept erarbeitet, das am 16.12.2019 dem Kuratorium des Hauses vorgestellt und dort begrüßt wurde. Allerdings würde die Umsetzung des Konzeptes den Rahmen des beschlossenen Projektbudgets von 315 TEUR erheblich überschreiten. Die bisherige Drittmittelakquise verlief ohne Ergebnis. Aus diesem Grund ist vorgesehen, als Übergangslösung eine temporäre Ausstellung zur Düsseldorfer Theatergeschichte zu zeigen, bis die endgültige Dauerausstellung eingerichtet werden kann.

**Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler:
Lichtshowpräsentationen auf dem Rheinturm**

Basierend unter anderem auf einer Stellungnahme der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG (IDR) werden beide Fragestellungen wie folgt zusammen beantwortet:

Frage 1:

Wer traf die Entscheidung, dass derzeit auf dem Rheinturm Lichtshows präsentiert werden?

Frage 2:

Wie wurde die Entscheidung begründet, wenn sowohl die Kritiken zum Rheinkometen, Tierschutz, Lichtsmog als auch der am 4. Juli 2019 ausgerufene Klimanotstand berücksichtigt wurden und eher gegen Lichtshows sprechen?

Antwort:

Die DFMG Deutsche Funkturm GmbH (DFMG), Münster, eine hundertprozentige Beteiligung der Telekom ist Miteigentümerin des Rheinturms. Die temporäre Installation erfolgt auf der Eigentumsfläche der DFMG.

Für die Beleuchtung des Rheinturm-Schaftes wird lediglich, wie bei anderen Anlässen auch (zum Beispiel Orange Day – Nein zu Gewalt an Frauen), von der IDR die dauerhafte Beleuchtungsfarbe verändert.

Die IDR hat gegen diese Beleuchtungsaktion der DFMG keine Einwände erhoben unter dem Vorbehalt, dass ihr keinerlei Kosten entstehen und eine Abstimmung zwischen Telekom und DUS-Illuminated hinsichtlich der Rechte erfolgt.

Die öffentlichen Genehmigungen zu dieser Aktion sollten laut Bekundung der DFMG erfolgt sein. Aus diesem Grund, auch wegen des guten nachbarschaftlichen Verhältnisses am Rheinturm, gab es für die IDR keinen Anlass, ihre Zustimmung zu verweigern.

Bei dem Bauaufsichtsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf gab es hierzu eine telefonische Anfrage der DFMG. Die Lichtshow ist allerdings nicht von der Bauaufsicht genehmigt worden, da kein bauaufsichtliches Genehmigungsbedürfnis besteht. Wie auch bei anderen Lichtinszenierungen des Turms in den letzten Jahren ist diese nicht als Werbeanlage eingestuft worden, für die die Bauaufsicht zuständig wäre. An dem Turm selbst wird nichts baulich verändert. Der geplante Zeitraum der Inszenierung von 21.30 Uhr bis 23.30 Uhr für zehn Tage ist aus bauordnungsrechtlicher Sicht auch nicht relevant. Die DFMG ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass die Zustimmung der Flugsicherheit einzuholen ist.

Anfrage aus aktuellem Anlass des Rats Herrn Grenda: Rheinturm nun eine Werbepattform

Basierend unter anderem auf einer Stellungnahme der Industrieterreins Düsseldorf-Reisholz AG (IDR) werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Welche Ämter und Stellen waren seit wann bei der Genehmigung durch die Bezirksregierung für die „TELEKOM-Werbeaktion“ eingebunden?

Antwort:

Bei dem Bauaufsichtsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf gab es hierzu eine telefonische Anfrage der DFMG. Die Lichtshow ist allerdings nicht von der Bauaufsicht genehmigt worden, da kein bauaufsichtliches Genehmigungsbedürfnis besteht. Wie auch bei anderen Lichtinszenierungen des Turms in den letzten Jahren ist diese nicht als Werbeanlage eingestuft worden, für die die Bauaufsicht zuständig wäre. An dem Turm selbst wird nichts baulich verändert. Der geplante Zeitraum der Inszenierung von 21.30 Uhr bis 23.30 Uhr für zehn Tage ist aus bauordnungsrechtlicher Sicht auch nicht relevant. Die DFMG ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass die Zustimmung der Flugsicherheit einzuholen ist.

Frage 2:

Welche Möglichkeiten hat der Miteigentümer (IDR) beziehungsweise die Stadt selbst – zukünftig Werbemaßnahmen von Unternehmen analog zum geschützten „Rheinkomet“ auf dem Rheinturm nicht zuzulassen/ untersagen?

Antwort:

Seitens der Verwaltung wird auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen. Inwieweit die IDR solche Maßnahmen unterbinden kann, müsste von dort juristisch geprüft werden. Bisher gab es hierzu keine Veranlassung.

Frage 3:

Gemäß Aussagen aus 2016 können nur vom 21.05. bis 20.07. Lichtanimationen durchgeführt werden. Wieviel Werbeveranstaltungen/Tage sind bereits von der Bezirksregierung in 2020 genehmigt?

Antwort:

Hierzu liegen keine Informationen vor. Genehmigende Behörde ist die Bezirksregierung (Flugsicherheit).

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Der Kinderbonus hat Verspätung

Frage:

Ist es möglich, dass die Stadt über die Familienkasse den sogenannten Kinderbonus in Vorleistung an die anspruchsberechtigten Familien auszahlt?

Wenn nein warum nicht?

Antwort:

Zum geplanten Kinderbonus liegt bisher lediglich ein Beschluss des Bundeskabinetts vor, der hauptsächlich die Höhe und die geplanten Auszahlungstermine festlegt. Darüber hinaus ist bekannt, dass der Bonus nicht von den Kommunen sondern von den Familienkassen ausgezahlt werden soll.

Ein entsprechendes Gesetz, dass die Familienkasse ermächtigen könnte, den Kinderbonus an die Leistungsberechtigten auszuzahlen oder Dritten - wie beispielsweise der Landeshauptstadt Düsseldorf - zu erstatten, wenn diese vorleisten, liegt noch nicht vor.

Insoweit kann die Familienkasse zur Frage einer Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu einer vorzeitigen Auszahlung lediglich mitteilen, dass von dort noch keine weiteren Informationen zur Ausgestaltung und zur Umsetzung des Kinderbonus gegeben werden können, da das Gesetz zum Kinderbonus noch nicht abschließend verabschiedet wurde.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass bei einer vorzeitigen Auszahlung durch die Landeshauptstadt Düsseldorf ohne gesetzliche Grundlage Familien, die Grundsicherung für Arbeitsuchende oder Sozialhilfe beziehen, nicht vom Kinderbonus profitieren würden. Denn ohne eine gesetzliche Grundlage handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt. Das Jobcenter beziehungsweise das Amt für Soziales wären verpflichtet, diese Geldleistung voll als Einkommen anzurechnen. Um eine Anrechnungsfreiheit zu gewährleisten, bedarf es hier einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung.

Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Taubenstachel

Frage 1:

An welchen Gebäuden, die die Stadt Düsseldorf und ihre städtischen Töchter nutzen (egal ob Eigentum oder angemietet), sind sogenannte Taubenstachel montiert (bitte in Tabelle auflisten)?

Antwort:

Eine zentrale Registrierung von sogenannten Taubenstacheln an Gebäuden, die sich im Eigentum der Stadt befinden, beziehungsweise durch das Amt für Gebäudemanagement angemietet werden, erfolgt nicht.

Bei tatsächlichen Beeinträchtigungen werden anlassbezogen entsprechende Vergrämuungsmaßnahmen beauftragt, oder vorhandene Installationen instandgehalten.

Frage 2:

Aus welchen Gründen wurden andere Möglichkeiten wie kleiner Windräder, bunte Bänder, Mobiles, Kunststoffraben und Bird-Slides bisher nicht genutzt??

Antwort:

Die Stadt sieht keine Veranlassung, grundsätzlich die vorhandenen Vergrämuungsmaßnahmen zu verändern.

Alle Vergrämuungsmaßnahmen werden von Schädlingsbekämpfern durchgeführt, die eine Erlaubnis gemäß § 11 Tierschutzgesetz besitzen. Mit dieser Erlaubnis ist die grundsätzliche Auflage verbunden, ausschließlich tierschutzrechtlich zugelassene und tierschutzgerechte Vergrämuungsmaßnahmen durchzuführen. Hierzu gehören auch die sogenannten „Taubenspikes“, die als tierschutzgerecht eingestuft sind.

Unabhängig davon wurden an städtischen Kulturgebäuden in der Vergangenheit durchaus auch neue Produkte - welche für die Optik des Objektes verträglich sind und unter Beachtung der Vorgaben des Denkmalschutzes - installiert. Hierzu gehörten Kunststoffraben und Bird-Slides. Da die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen aber beschränkt sind, können Änderungen an Installationen - auch wenn es sich nur um wenige handelt - nur schrittweise umgesetzt werden.

Frage 3:

Bis wann ist es an welchen Gebäuden aus der Liste zur Antwort der Frage 1 vorgesehen, die vorhandenen Taubenstachel durch welche alternativen Möglichkeiten zu ersetzen und aus welchen Gründen ist es an den dann noch übrig gebliebenen Gebäuden nicht vorgesehen? 2

Antwort:

Es ist nicht geplant, die vorhandenen Installationen grundsätzlich zu ersetzen. Bei Maßnahmen an den Gebäuden die ohnehin anstehen, werden Alternativmethoden in die Planungen mit einbezogen.

Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Nutzung der Verkehrsmittel im Stadtgebiet Düsseldorf im Zeitraum 1. Juni 2019 bis 30. Mai 2020

Frage 1:

Wie haben sich die Nutzungen von PKW, LKW, Rheinbahn, Fahrrad und weiteren Verkehrsmitteln (Deutsche Bahn, Privatbahnen, Flughafen, Schifffahrt) im Stadtgebiet Düsseldorf im Zeitraum 1. Juni 2019 bis 30. Mai 2020 entwickelt?

Antwort:

Es wird davon ausgegangen, dass die Anfrage im Wesentlichen auf die Veränderung im Mobilitätsverhalten durch den Covid19-Virus abstellt. Der Verwaltung liegen nicht für alle genannten Verkehrsträger Zahlen vor. Der beigefügten Tabelle sind die bekannten Werte in Prozentangaben zu entnehmen. Dabei wurde der Bezugswert im Mai 2019 mit 100 % festgelegt:

PKW / LKW		Fahrrad		ÖPNV	
Mai 2019	Mai 2020	Mai 2019	Mai 2020	Mai 2019	Mai 2020
100 %	70 – 80 %	100 %	125 – 145 %	100 %	40 – 60 %

Frage 2:

Wie haben sich die Schadstoffausstöße durch die Nutzung der unterschiedlichen Verkehrsmittel im Zeitraum 1. Juni 2019 bis 30. Mai 2020 entwickelt?

Antwort:

Von den relevanten Luftschadstoffen Stickstoffdioxid (NO₂), Feinstaub, Ozon und Benzol ist für Düsseldorf mittlerweile noch NO₂ relevant und in der öffentlichen Diskussion. Insofern wird nachstehend auf die NO₂-Belastung eingegangen.

Der maßgebliche Grenzwert für Luftschadstoffe bezieht sich immer auf IMMISSIONEN. Als IMMISSION bezeichnet man die Belastung, die an einer Messstelle im öffentlichen Straßenraum oder im Hintergrund erfasst wird. Der Begriff EMISSION hingegen bezeichnet den Schadstoffausstoß von Verkehrsmitteln, Gewerbe und Industrie oder Feuerungsanlagen. Der maßgebliche Grenzwert ist zudem ein auf über ein Kalenderjahr gemittelter Jahresmittelwert, so dass eine Entwicklung nur im Vergleich zweier Jahresmittelwerte valide abgelesen werden kann. Werte in diesem Sinne liegen zu den Jahren 2018 und 2019 vor, für das Jahr 2020 aber noch nicht.

Für die Messstation des Landes auf der Corneliusstraße lag der Wert für Stickstoffdioxid (NO₂) im Jahr 2019 bei 47 µg und damit um 7 µg unter dem Jahresmittelwert aus 2018 von 54 µg. Der Grenzwert liegt bei 40 µg/m³. Weitere Daten können dem Bericht zur Luftqualität 2019 (AUS/017/2020) entnommen werden.

Messwerte für die Zeitspanne Januar 2020 bis April 2020 sind im Internet auf den Seiten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW abrufbar, jedoch mit dem Verweis versehen: "noch nicht endgültig validiert". Für die Messstation Corneliusstraße sind hier folgende Werte veröffentlicht:

Januar 2020: 45 µg/m³
 Februar 2020: 37 µg/m³
 März 2020: 35 µg/m³
 April 2020: 39 µg/m³

Dieser Entwicklung liegen verschiedene Einflussfaktoren zu Grunde: verkehrliche Maßnahmen wie zum Beispiel die Umweltpuren, Flottenzusammensetzung und -verbesserung, Wetterbedingungen, Temperatur, Windverhältnisse - und sicherlich auch ein geringeres Verkehrsaufkommen durch den "Corona-Lockdown".

Ob und in welchem Maß sich diese Werte auf den Jahresmittelwert 2020 an der Messstelle Corneliusstraße auswirken werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Frage 3:

Welche Empfehlungen beziehungsweise Schlussfolgerungen lassen sich aus Sicht der Stadtverwaltung zur Beschlussfassung an den Stadtrat aufgrund dieser Daten ableiten?

Antwort:

Die aufgezeigte Entwicklung ist zusätzlich maßgeblich durch eine Situation (Corona) geprägt, die bestenfalls einmalig und zeitlich begrenzt ist. Die beginnende Normalisierung weist darauf hin, dass die Nutzung der Verkehrsmittel sich sukzessive wieder den Verhältnissen vor Covid19 nähert. Es muss daher nach wie vor das Ziel sein, die angestrebte Verkehrswende zu erreichen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dafür wird aktuell die zweite Stufe des Mobilitätsplans D erarbeitet und an Einzelmaßnahmen im Radwegenetz oder der LSA-Steuerung, ÖPNV-Beschleunigung und so weiter gearbeitet.

HFA/009/2020
Stadtdirektor Hintzsche

Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN : Schule in Düsseldorf“: Wer trägt Verantwortung und Kosten?

Frage 1:

Wer ist für den Inhalt der Advertorials „Schule in Düsseldorf“ redaktionell verantwortlich?

Antwort:

Wie im Impressum der Printausgabe aufgeführt, tritt die RP als Herausgeber und verantwortliche Redaktion auf.

Frage 2:

Ist der Stadtverwaltung bekannt, in welcher Höhe die Finanzierung der Advertorials durch Unternehmen übernommen wurde?

Antwort:

Dem Schulverwaltungsamt wurden für die angesprochene 4. Sonderbeilage – erschienen am 25. April 2020 – 7.500 Euro netto in Rechnung gestellt. Die Verträge (inklusive ausgehandelter Konditionen) hat die RP mit den Unternehmen abgeschlossen.

Frage 3:

Hat die Stadtverwaltung im Vorfeld erfragt, welche Unternehmen zur Finanzierung beigetragen haben und für welche Gegenleistung?

Antwort:

Vor dem Hintergrund, dass die geschalteten Anzeigen im Print thematisch zum Thema Schule passen müssen, wurde dies selbstverständlich im Rahmen des Erstellungsprozesses kurz thematisiert. Welche Anzeigen online geschaltet wurden, ist der Verwaltung nicht bekannt und wurde auch nicht abgefragt.

Anfrage des Rats Herrn Maniera: Ausweitung der Sitzflächen für die Gastronomie

Frage 1

Bestehen Möglichkeiten für die Genehmigungserteilung, damit die Außengastronomie durch zusätzliche Sitzplätze stärker genutzt werden kann?

Antwort

Es besteht insbesondere die Möglichkeit, Sondernutzungserlaubnisse für die Nutzung öffentlicher Straßenflächen für Zwecke der Außengastronomie zu erteilen. Die Nutzung privater Flächen für die Außengastronomie ist zunächst über zivilrechtliche Verträge zu regeln. Hierauf hat die Stadt Düsseldorf -da sie im Regelfall nicht Eigentümer der Flächen ist- keinen Einfluss.

Frage 2

Sind Vorhaben geplant oder bestehen Möglichkeiten, um die Ausweitung von bestehenden Flächen zu ermöglichen und die Gebühren zu reduzieren, damit das Gaststättengewerbe entlastet wird?

Antwort

Die Erweiterung bestehender Außengastronomie auf öffentlichen Straßen kann für die Hauptsaison 2020 (bis 31. Oktober) bereits beantragt werden. Die Bearbeitung erfolgt unkompliziert und zügig. Zahlreiche Erlaubnisse wurden bereits erteilt. Gebühren für die gastronomische Nutzung öffentlicher Straßen werden für die diesjährige Hauptsaison nicht erhoben.

Frage 3

Welche Möglichkeiten sieht die Stadt, zum Beispiel Parkplätze, breitere Gehwege oder Parkanlagen als Außensitzflächen für angrenzende Gastronomiebetriebe auszuweisen?

Antwort

Um die Erweiterung der Außengastronomie in der Hauptsaison 2020 zu ermöglichen, werden entgegen der üblichen Verwaltungspraxis unter anderem auch Kfz-Stellplätze, Flächen vor den benachbarten Grundstücken der Gaststätten oder sogar auf der Fahrbahn zur Verfügung gestellt. Die Sicherheit des Verkehrs muss selbstverständlich gewährleistet sein.

Anfrage des Rats Herrn Maniera: Anzahl und Kosten abgelehnter Asylbewerber

Frage 1:

Wie viele abgelehnte Asylbewerber und Flüchtlinge gibt es aktuell in Düsseldorf und welche Kosten entstehen hierdurch der Stadt (Aufschlüsselung nach den letzten 5 Jahren)?

Antwort:

Die aktuelle Anzahl abgelehnter Asylbewerber*innen beträgt insgesamt 1.786 Personen. Hiervon sind 995 Personen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und 791 Personen leben in Wohnungen außerhalb von Unterkünften.

Jedoch beziehen alle Personen mit einer Duldung weiterhin Leistungen nach dem AsylbLG, so dass diese auch bei den entsprechenden Kosten zu berücksichtigen sind.

Die genaue Aufschlüsselung der Kosten erfolgt erst seit der Gründung des Amtes für Migration und Integration am 01.01.2018. Eine Aufschlüsselung nach den letzten 5 Jahren wäre nur mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand möglich. Daher werden im Folgenden nur die Jahre 2018 und 2019 betrachtet.

	2018	2019
Leistungsbeziehende insgesamt	3.483	3.667
davon Geduldete	1.181	1.529
Quote Geduldete	33,9 %	41,7 %
Kosten für Flüchtlinge insgesamt	75.748.816 EUR	74.941.160 EUR
davon Kosten Geduldete	25.678.849 EUR	31.250.464 EUR
abzüglich Erstattungen für Geduldete	1.506.840 EUR	1.880.952 EUR
Gesamtkosten Geduldete	24.172.009 EUR	29.369.512 EUR

Frage 2:

Aus welchen Ländern stammen die abgelehnten Asylbewerber und wie lange befinden sich diese schon in unserer Stadt?

Antwort:

Grundsätzlich trifft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Entscheidungen über Asylanträge. Da für Staatsangehörige keines Landes eine 100-%-Schutzquote gegeben ist, hat das BAMF auf Basis individueller Fallentscheidungen im Jahr 2019 folgende Herkunftsländer mit den unten aufgeführten durchschnittlichen Ablehnungsquoten (bundesweit) ermittelt.

1. Georgien: 74,9 %
2. Iran: 51,3 %
3. Türkei: 42,5 %
4. Nigeria: 40,4 %
5. Irak: 32,6 %

(Quelle: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamtin-zahlen-2019-asyll.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Das Fachverfahren erlaubt keine Auswertung über die angefragte Aufenthaltsdauer, da sich der Duldungsstatus nicht nach negativ beschiedenen Asylverfahren oder anderen Aufenthaltsgründen filtern lässt. Dies ist nur mit einer aufwändigen händischen Auswertung möglich.

Frage 3:

Wie hoch waren die Gesamtkosten/Ausgaben abzüglich der gezahlten Pauschalen während des Anerkennungsverfahrens für Asylbewerber in Düsseldorf (Aufschlüsselung nach den vergangenen 5 Jahren)?

Antwort:

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) erfolgt seitens der Bezirksregierung eine monatliche Erstattung für jede erstattungsfähige Person in Höhe von 866,00 Euro.

Dieser Wert ist seit 2017 unverändert. Nach aktuellem Stand erfolgt die Erstattung jedoch für Personen mit einer Duldung nur 3 Monate. Da dieser Aufenthaltszeitraum aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Abschiebehindernisse in der Regel jedoch deutlich länger ausfällt, entsteht ab dem 4. Monat ein entsprechendes Defizit.

Die Gesamtkosten für Leistungsbezieher*innen nach AsylbLG stellen sich in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 wie folgt dar:

	2018	2019
- Aufwendungen -	75.748.816 EUR	74.941.160 EUR
Erstattungen nach FlüAG	23.363.707 EUR	17.293.087 EUR
- Erträge -		

Anfrage der Ratsfrau Krüger: Enten und Küken im eingemauerten Stück der Düssel in der Altstadt

Frage 1:

Mit welchem Aufwand und welchen Kosten wäre es wann frühestens möglich, die Düssel an der in der Sachdarstellung bezeichneten Stelle so umzubauen, dass die Enten und ihre Küken dort nicht mehr das eingemauerte Stück nutzen und gerettet werden müssen?

Antwort:

Die Innere Nördliche Düssel entlang der Josef-Wimmer-Gasse stellt ein technisch ausgebautes Bauwerk dar. Sie ist von beiden Seiten durch Mauern eingefasst, kommt aus einer Verrohrung, fließt dann durch eine weitere Verrohrung unter dem Burgplatz und mündet schließlich in den Rhein.

In dem offenen Teil der Düssel war zum Zeitpunkt der Überprüfung durch die amtlichen Tierärzte lediglich eine geringe Strömungsgeschwindigkeit des Gewässers zu erkennen. Der Wasserfall (Absturz) führt zu einer deutlich höheren Strömungsgeschwindigkeit. Für flugfähiges Wassergeflügel birgt die Situation vor Ort jedoch keine Gefahr. Flugunfähige Tiere konnten nicht beobachtet werden. Auch hier wird außerhalb des Wasserfalls aber keine Gefahr für diese Tiere gesehen. Der Wasserfall selbst ist ausreichend, um flugunfähige Tiere abzutreiben. Diese Gefahr ist aber mit anderen, auch naturbelassenen Gewässern mit hoher Strömungsgeschwindigkeit vergleichbar und daher keine besondere Gefahrensituation für Wildtiere.

Das Gewässer ist in diesem Bereich nicht geeignet, Wasservögeln als Lebensraum zu dienen. Gleichwohl halten sich dort immer wieder Enten auf, sogar mit ihren Küken. Dies wird begünstigt und gefördert durch gutgemeinte aber kontraproduktive Fütterungen, wodurch die Enten angelockt werden, sich dort aufzuhalten. Für die Küken bedeutet dies eine Falle, aus der sie nicht entkommen können, solange sie nicht flugfähig sind.

Es sollte daher vermieden werden, Wassergeflügel über ein gezieltes Futterangebot dort anzulocken oder Nistplätze über "Schwimminseln" anzubieten. Die dort angebrachte "Ententreppe" hingegen ist eine hilfreiche Einrichtung, um den Weg ins "ruhige" Gewässer zu erleichtern. Zudem muss festgehalten werden, dass Wildtiere grundsätzlich nicht vor allen Gefahren geschützt werden können.

Für eine nachhaltige, dauerhafte Verbesserung der Situation wäre es erforderlich, die Ufermauern zumindest bereichsweise abzubauen und eine nicht zu steile Böschung auszubilden, über die die Wasservögel die Düssel erreichen und auch wieder verlassen könnten. Für eine flachere Böschung wären wahrscheinlich angrenzende Straßenflächen mit in Anspruch zu nehmen. Hierzu müsste eine Planung aufgestellt werden. Je nach Ergebnis der Planung und der möglichen Betroffenheiten müsste ein Planfeststellungsverfahren oder zumindest ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt werden.

Aufgrund der beengten Platzverhältnisse und der voraussichtlichen Nutzungskonflikte auf den angrenzenden Flächen wäre diese Lösung jedoch kaum realisierbar. Die Kosten würden sich je nach Lösung in einem niedrigen bis mittleren sechsstelligen Bereich bewegen. Für Planung, Genehmigungsverfahren und Ausführung würden voraussichtlich vier Jahre benötigt, was aber eine Zurückstellung wichtiger Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bedeuten würde.

Frage 2:

Wäre für diesen Umbau (Antwort zur Frage 1) ein politischer Beschluss welchen Gremiums notwendig oder wäre es als Teil des laufenden Geschäfts der Verwaltung realisierbar?

Antwort:

Aufgrund der Tragweite des Eingriffs wäre die Beteiligung des Bauausschusses, des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen und des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sinnvoll. Im Rahmen der Gewässerunterhaltung wird geprüft, inwieweit durch geeignete Maßnahmen am Gitter unter dem Burgplatz die Gefahr vermindert werden kann, so dass die Küken, insbesondere bei den Versuchen sie einzufangen und woanders auszusetzen, nicht weiter in die Verrohrung gelangen können.

Anfrage der Ratsfrau Chomicha Mohaya: Leerstehende Gebäude

Frage 1:

Aus welchen Gründen stehen Gebäude, die im Besitz der Stadt beziehungsweise städtischen Töchter sind oder, die von der Stadt beziehungsweise städtischen Töchtern angemietet worden sind, seit wann leer stehen und werden derzeit nicht genutzt (Bitte in Tabelle auflisten)?

Frage 2:

Bis wann wird jedes Gebäude aus der Antwort zur Frage 1 wie wieder genutzt werden (Bitte auch in der Tabelle antworten)?

Frage 3:

Wenn ein Gebäude aus der Antwort zur Frage 1 nicht wieder genutzt werden soll, bis wann und wie sind Verkäufe beziehungsweise das Ende des Mietvertragsverhältnisses geplant (Bitte auch in der Tabelle antworten)?

Antwort zu Fragen 1-3:

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist eine effiziente Bereitstellung und Bewirtschaftung des kommunalen Gebäudebestandes eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige und wirtschaftliche Erhaltung des Gebäudevermögens. Im Zuge dessen verfolgt die Landeshauptstadt Düsseldorf grundsätzlich das Ziel, die zur Verfügung stehenden Gebäude auszulasten.

Exemplarisch für den Bestand des Amtes für Gebäudemanagement (574 Gebäude) macht der Anteil an leer stehenden Gebäuden insgesamt rund 3% aus.

Im Rahmen der Bewirtschaftung der Gebäude kann es zu temporären Leerständen kommen. Gründe dafür können eine schlechte Gebäudesubstanz, daraus resultierende unwirtschaftliche Sanierungskosten und folglich die Aufgabe der Nutzung sein. Für Gebäude, die den Bedarfen der bisherigen Nutzung nicht mehr entsprechen und auch anderweitig keiner städtischen Nutzung zugeführt werden können, wird die Vermarktung angestrebt. Dies trifft beispielsweise auf die Objekte Weizenmühlenstraße 2 bis 4 und 12 bis 14, den Flinger Richtweg 60 und die Rennbahnstraße 15 A-C zu. Dabei sind die zeitlichen Aufwendungen für die Vermarktung abhängig vom Objekt und von der Marktlage.

Darüber hinaus kann es vorübergehend - aufgrund geplanter Gebietsentwicklungen - zu leerstehenden Gebäuden im städtischen Bestand kommen.

Um dem Leerstand entgegen zu wirken, wird - wo dies aufgrund des baulichen Zustands möglich ist - eine Zwischennutzung angestrebt.

Im Bestand der städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf mbH & Co. KG (SWD) kommt es zu temporärem Leerstand sofern Gebäude modernisiert werden. Gebäude die dauerhaft leer stehen und nicht der Ausrichtung der SWD entsprechen werden der Vermarktung zugeführt.

RAT/216/2020
Beigeordnete Zuschke

Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Ergebnisse der Ausschreibung zur Vermarktung des Gutshofs Niederheid

Frage 1:

Wie viele Angebote hat die Verwaltung insgesamt und jeweils zu den beiden Varianten erhalten, und wie beurteilt sie die Qualität der Entwurfskonzepte?

Frage 2:

Gibt es bereits einen Favoriten, und wie wird die Nutzung des Gutshofs für therapeutisches Reiten und als Kinderbauernhof nachweislich gesichert?

Antwort zu Frage 1 und 2:

Die Verwaltung hat insgesamt 1 Angebot erhalten. Dieses Angebot beinhaltet ein ausführliches Nutzungskonzept und wird durch ein Düsseldorfer Architekturbüro begleitet; es enthält nur die Variante „Kauf“.

Da dieses Angebot Abweichungen zur Ausschreibung enthält, wird zeitnah ein Gespräch mit dem Interessenten geführt, um das Angebot zu verifizieren.

Frage 3:

Wie gestaltet sich das weitere Verfahren – auch für den Fall, dass keine Angebote bis zum Fristende eingereicht wurden –, und wie werden die zuständigen Gremien eingebunden?

Antwort:

Nach Prüfung und Auswertung sowie Klärung offener Fragen und erforderlichen Abstimmungen mit den Fachämtern zu dem vorgelegten Angebot/Konzept schlägt die Verwaltung zunächst ein Vorgehen/die Einbindung der Politik analog der Beratungskommission vor.

Anfrage der Ratsfrau Opelt: Städtische Räume – weiterhin offen für Hetze, Rassismus, Links- und Rechtsextremismus, Salafismus und Antisemitismus?

Frage 1:

Wann legt der Oberbürgermeister die vorgenannten Vergabekriterien beziehungsweise Änderungsvorschläge in den Benutzungsordnungen für die Vermietung städtischer Räume an Dritte vor?

Antwort:

Das durch den Rat in Auftrag gegebene Konzept ist weitgehend fertiggestellt, bedarf aber noch der verwaltungsinternen Abstimmung. In diesem Rahmen war zunächst beabsichtigt, einen Workshop zu veranstalten, an dem Vertreter sämtlicher Ämter, Institute und Beteiligungsgesellschaften, die Räumlichkeiten an Dritte vermieten, teilnehmen sollten. Ziel war ein aktiver und kritischer Austausch insbesondere vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Fallgestaltungen und Umgebungsbedingungen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollte das bestehende Konzept um fallgruppenbezogene Vertragsmuster ergänzt werden. Da ein solcher Workshop aufgrund der aktuellen Pandemie nicht stattfinden konnte und auch in naher Zukunft nicht wird stattfinden können, wird das Konzept nunmehr schriftlich über die Dezernate den betroffenen Fachämtern und Instituten zur Kenntnis gebracht und um eine schriftliche Rückmeldung gebeten. Ergebnisse hierzu sollen bis Ende Juli 2020 vorliegen. Das anhand der konkreten Rückmeldungen noch zu finalisierende Konzept wird auch Instrumente für die raumvergebenden Stellen beinhalten, mit denen Verstößen von Nutzer*innen gegen geltende Bestimmungen begegnet werden kann.

Frage 2:

Warum wurde der Ratsauftrag bis heute nicht umgesetzt und was ist mit der vom Ordnungsdezernenten in der vorgenannten Ratssitzung angekündigten Entwicklung von „Ahndungsmechanismen“?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Frage 3

Welche Veranstaltungen aus dem Bereich des Links- und Rechtsextremismus, des Salafismus, des Antisemitismus und der rassistischen Hetze haben seit März 2019 in städtischen Räumlichkeiten stattgefunden?

Antwort

Nach Kenntnis der Verwaltung haben keine Veranstaltungen der genannten Art in städtischen Räumlichkeiten stattgefunden.

Anfrage des Rats Herrn Grenda: Zukunftsstraße – Fürstenwall

Frage 1:

Wie sieht die neue Zukunfts-Wunder-Straßenlaterne, die ab nächste Woche den Fürstenwall von Hausnummer 23-132 - 42 x aufgestellt wird, den nun wirklich aus (Bitte Bild/Grafik)?

Antwort:

Die Leuchte unterscheidet sich äußerlich nur geringfügig von einer normalen technischen Straßenlaterne. Lediglich der Mast ist im unteren Bereich mit drei Masttüren ausgestattet. Im Folgenden die Darstellung der geplanten Leuchten:



Frage 2:

Gemäß Kooperationsvertrag werden über Vodafone eine Menge Daten im Gebiet ohne Datenschutzfolgenabschätzung (Testfeld) über Düsseldorfer Bürger gesammelt. Welche sind das genau und welches Amt bei der Stadt Düsseldorf erhält diese unzensuriert/ungefiltert zur Weiterverarbeitung?

Antwort:

Vodafone wird im Rahmen der Kooperation beim „Zukunftsviertel Unterbilk“ zunächst an einem Mast in der Nähe des Kirchplatzes eine 5G-Small-Cell installieren, um den Einsatz dieser Technik unter realen Bedingungen zu erproben. Dazu ist ein Gestattungsvertrag zwischen der LHD und Vodafone in der Abstimmung. Da es sich um eine Mobilfunk-Infrastruktur eines Netzbetreibers handelt, hat die Landeshauptstadt Düsseldorf keinen Zugriff auf die Nutzungsdaten. Dies gilt auch bei anderen Mobilfunkstandorten.

Frage 3:

Wieso wurden von Seiten der Verwaltung die Anwohner, Besucher und Eigentümer nicht beteiligt und ausreichend darüber informiert und geht davon aus, dass die einfache Anwohnerinformation vom 3. Juni ausreicht?

Antwort:

Bei der Maßnahme handelt es sich um ein Pilotprojekt.

Die Anwohner wurden entsprechend des üblichen Vorgehens informiert, dass durch die Montage der Beleuchtungsmaste mit Einschränkungen und Lärmbelastigungen zu rechnen ist.

Darüber hinaus wurden im Anschreiben die folgenden zusätzlichen Informationen zum Pilotversuch dargestellt:

Die neuen Mastleuchten werden mit einer ständigen Spannungsversorgung aus-gestattet. Damit sollen smarte Anwendungen, wie der Betrieb von Ladestationen für Elektrofahrzeuge, Sensoren, die freie Parkplätze melden, oder Mobilfunksender ermöglicht werden. Zusätzlich kommt eine neue Schalttechnologie zum Einsatz, die es ermöglicht, im Notfall die Ausleuchtung zu intensivieren.

Anfrage des Ratsherrn Grenda: Breitbandkonzept/Breitbandbeauftragter

Frage 1:

Wie kommt es zu dem großen Unterschied von 724 fehlenden Gebäuden zwischen der Abfrage des Breitbandbeauftragten zum tatsächlichen-Ist Gebäude Bestand in Düsseldorf zur gleichen Zeit? – (Datengrundlage)

Antwort:

Die Statistik in der Präsentation für die kleine Kommission enthielt einen Fehler. Der Fehler wurde im schriftlichen Bericht korrigiert:

An der folgenden Anzahl an Adresskoordinaten stehen diese maximalen Bandbreiten zur Verfügung:

Mehr als 1.000 Mbit/s (Glasfaser)	2.636	
250 - 1.000 Mbit/s (TV-Kabel)	69.659	
100 - 250 Mbit/s (VDSL-SuperVectoring)	6.341	
30 – 100 Mbit/s (VDSL-Vectoring)	2.101	
10 -30 Mbit/s (unterversorgt)	480	633 Adressen unterversorgt
Weniger als 10 Mbit/s (unterversorgt)	153	
Ohne TK-Anschluss (Bedarfsprüfung)	608	
Gesamt	81.978	

Frage 2:

Welche kurzfristigen Ideen/Überlegungen bestehen aktuell bei der Verwaltung die insgesamt knapp 1.300 Objekte ohne jeglichen/marginalen Internetanschluss in Düsseldorf an das „NEULAND“-Internet anzuschließen?

Antwort:

Die Verwaltung der Landeshauptstadt betrachtet leistungsfähige Datenanbindungen als grundlegendes Element der Daseinsvorsorge. Deshalb prüft die Verwaltung aktuell wie sie als neutrale Akteurin dies gewährleisten kann. Hierbei plant die Stadtverwaltung sich als Bereitstellerin der Infrastruktur zu positionieren. Vor diesem Hintergrund erarbeitet die Verwaltung einen gesamtstädtischen Masterplan zum Ausbau der digitalen Infrastruktur, der sowohl die Anforderungen des Festnetzausbaus umfasst, als auch den Netzausbau von modernen Funktechnologien einschließt. In der zweiten Jahreshälfte 2020 werden die entsprechenden Ergebnisse in den politischen Gremien vorgestellt.

Mit diesem Vorgehen verfolgt die Stadtverwaltung im Sinne der Daseinsvorsorge das Ziel, möglichst alle privaten und gewerblich genutzten Gebäude sowie alle Bildungseinrichtungen an eine leistungsstarke digitale Infrastruktur anzuschließen.

Frage 3:

Welche Erkenntnisse liegen inzwischen der Verwaltung vor über die Struktur der Bewohner, Gewerbebetriebe und so weiter zu den 1.300 Objekten (Stadtteilebene) , wann werden die Bezirksvertretungen informiert?

Antwort:

Eine zahlenmäßige Auswertung nach Stadtteilen kann mit den vorliegenden Daten noch vorgenommen werden. Eine Strukturanalyse war bisher nicht Inhalt der Markterkundung, da sie für die Nutzung der Fördermittel nicht notwendig ist. Sofern diese vom Rat gewünscht wird, kann sie ebenfalls noch vorgenommen werden.

Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Anpassung der Stimmbezirke und Wahllokale zur Kommunalwahl 2020

Frage 1:

Wird die Landeshauptstadt Düsseldorf die Möglichkeit nutzen, Stimmbezirke bei der Kommunalwahl auf bis zu 5.000 Einwohner*innen zu vergrößern und wenn ja welche?

Antwort:

Die Landeshauptstadt wird im Rahmen der Vorbereitung der Kommunalwahlen die Möglichkeit nicht nutzen.

Die Planungen sind bereits so weit fortgeschritten, dass eine Zusammenlegung von Stimmbezirken zu einem nicht unerheblichen Mehraufwand führen würde. Zudem ist zurzeit nicht absehbar, welche Versammlungs-, Abstands- und Hygieneregeln am 13. beziehungsweise 27. September gelten. Eine Lockerung der Regelungen könnte bei einer Zusammenlegung dazu führen, dass ein Wahlvorstand übermäßig viele Stimmen auszuzählen hätte. Eine Vergrößerung der Anzahl der Mitglieder des Wahlvorstandes führt dann auch nicht zu einer Entlastung.

Gleichwohl beobachtet die Verwaltung die Entwicklung der Briefwahl und wird bei Bedarf kurzfristig, das heißt in der Woche vor der Wahl, Stimmbezirke zusammenlegen und die dadurch freiwerdenden Wahlhelfer auf andere (Brief-)Wahlvorstände verteilen.

Frage 2:

Gibt es aufgrund der Corona-Pandemie Räume, die nicht erneut als Wahllokal genutzt werden können und wenn ja, wie erfolgt die Auswahl von alternativen Räumen?

Antwort

Nach den bisherigen Planungen verteilen sich die Wahlräume in der Landeshauptstadt Düsseldorf wie folgt:

Kommunalwahlen:

316 Stimmbezirke in 315 Wahlräumen, davon

264 in Schulen

13 in Senioreneinrichtungen

5 in Kindertagesstätten

10 in kirchlichen Räumen

15 in sonstigen privaten Gebäuden

8 in städtischen Gebäuden

Integrationsratswahl:

27 Stimmbezirke in 27 Wahlräumen davon

26 in Schulen

1 in Senioreneinrichtungen

Die Verwaltung plant, die Wahlräume aus allen Senioreneinrichtungen, Kindertagesstätten, kirchlichen und sonstigen privaten Räumlichkeiten in Schulen zu verlegen. Hierbei wird darauf geachtet, dass die Wege für die Wahlberechtigten nicht zu lang werden und das Schulgebäude bereits als Wahlgebäude benutzt wird.

RAT/230/2020
Stadtdirektor Hintzsche

Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Eishalle Benrath

Frage 1:

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der IDR, Stiftung und Landeshauptstadt Düsseldorf hinsichtlich des Mietvertrages beziehungsweise der diesbezüglichen Vertragsbedingungen?

Antwort:

Die Verhandlungen zum Mietvertrag stehen kurz vor dem Abschluss. Ein Notariatsbüro ist durch die IDR beauftragt und ein Beurkundungstermin wird in Kürze abgestimmt.

Unabhängig davon sind die Bauarbeiten an der Kappeler Straße in vollem Gange und werden laut Aussage des Bauherren auch durch die Corona-Einschränkungen zu keiner zeitlichen Verzögerung führen.

Frage 2:

Welcher Art sind die derzeitigen Bedenken der Landeshauptstadt Düsseldorf hinsichtlich der Vertragsbedingungen?

Frage 3:

Was sind die genauen Gründe der jetzt eineinhalbjährigen Verhandlungsdauer, die zur Verzögerung eines Vertragsabschlusses geführt haben?

Antwort:

Der Mietvertrag wird zwischen der IDR und der Stiftung Eissporthalle Benrath abgeschlossen. Die Umwandlung der alten Sparkassenstiftung konnte, aufgrund der zwingenden Beteiligung von Bezirksregierung und Innenministerium erst im 1.Quartal 2020 abgeschlossen werden. Die konstituierende Kuratoriumssitzung des neu zusammengesetzten Gremiums erfolgte erst Mitte Februar diesen Jahres.

Es handelt sich um ein komplexes Vertragswerk. Aufgrund des ergänzenden Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses des Rates vom 19.12.2019 ist eine 1. Nachtragsvereinbarung zum Mietvertrag erforderlich geworden, die zusätzlichen zeitlichen Aufwand in Anspruch genommen hat. Auch war der Beschluss der Vorlage RAT/132/2020 (NÖ) vom 14.05.2020 Voraussetzung für eine finale Vertragsgestaltung.

Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Digitalen Schulunterricht auch für Kinder in Armut ermöglichen

Frage 1:

Wie viele einmalige Bedarfe oder Härtefallmehrbedarfe (auch als Darlehen) für Computerarbeitsplätze von Kindern wurden seit 2019 beantragt? Bitte aufschlüsseln nach stattgegebenen Leistungen und Ablehnungen sowie Ablehnungsgründen.

Antwort:

Die Anschaffung technischer Hilfsmittel für schulische Zwecke ist nach dem Willen des Gesetzgebers aus den Mitteln der Schulbedarfspauschale zu bestreiten. In diesem Zusammenhang wurden im Jobcenter Düsseldorf in der Vergangenheit in wenigen Fällen Anträge auf Übernahme der Kosten gestellt, die mangels Rechtsgrundlage abgelehnt werden mussten. In Einzelfällen konnten aufgrund der Besonderheit der Einzelfälle Darlehen gewährt werden. Die Anzahl der Anträge auf Übernahme der Kosten wird statistisch nicht erfasst, die Anzahl der Darlehen, die aus Mitteln des Schulbedarfs gewährt werden, könnten nur durch aufwändige Einzelfallprüfung festgestellt werden.

Im Übrigen hat der Gesetzgeber im letzten Jahr im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes die Schulbedarfspauschale von 100 Euro auf 150 Euro pro Jahr erhöht. Hierdurch sollen die aktuellen Entwicklungen, wie zum Beispiel die fortschreitende Digitalisierung im schulischen Bereich, aufgegriffen werden. Auch sollen Schülerinnen und Schüler, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, die Gelegenheit erhalten, den durch die Digitalisierung geänderten Anforderungen, beispielsweise bei neuen Lernmitteln, zu genügen.

Das in der Begründung zur Anfrage erwähnte Urteil des Bundessozialgerichts vom 8. Mai 2019 (B 14 AS 13/18 R) bezieht sich auf die Anschaffung von Schulbüchern. Hier hat das Bundessozialgericht eine strukturelle Untererfassung im Regelbedarf erkannt und entschieden, dass die Kosten für Schulbücher als Mehrbedarf von Jobcentern in den Bundesländern zu übernehmen sind, in denen keine Lernmittelfreiheit gilt.

In Nordrhein-Westfalen gilt gemäß § 96 Schulgesetz NRW Lernmittelfreiheit abzüglich eines durch die Eltern zu erbringenden Eigenanteils. In Düsseldorf können Schülerinnen und Schüler mit dem Düsselpass bei der jeweiligen Schule die Befreiung vom Eigenanteil zu den Lernmittelkosten beantragen. Eine solche Möglichkeit sehen auch andere Kommunen im Umkreis vor.

Insoweit sind Düsseldorfer Schülerinnen und Schüler von dem genannten Urteil grundsätzlich nicht betroffen.

Für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen des zwölften Sozialgesetzbuches gelten die genannten Regelungen ebenfalls. Anträge auf Ausstattung von Computerarbeitsplätzen sind in diesem Bereich derzeit noch nicht bekannt.

Frage 2:

Was sind die bereits bekannten Rahmenbedingungen des Förderprogramms? Bitte aufschlüsseln nach Antragsmodalitäten, Umfang der Leistungen und Laufzeit des Programms.

Antwort:

Die Bundesregierung hat angekündigt, in Ergänzung zum Digitalpakt Schule zusätzliche Mittel für die Ausstattung von Endgeräten bereitzustellen:

Bund und Länder haben sich auf die Umsetzung des vom Koalitionsausschuss beschlossenen Sofortprogramms in Höhe von 500 Millionen Euro zur Bereitstellung von digitalen Endgeräten verständigt und auf eine Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt Schule geeinigt. Die Mittel sollen nach dem Königsteiner Schlüssel an die Länder verteilt werden. Aktuell wird aufgrund der

umfangreichen Bemühungen des Städtetages davon ausgegangen, dass die Mittel dem Schulträger zur Verfügung gestellt werden. Dem Verteilschlüssel in Nordrhein-Westfalen sollten unter Beibehaltung der Systematik des Digitalpakts die Schülerzahlen bei der Verteilung zu Grunde liegen. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen liegen noch nicht vor; nach derzeitigem Kenntnisstand sollen die Geräte von den Schulen und Schulträgern an die entsprechenden Schüler*innen ausgeliehen werden.

Frage 3:

Wird es auch für die Zukunft ein Konzept (nicht nur im Rahmen von Pandemieplänen) geben, das den Zugang zu internetfähigen Endgeräten zu Unterrichtszwecken für Kinder aus finanziell schwachen Haushalten über die städtischen Schulen gewährleistet? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Das Schulverwaltungsamt hat zu Beginn der Corona Krise 15.000 Tablets für die Schulen aller Schulformen in städtischer Trägerschaft angeschafft, die derzeit mit Unterstützung externer Dienstleister an die einzelnen Schulstandorte ausgeliefert werden. Den Schulen wurde freigestellt, diese und bereits vorhandene Tablets den Schüler*innen auszuhändigen. Die Prüfung, welche Schüler*innen ein Gerät erhalten, liegt im Ermessen jeder Schule selbst. Hier kann es zum Vorzug bestimmter Jahrgangsstufen oder Klassen aus pädagogischen Gründen kommen. In der Regel geben die Schulen die Geräte jedoch an Kinder von denen bekannt ist, dass ihnen kein Gerät zur Verfügung steht oder an Kinder mit einem Düsselpass.

Neben der Bereitstellung der Endgeräte wurde die Lernplattform „its learning“ eingeführt, die von jedwedem internetfähigen Gerät genutzt werden kann. Zusatzgeräte wie Drucker sind in der Regel nicht erforderlich, das Bearbeiten von Dokumenten geschieht innerhalb der Lernplattform und ist ebenfalls durch integrierte Softwarelizenzen möglich.

Wie durch den Rat der Stadt am 19. Dezember 2019 beschlossen, wird die Verwaltung unabhängig von der aktuellen Situation ein Konzept zur Elternfinanzierung von mobilen Endgeräten vorlegen, das natürlich eine Sozialkomponente für Inhaber*innen des Düsselpasses beinhalten wird. Die genauere Umsetzung des Konzepts ist aber abhängig von den oben erwähnten Regelungen des Bundes. Das Schulverwaltungsamt sieht aus pädagogischen und technischen Gründen – wie bereits mit Beschluss des Medienentwicklungsplans – eine einheitliche Endgeräteausrüstung an der jeweiligen Schule als notwendig an.

Aktuell können sich die Erziehungsberechtigten an die jeweiligen Schulen ihres Kindes/ihrer Kinder wenden, um einen Leihvertrag über ein iPad zu schließen. Eine Auszahlung von Geldmitteln ist – zumal der Anschaffungsbetrag inklusive Wartungs- und Supportkosten über dem Zuschussbetrag von 150 Euro liegt – nicht vorgesehen.

Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Bäume als Faktor für das Stadtklima

Frage 1:

Wie viele Bäume wurden in den letzten 10 Jahren in Düsseldorf mit Genehmigung der Verwaltung gefällt. Welches Durchschnittsalter hatten diese Bäume? Wie viele Baumfällungen sind schon jetzt für die Zukunft geplant?

Antwort:

Aufgrund einer fehlenden automatisierten Auswertemöglichkeit im bestehenden Baumkataster ist ein zeitnaher und im Detail geforderter Rückblick auf alle Baumfällungen der letzten 10 Jahre kaum möglich. Aussagekräftige Daten liegen jedoch für die Jahre ab 2016 vor.

In den **Jahren 2016 bis 2019** wurden insgesamt 4.231 **Bäume im Straßenbereich und in Grünanlagen** aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt:

2016: 742

2017: 867

2018: 1.143

2019: 1.479

Die steigende Tendenz erklärt sich im Wesentlichen mit der starken Zunahme von Baumkrankheiten in Folge der Trockenheit bedingt durch den Klimawandel.

Frage 2:

Wie viele Bäume wurden als Ersatz in Düsseldorf angepflanzt? Wie viele Bäume wurden als Ersatz außerhalb von Düsseldorf angepflanzt und an welchen Orten?

Antwort:

Die Möglichkeiten der Ersatz- beziehungsweise Nachpflanzungen von Bäumen im Straßenraum und in Grünanlagen werden grundsätzlich bei jeder Fällung sorgfältig geprüft. Bei den vorzunehmenden Ersatz- und Nachpflanzungen von Straßenbäumen sind sogenannte Umlaufverfahren durchzuführen. Hierbei prüfen die Leitungsträger wie zum Beispiel die Netzgesellschaft, der Stadtentwässerungsbetrieb und die Telekom die Leitungstrassen und ihre Nähe zu den Baumstandorten im Straßenraum und auf Plätzen. Darüber hinaus sind auch notwendige Abstände zu Verkehrsanlagen sowie brandschutztechnische Belange zu beachten. Das Ergebnis dieses Prüfverfahrens entscheidet über die Möglichkeit der Wieder- oder Neubepflanzung eines Straßenbaumstandortes.

In den Jahren 2016 bis 2019 erfolgten insgesamt 3.651 Ersatzpflanzungen im Straßenbereich. Für die Schließung bestehender Lücken im Straßenbaumbestand hat der Rat der Stadt Düsseldorf zusätzliche Finanzmittel in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 bereitgestellt.

Gefällte **Einzelbäume in Grünanlagen** werden in der Regel am Standort oder in Standortnähe **durch eine Neupflanzung ersetzt**. Entsprechende Ersatzpflanzungen müssen der Anzahl oberstehender Ersatzpflanzungen noch hinzugefügt werden. Automatisierte Einzeldaten liegen für die Nachpflanzungen in Grünanlagen leider nicht vor.

Die Fällungen in Grünanlagen umfassen jedoch auch Bäume in geschlossenen Gehölzbeständen, in denen Nachpflanzungen an Ort und Stelle oftmals fachlich nicht sinnvoll ist, zum Beispiel aufgrund der Konkurrenz anderer Gehölze. In der Regel schließen sich dort die Lücken durch das beschleunigte Wachstum der von der Fällung begünstigten Nachbarbäume, durch Naturverjüngung oder durch die Nachpflanzung von Bäumen in Forstwirtschaftsqualität.

Darüber hinaus hat die Verwaltung ein **Rahmenkonzept für die Pflanzung von zusätzlichen Bäumen**, insbesondere an Straßen und Plätzen in Quartieren mit Bedarf an ökologischer und klimatischer Verbesserungen, erstellt. Mit dem Ratsbeschluss 01/278/2018 wurden für die Jahre 2019 bis 2023 jeweils 1 Million Euro bereitgestellt. Für die Jahre 2020 bis 2023 wurde mit Ratsbeschluss RAT/221/2019 eine Erhöhung auf jährlich 1,5 Millionen Euro beschlossen. In der ersten Pflanzsaison 2019/2020 wurden bereits rund 100 neue Baumstandorte im Straßenraum bepflanzt und 40 vorhandene Baumstandorte saniert, in der zweiten Pflanzsaison 2020/2021 werden 160 neue Baumstandorte bepflanzt und 40 vorhandene Standorte saniert.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen in seiner Sitzung am 25. Mai 2020 die Verwaltung im Rahmen eines zusätzlichen Prüfantrages aufgefordert hat, **zusätzliche Baumstandorte zur Verschattung an öffentlichen Kinderspielplätzen** zu erarbeiten. Hiermit könnten sich – bei noch zu erfolgender Beschlusslage und soweit zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden – die Anzahl der neuen Baumstandorte in der Zukunft noch einmal erweitern.

Außerhalb von Düsseldorf wird derzeit ein Waldverlust/Waldersatz beziehungsweise ein Verlust von Bäumen aufgrund rechtskräftiger B-Planverfahren sowie Baurecht durch Aufforstung nach sog. Ökopunkten auf einer Fläche der Stadt Düsseldorf unmittelbar hinter der Stadtgrenze Düsseldorf in Langenfeld Fuhrkamp-Ost kompensiert.

Dieser Ausgleich von Bäumen orientiert sich an dem Wertersatz nach sogenannten Wertpunkten auf Basis des Landesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit den gesetzlichen Grundlagen des Baugesetzbuches und kann nicht – wie in der Anfrage gefordert – in einer Gesamtheit mit entsprechenden Baumanzahlen dargestellt werden. Hier ist viel mehr das einzelne Projekt der entsprechenden Kompensation von Baumverlusten zu betrachten, welches aus den betreffenden Beschlussvorlagen hervorgeht.

Frage 3:

Wie hat sich der Baumbestand in den letzten 10 Jahren entwickelt? Wie viele Bäume mussten in den letzten Jahren aufgrund von Erkrankung gefällt werden?

Antwort:

Aufgrund der fehlenden automatisierten Auswertemöglichkeit ist eine umfassende Aussage in nachgefragter Detailtiefe zur Entwicklung des gesamten Baumbestandes in der Stadt in den letzten 10 Jahren aktuell nicht möglich. Das entsprechende Baumkataster befindet sich für den Geschäftsbereich des Gartenamtes mit Blick auf die kommenden Jahre in einem schrittweisen Aufbau. Ziel der Verwaltung ist es jedoch, aktuell jeden Baumstandort im Straßenraum und in den Grünanlagen – sofern dort fachlich sinnvoll und umsetzbar – zu erhalten und darüber hinaus neue Standorte im Straßenraum im Rahmen des Stadtbaumkonzeptes zu schaffen.

Im Straßenbereich und in den Grünanlagen werden weit überwiegend Bäume gefällt, wenn die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Dies kann zum Beispiel durch Baumkrankheiten, Faulstellen oder Pilzbefall hervorgerufen werden. Durch die trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie das trockene Frühjahr 2020 ist generell ein Vitalitätsverlust bei den Stadtbäumen festzustellen, der sie anfälliger gegenüber Baumkrankheiten macht. Dies schlägt sich in einer Zunahme der zu fällenden Bäume (siehe Beantwortung der Frage 1) nieder.

Die häufigste Ursache dieser Baumfällungen sind holzersetzende Pilze, die die Festigkeit des Holzes verringern und somit die Stand- und Bruchsicherheit des Baumes gefährden. Gefördert wird dies u.a. durch veränderte Klimabedingungen in der Stadt und der damit verbundenen Zunahme von klimabedingten Stressfaktoren für die Stadtbäume. Das Gartenamt hat aufgrund dieser Erkenntnisse auch geeignete Baumarten in einer Zukunftsbaumliste erfasst. Das Ziel bei der Wahl geeigneter Baumarten aus dieser Liste liegt darin, eine breite Palette standortgerechter Arten für Stadtbäume zu finden, um so das Risiko von Baumverlusten nach Neupflanzungen durch bereits bekannte und zukünftige Klimaherausforderungen zu minimieren.

RAT/201/2020
Beigeordnete Zuschke

Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahn U81

Die Kleine Kommission Stadtbahn U81 trat am 19. Mai 2020 zu ihrer siebten und am 10. Juni 2020 zu ihrer achten Sitzung zusammen. In beiden Sitzungen wurde der jeweilige Sachstand des Projektes und der begonnenen Bauarbeiten durch die Projektleitung vorgestellt. Des Weiteren wurde über den Stand des Planfeststellungsverfahrens, des Zuwendungsverfahrens, der Planung und Ausschreibung berichtet.

Der Planfeststellungsbeschluss liegt der Verwaltung seit dem 22. Juli 2019 vor. Gegen den Planfeststellungsbeschluss wurde innerhalb der Klagefrist vor dem Oberverwaltungsgericht Münster Klage eingereicht. Ein gleichzeitig durch die Kläger eingeleitetes Eilverfahren zur sofortigen Einstellung der Bauarbeiten ist, wie bereits berichtet, durch das Oberverwaltungsgericht Münster zugunsten der Stadt entschieden worden. Der ursprünglich für den 2. April 2020 angesetzte Verhandlungstermin ist coronabedingt ausgefallen. Das Oberverwaltungsgericht hat dennoch im Eilverfahren einen Beschluss gefasst, der wiederum zu Gunsten der Stadt Düsseldorf entschieden wurde. Laut Information des Oberverwaltungsgerichts Münster ist ein Ersatztermin zur mündlichen Verhandlung für die Kläger unverzichtbar. Die Durchführung eines Verhandlungstermins und damit der Abschluss des Hauptsacheverfahrens ist jedoch unter anderem vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise derzeit nicht absehbar.

Der zuwendungsunschädliche Baubeginn vom 30. April 2020 liegt seit dem 6. Mai 2020 vor. Gemäß Vorabmitteilung des VRR wurde der Zuwendungsantrag an das Verkehrsministerium weitergeleitet. Die zuwendungsfähigen Kosten wurden um 3 Millionen Euro gekürzt.

Am 14. Mai 2020 hat der Rat mit dem Änderungsbeschluss unter anderem die Erhöhung der Gesamtkosten auf 256.300.000 Millionen Euro verabschiedet. Am 15. Mai 2020 wurden die beiden Rohbauaufträge in Höhe von insgesamt 134,9 Millionen Euro brutto vergeben.

Die Projektleitung stellte den aktuellen Kostenstand anhand einer detaillierten Übersicht über die bereits beauftragten und geplanten Vergabeeinheiten vor. Laut der Prognose der Projektleitung werden die Gesamtkosten nicht überschritten.

In der achten Sitzung am 10. Juni 2020 wurde über den Fortgang der Bauarbeiten bei der Leitungsverlegung und dem Bau des Projektbüros berichtet.

Sämtliche Bauarbeiten sind in den letzten Monaten fortgesetzt worden.

Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es jedoch im Bauablauf aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit von Arbeitskräften und Nachunternehmern sowie unterbrochenen Lieferketten bei den Materialien, die aus dem Ausland zugeliefert werden, zu vereinzelt Verzögerungen. Eventuelle Mehrkosten sind noch nicht absehbar.

Die nächste Sitzung der Kleinen Kommission findet am 18. August 2020 statt.

Bericht aus der Kleinen Kommission Rhein-Ruhr-Express (RRX)

Im Mittelpunkt der Beratungen am 9. Juni 2020 standen der Arbeitsentwurf des Auslobungstextes für den gesamtstädtischen Gestaltungswettbewerb zur städtebaulichen Integration der RRX-Schallschutzwände und der Bericht über den aktuellen Verhandlungsstand zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Absicherung der im Arbeitskreis RRX erreichten Abstimmungen zur RRX-Planung.

Gestaltungswettbewerb RRX-Schallschutzwänden

Der Entwurf des im Abstimmungsverfahren mit der DB befindlichen Auslobungstextes für den Gestaltungswettbewerb wurde vorgestellt und intensiv diskutiert. DB und Stadt werden den Wettbewerb gemeinsam ausloben. Aufgrund der besonders starken Betroffenheit der Stadt gelang es der Stadt die DB zu überzeugen, dass der Wettbewerb als interdisziplinärer Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben wird.

Die Verwaltung stellte dar, dass insbesondere die Punkte einer möglichen Beauftragung des Siegerteams zur Mitwirkung an der Realisierung und zum Urheberrecht aktuell noch offen sind und verhandelt werden müssen.

Von einigen Mitgliedern der KK wurden Zweifel vorgetragen zum vorgezogenen Zeitpunkt des Wettbewerbes vor der Planfeststellung. Die Verwaltung erläuterte, dass bei Durchführung des Gestaltungswettbewerbs nach dem Planfeststellungsbeschluss nur noch Standardwände farblich gestaltet werden könnten. Darüberhinausgehende Gestaltungsmöglichkeiten (andere Materialien, Formelemente, Begrünung, Einbau transparenter Teilelemente et cetera) zur größtmöglichen städtebaulichen Integration der Schallschutzwände seien dann nicht mehr möglich. Standardwände seien jedoch in den besonders sensiblen oder kritischen Bereichen (insbesondere im Bereich der S-Bahn-Stationen sowie in Reisholz, Eller, Oberbilk, Friedrichstadt und Angermund) unter städtebaulichen Gesichtspunkten nicht ausreichend, zumal die Gesamtlänge der Schallschutzwände voraussichtlich 26 km betragen wird. Einige Mitglieder konstatierten, dass Schallschutzwände nicht alternativlos und durch Kunst nicht kaschierbar seien.

Es wurden auch einige konkrete redaktionelle Hinweise zum vorliegenden Auslobungsentwurf vorgetragen. Diese werden aufgenommen.

Die Finanzierung des Wettbewerbes ist durch Mittel der DB, Stadt und Kunstkommission gesichert. Eine Abschätzung der Realisierungskosten wird erst auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses möglich. Die Verwaltung hat dazu auf die vorausgehende Korrespondenz des Oberbürgermeisters mit dem Bundesverkehrsminister und den DB-Vorstand verwiesen, wonach Mehrkosten, die nicht unverhältnismäßig seien, projektfinitziert werden.

Die Gremienbeteiligung zur Wettbewerbsauslobung soll unmittelbar nach den Sommerferien erfolgen und der Wettbewerb direkt danach starten.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Vorgestellt wurde der aktuelle Stand der Verhandlungen zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) mit der DB. Strittig sind nach wie vor noch die Nutzungsentgelte für die Bereitstellung städtischer Grundstücke als Baustelleneinrichtungsflächen. Es handelt es sich insgesamt um 91 städtische Flächen mit einer Gesamtflächengröße von rund 6 Hektar. Die DB pocht auf eine kostenfreie Bereitstellung bzw. einen sehr niedrigen Entgeltansatz. Die Verwaltung hat einen hohen einstelligen Millionenbetrag ermittelt. Die Berechnung fußt auf den geltenden Gebührensätzen der städtischen Satzungen. Um zu einer Übereinkunft zu kommen, soll ein Vergleich mit der Vorgehensweise anderer Städte erfolgen. Um den Verwaltungsaufwand bei der Stadt und DB zu minimieren hat die Verwaltung bislang nur eine Pauschalregelung vorgeschlagen. Der DB reicht aktuell dieses Angebot nicht aus.

Ein weiterer Streitpunkt mit der DB ist die Regelung zur Vertragsdauer/-kündigung. Der DB-Vorschlag sieht eine jederzeitige Kündigungsmöglichkeit vor, die Stadt schlägt hingegen eine Mindestlaufzeit von 10 Jahren vor. Den Hinweis aus der KK, die Vertragslaufzeit erst nach Inbetriebnahme der RRX-Gleisinfrasturktur beginnen zu lassen, wird die Verwaltung die finalen Verhandlungsgespräche aufnehmen. Die vorgebrachten redaktionellen Hinweise werden aufgenommen.

Ein Mitglied hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen.

Zur Sicherung der Pflege und Unterhaltung der schallabsorbierenden Wirkungen der Schallschutzwände wird noch nach einer Kompromissformulierung gesucht, wie die städtischen Belange unter Vereinbarkeit der geltenden Richtlinien der DB berücksichtigt werden können.

Kurzberichte zu den Sachständen in den Planfeststellungsabschnitten

Planung PFA 2.0 (Hellerhof – Reisholz: hier Kreuzungsbauwerk Reisholz) und 3.1 (Kalkum – Angermund)

Die Informationsvorlagen einschließlich der ergänzenden Hinweise aus den politischen Gremienbeteiligungen werden an die DB weitergegeben. Die Hinweise zu den die RRX-Planung ergänzenden städtischen Planungen für das Bahnhofsumfeld in Angermund werden von der Verwaltung bei der Fortführung der Planung berücksichtigt.

Gustav-Poensgen-Straße

Die DB hat die eingeforderte erweiterte Prüfung der Statik und Standfestigkeit der Stützwand zur Aufnahme der geplanten Schallschutzwand noch nicht abgeschlossen. Auf Hinweis der KK wird die Verwaltung die DB an die im Erörterungstermin 2018 gegebene Zusage erinnern, die Ergebnisse der oben genannten Untersuchungen den Bürgern und der KK vorzustellen.

Terminverschiebung PFA 3.0a

Der ursprünglich für Ende April angesetzte Erörterungstermin wurde unter anderem auf Hinweis der Stadt aufgrund der Corona-Pandemie verschoben und findet nunmehr am 23. Juni 2020 statt.

Die nächste Sitzung ist für den 28. August 2020 geplant.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Im Berichtszeitraum (14. Mai bis 16. Juni 2020) hat die Kommission einmal getagt und zwar am 9. Juni 2020 im Raum 2.06 am Burgplatz 1.

Zum Stand der Bauarbeiten wurde die Kleine Kommission informiert.

Im Bereich der Schadowstraße vor dem Kö-Bogen-2-Gebäude laufen die Pflasterarbeiten weiterhin planmäßig, weiterhin wird die südliche Straßenseite gepflastert.

Der Hochbau befindet sich im Innenausbau, die mittlerweile komplett mit Heckenelementen bestückte Fassade ist durchgehend begrünt. Eine für den 28. Mai 2020 vorgesehene Eröffnung eines ersten Shops wurde durch den Mieter abgesagt und auf ein unbestimmtes Datum verschoben. Diese Verschiebung steht in keinem Zusammenhang mit dem Baufortschritt des Vorhabens.

Ein Mieter plant an der Gebäudeecke Schadowstraße/Bleichstraße eine flächendeckende LED-Werbeanlage auf der Fensterinnenseite im Obergeschoss.

Die Kommission lehnt diese Anlage einstimmig ab. Die Bauaufsicht wird eine erforderliche Befreiung versagen. Gleichzeitig fehlt auch die erforderliche Zustimmung des Architekten Ingenhoven.

Die Erschließungsarbeiten in der Bleichstraße sind abgeschlossen.

Im Termin- und Kostencontrolling wird mit keiner Überschreitung der im AuF-Beschluss freigegebenen Kosten gerechnet.

Die Wiederherstellung der Fläche um den „Grüne Jong“ nimmt einen zügigen Verlauf und wird nach dem derzeitigen Stand im August fertiggestellt.

Im Hinblick auf die zukünftige Möblierung der Schadowstraße wurde der Kommission ein 1:1-Modell der im östlichen Straßenraum vorgesehenen „Lounge-Sessel“ vorgestellt. Der Lounge-Sessel ist ein markantes Gestaltungselement des in 2016 jurierten Wettbewerbssiegers *Platz & Stadtraum*.

Die Kommission beauftragt die Verwaltung einen auf dem Wettbewerbsergebnis aufbauenden Verteilungsplan zu erarbeiten und vorzustellen. Augenmerk soll dabei auf die besonderen Bedürfnisse von Senioren, Eltern mit Kindern und die in der Bewegung eingeschränkte Personen dahingehend gelegt werden, dass auch konventionelle Bänke in ausreichender Anzahl angeboten werden, gegebenenfalls durch Verringerung der Anzahl an Lounge-Sesseln.

Die nächste reguläre Sitzung der Kleinen Kommission findet am 18. August 2020 statt.

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

Die 12. Sitzung der Kleinen Kommission Schauspielhaus fand am Mittwoch, dem 10. Juni 2020 statt. Die ursprünglich für den 30. März 2020 geplante Sitzung musste aufgrund der Corona-Krise abgesagt werden.

Bei dem Projekt zur Dach- und Fassadensanierung ergibt die aktuelle Hochrechnung zum Projektende eine Überschreitung des Budgets um circa 1.420.000 Euro. Die Gesamtkosten betragen dann circa 20.370.000 Euro. Hinsichtlich der Termine ist eine Verzögerung eingetreten, im Wesentlichen begründet durch den Verzug in den Arbeiten an der Metallfassade.

Status Organisation

Die Abstimmungs- und Schnittstellengespräche unter Einbeziehung des Nutzers Schauspielhaus sowie der Vertreter der angrenzenden Maßnahmen am Gustaf-Gründgens-Platz werden schwerpunktmäßig mit Blick auf die angrenzenden Projekte Gustaf-Gründgens-Platz, Entwässerung in der Bleichstraße und Beleuchtung der öffentlichen Bereiche durchgeführt. Anhand von Schnittstellenlisten werden fortlaufend die Zuständigkeiten und Kostenzuordnungen abgestimmt. Organisatorische Risiken sind nicht erkennbar.

Status Planung, Ausschreibung und Vergaben

Die Planungen und Ausschreibungen sind abgeschlossen und alle Gewerke vergeben. Lediglich die Schnittstellen der noch fortschreitenden Planung der Freianlagen des Gustaf-Gründgens-Platzes sind noch zu bearbeiten. Es sind 100 % des Budgets durch Vergaben gebunden. Weitere Vergaben sind nicht geplant.

Status Bauausführung

Die Arbeiten zur Eindichtung von Dach, Kellerdecken und Verbindungsbauwerk sind zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Die Dachbegrünung steht noch aus.

Die Nacharbeiten der Sanierung und Restaurierung der Sichtbetonwand- und Deckenflächen sind mit gutem Ergebnis abgeschlossen.

Der notwendige neue Schmutzwasseranschluss des Restaurants und der Küche an die Bleichstraße ist fertig gestellt.

Die Arbeiten der Dachentwässerung / Notentwässerung im Innenbereich sind abgeschlossen. Im Außenbereich steht noch das Einbringen eines Hebeschachtes mit den zugehörigen Anschlüssen aus. Aufgrund der komplexen Gründungssituation im Bestand besteht hier ein Terminrisiko. Der Zugang zum Restaurant wurde provisorisch hergestellt.

Der Einbau der Lochfenster mit dem zugehörigen Blendschutz ist fertiggestellt. Die Montage von Unterkonstruktion und Dämmung ist abgeschlossen, die Montage der Fassadenbleche befindet sich mit verspätetem Beginn in der Ausführung.

Nach der Montage der Bleche am 1. OG der Südseite und der Gerüstdemontage ist eine nicht deckende Farbbeschichtung aufgefallen. Dies wurde anschließend durch Schichtstärkemessungen des Farbauftrags bestätigt.

Daraufhin überbeschichtete Bleche weisen nach Anbringung an die Fassade teilweise eine ungleichmäßige Farbgebung auf. Die Metallbaufirma wurde umgehend schriftlich zur Erfüllung der vertraglich geschuldeten Leistungen aufgefordert. Die Stadt hat zudem ein unabhängiges Sachverständigenbüro für Beschichtungstechnik zur Prüfung und Beratung sowie einen Fachanwalt für Baurecht hinzugezogen.

Die vom Bauherrn reklamierten Mängel wurden zwischenzeitlich durch die Sachverständigen des Auftraggebers und des Auftragnehmers bestätigt.

Nach umfangreichen Laboruntersuchungen konnte der Auftragnehmer ein Konzept zum weiteren Vorgehen vorschlagen, welches in technischer Hinsicht durch den von der Stadt beauftragten Sachverständigen bestätigt wurde.

Ziel ist die Montage der teilweise Austausch der Fassadenbleche und die vollständige (Wieder-)montage bis zum Beginn der Spielzeit 2020/2021.

Risiken

Zum Teil erhebliche Terminrisiken ergeben sich aus der Montage der Fassadenbleche und der Errichtung des Schachtbauwerkes für die Entwässerung.

Kostenrisiken, aus denen sich weitere Kostenerhöhungen ergeben könnten, sind zurzeit nicht bekannt. Der o. g. Mehrbedarf in Höhe von 1.420.000 Euro ist in erster Linie auf die nach dem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss geplante Notentwässerung des Dachs mit komplizierter Leitungsführung durch das Gebäude und schwieriger Regenrückhaltung sowie die verlängerte Bauzeit und damit verbundene bauzeitabhängige Kosten der ausführenden Firmen und Planer zurückzuführen. Darüber hinaus sind Kosten durch zusätzlich erforderliche Planungsleistungen entstanden, deren Bedarf erst im Projektverlauf offensichtlich wurde. Schließlich hat die aufwändige Koordination von Bautätigkeit und parallel laufendem Proben und Spielbetrieb zur Kostenerhöhung beigetragen.

Die Kleine Kommission Schauspielhaus hat in ihrer Sitzung als nächsten Termin Donnerstag, den 10. September 2020, 14 Uhr festgelegt.

Bericht aus der Kleinen Kommission Smart City

Zu der Sitzung wurden, neben den Mitgliedern der Kleinen Kommission, auch weitere Mitglieder der Fraktionen sowie Bezirksbürgermeister*innen eingeladen. Redebeiträge kamen von 01/04 aus Amt 10/4 und Amt 40.

TOP 1: Breitbandversorgung –Breitbandförderung zur Anbindung unterversorgter Standorte

Im ersten Vergabeverfahren der Fördermittel hatte die Landeshauptstadt Düsseldorf kein zuschlagsfähiges Angebot erhalten. Die Deutsche Telekom hatte als letzter verbleibender Bieter sowohl die ausgeschriebene Projektsumme als auch den erwarteten Zeitplan nicht einhalten können. Auch ein gefordertes Projektcontrolling wurde nicht angeboten. Um die bereitgestellten Fördermittel weiter zu nutzen war es notwendig eine Markterkundung zur aktuellen Versorgung in Düsseldorf durchzuführen. Dazu wurden 16 TK-Unternehmen kontaktiert, 4 TK-Unternehmen haben geantwortet:

- Deutsche Telekom
- Vodafone
- Unitymedia (jetzt Vodafone)
- NetCologne

Eine Pflicht zur Beantwortung bestand nicht.

Insgesamt wurden 81.978 Adresskoordinaten (Straße + Hausnummer + Zusatz) zur Prüfung angefragt. An der folgenden Anzahl an Adresskoordinaten stehen diese maximalen Bandbreiten zur Verfügung:

Mehr als 1.000 Mbit/s (Glasfaser)	2.636		
250 - 1.000 Mbit/s (TV-Kabel)	69.659		
100 - 250 Mbit/s (VDSL-SuperVectoring)	6.341		
30 - 100 Mbit/s (VDSL-Vectoring)	2.101		
10 -30 Mbit/s (unterversorgt)	480	633 Adressen unterversorgt	
Weniger als 10 Mbit/s (unterversorgt)	153		
Ohne TK-Anschluss (Bedarfsprüfung)	608		
Gesamt	81.978		

Aktuell wird noch überprüft, ob bei den Adressen ohne TK-Anschluss tatsächlich ein Anschluss notwendig ist. Beispielsweise fallen darunter Adresskoordinaten mit Hausnummernzusatz (zum Beispiel Schillerstraße 20a), die häufig Anbauten sind. Diese werden meist über das Hauptgebäude (Schillerstraße 20) mitversorgt. Ebenfalls möglich sind Campus-Lösungen, bei denen Gebäude auf dem gleichen Gelände über interne Netze mitversorgt werden (zum Beispiel Werksgelände, Universität, Flughafen). Sicher ist nach derzeitigem Stand, dass 633 Adressen (=480+153) im Rahmen der Förderung für unterversorgte Gebiete förderfähig sind.

Gewerbegebiete

Im Jahr 2017 wurden zwischen der LHD und der Deutschen Telekom und der Vodafone Vereinbarungen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau der Gewerbegebiete geschlossen. Von 16 Gewerbegebieten sind bereits 9 mit Glasfaserleitungen ausgestattet:

- GWG Am Hülserhof
- GWG Flingern Süd / Lierenfeld
- GWG Heerdt
- GWG Heerdt Nord

- GWG In der Steele
- GWG Lichtenbroich/Flughafen
- GWG Rath
- GWG Reisholz
- Reisholzer Hafen

Dies bedeutet, dass Glasfaserleitungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen verlegt sind und Anschlüsse nach Bedarf auf die Betriebsgelände gelegt werden können.

Im Ausbau:

- Airport City
- GWG Derendorf
- GWG Hellerhof
- Sondergebiet Hafen

In Prüfung:

- GWG Niederrheinstraße

2 Gebiete werden aufgrund des aktuellen geringen Bedarfs nicht ausgebaut:

- GWG Benrath
- GWG Krefelder Straße

TOP 2: Breitbandversorgung von Schulstandorte

Zur Verbesserung der Datenanbindung der Düsseldorfer Schulen setzt die Schulverwaltung mit dem Unternehmen Unitymedia (jetzt Vodafone) ein Projekt um, das insgesamt 181 Schulstandorte in Düsseldorf an das Kabel-Netz anbindet.

Aktueller Stand des Projektes:

Baulich und technisch fertig gestellte Anschlüsse	115
baulich fertig, technisch in Umsetzung	11
im Bau	17
in Klärung baulicher Details	26
in Neuplanung	12
Gesamt	181

Zur weiteren qualitativen Verbesserung der Datenanbindung für die Schulstandorte ist eine Planung und Kostenschätzung zur Anbindung von 86 Schulstandorten an das städtische Glasfasernetz gestartet worden. Die übrigen Schulen verfügen bereits über einen städtischen Glasfaseranschluss. Die Planung soll im Oktober 2020 vorliegen. Auf Basis der Kostenermittlung besteht die Möglichkeit eine Förderung des Landes NRW zur Anbindung mit Glasfaserleitungen zu erhalten. Ein entsprechender Umsetzungsvorschlag wird bei vorliegendem Ergebnis den politischen Gremien vorgelegt. Ebenso wird die gemeinsame Nutzung dieser Infrastruktur für die pädagogische und Verwaltungsnutzung in Angriff genommen. Bisher mussten diese Netze physisch getrennt betrieben werden.

TOP 3: WLAN-Ausbau in städtischen Einrichtungen

Das mit dem Ratsauftrag aus dem Jahr 2018 gestartete Projekt zur Bereitstellung von kostenlosen Internetzugängen über WLAN in städtischen Einrichtungen wurde bisher an über 100 Standorten mit über 150 Zugangspunkten umgesetzt. Hier sind Internetzugänge über die Kennung „hotspot.duesseldorf“ öffentlich nutzbar. Die weitere Herausforderung bestand darin, passgenaue Angebote für bestimmte Zielgruppen und Standorte anzubieten.

Öffentlich nutzbare WLAN-Standorte für Bürgerinnen und Bürger unter der Kennung „hotspot.duesseldorf“:

- Warte- und Kassenbereiche von Museen
- Bürgerbüros, Rathaus, Touristeninformation Altstadt
- Versammlungsstätten (Bürgerhäuser und -säle, Freizeitstätten)
- Servicecenter (Kataster- und Vermessungsamt, Amt für Verkehrsmanagement, Bauaufsichtsamt)
- Wartebereiche und Servicepoints wie zum Beispiel Amt für Wohnungswesen, Garten-, Friedhofs- und Forstamt, Amt für Statistik und Wahlen, Umwelt-, Ordnungs-, Gesundheitsamt, Amt für Migration

WLAN-Standorte für politische Gremien:

- Plenarsaal
- sämtliche Sitzungssäle im Rathauskomplex
- Sitzungssäle in den Bezirksvertretungen

WLAN-Standorte in Einrichtungen des Jugendamtes:

- Wartebereiche der Bezirkssozialdienste in den Stadtteilen
- Unterkünfte des Kinderhilfezentrum Eulerstraße mit Außenstellen (Ludenberger Straße, demnächst Kopernikusstraße)
- Aufenthaltsbereiche aller 35 Jugendfreizeiteinrichtungen
- Pilotprojekt Pädagogik-WLAN in fünf Kindertagesstätten

Sonder-WLAN-Standorte:

- gesamte Ausstellungsfläche des Aquazoo
- Lehrräume der Clara Schumann Musikschule
- Werkstätten des Betriebshofes im Klärwerk Süd
- Quarantänezentrum, Diagnosezentrum, Akkreditierungsstellen, Obdachlosenverpflegungsstelle und -unterbringung

Auch für die verwaltungsinterne Nutzung wurde WLAN in circa 250 Besprechungs- und Schulungsräumen im Rahmen der Erneuerung der Kommunikationsinfrastruktur eingerichtet.

TOP 4: Herausforderungen im Ausbau der digitalen Infrastruktur

Die Verwaltung der Landeshauptstadt betrachtet leistungsfähige Daten-anbindungen als grundlegendes Element der Daseinsvorsorge. Deshalb prüft die Verwaltung aktuell wie sie als neutrale Akteurin dies gewährleisten kann. Hierbei plant die Stadtverwaltung sich als Bereitstellerin der Infrastruktur zu positionieren. Vor diesem Hintergrund erarbeitet die Verwaltung einen gesamtstädtischen Masterplan zum Ausbau der digitalen Infrastruktur, der sowohl die Anforderungen umfasst, die in TOP 1 und TOP 2 vorgestellt wurden, als auch den Netzausbau von modernen Funktechnologien einschließt. In der zweiten Jahreshälfte 2020 werden die entsprechenden Ergebnisse in den politischen Gremien vorgestellt.

Mit diesem Vorgehen verfolgt die Stadtverwaltung im Sinne der Daseinsvorsorge das Ziel, möglichst alle privaten und gewerblich genutzten Gebäude sowie alle Bildungseinrichtungen an eine leistungsstarke digitale Infrastruktur anzuschließen.